Montag/Dienstag, 31.12.84/1.1.85 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 305 - 53.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Grenz-Diskussion: Vor einem Wiederaufrollen der Frage der Grenzen in Europa warnte Außenminister Genscher. „Wehret den Anfängen aus Gründen der inneren Stabilität unseres Staates, wehret den Anfängen aus Gründen der Verläßlichkeit der deutschen Außenpolitik", erklärte er im Hessischen Rundfunk. (S. 16)

Terror: Die Serie der Anschläge auf US-Einrichtungen in der Bundesrepublik ging am Wochenende weiter. Ziele waren eine Sendeanlage in Mannheim und eine Bürobaracke in Düsseldorf. (S. 5)

Übersiedler: Die freundliche Aufnahme beeindruckt „DDR"-Übersiedler in der Bundesrepublik am meisten, den stärksten Anstoß erregt die Bürokratie, geht aus einer Meinungsumfrage hervor. (S. 4)

Katalysator: Bundesverkehrsminister Dollinger hat Äußerungen des baden-württembergischen Regierungschefs Späth widersprochen, wonach schon 1985 für Neuwagen ohne Katalysator eine erheblich höhere Steuer gezahlt werden soll. Ihm sei von derartigen Plänen nichts bekannt.

Machtprobe: Der Oberkommandierende des bolivianischen Heeres, General Olvis Arias Chavez, dem Putschvorbereitungen nachgesagt wurden, ist von dem gemäßigt linken Präsidenten Siles Zuazo seines Amtes enthoben worden. Der General lehnt seinen Rücktritt jedoch ab. (S. 2)

Japan: Eine Steigerung des Verteidigungsetats um knapp sieben Prozent auf 12,6 Milliarden Dollar sieht der vom Kabinett verabschiedete Haushaltsentwurf für 1985 vor. (S. 5)

Palästinenser: Der blutige Streit zwischen radikalen und gemäßigten Fraktionen in der PLO hat ein weiteres Opfer gefordert. In Amman wurde der Arafat-Vertraute Fahd el Kawasmeh vor seinem Haus erschossen. Arafat machte Syrien verantwortlich. (S. 16)

Sharon: Der Prozeß des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers gegen das Nachrichtenmagazin „Time" in New York geht in dieser Woche in die entscheidende Phase. Nicht ausgeschlossen wird, daß sich „Time" zu einem Vergleich bereit erklärt. (S. 11)

Sonderthemen zum Jahresende

WIRTSCHAFT

Ölmarkt: Die 13 Opec-Staaten haben beschlossen, am bisherigen Richtpreis von 29 Dollar pro Barrel festzuhalten. Die Preisspanne zwischen hochwertigem leichten und schwerem Öl minderer Qualität soll eingeengt werden. (S. 17)

Argentinien: Das Umschuldungspaket ist gesichert. Dem Land werden in den kommenden 15 Monaten 5,07 Milliarden Dollar an neuen Krediten zur Verfügung stehen. (S. 17)

Rekordergebnis: Auf den deutschen Flughäfen wurden 1984 rund 51 Millionen Passagiere abgefertigt – sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Das Frachtaufkommen stieg um 13 Prozent.

Berliner Arbeitsmarkt: Eine weitere Entspannung erwartet Wirtschaftssenator Pieroth für die nächsten zwei Jahre. Auch das Wirtschaftswachstum dürfte mit dem im Bundesgebiet Schritt halten. (S. 17)

KULTUR

„Vierte Dimension": Das Phänomen „Zeit" als vierte Dimension in der Kunst sucht eine Ausstellung im Brüsseler Palais der Schönen Künste zu ergründen. Ausgiebig werden dabei die Medien Film und Video eingesetzt. (S. 23)

Apologet der Gewalt: Der US-Filmregisseur Sam Peckinpah, der durch Western- und Abenteuerfilme mit Szenen schockierender Gewalt Weltruhm erlangte, starb in Los Angeles im Alter von 59 Jahren an Herzversagen. (S. 23)

ZITAT DES TAGES



» Die Zuversicht ist deutlich spürbar. Man läßt sich nicht mehr von einer Stimmung in die andere treiben «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Interview der „Bild am Sonntag" zum Jahreswechsel

FOTO: WERNER SCHÜRING

SPORT

Eishockey: Der für den Kölner EC spielende Steve McNeil droht nach einem Foul des Mannheimers Roy Roedger auf einem Auge zu erblinden. (S. 14)

Skispringen: Ernst Vettori (Österreich) gewann in Oberstdorf den ersten Wettbewerb der Vier-Schanzen-Tournee vor dem Finnen Matti Nykaenen. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Jubiläum: Von Königin Victoria einst als „abscheuliches Druckwerk" geschmäht, ist die britische Zeitung „The Times" zu einer regelrechten Institution neben Königshaus und Anglikanischer Kirche geworden. Morgen ist sie 200 Jahre alt. (S. 24)

Flugverkehr: So sicher wie in diesem Jahr war das Fliegen außerhalb des Ostblocks noch nie. Bei Unfällen von Linien- und Chartermaschinenkamen lediglich zwei Menschen ums Leben. (S. 24)

Wetter: Zum Jahresende schlug das Wetter weltweit Kapriolen. In Sibirien stürzte die Temperatur auf minus 60 Grad – in New York stieg sie auf plus 21 Grad. Bei uns ist nach dem grünen Weihnachten zumindest gebietsweise mit einem weißen Neujahr zu rechnen.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1985 wünscht DIE WELT ihren Lesern und Geschäftsfreunden. Unsere nächste Ausgabe erscheint am 2. Januar zur gewohnten Stunde.

Vogel wünscht sich von der SPD „mehr Überzeugungsarbeit"

Oppositionsführer beschreibt sozialdemokratische Ziele '85 / WELT-Gespräch

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel sieht in der hohen Zahl von Dauerarbeitslosen und den jungen Bürgern, die für sich keine Zukunfts-Perspektiven erkennen, einen „sozialen Sprengstoff, über dessen Gefahren sich niemand im unklaren sein sollte". Er wolle zwar keine „vordergründige Verbindung" zum gerade wiederaufflackernden Terrorismus ziehen, aber „wer dem Terror den Nährboden entziehen will", der dürfe diese beiden Felder nicht vernachlässigen, sagte der SPD-Politiker in einem WELT-Gespräch.

Sozialdemokratische Vorschläge für ein „stärkeres gesellschaftliches und staatliches Engagement" gegen die Arbeitslosigkeit, „Auseinandersetzungen um stärkere soziale Gerechtigkeit" – etwa durch eine umfassende Reform der Rentenversicherung –, das Feld der Friedenssicherungspolitik sowie der „Kampf um einen besseren Umweltschutz" würden deshalb zu den Hauptgebieten der Oppositionspolitik 1985 gehören. Dabei sieht er durch die Landtagswahlen im Frühjahr, aber ausdrücklich auch durch die hessische Kommunalwahl „mehr als nur die Chance, die Gewißheit, daß sich unsere Position verstärken wird". Allerdings kritisierte der stellvertretende SPD-Vorsitzende die eigenen Parteigliederungen. Er wünsche sich „gelegentlich ein stärkeres Engagement, mehr Überzeugungsarbeit in der Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik und ihren konkreten Folgen sozialer Ungerechtigkeiten".

In einer selbstkritischen Bilanz der eigenen Arbeit des vergangenen Jahres räumte Vogel ein, daß „wir zu Beginn wohl zu oft den Rücktritt von Regierungsmitgliedern gefordert" haben, was den „Eindruck von Kurzatmigkeit" habe erwecken können. Insgesamt jedoch habe die Bundestagsfraktion „bei den vielen Skandalen und Pannen die parlamentarische Kontrolle aktiv wahrgenommen". Sie habe auf ihren politischen Schwerpunkt-Feldern gute Arbeit geleistet. Für die Partei lobte er die „erkennbare Konsolidierung". 1985 will die Fraktion „immer wieder konkrete Schritte zur Beendigung des Rüstungswettlaufs" bei der Bundesregierung anmahnen und ihr „mit vielen konkreten Vorschlägen aus der Phase der widerrufenen Umweltschutz-Ankündigungen heraushelfen".

Wie bereits in früheren WELT-Gesprächen bot Vogel dem Bundeskanzler die Unterstützung der SPD für die deutsche Europa-Politik an: Kohl solle „die Chance einer pro-europäischen Opposition nutzen". Die Bundesregierung verfüge damit im Vergleich zu fast allen anderen EG-Staaten über einen erheblichen Vorteil, „und ich würde mir wünschen, daß sie mit diesem Pfund wuchert". Vogel nannte als konkrete Beispiele Fortschritte in Richtung auf eine Währungsunion, den Abbau von Handelshemmnissen sowie „von mir aus auch den Bau einer europäischen unbemannten Raumstation".

Ausdrücklich betonte der SPD-Fraktionschef die Kontinuität zum früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, als er davor warnte, daß „Europa aufpassen muß, daß sich die Großmächte in den jetzt wieder be-

● Fortsetzung Seite 16

Polen: Waren weitere Priester gefährdet?

Angeklagter spricht von Plänen zur Entführung Malkowskis und Jankowskis

DW. Warschau

Andeutungen im Thorner Prozeß um den Mord an dem Priester Jerzy Popieluszko, daß mindestens zwei weitere polnische Geistliche auf der Entführungsliste standen, haben in Polen die Angstgefühle gegenüber dem Staatssicherheitsdienst verstärkt. Der Angeklagte Leszek Pekala hatte am vergangenen Freitag seinen Vorgesetzten Grzegorz Piotrowski weiter belastet. Nach Aussagen Pekalas nannte Piotrowski im Gespräch mit ihm und dem ebenfalls Beschuldigten Waldemar Chmielewski die Namen Stanislaw Malkowski und Henryk Jankowski als mögliche weitere Opfer.

Beide Geistliche sind Symbolfiguren des Widerstands gegen das Regime Jaruzelski. Pfarrer Jankowski ist der Beichtvater und Vertraute von Arbeiterführer Lech Walesa, Malkowski gilt als derjenige Priester, der Popieluszkos „Messen für die Heimat" fortführen sollte. Malkowski darf seit mehreren Wochen auf Geheiß des Primas der katholischen Kirche, Kardinal Glemp, nicht mehr predigen. Glemp hatte den „politischen Inhalt" der Predigten des Geistlichen beanstandet.

Der Prozeß in Thorn soll am 2. Januar fortgesetzt werden. Nach einer ausführlichen Beschreibung der Tat hatte der Angeklagte Pekala am Freitag nachmittag Aussagen zum Teil widerrufen, die höhere Stellen des Innenministeriums belasteten, und als Mißverständnis dargestellt. Andererseits geht aber auch aus seinen Aussagen vor Gericht hervor, daß er der Meinung war, daß ein großer Teil der Aktion gegen Pfarrer Popieluszko von den übergeordneten Stellen gedeckt war.

Insbesondere widerrief er eine seiner Aussagen, wonach Piotrowski ihm einen Vizeminister genannt haben soll, der mit der Ermordung des Priesters einverstanden war. Dies müsse er falsch verstanden haben, meinte er jetzt vor Gericht auf Vorhaltungen des Vorsitzenden. Der Vizeminister sei nach Piotrowskis Worten zwar mit einer Aktion gegen Popieluszko einverstanden gewesen, nicht aber mit einer eventuellen Tötung. Ein Name fiel dabei nicht.

Teilweise widerrief Pekala auch Äußerungen aus den Ermittlungen, daß er sicher gewesen sei, daß sein Ministerium alle seine Handlungen deckt. „Ich hatte keinen Grund dafür zu glauben, daß das Innenministerium rechtswidrige Handlungen deckt", sagte er jetzt, während er vorher gemeint hatte, obwohl einige Elemente der Aktion rechtswidrigen Charakter gehabt hätten, sei er von der Rechtmäßigkeit seiner Handlungsweise überzeugt gewesen.

Schönefeld soll Tegel Passagiere abjagen

„DDR" will Kontrollen an der Stadtgrenze zu West-Berlin direkt zum Flughafen verlegen

H.-R. KARUTZ, Berlin

Lenins Wort „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" gilt nichts, wenn es den Devisenfluß staut: Die „DDR" will, ganz gegen ihre Natur, vom neuen Jahr an die Kontrollen an der Stadtgrenze zu West-Berlin beim Transit für West-Passagiere direkt zum „DDR"-Flughafen Schönefeld verlegen. Mit der schnelleren Anfahrt soll der Ost-Flughafen mit seinen Billig-Flügen aus dem Sinkflug der West-Passagierzahlen gelotst werden: Im ersten Halbjahr 1984 checkten sich rund 10 000 „Westler" weniger als 1983 ein.

Vom Plan, den rund 300 000 West-Gästen – die per anno ihren Eigenprofit über Patriotismus stellen – erst am 1000 Meter von der Grenze entfernten Flughafen für fünf D-Mark ein Transitvisum zu verkaufen, erfuhr der Senat aus den Lokalzeitungen im Westen.

Die ungewöhnlichen Überlegungen auf östlicher Seite, westliche Billig-Flieger mit kürzeren Wegen zu werben, kommen nicht von ungefähr: Laut Senatsstatistik ging die Zahl der Reisenden, die sich durch die erst 1963 in die Mauer geschlagene Bresche zum Flughafen Schönefeld zwängten, von Januar bis Juni 1981 im Vergleich zu 1983 um gut drei Prozent zurück.

Im selben Zeitraum bewegte sich vor allem der westliche Flughafen Tegel mit seinem Spitzenkomfort und flottem Zubringer-Wegen im Aufwind: Von Januar bis September 1984 gingen 8,6 Prozent mehr Charterfluggäste durch die Drehkreuze. Tegel fertigte 1984 rund 4,1 Millionen Passagiere ab – mehr als viermal soviel, wie die „DDR"-Gesellschaft „Interflug" 1982 insgesamt an Passagieren beförderte.

Auch im Linienflugverkehr machte der Airport dem Senats-Slogan „Ick flieje uff Tegel" alle Ehre: Allein „British Airways" beförderte 1983/84 rund 470 000 Privatreisende (plus 6,9 Prozent) und 700 000 Geschäftsreisende (plus 2,5 Prozent). Die „leichte Aufwärtsentwicklung", von der Experten sprechen, ohne euphorisch „abzuheben", hat viele Gründe: die reizvollen Berlin-Aktionen – vom „Feuertheater" bis „Sommernachtstraum" – aber auch endlich mehr Einfallsreichtum der alliierten Airliner: Spar-, Familien- und Stand-by-Tarife machen die Tickets wieder erschwinglich.

Diese Schubumkehr kam politisch im rechten Moment: Denn bis 1981/82 schien Schönefeld immer mehr vom Berliner Flugverkehr-Kuchen zu verspeisen. 1982 flogen 345 000 Gäste weniger von Tegel. 1981 beispielsweise bestiegen von den 800 000 West-Berlinern, die im Urlaub oder den Sommerferien auf den schnellen Transport Richtung Mittelmeer angewiesen sind, rund 210 000 die rot-weiß lackierten sowjetischen „Interflug-Maschinen". Westberliner Reisebüros beteiligten sich – und beteiligen sich noch – an diesem Geschäft. Lokale Groß-Veranstalter entdeckten jedoch inzwischen wieder ihr Herz für Tegel. Den „Turnschuh"-Touristen, die Rom schon für 410 D-Mark erleben wollen, geht die zeitraubende Anfahrt nach Schönefeld (Einchecken bis zu zwei Stunden vor dem Start) kaum auf die Nerven, wohl aber normalen Reisenden.

Im November eröffnete „Interflug" im Bahnhof Friedrichstaße ein Tiketbüro. Westliche Flugschein-Käufer brauchen – nicht anders als bei den zahlreichen „Intershop"-Geschäften dieses Bahnhofs – nicht den Ostsektor zu betreten. Die 39 Reisebüros, die ohnedies im Westteil die Flugkarten der rot-weißen „DDR"-Gesellschaft verkaufen, genügten Ost-Berlin offenbar nicht mehr.

Marzabotto will Reder nicht vergeben

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Walter Reder, dem letzten noch in Italien festgehaltenen Kriegsverurteilten der ehemaligen deutschen Wehrmacht, ist von den Hinterbliebenen der Mordopfer von Marzabotto die Vergebung verweigert worden. Bei einem Referendum im Rathaus der Apenninengemeinde sprachen sich gestern nur fünf von etwa 200 Angehörigen der bei einer Strafexpedition des von Reder befehligten Waffen-SS-Bataillons ums Leben gekommenen Zivilisten dafür aus, dem Ex-Major zu verzeihen und seiner vorzeitigen Freilassung aus der Festung Gaeta zuzustimmen. Die anderen vertraten – zum Teil unter Tränen – den Standpunkt, daß Reder, der für die erbarmungslose Hinmetzelung so vieler Frauen und Kinder verantwortlich sei, höchstens Gott vergeben könne.

Das Schicksal des ehemaligen Waffen-SS-Majors liegt jetzt in der Hand des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi. Dieser ließ am Vorabend des Referendums erklären, daß er vor einer Entscheidung das Votum der Hinterbliebenen habe abwarten wollen, daß dieses Votum jedoch für ihn nicht bindend sei.

Reder, der 1915 in dem damals noch zu Österreich/Ungarn gehörenden Freiwaldau (heute Tschechoslowakei) geboren wurde und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, war 1954 von einem italienischen Militärgericht zu lebenslanger Festungshaft verurteilt worden. Im Herbst 1944 waren bei dem Massaker nach offiziellen Angaben 1830 Zivilisten, unter ihnen viele Frauen und Kinder, ums Leben gekommen. Reder wurde die direkte Verantwortung für 300 dieser Morde angelastet, die laut Urteil ohne berechtigten Grund verübt wurden. Das Gericht hielt für erwiesen, daß sich während der Tatzeit keine Partisanen in Marzabotto und in dessen unmittelbarer Umgebung aufhielten und daß das Reder-Bataillon die Massenerschießung von Zivilisten nur zum Zwecke der Vergeltung und Einschüchterung vornahm.

Im Jahre 1980 hatte das Kriegsgericht von Gaeta, in dessen auf halbem Weg zwischen Rom und Neapel gelegener Festung Reder seit seiner Verurteilung einsitzt, die bedingte Freilassung des ehemaligen SS-Offiziers verfügt, daran jedoch die Bedingung geknüpft, daß Reder noch weitere fünf Jahre in „überwachter Freiheit" auf der Festung verbringen müsse.

Diese fünf Jahre laufen am 14. Juli 1985 aus. Vor Weihnachten hatte Reder jedoch die Hinterbliebenen der Opfer von Marzabotto ausdrücklich um Vergebung gebeten, sich von der nazistischen Ideologie distanziert und die Hoffnung geäußert, das Weihnachtsfest diesmal daheim in Salzburg verbringen zu können.

DER KOMMENTAR

Mit Zuversicht

MANFRED SCHELL

War nun 1984 ein gutes oder ein schlechtes Jahr? Am Silvesterabend werden viele von uns diese Frage stellen – jeder für sich persönlich, für seine Familie und für den Weg, den die Bundesrepublik Deutschland in diesen zwölf Monaten zurückgelegt hat. So unterschiedlich die „persönlichen" Bilanzen ausfallen mögen – für unser demokratisches Gemeinwesen war das Jahr 1984, insgesamt betrachtet, ein recht gutes Jahr.

Der wichtigste Satz in der Neujahrsansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl war dieser: „Zum erstenmal seit vielen Jahren sieht eine Mehrheit von 55 Prozent unserer Bürger mit Zuversicht ins neue Jahr." Der Optimismus, der Kräfte freisetzt, der die Bürger ermutigt, Resignation und Larmoyanz abzustreifen, ist wieder zu einem politischen Faktor geworden, mit dem man rechnen darf.

Er hat seine innere Rechtfertigung. Das Gespräch zwischen den Supermächten ist nicht abgebrochen. Im Januar sitzen sie wieder an einem Tisch. Die Wirtschaft ist wieder in Schwung gekommen. Industrie, Handel, große Einzelfirmen melden dickere Auftragsbücher für 1985. Wir haben die niedrigste Inflationsrate seit 1969. Die Neuverschuldung des Staates ist drastisch zurückgeschraubt worden, und die düsteren Prognosen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf drei Millionen sind gottlob nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr gibt es auch auf dem Arbeitsmarkt erste Anzeichen der Besserung. Mehr Schulabgänger als erwartet haben dank einer einmaligen Kraftanstrengung der Wirtschaft einen Ausbildungsplatz gefunden. All dies gehört zu der positiven Bilanz des abgelaufenen Jahres.

Da ist es freilich bedrückend zu sehen, daß bei einer Umfrage unter Zeitungsredaktionen, bei der „vorrangige" Inlandthemen abgefragt worden sind, von all dem nichts vorkommt. Vielmehr werden Affären als wichtigstes aufgezählt – Affären und Affärchen, die, so peinlich sie für die politisch Handelnden und so schmerzlich sie für die Betroffenen waren, doch wirklich nicht so wichtig sind wie die Tatsache, daß unser Staat wieder in Ordnung gebracht wird.

Ein Staat, der in Ordnung ist, kann auch sein Gewicht „nach außen" besser zur Geltung bringen. Unsere Rolle gegenüber unseren Allierten ist stark genug. Jedoch: So erfreulich die Zahl der vierzigtausend Deutschen ist, die 1984 aus der „DDR" zu uns kommen konnten – die Verpflichtungen gegenüber unseren Landsleuten in der Botschaft in Prag und in der „DDR", die unter der Last der Geschichte besonders leiden, bleibt bestehen. Auch 1985.

Rajiv Gandhi hat größte Mehrheit der Geschichte

DW. Neu-Delhi

Der indische Premierminister Rajiv Gandhi hat die Parlamentswahlen der vergangenen Woche mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Von den zur Entscheidung anstehenden 508 Mandaten errang seine Kongreß-I-Partei nach Angaben der Nachrichtenagentur PTI rund 80 Prozent. 394 der 500 bis gestern ausgezählten Stimmbezirke fielen an die Partei Rajiv Gandhis, der damit im neuen Parlament über die größte Mehrheit in der indischen Geschichte verfügt. Damit kann der 40jährige Ministerpräsident in den nächsten fünf Jahren mit seiner Partei praktisch wie ein absoluter Herrscher regieren – notfalls auch mit Verfassungsänderungen. Weit abgeschlagen auf den zweiten Platz kam die südindische Regionalpartei Telugu Desam mit bisher 28 Sitzen. An dritter Stelle (22 Mandate) liegt die Kommunistische Partei der unabhängigen Marxisten.

Heute treten die neugewählten Abgeordneten der Kongreß-Partei in Neu-Delhi zusammen, um Rajiv Gandhi offiziell zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Dies ist die Voraussetzung für die Neubildung der Regierung, die vom Staatspräsidenten dem Führer der stärksten Parlamentsfraktion übertragen wird. Rajiv Gandhi kündigte gestern in Neu-Delhi an, er werde sein Mandat nutzen, um die blutigen religiösen Auseinandersetzungen und separatistischen Bestrebungen zu beenden, denen auch seine Mutter und Amtsvorgängerin Indira Gandhi zum Opfer fiel. Während der Wahlkampagne wurden 39 Menschen getötet.

Seite 2: Der Erdrutsch

Kohl: Lähmender Pessimismus ist überwunden

DW. Bonn

Bundeskanzler Kohl ist zum Jahreswechsel Tendenzen entgegengetreten, pessimistisch in das Jahr 1985 zu blicken. Vielmehr sei der „lähmende Pessimismus" überwunden. In seiner Rundfunk- und Fernsehansprache bezeichnete es der Kanzler als bedeutendstes außenpolitisches Ereignis, daß auch nach dem NATO-Doppelbeschluß die Gespräche zwischen Ost und West nicht abgebrochen worden seien. Gerade die Deutschen hätten zum Fortgang der Gespräche beigetragen. Angesichts der bald in Genf beginnenden Kontakte zwischen der Sowjetunion und den USA über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung habe sich dieser Weg als richtig erwiesen.

Als erfreulichstes Ergebnis in der innerdeutschen Politik charakterisierte Kohl die Tatsache, daß 1984 fast 40 000 Menschen aus der „DDR" hätten übersiedeln können. In der Innenpolitik verwies er auf die Konsolidierung des Staatshaushaltes und die Belebung des Wirtschaftswachstums. Die Unternehmen erzielten bessere Erträge, könnten investieren, Kurzarbeit abbauen und bereits wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Das Schicksal von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen bereite aber nach wie vor Sorge. Die Bereitstellung von mehr als 740 000 Ausbildungsplätzen gehöre zu den besten Ergebnissen dieses Jahres. In Erinnerung an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 40 Jahren hob Kohl die Verdienste der Generation hervor, die in jenen Jahren einen neuen Anfang gewagt habe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Monate vorher

Von Heinz Heck

Unser Außenminister war nicht nur entrüstet. Er schien auch von der Mitte Dezember getroffenen UNO-Entscheidung über den Bau eines Konferenzzentrums in dem von einer Hungerkatastrophe geplagten Äthiopien überrascht worden zu sein. Das Auswärtige Amt jedenfalls sprach von einer kurzfristig anberaumten Entscheidung in der UN-Vollversammlung.

Jedenfalls schrieb Genscher dem UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar einen gepfefferten Brief, und Regierungssprecher Sudhoff konnte am 21. Dezember verkünden: „Damit ist unsere Stimmenthaltung in der Vollversammlung in ein Nein umgewandelt worden." Recht so, mochte der Bürger denken. Jetzt hat's unser Außenminister ihnen aber gezeigt.

In Wahrheit jedoch konnte von einer Überraschung keine Rede sein. Denn bereits am 16. Oktober hat sich der fünfte Ausschuß, also der Haushaltsausschuß der UNO, mit 83 gegen drei Stimmen (USA, Großbritannien und Niederlande) bei 13 Enthaltungen (überwiegend EG-Mitglieder, darunter auch die Bundesrepublik, nordische Staaten sowie Japan und Australien) für das Konferenzzentrum ausgesprochen. Nach aller Erfahrung fallen die Abstimmungen im Plenum nicht anders aus als in den Ausschüssen.

Seit Mitte Oktober hätten also Außenministerium und Kanzleramt über die Gefechtslage im UNO-Glaspalast im Bilde sein müssen. Damit war ausreichend Gelegenheit, der deutschen Delegation in New York zu bedeuten, daß ihre Stimmenthaltung nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Die Zeit hätte sogar ausgereicht, Hinweise und Anweisungen mit dem Segelschiff auszutauschen.

Doch irgend etwas in der deutschen Organisation – in New York oder in Bonn – muß schiefgelaufen sein. Genscher, mit seinem Sinn für Dramatik, verstand es zwar, die deutsche Panne in eine Attacke gegen die UNO zu wenden. Dennoch, wenn auch die UN-Haltbarkeit der New Yorker Entscheidung außer Frage steht: Man würde doch gern erfahren, wieso das Nein des deutschen Außenministers erst so spät kam, erst nach dem Ausbruch der allgemeinen Empörung.

Noch einmal Bolivien

Von Werner Thomas

In Bolivien geht das alte Jahr so turbulent zu Ende, wie es verlaufen war. Die Rebellion des entlassenen Armee-Kommandeurs hielt die Bevölkerung am Wochenende in Atem.

Präsident Hernan Siles Zuazo hatte sich überraschend zu einem Kommandowechsel bei den Bodenstreitkräften entschlossen. Der 71jährige Präsident enthob den Heereschef General José Olvis Arias seines Amtes. Er wollte ihn zunächst durch den General Hugo Gironda ersetzen. Als sich Gironda weigerte, ernannte Siles den bisherigen Generalstabschef Raul Lopez Leyton, der akzeptierte.

In der Hauptstadt La Paz herrschten Nervosität und Konfusion. Die Rundfunksender veröffentlichten abwechselnd die Erklärungen des Präsidenten und des entlassenen Generals. Olvis Arias weigerte sich, „die illegalen Befehle des Präsidenten" zu respektieren. Die Kommandeure der neun Armee-Divisionen stünden hinter ihm, warnte er.

Obgleich Olvis Arias betonte, seine Rebellion verfolge keine politischen Ziele und obgleich er „die demokratische Ordnung" verteidigte, bestehen zwischen ihm und dem Präsidenten erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den Kurs der Regierung. Anfang Dezember, nach einem lähmenden Generalstreik, forderte der General seine Offiziere auf, „angesichts des Chaos und der Anarchie die politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Situation genau zu studieren". Manche Beobachter äußerten die Meinung, daß der Armee-Chef die Militärs zu einer Putschaktion mobilisieren wollte. Hier dürfte letzten Endes der Grund für Siles' Durchgreifen liegen.

Der Präsident scheint diesen Machtkampf zu gewinnen, weil er die Unterstützung des Kommandeurs der Gesamtstreitkräfte, General Simon Sejas, und des einflußreichen Luftwaffenchefs Oscar Villa besitzt. Aber die Lage bleibt kritisch. Die Inflation erreicht mittlerweile die Weltrekordhöhe von 2500 Prozent. Das Bruttosozialprodukt sank in diesem Jahr um 17 Prozent, das Realeinkommen um 24 Prozent. Keine andere Währung Lateinamerikas befindet sich in einem so schlechten Zustand wie der bolivianische Peso. Der Dollar ist mittlerweile mehr als zehntausend Pesos wert. Immerhin, es wäre ein Trost, wenn es sich erweisen sollte, daß die Zivilgewalt wenigstens mit der Generalität fertig wird – vielleicht vermag sie eines Tages doch auch die anderen Probleme anzupacken.

Durch den Grün-Filter

Von Ephraim Lahav

Die Israel-Reise der Grünen hat alle Erwartungen erfüllt, auch die traurigsten. Sie galt praktisch allein den Arabern. Oder, richtiger: Nicht einmal alle Araber waren ihnen gut genug. Sie unterhielten sich nur mit den Extremisten, wie dem abgesetzten Bürgermeister von Hebron. Auch die PLO war ihnen offenbar nicht scharf genug; einen ganzen Vormittag verwendeten sie für eine Gruppe der „Ibn al Balld", die sich als Partnerin der gegen Arafat gerichteten Abu-Musa-Gruppe fühlt. Das Gespräch mit dem kommunistischen Bürgermeister von Nazareth und dessen Parteikollegen fiel nur aus technischen Gründen ins Wasser.

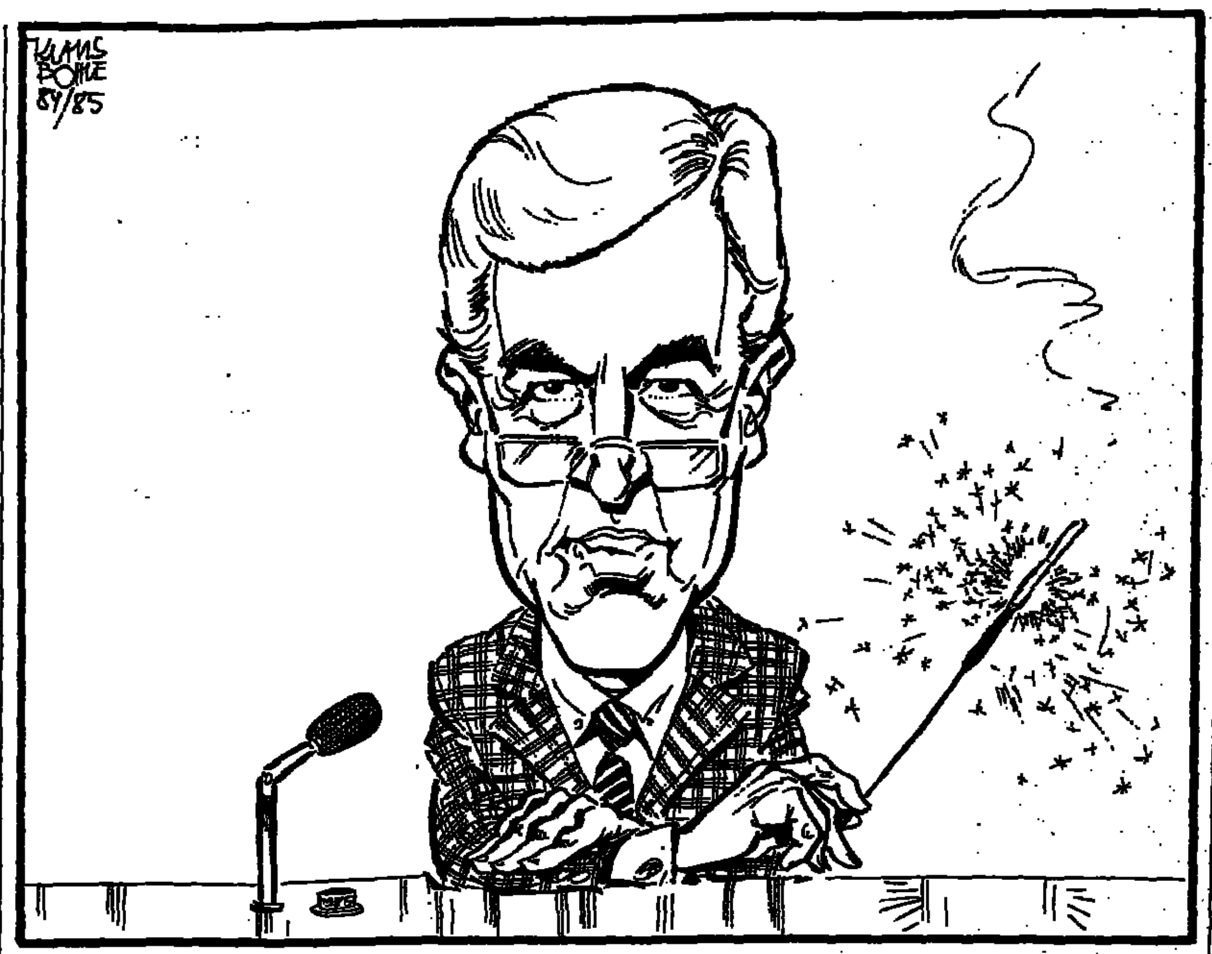
In Syrien haben sich die Delegationsmitglieder viel taktvoller verhalten. Regimegegner suchten sie erst gar nicht.

Nun haben die Grünen sich in Israel zum Selbstbestimmungsrecht bekannt: „Diese Überzeugung kann uns keine Information, die wir hier bekommen mögen, wegnehmen." Sie haben auch wiederholt die Errichtung eines palästinensischen Staates gefordert.

Warum aber setzen sie sich dann nicht für das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker ein? Da wären vor Israels Haustür die Kurden. Da wären, etwas weiter nördlich, die Deutschen in der „DDR" und die anderen Völker unter sowjetischer Herrschaft – einschließlich der Russen selbst. Und wenn „Gebietserwerb durch Krieg" nicht zulässig ist – wie ist das mit den sowjetischen Eroberungen von Osteuropa bis zu den Kurilen?

Wenn das israelische Lager von El Ansar in Südlibanon, in dem Terroristen, die mit der Waffe in der Hand gefaßt wurden, unter Aufsicht des Internationalen Roten Kreuzes inhaftiert werden, die Empörung der Grünen erregt – wie wäre es, wenn in den mordwinischen Lagern Rußlands, wo Menschen wegen bloßen Widerspruchs inhaftiert sind, das Rote Kreuz wenigstens nachschauen dürfte?

Rein zufällig kritisieren die deutschen Grünen genau das, was auch die Sowjets kritisieren. Sie schweigen, wo die Sowjets keine Kritik zu hören wünschen. Und rein zufällig sind wieder einmal die Juden das Ziel.



„Die Bundesregierung wünscht mit gutem Gewissen Prost Wende!" KLAUS BÖHLE

Drei Wahrheiten

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seinen sprichwörtlichen Schalk in den Augenwinkeln, berief sich Konrad Adenauer auf seinen Freund Pferdmenges, den Kölner Bankier, als er dessen drei Wahrheiten für sich in Anspruch nahm: die einfache, die reine und die lautere Wahrheit. Die Abgeordneten im Bundestag reagierten einmal nicht nach Fraktionen, sondern amüsierten sich köstlich über die rheinisch-katholische Lebensweisheit des alten Herrn.

Mit den drei Wahrheiten hatte Adenauer zugleich den Spielraum abgesteckt, den jeder Kanzler nutzen kann, wenn er eine Regierungserklärung abgibt. Er darf seine Erfolge staatsmännisch geschönt darstellen, seine Mißerfolge aber nicht ganz verschweigen. Er muß zumindest bei der „einfachen" Wahrheit bleiben. Sonst verliert er seine Glaubwürdigkeit.

Wenn nach der Regierungserklärung der Oppositionsführer zum Rednerpult schreitet, wissen alle schon, was er sagen wird. Er wird den Kanzler dort für gescheitert erklären, wo dieser in Wirklichkeit Erfolge erntet, und er wird dem Regierungschef gönnerhafte Ratschläge geben, wo jener sie am wenigsten braucht. Was der Kanzler weiß sieht, sieht der Oppositionsführer schwarz – und umgekehrt. Folglich zieht der Oppositionsführer weniger durch die Originalität seiner Argumente Ruhm auf sich als durch den „Biß" seiner Rede. Gottlob werden diese Rollenmuster gelegentlich auch durchbrochen und Gemeinsamkeiten beschworen; aber das sind die Ausnahmen, welche die Regel bestätigen.

In diesem holzschnittartigen Kontrast spielen sich zumeist die Redeschlachten in den Parlamenten ab, und gebetsmühlenartig werden sie in Interviews endlos fortgesetzt. Oft geht es den Volksvertretern gar nicht darum, den Wählern die ungefärbte Wahrheit zu sagen, sondern es geht ihnen um die Selbstdarstellung ihrer Partei. Sie agieren dann nicht wie „Vertreter des ganzen Volkes", die als Abgeordnete laut Grundgesetz „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" sind, sondern als mehr oder weniger begabte Statisten ihrer Partei. Auf diese Weise wird der vernünftige Sinn des Wechselspiels von Regierung und Opposition, nämlich den Bürgern mit Argument und Gegenargument die eigene Urteilsbildung zu erleichtern, verfälscht.

Solche Darstellung ihrer selbst betreiben die Parteien natürlich auch außerhalb des Parlaments, besonders im Wahlkampf. Mitunter grenzt das an Wählerbetrug, wie zum Beispiel 1969, als die SPD den Bürgern nicht ihre wirklichen Absichten in der Deutschlandpolitik offenbarte. Dazu erklärte Bahr 1973 im Bundestag: „Die Mehrheiten waren nicht so, daß sie es zugelassen hätten, die Wahrheit zu sagen."

Zum politischen Kult gehört ebenso die verzeichnete, nicht selten diffamierende Darstellung der Konkurrenzparteien und ihrer führenden Persönlichkeiten. Man kann nur staunen, was da dem Publikum zugemutet wird. Zum Beispiel: Am 14. Dezember startete die SPD eine Flugblattaktion. Dazu bemächtigte sie sich der Werbeanzeige einer Diamantenfirma, die ihre Kunden zur schleunigen Anlage der zurückgezahlten Investitionshilfe-Abgabe aufforderte. Daraus drechselte die SPD auf ihrem Flugblatt die Parole: „Klassenkampf hat wieder einen Namen: Kohl. Diamanten-Kohl". Wie weit sind wir mit unserer Parteien-Demokratie gekommen, wenn ein so intelligenter Mann wie der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz solchen Schwachsinn für eine geglückte Parteiwerbung hält?

Die Parteien wissen, daß die meisten Bürger ihnen die häufig kraß einseitige und eher polemische als sachgerechte Vermittlung der Politik so nicht abnehmen; aber sie bleiben bei ihrer Praxis in der Gewißheit, im Unterbewußtsein der Wähler bleibe doch etwas hängen. Die Bürger wiederum nehmen die Schwarz-Weiß-Malerei hin, teils aus Vergnügen an den Hahnenkämpfen, teils in der Überzeugung, das Hickhack vollziehe sich unterhalb des allgemeinen demokratischen Konsenses. Doch ohne Folgen bleibt die agitatorische Vergewaltigung der politischen Kommunikation durch die Parteien nicht.



Von der Verschönerung bis zum achten Gebot: Adenauer, Pferdmenges FOTO: DPA

Oft wird von Staatsverdrossenheit gesprochen. In Wirklichkeit handelt es sich um Parteienverdrossenheit, und eine ihrer Ursachen liegt in der zur Routine gewordenen Unredlichkeit der Argumentation. Darunter leidet am meisten das Parlament.

Ein ausgesprochener Mißstand der Schwarz-Weiß-Agitation ist die Aufgeregtheit der öffentlichen Debatte. Dazu sagte Altbundespräsident Carstens an seinem 70. Geburtstag, es gebe kaum noch ein Problem, das gelassen diskutiert werde; die Themen der erregten Diskussion wechselten mit großer Schnelligkeit von Monat zu Monat, manchmal von Woche zu Woche.

Das Ergebnis dieser von den Parteien verursachten Fehlentwicklung ist ein schizophrener Gemütszustand der Bevölkerung. Immer wieder kommt bei Meinungsumfragen heraus, daß der einzelne Bürger seine persönliche Lage eigentlich ganz erfreulich findet, die allgemeine Lage jedoch mit Pessimismus betrachtet. Also: Subjektiv geht's uns gut, objektiv ist aber alles maßlos traurig. Wie kommt das? Carstens: „Kritik an den bestehenden Zuständen steht ganz im Vordergrund. Selten hört man eine Stimme, die das lobt und anerkennt, was geleistet worden ist".

Karl Carstens hat als Bundespräsident hohes Ansehen gewonnen, weil er in unserer permanent aufgeregten politischen „Kultur" das normal Bürgerliche sagte und tat. So auch wieder an seinem 70. Geburtstag. Wir müssen uns um die Wiedergewinnung der religiösen Dimension bemühen, mahnte er, denn sie ist entscheidend für die Zukunft und das Überleben der Menschheit. Wie wäre es, wenn die Parteien im Umgang miteinander das achte Gebot ernst nähmen? Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Martin Luther fügte hinzu, wir sollen unsern Nächsten nicht fälschlich belügen, verraten, afterreden oder bösen Leumund machen. Bekanntlich ist der Weg über die Jahresschwelle mit guten Vorsätzen gepflastert.

IM GESPRÄCH Tatjana Ossipowa

Gefängnis für Mitleid

Von Peter Dittmar

„Wir alle, ob gemeinsam oder unabhängig voneinander, haben nach Kräften an dem mitgewirkt, was man gemeinhin als Menschenrechtstätigkeit bezeichnet und was im Grunde genommen nichts weiter ist als die Äußerung gewöhnlicher menschlicher Regungen: des Mitleids, des Wunsches, einem Menschen in Not zu helfen, das Bewußtsein seiner eigenen Verantwortung an dem, was geschieht. Dafür wird man in unserem Land vor Gericht gestellt. Die Wahrheit wird zur Lüge erklärt, die Hilfe für Menschen zur kriminellen Tätigkeit."

Das schrieb Iwan Kowaljow in seinem Dossier „Zur Verhaftung von Tatjana Ossipowa", seiner Frau, mit der er gemeinsam der Moskauer Helsinki-Gruppe angehörte.



Hungerstreik im Sowjetlager: Bürgerrechtlerin Tatjana Ossipowa (mit Ehemann Iwan Kowaljow) FOTO: ARC

Das war vor vier Jahren. Tatjana Ossipowa wurde am 2. April 1981 zu fünf Jahren Lager und anschließend fünf Jahren Verbannung verurteilt. Die Hoffnung der Moskauer Herrscher, die Bürgerrechtlerin damit zum Schweigen bringen zu können, erwies sich jedoch als Irrtum. Für den 6. Januar hat sie jetzt gemeinsam mit Irina Ratuschinskaja einen Hungerstreik „bis zum Tode" angekündigt, wenn ihnen weiterhin das Recht, ihre Männer zu sehen, verweigert wird.

Irina Ratuschinskaja, die Ehrenmitglied des französischen PEN-Clubs ist, wurde wegen eines Gedichtbandes und ihrer Mitgliedschaft in der inoffiziellen „Freien Interprofessionellen Vereinigung von Werktätigen" 1983 zu zwölf Jahren Lager und Verbannung verurteilt. Seitdem hat sie ihren Mann nicht mehr sehen dürfen. Tatjana Ossipowa sah Iwan Kowaljow zuletzt bei ihrer Verurteilung 1981. Genau ein Jahr später, am 2. April 1982, wurde dann auch Kowaljow ebenfalls zu zweimal fünf Jahren verurteilt.

Tatjana Ossipowa, 1949 geboren, ist Computerspezialistin. Seit 1976 beteiligt sie sich aktiv an der Rchtsschutzbewegung und seit 1976 gehört sie der von Juri Orlow gegründeten Helsinki-Gruppe an. Bei dieser Arbeit lernte sie Iwan Kowaljow kennen, den sie 1979 heiratete. Kowaljow, 1954 geboren, schloß 1977 sein Studium als Energetikingenieür mit dem Diplom ab. 1979 übernahm er jedoch die Stelle eines Bäckereiarbeiters, weil sie ihm mehr freie Zeit für das ließ, was er als seine eigentliche Aufgabe ansah: das Sammeln und Publikmachen von Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion. Dieses soziale Engagement hängt mit dem Schicksal seines Vaters zusammen, des Biologen und Freundes von Andrej Sacharow, Sergej Kowaljow. Er erhielt im Dezember 1975 wegen „antisowjetischer Propaganda" sieben Lager- und drei Verbannungsjahre zudiktiert.

Tatjana Ossipowa und Iwan Kowaljow wußten also, worauf sie sich einließen. Und sie sind auch im Lager nicht bereit, zu kapitulieren. Frau Ossipowa trat wiederholt mit Hungerstreiks für kranke Mitgefangene ein. Sie unterschrieb zusammen mit Frau Ratuschinskaja und fünf anderen Mitgefangenen im mordwinischen Lager 3-4 einen Brief, in dem sie Reagan zu seiner Wiederwahl gratulierte. Und nun ist sie auch mit aller Konsequenz entschlossen, ein Minimum an Menschenrechten für sich selbst zu erzwingen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Er meint zu den Wirtschaftsaussichten:

Ein weiteres Wendeziel – die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft – ist noch gar nicht ernsthaft angesteuert worden. Stoltenbergs Wunschzettel zur Teilprivatisierung von Bundesunternehmen wird bestenfalls der Osterhase abhaken. Der Abbau von Subventionen wird überdies vorläufig nur in Sonntagsreden angepriesen. Auf der anderen Seite gibt es einige „Landesfürsten" der Union, die sich in dem Bemühen beinahe überschlagen, zukunftsträchtige Spitzentechnologien mit neuen Subventionen zu füttern. Diese Art der Industriepolitik von Landesregierungen hat der Präsident des Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, erst kürzlich als „Renaissance der Macher statt des Marktes" kritisiert. Solche Abweichungen bringen auch den Bonner Regierungskurs ins Schleudern.

STRAUBINGER TAGEBLATT

Sie fragt, wo unsere fleißigen Demonstranten sind:

Erinnern wir uns noch der „Ho-Tschi-Minh"-Rufe bei Demos gegen das US-Engagement in Vietnam ... Warum ließen die deutschen Friedensfreunde, die sonst bei jeder Demo mit Frau und Baby dabei sind, wenn die US-Imperialisten irgendwas verbrochen haben, warum ließen diese sonst immer Engagierten die Afghanis im Stich, als die am Donnerstag in Bonn zu zwei Kundgebungen gegen die mittlerweile fünf Jahre währende Besetzung ihres Landes durch die „Gottlosen" aus der Sowjetunion aufriefen? Es kamen 350 (in Worten: dreihundertfünfzig) zusammen, und es waren ausnahmslos Afghanis.

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt kommentiert zur Autoindustrie:

Lautes Gehupe tönt aus den Chefetagen der Automobilfirmen: Immer langsamer tuckerten die Verkäufe der letzten drei Monate vor sich hin ... Schuld sei die Entscheidungsschwäche der Bonner Bundesregierung, die versäumt habe, endgültige, rechtlich verbindliche Vorschriften zu erlassen. Dabei waren es doch die Autofirmen, die anfangs forsch mit Massenentlassungen gedroht haben, wenn sie gezwungen würden, Neuwagen mit Abgasreinigern zu konstruieren. Technisch sei dies erst in fünf bis sieben Jahren möglich, erklärten sie. Die Manager der Autofirmen haben damals nicht erkannt, wo es langgeht. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, offensiv an die Entwicklung der umweltfreundlichen Autos heranzugehen, anstatt zu bremsen. Schließlich haben sie ja doch geschaltet.

Daily Mail

Die Londoner Zeitung schreibt zu dem Mordprozeß in Thorn:

Alle Regime in Polen, mögen sie noch so tyrannisch sein, müssen sich irgendwie mit der Kirche arrangieren. Darum geht es auch bei diesem Prozeß. So parteiisch und unsauber er auch sein mag, ist er doch ein Akt der Buße.

Der Erdrutsch des unbekannten jungen Mannes

Ein Wahlergebnis, das jedenfalls diesmal Indiens Einheit bestätigt / Von Marta Weidenhiller

Was Nehru und Indira Gandhi nie gelang, schaffte der politische Neuling Rajiv Gandhi auf Anhieb: Er holte sich bei den Wahlen einen Traumsieg, den höchsten der Kongreßpartei seit der Unabhängigkeit Indiens überhaupt. Mehr noch: Ein Volk hat sich in freier Wahl fast für einen Einparteienstaat entschieden. In den Jubel über den Wahlsieg mischt sich daher auch Sorge: Wird die Allmacht der Kongreßpartei angesichts einer ohnmächtigen Opposition nicht zur Gefahr für die demokratischen Institutionen?

Ein Volk setzt unbegrenztes Vertrauen in einen Mann, über den es wenig weiß, der sich politisch kaum profiliert hat. Von Anbeginn lagen dennoch die Vorteile bei ihm: Er ist ein Nehru/Gandhi, er ist „der Sohn seiner Mutter", er ist jung.

Nehru gehörte zu den Mitbegründern des unabhängigen Indien, Indira Gandhi regierte mit nur zwei Jahren Unterbrechung das Land sechzehn Jahre lang. Der legendäre Name, mit Indien nahezu gleichgesetzt, verpflichtet Rajiv und setzt beim Volk immense Erwartungen frei. Eher wider Willen, aber gehorsam, ließ sich Rajiv von seiner Mutter in die Pflicht nehmen. Jetzt holte er sich die demokratische Legitimation.

Indira Gandhi mußte vor zwei Monaten noch fürchten, nicht einmal die Zwei-Drittel-Mehrheit zu behalten. Ihre immer mehr auf die Erhaltung ihrer eigenen Macht ausgerichtete Politik hatte eine Erosion der Kongreßpartei zur Folge, sichtbar in Verlusten bei Landtagswahlen. Ihr Tod durch Mörderhand verklärte ihr Bild und kehrte diesen Negativ-Trend um. Eine Welle des Mitleids ging über das Land hinweg und mobilisierte die Wähler. Hinzu kam die Angst, das Chaos, das nach Indiras Tod Tausende das Leben kostete, könnte das ganze Land erfassen.

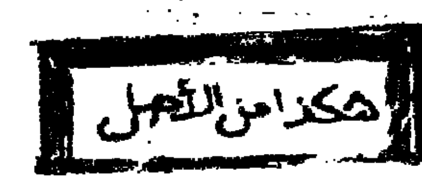
Waren die Wahlen 1977 und 1980 Protestwahlen, so haben sich die Inder diesmal positiv entschieden, für etwas: für die Jugend, für eine neue Generation, für einen politischen Wandel – für Rajiv. Mit seinen vierzig Jahren verbindet ihn nichts mehr unmittelbar mit dem Ringen um die Unabhängigkeit. Er repräsentiert das neue Indien. Die Mehrheit der Inder ist jünger als dreißig Jahre, für sie ist er so etwas wie ein Hoffnungsträger.

Die Hochrufe auf den Wahlsieger übertönen die Enttäuschung derer, die eine Niederlage, ja eine Katastrophe hinnehmen mußten: die Oppositionsparteien. Mit lautem und selbstzerstörerischem Mut zogen sie in diese Wahl, zerstritten, zersplittert, von den Ambitionen ihrer Führer geblendet. Sie konnten sich nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen, sie hatten keinen Führer von nationalem Rang aufzuweisen. Die Opposition ist zur Bedeutungslosigkeit degradiert. sie ist machtlos und kopflos. Denn selbst ihre Spitzenpolitiker ziehen nicht wieder in die Lok Sabha ein.

Traditionell stimmen neben der Industrie die Minderheiten – Moslems, Harijans, Sikhs – für die Kongreßpartei. Nur die Sikhs dürften sich, für niemanden überraschend, von ihr abgewandt haben. Dafür hat ein verstärkter Hindu-Nationalismus vor allem im „Hindigürtel" im Norden Stimmen eingebracht. Uttar Pradesch und Bihar, in denen „die Politik entschieden wird", wählten fast geschlossen die Kongreßpartei. Bemerkenswert ist aber auch, daß der Partei Einbrüche in Staaten wie Westbengalen oder Kerala gelangen, die traditionell kommunistische Hochburgen sind.

Schließlich hat auch das Mehrheitswahlrecht, zusätzlich zu der inneren Formschwäche der Opposition, der Partei den Sieg erleichtert, die seit 1947 mit nur zwei Jahren Unterbrechung das Land regiert und mit der sich nun in der dritten Generation die Dynastie Nehru fortsetzt. Der neue Premier hat Kontinuität versprochen – eine Fortsetzung der Politik in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung, wie die Blockfreiheit etwa. Neue Akzente wird er dennach setzen. Er befürwortet neue Technologien, will eine leistungsorientierte Gesellschaft. Seine Computer-Boys, wie seine Berater heißen, sind ein Hinweis in sich. Sein Kabinett wird weiteren Aufschluß geben.

Die wichtigste Aufgabe ist, dem Land den inneren Frieden zurückzugeben. Das Stichwort lautet Pandschab. Indira Gandhi ist daran gescheitert; der Sohn macht hier seine erste Bewährungsprobe, für die er viel politisches Fingerspitzengefühl braucht. Nicht minder dringlich ist die Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern. Eine ganze Reihe der Unionsstaaten haben starkes regionales Selbstbewußtsein entfaltet; sie fordern mehr Mitsprache, mehr Eigenständigkeit. Frau Gandhi sah in einer mächtigen Zentrale den maßgeblichen Garanten der Einheit Indiens. Ob das nun richtig ist oder nicht, dieser Idee droht jedenfalls Gefahr durch den Regionalismus. Nicht von ungefähr hat Rajiv im Wahlkampf und gleich nach seinem Wahlsieg die Einheit des Landes beschworen, die es zu wahren gelte.







FDP 1985: Viel Hoffnung und viele offene Fragen

Mit einem Kraftakt will die gesamte FDP-Spitze die Talfahrt der Partei stoppen, ihr Image aufpolieren und sie wieder als „die" liberale Partei präsentieren. Die monatelange „Nabelschau" und die innerparteilichen Querelen sollen endgültig beendet werden.

Von STEFAN HEYDECK

Für die immer wieder totgesagte *Drei-Punkte-Partei F.D.P.* sind ein gemeinsames Aufbäumen und ein gewaltiger Kraftakt heute notwendiger denn je. Angesichts des desolaten Bildes, das die FDP in diesem Jahr bot, und der Tatsache, daß die Liberalen inzwischen aus sechs der *elf* Landesparlamente und dem Europaparlament hinausgewählt sind und auch bei den letzten Kommunalwahlen an Boden verloren, ist *das aber alles andere als ein leichtes* Unterfangen.

Hinzu kommt, daß die Parteikasse schon wieder leer ist, daß bereits fast achtstellige „rote Zahlen" geschrieben werden müssen. Doch trotz teilweise geheimer, für die Freien Demokraten nicht gerade positiver Umfragen wird mit Blick auf die anstehenden Wahlen im kommenden Jahr im Bonner Thomas-Dehler-Haus Zu*versicht verbreitet: „Wir können es* schaffen. Alles ist drin", heißt es.

Die FDP will alles daran setzen, damit sie nach dem 10. März, bei den Landtagswahlen in Berlin und im Saarland, weiter zusammen mit der CDU regieren kann und bei den Kommunalwahlen am selben Tag in Hessen gut abschneidet. Denn einerseits wird vom Ausgang dieser Wahlen eine Signalwirkung für den Urnengang am *12. Mai in Nordrhein-Westfalen* erwartet, wo die Liberalen nach zweimaligem Scheitern – 1975 und 1980 – die Rückkehr in das Landesparlament schaffen und wie an der Spree und an der Saar ein „rot-grünes Bündnis" verhindern wollen. Andererseits geht es dabei auch um die Frage, welche Bedeutung und welchen Stellenwert die FDP künftig im Bonner Regierungsbündnis hat, welchen Einfluß sie nehmen kann.

Das zum politischen Überleben notwendige Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde will die FDP unter anderem dadurch schaffen, daß sie eine – wenn auch sehr spät gestartete – „entschiedene und harte Auseinandersetzung" mit den Grünen beim Kampf um Stimmen aufnimmt. Die Liberalen wollen den Wählern klarmachen, daß *sie* und *nicht die* Grünen nach wie vor Platz drei im Parteienspektrum einnehmen.

Dazu wird Anfang Januar ein „Strategiepapier" intern verbreitet. Nach ihm sollen die Grünen nicht „pauschal" attackiert werden. Vielmehr sollen zum Beispiel deren politischer Stil, ihr Verhältnis zur Demokratie und ihre Programmaussagen als Wahlkampfmunition dienen. Daneben setzen die FDP-Strategen auf „linke" CDU- und „rechte" SPD-Wähler.

Spätestens mit dem Saarbrücker Bundesparteitag Ende Februar soll demonstriert werden, so Generalsekretär Helmut Haussmann, daß von ihm ein „gewisser Aufbruch" für die Partei ausgeht. So soll dort ein „knappes und prägnantes" Liberales Manifest verabschiedet werden. Mit ihm sollen Wege zur Stärkung der persönlichen Freiheit, Fragen der Wirtschaftspolitik konkretisiert und der gesellschaftspolitische Standort sowie die Rolle des Staates beschrieben werden.

Dazu sind bisher über 100 Änderungsanträge in der Parteizentrale eingegangen. Angestrebt wird jedoch auf keinen Fall ein Themenwechsel. Vorgenommen werden soll aber eine andere „Gewichtung" der politischen Aufgaben.

Zwar will die FDP unverändert an ihrem „Wächteramt" für den Rechtsstaat festhalten, gleichzeitig aber auf den Feldern Umweltschutz und Wirtschaft auch im Verhältnis zum Koalitionspartner CDU/CSU „konsequenter" und aktiver werden. Haussmann setzt auf „positive Themen", die sich im Programmentwurf in dem „Dreieck *Arbeit, Umwelt, Technologie*" niederschlagen.

Allerdings ist klar, daß Programme allein, so ein Führungsmitglied, „nicht ausreichen", um die Wahlkämpfe zu bestehen. Vielmehr kommt es ebensosehr darauf an, daß die FDP-Spitze sich geschlossen zeigt, für „Rückenwind" sorgt und – bis auf weiteres – keine negativen Schlagzeilen mehr produziert.

Viele erinnern sich immer noch an den Parteitag in Münster Anfang Juni, auf dem FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und seine beiden Stellvertreter Wolfgang Mischnick und Jürgen Morlok eine schwere Schlappe hinnehmen mußten.



Der Alte und der Neue: 1985 übernimmt Martin Bangemann (rechts) von Hans-Dietrich Genscher das Amt des FDP-Parteivorsitzenden FOTO: WEREK

Auch jetzt gibt es schon Befürchtungen, daß der Saarbrücker Kongreß eine „Neuauflage" von Münster werden könnte, wenn Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zum Nachfolger für den nach zehnjähriger Amtszeit nicht mehr antretenden *Genscher gewählt* werden soll.

Unklar ist noch das Verhältnis zwischen Bangemann und Genscher. Nachdem der gescheiterte Europa-Spitzenkandidat am 21. Juni als künftiger Parteichef von Genscher auf einer Sitzung mit den Landesvorsitzenden „ausgeguckt" worden war und rund eine Woche später den wegen der Flick-Affäre zurückgetretenen Otto Graf Lambsdorff als Wirtschaftsminister abgelöst hatte, verursachte Genscher selbst im eigenen Lager neue Irritationen: Kaum waren die Pleiten mit dem Amnestiegesetz und *mit dem Kohlekraftwerk Buschhaus* vom Tisch, drehte Genscher „wie in alten Tagen" auf. Prompt wurde die Frage laut, ob er nicht doch sein eigener Nachfolger würde. Hinzu kam, daß Bangemann zunächst als Minister eine nicht gerade allzu glückliche Figur zu machen schien und sich sein Vorgänger Lambsdorff immer wieder unüberhörbar in der Öffentlichkeit zu Wirtschaftsfragen zu Wort meldete.

*Heute wird im Thomas-Dehler-*Haus abwiegelnd von einer „Grobplanung" gesprochen. Nach ihr habe Genscher in diesem Jahr innerparteilich noch einmal seine Position stärken sollen. Das sei ihm gelungen. Mit Beginn des neuen Jahres solle nunmehr die „Funktion" Bangemanns, der bereits an allen „zentralen Entscheidungen" beteiligt sei, stärker in den Vordergrund gerückt und seine „Handschrift" deutlicher sichtbar gemacht werden. Allerdings, so heißt es, denkt Genscher nicht daran, sich in eine *„Repräsentationsfunktion"* zurückzuziehen. Kritiker warfen ihm sogar schon vor, es sei ihm egal, wer unter ihm Parteivorsitzender werde.

Klar scheint aber zu sein, daß das elfköpfige Präsidium wieder stärker zum eigentlichen Führungsgremium der FDP werden soll. Dazu soll auch der hessische Landes- und Fraktionschef Wolfgang Gerhardt beitragen, der als Nachfolger von Morlok jetzt doch schneller als erwartet in der FDP „ganz nach oben" durchstartet.

Erste Aufschlüsse über den weiteren Weg der Liberalen werden vom traditionellen Drei-Königs-Treffen *der Liberalen am 6. Januar in Stutt*gart erwartet. Dort wollen Bangemann, der die Hauptrede halten soll, und Genscher, der sich zur langfristigen Außenpolitik äußern will, sowie Haussmann demonstrieren, daß sich ein „Führungsteam" formiert. Dabei will der Generalsekretär grundsätzliche Ausführungen über die Führungsstruktur und den Stil der Zusammenarbeit machen.

*Eines scheinen die Freien Demo*kraten in diesem Jahr auf jeden Fall gelernt zu haben: daß sie weg von dem Image müssen, „Mehrheitsbeschaffer um jeden Preis" zu sein, und klar zu einmal gefaßten Bündnisaussagen stehen müssen.

Hainburg spaltet Parteien und trennt Jung und Alt

***Bis zum 3. Januar hatte* Österreichs Kanzler Sinowatz im Streit um das Donau-Kraftwerk Hainburg einen „Weihnachtsfrieden" verkündet. Doch inzwischen gilt als sicher: Es wird – zunächst – nicht weitergebaut.**

Von CARL G. STRÖHM

„Volksabstimmung! Volksabstimmung!" skandierten Zehntausende von Demonstranten in der Wiener Innenstadt – auf dem Wege vom Bundeskanzleramt am Ballhausplatz zum Stephansdom. Wenige Tage vor Weihnachten brachte ein Umweltproblem – in diesem Fall: der von der Wiener Regierung beschlossene Bau des Donau-Kraftwerks Hainburg – die größte spontane, nicht von Parteien oder Gewerkschaften organisierte Demonstration auf die Beine, welche die österreichische Hauptstadt seit Jahren erlebt hatte. Die Polizei sprach von 15 000 Teilnehmern. Die Umweltschützer behaupteten, es seien 40 000 gewesen. Spätestens an diesem Abend war klar, daß der Versuch der Wiener Regierung, den Baubeginn in den Donau-Auen von Hainburg im Schnellverfahren und mit Hilfe der Polizei durchzuziehen, gescheitert war.

Die österreichischen Sozialisten sahen sich am „Tatort", in der Au, einigen tausend jungen Leuten gegenüber, die sich mit Zelten und Schlafsäcken ans Donau-Ufer begeben hatten, um dort bei Eiseskälte passiven Widerstand gegen den Beginn der Rodungsarbeiten zu leisten.

Bundeskanzler Sinowatz konnte im letzten Augenblick verhindern, daß „bauwillige" Gewerkschaftler von der ÖGB-Führung zu einer Gegendemonstration in die Au entsandt wurden. Das hätte nämlich zu einem *„Umwelt-Bürgerkrieg"* und wahrscheinlich zu Prügelszenen zwischen den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft und den Umweltschützern sowie den Grünen geführt. Die Folgen wären für Österreich unabsehbar gewesen.

Statt dessen hatte die Regierung versucht, die von den Umweltschützern besetzte Au durch Polizei und Gendarmerie räumen zu lassen. Auch dieses Vorhaben scheiterte. Am Abend der „Schlacht von Hainburg" war klar, daß die Umweltschützer – darunter viele Studenten mit ihren Professoren – nur mit Brachialgewalt aus ihren Zeltlagern entfernt werden konnten.

Die Fronten begannen sich auf seltsame Weise zu verschieben: Der vom linken Flügel der SPÖ kommende Innenminister Karl Blecha – der seine Karriere bei den Jusos begonnen hatte – erhielt dank der Bilder von Polizeihunden, die auf Au-Besetzer losgelassen wurden, plötzlich das Aussehen eines rechtsautoritären „Law-and-order"-Funktionärs. Sein Versuch, die Au-Besetzer als Anarchisten, Rechtsextremisten oder gar vom Ausland ferngesteuerte Marionetten zu charakterisieren, wurde ihm von der Öffentlichkeit nicht abgenommen.

Sicher haben in der Au von Hainburg auch Extremisten ihr Süppchen an den Lagerfeuern gekocht. Sicher gab es dort auch Leute, denen es weniger um die Rettung des letzten großen Fluß-Urwaldes in Mitteleuropa als vielmehr um persönlichen Ehrgeiz und Profilierung ging. Aber die Mehrzahl derer, die dort ausgeharrt und sich mit den Gendarmen herumgeschlagen hatten, waren wohl ebensowenig Extremisten oder Anarchisten wie die Demonstranten *in der Wiener* Innenstadt. Da war eine neue Jugendbewegung zu erkennen – eine Bewegung, welche die Maßstäbe und Wertvorstellungen der älteren, etablierten, durch Krieg und Nachkriegszeit geformten Generation einfach nicht mehr akzeptieren will.

Deshalb stießen die gutgemeinten Versuche der Wiener Regierung, des christlich-demokratischen Oppositionsführers Alois Mock, der Gewerkschaftsführung und des Industriellenverbandes, den Bau des Donaukraftwerkes als wirtschaftlich vernünftig und notwendig darzustellen, vor allem bei der jüngeren Generation nicht nur auf taube Ohren, sondern auf Protest und Abwehr.

Die Elektrizitätswirtschaft, die mit der ökonomischen Bedeutung billiger *einheimischer Wasserkraft argu*mentierte, erschien als profitorientierter „Zubetonierer" der österreichischen Naturschönheiten. Die sozialistisch beherrschten österreichischen Gewerkschaften versuchten vergeblich, das Problem der Arbeitsplätze in den Mittelpunkt zu stellen. Die Generation der achtziger Jahre nahm jenen, die ihr Weltbild in den fünfziger Jahren geformt hatten, die *Argumente nicht ab.*

Der mächtige Präsident des ÖGB, Anton Benya, erzielte mit seiner Erklärung zur Umweltverschmutzung, wonach auch er als junger Mann auf den damals nicht asphaltierten Landstraßen beim Radfahren ohne negative *Gesundheitsfolgen* Staub geschluckt hätte, in den Medien einen ebenso großen Heiterkeitserfolg wie der wackere Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer mit seiner Feststellung, er habe bei Fahrten ins Gebirge noch nie eine kranke Fichte gesehen. Zum ersten Mal wurde hier sichtbar, daß die Älteren an den Jüngeren einfach vorbeiargumentierten.

Innerhalb der Wiener Regierungskoalition hat die Hainburg-Frage zu einer Zerreißprobe beim kleineren Koalitionspartner, der FPÖ, geführt. Mehrere FPÖ-Landespolitiker haben der FPÖ-Regierungsmannschaft, die in Wien gemeinsam mit den Sozialisten das Kraftwerk bauen will, die Gefolgschaft aufgekündigt. Der ehrgeizige und erfolgreiche Kärntner FPÖ-Landeschef Jörg Haider forderte sogar den Austritt seiner Partei aus der Regierung.

Die oppositionelle ÖVP, deren Spitze angesichts innerer Flügelgegensätze lange Zeit keinen sehr profilierten Standpunkt zu Hainburg bezog, hat sich inzwischen die Forderung nach einer Volksabstimmung zu eigen gemacht. Kanzler Sinowatz steht jetzt vor schweren Entscheidungen. Zunächst hatte er einen bis 3. Januar befristeten „Weihnachtsfrieden" verkündet. Der Bau des Kraftwerks, der vorher nicht schnell genug begonnen werden konnte, hatte plötzlich keine so große Eile.

Es ist kaum anzunehmen, daß am 4. Januar die Motorsägen der Holzfäller wieder in Bewegung gesetzt werden – es sei denn, die Regierung wäre bereit, eine zweite „Schlacht von Hainburg" zu riskieren. Einstweilen wird in fieberhaften Verhandlungen nach einem Kompromiß gesucht, der sowohl für die Umweltschützer als auch für die Gewerkschaften, die Elektrizitätswirtschaft und die von Prestige- und Gesichtsverlust bedrohte Regierung akzeptabel sein könnte. Das aber kommt einer Quadratur des Kreises gleich.

„Welcher Partei werden die wohl bei den *nächsten* Wahlen ihre Stimmen geben?" fragte ein Zuschauer, als die Au-Demonstranten in der Wiener Innenstadt vorbeizogen. Unter den Transparenten gab es eines, das besonders nachdenklich stimmte: „Die Sozialdemokratie ist in der Hainburger Au gestorben!" Selbst wenn nur ein geringer Prozentsatz der Wähler – und vor allem der Jungwähler – so denken sollte, wäre das für die österreichische Regierungspartei sehr gefährlich.

Märchensammler, Germanisten und Demokraten

Am 4. Januar vor 200 Jahren wurde Jacob Grimm geboren. Auftakt für Feiern, die bis 1986 dauern, denn da hat Bruder Wilhelm 200. Geburtstag. Feste nicht nur für Märchenerzähler, sondern auch für Germanisten.

Von R. KRÄMER-BADONI

Recht so! Die *Brüder Grimm* sind wahrhaftig die vielen Feiern wert, die für 1985 und 1986 an ihren sämtlichen Wirkungsstätten geplant sind.

Jacob Grimm ist der Vater der Germanisten, auch wenn sie heute wenig Gebrauch von ihm machen. Immerhin ehrt man seinen Vater, und so besitze also auch ich das „Deutsche Wörterbuch", obwohl von der Benutzung dieses Pionierwerks später *noch* ein Wörtchen zu sagen ist.

Wilhelm Grimm ist ein literarisches Genie erster Ordnung. *Zweifler* wollen wir hier im Handumdrehen bekehren.

Im Vorwort zu den „Kinder- und Hausmärchen" ist davon die Rede, daß der „Geist des Volkes" halb unbewußt, dem „stillen Forttreiben der Pflanzen ähnlich" und von der „unmittelbaren Lebensquelle getränkt" diese Märchen gedichtet habe, früher, in alten Zeiten, heute aber nicht mehr. Man muß sie also retten. In diesen Dokumenten sind die Anschauungen der Vorzeit erhalten.

Und was haben wir davon? Alles. Echte Poesie gab es nur in der Vorzeit, so wie lebendige Sprache nur in der Frühzeit. Alles Spätere geht immer mehr in formelhafte Erstarrung über. Der Literaturhistoriker wird sich also in die ältesten Dokumente vertiefen, der Grammatiker wird sich zu den ältesten Formen zurücktasten, der Wörterbuchmacher wird die ältesten Wörter festhalten, auch die verschollenen, und mit Freude alte, noch erhaltene Reste vermerken.

Wäre demnach die Geschichte eine fortschreitende Degeneration? Es scheint so. Denn wie war es früher mit dem Volk? Auch das findet man in dem genannten Vorwort: „Hessen hat als ein bergichtes, von großen Heerstraßen abseits liegendes und zunächst mit dem Ackerbau beschäftigtes Land den Vorteil, daß es alte Sitten und Überlieferungen besser aufbewahren kann. Ein gewisser Ernst, eine gesunde, tüchtige und tapfere Gesinnung, die von der Geschichte nicht wird unbeachtet bleiben, selbst die große und schöne Gestalt der Männer in den Gegenden, wo der eigentliche Sitz der Chatten war, haben sich auf diese Art erhalten und lassen den Mangel an dem Bequemen und Zierlichen, den man im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa aus Sachsen kommend, leicht bemerkt, eher als einen *Gewinn* betrachten. Dann empfindet man auch, daß die zwar rauheren aber oft ausgezeichnet herrlichen Gegenden, wie eine gewisse Strenge und Dürftigkeit der Lebensweise, zu dem Ganzen gehören. Überhaupt müssen die Hessen zu den Völkern unseres Vaterlandes gezählt werden, die am meisten wie die alten Wohnsitze so auch die Eigentümlichkeit ihres Wesens durch die Veränderung der Zeit festgehalten haben." Da haben wir's. Das Alte ist tüchtig, das Neue ist zierlich, ist Firlefanz.

Allerdings kam eines Tages, von den Nostalgikern *nicht* zur Kenntnis genommen, heraus, daß hier nicht das „Volk" gedichtet hatte, sondern daß es sich um „zersungenen Minnesang" *handelt*, um *Popularisierung* von Kunstdichtung, um die Schlager des Spätmittelalters und der beginnenden Neuzeit. Es gibt keine Dichtung, die vom Volk geschaffen wird. Und so ist es auch kein Wunder, wenn von der Archaik der Grimmschen Märchen fast nichts übrig bleibt. Was übrig bleibt, sind Motive, die unter allen Völkern der Welt seit eh und je benutzt werden. Aber das gilt nicht nur *von Märchen, sondern* von jederart Dichtung.

Ist es also nichts mit den Märchen der Grimms? O doch: Sie sind hervorragend erzählt, aber nicht vom Volk, sondern von Wilhelm Grimm. Wilhelm gab den Geschichten den anheimelnden altertümelnden Ton. Wilhelm Grimm war ein genialer Erzähler, der sich in die Psyche der Kinder hineindenken konnte. Und für Erwachsene klingt es wie ein *Raunen* aus der Frühzeit. Mit Recht wurde gerade die Grimmsche Erzählform in viele fremde Sprachen übertragen, mit Recht wollen die Kinder die besten Märchen immer wieder hören, und immer in der gleichen Form.

Und die Vorrede? Sie ist ein romantischer Irrtum, aber – ein produktiver Irrtum. Das Produkt ist die weltberühmte Glanzleistung des Erzählers Wilhelm Grimm. Und was das ganz und gar Einzigartige ist: Mit dieser Schöpfung führt Wilhelm Grimm die Menschen schon in frühester Jugend zu wirklicher Literatur! Dieser einmalige Wurf ist mit keinerlei „Kinderbüchern" vergleichbar. Von Zeit zu Zeit taucht irgendein Trottel auf, der uns erklären will, daß diese Märchen kein geeignetes „Kinderbuch" seien!

Jacob Grimm, von Hause aus Jurist, hat sich in jener Zeit, als universale Bildung noch nichts Seltenes war, der historischen Sprach- und Literaturforschung zugewandt. Selbstverständlich war er nicht der erste. Die Lautverschiebung war schon bekannt, aber Jacob kam hinter ihre Gesetzmäßigkeit. Und der hochgelehrte, wenig jüngere Karl Lachmann leistete als Altphilologe und Germanist Bedeutendes in textkritischer Philologie. Die Germanistik war also keine trockene Wüste. Doch der unvorstellbar arbeitswütige Jacob Grimm leistete auf dem Gebiet der Sprache derart systematische Arbeit, daß alles bis dahin Vorliegende zu bescheidenen Versuchen zusammenschrumpfte. Nach den zwei Bänden „Kinder- und Hausmärchen" und den zwei Bänden „Deutsche Sagen" folgte die „Deutsche Grammatik" in fünf Bänden (eine historisch vergleichende Betrachtung der germanischen Sprachen), die „Deutschen Rechtsaltertümer", vier Bände „Weistümer" und zwei Bände „Geschichte der Deutschen Sprache". Dies alles zwischen 1812 und 1848.



Zwei Jahre lang feiert Hessen seine bedeutenden Söhne: die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm FOTO: DPA

Das „Deutsche Wörterbuch" schließlich, in dem er alles Alte und Neue und dessen Herkunft sammeln wollte, hat seinen Namen unsterblich gemacht. Wohlgemerkt: Es ist kein Wörterbuch zum eiligen Nachschlagen, dafür gibt es den Duden. Sucht einer z. B. das Wort „anheuern", so findet er es nicht. Er stößt an der Stelle auf: anhetzen, anheucheln, anheulen, anheute, anhexen, anhieb, anhilfe, anhin . . ., Wörter, die man nicht einmal im Traum suchen würde, außer „Anhieb". Da ist nicht nur Altes, sondern auch Ausgefallenes, Abstruses. Es ist alles gesammelt, was irgendwann bei einem älteren Schriftsteller stand. (Anheuern muß man unter „Heuer" suchen, die Ableitung anzugeben hat er vergessen, und also – findet sich „anheuern" auch im Duden nicht, aus Respekt vor Grimm!)

Bleibt noch das Ruhmesblatt des Protests gegen den frisch gebackenen König von Hannover, der die alte Verfassung einfach aufhob. Sieben Göttinger Professoren, darunter die beiden Grimm, protestierten und flogen hinaus. Die deutschen Fürsten waren schockiert über den Kollegen aus Hannover. Der König von Württemberg berief einen der sieben und antwortete dem Hannoveraner auf die Frage, warum er einen anstelle, den er entlassen habe: „Eben deswegen!" Und der Preußenkönig berief die beiden Grimm vier Jahre später nach Berlin.

Später erlebte Jacob als Ehrenmitglied der Paulskirche noch die Enttäuschung, daß die Idee mit dem Kaiser, „dem seltsamsten Ersatz, den es je für die revolutionäre Republik gegeben hat" (Michael Freund), in Nichts zerplatzte, und er sagte zornig: „Es kann nur durch rücksichtslose Gewalt geholfen werden. Je älter ich werde, desto demokratischer gesinnt bin ich." Das war das erste Mal, daß der alte Jacob nicht mehr romantisch zurückblickte.

Rotsch gewann Klage beim Arbeitsgericht

WERNER KAHL, Bonn/München

Der unter Beschuldigung der Spionage für den sowjetischen Geheimdienst inhaftierte leitende Angestellte von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Manfred Rotsch, hat vor dem Arbeitsrichter die Klage wegen seiner fristlosen Kündigung gewonnen. Auf Antrag des mutmaßlichen Spitzenagenten stellte das Münchener Arbeitsgericht in erster Instanz fest, die Kündigung sei unwirksam, teilte Rotsch-Anwalt Schulz-Arensdorff, auf Anfrage der WELT mit.

Bei seiner Entscheidung zugunsten des Klägers berücksichtigte das Gericht unter anderem die verfassungsrechtliche Unschuldsvermutung bis zum Nachweis der Schuld. Die unmittelbar nach der Verhaftung des Konstrukteurs im September 1984 vorgetragenen Kündigungsgründe wurden demzufolge nicht für ausreichend erachtet. Der 60jährige stellvertretende Abteilungsleiter, der bei dem internationalen Luft- und Raumfahrtunternehmen eine Vertrauensstellung innehatte, wurde vierzehn Tage vor seiner vorzeitigen Pensionierung verhaftet. In der schlagzeilenträchtigen Affäre steht seitdem die Frage im Mittelpunkt, ob Rotsch militärisch wichtige Projekte wie Teile des Mehrkampfflugzeuges „Tornado" verraten hat.

In der ersten Vernehmungsrunde, die von Oktober bis Anfang Dezember dauerte, hat Rotsch zwar den Experten des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft gestanden, daß er als Agent des östlichen Nachrichtendienstes in den Westen gekommen war. Seinen Angaben zufolge wurde er als Absolvent der Dresdner Technischen Hochschule zur Mitarbeit genötigt, nachdem angeblich dem Geheimdienst die Absicht von Rotsch zu Ohren gekommen war, daß er sich im Westen eine Existenz schaffen wolle; Rotsch räumte in der Vernehmung jetzt jedoch lediglich ein, er habe keine geheimen Projekte an den Osten weitergegeben.

In Bonn beginnt für den ehemaligen MBB-Konstrukteur in der kommenden Woche die nächste Vernehmungsrunde. Dann geht es um Details der Aufträge durch den östlichen Geheimdienst. Schachspieler Rotsch erhielt inzwischen in der Bonner Haftanstalt eine ungewöhnliche Vergünstigung: Er darf fernsehen.

Vorstoß gegen „Sozialhilfe-Tourismus"

DW. Berlin

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) unternahm jetzt einen politisch brisanten Vorstoß: Er forderte angesichts der „nicht abreißenden" Einreise von Polen in die Bundesrepublik Deutschland, die bisher übliche Duldung dieser Asylanten aus dem Ostblock zu überprüfen. Lummer sprach in diesem Zusammenhang von einem „Sozialhilfe-Tourismus".

Dieser Entwicklung müsse „wirksam entgegengetreten" werden, sagte der Senator und Bürgermeister. Zugleich regte er an, die noch aus dem Jahre 1968 stammenden Beschlüsse der Länderinnenminister zu überprüfen. Sie schreiben vor, daß kein Ostblockflüchtling zurückgeschickt werden darf. Die jeweiligen Fluchtmotive spielen dabei keine Rolle.

In seiner Erklärung gibt Lummer zu bedenken, „ob im Sinne einer Gleichbehandlung aller Flüchtlinge und Asylbewerber eine Bevorzugung zum Beispiel der Polen weiter angemessen ist".

Es gebe keinen anderen Weg, als den 18 Jahre alten Ministerbeschluß „den seither eingetretenen Veränderungen anzupassen". Die damalige Entscheidung beruhe auf „inzwischen überholten Vorstellungen". Lummer wies zugleich darauf hin, daß sich seine Kollegen bereits darauf verständigt hätten, wie Mißbrauchsfälle zu behandeln seien: „Die Entscheidung liegt jetzt bei der Ministerpräsidenten-Konferenz."

Allein in Berlin leben rund 11 000 Polen. Nach Angaben der Innenverwaltung bezieht von ihnen nahezu jeder fünfte – also mehr als 2000 Menschen – Sozialhilfe. Vor allem in der „DDR" gibt es einen weitverbreiteten Unmut über polnische Asylanten, die häufig zunächst als Gast- oder Gelegenheitsarbeiter in den Westen kommen und oft als „Pendler" nach entsprechendem D-Mark-Verdienst in die Heimat zurückkehren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„DDR"-Übersiedler beeindruckt von freundlicher Aufnahme im Westen

Erste repräsentative Befragung / 18 Prozent hatten nach drei Wochen einen Arbeitsplatz

hrk. Berlin/Bonn

Nicht die oft unvorstellbare Konsumwelt, sondern die freundliche Aufnahme durch Kollegen, Nachbarn oder Bekannte beeindruckt die „DDR"-Übersiedler am meisten. Den stärksten Anstoß erregt die Bürokratie, von der sich viele überfordert fühlen. Ein Fünftel der Neu-Bürger aus dem anderen Teil Deutschlands hatte nach drei Wochen schon Arbeit. Bei den Ausreisegründen stehen „fehlende Meinungsfreiheit" (71 Prozent) und „politischer Druck" (66) weit vor Reisebeschränkungen (56) und der Versorgungslage (46).

Dies sind Ergebnisse der ersten repräsentativen Befragung unter den rund 10 000 „DDR"-Übersiedlern dieses Jahres. Die Erhebung stammt von Dr. Anne Köbler (Infratest Kommunikationsforschung München) und Professor Volker Ronge (Universität Wuppertal). Das „Deutschland-Archiv" veröffentlichte jetzt die ersten Resultate der mehrteiligen Befragungsserie. Die beiden Wissenschaftler hatten im Frühjahr 1984 im Aufnahmelager Gießen 2000 Fragebögen an über 18 Jahre alte Übersiedler verteilt. Die Empfänger seien repräsentativ für das gesamte Spektrum der Neuankömmlinge gewesen, heißt es im Bericht der beiden Sozialforscher, die eine Reihe grundsätzlicher Feststellungen machten:

- Mehr als ein Drittel der Übersiedler war noch keine 30 Jahre alt.
- Es sind, im Verhältnis zur „DDR"-Bevölkerung, überproportional viele Männer in den Westen gekommen.
- Fast jeder dritte Übersiedler steht im Westen nicht mutterseelenallein vor einem neuen Anfang. Nahezu jeder dritte hat enge, über die Hälfte hat zumindest entfernte Verwandte in der Bundesrepublik.
- Überproportional viele Übersiedler wohnten vorher im Bezirk Dresden. Dort kann aus technischen Gründen kein West-Fernsehen empfangen werden.
- 90 Prozent der Übersiedler waren vorher berufstätig. Ein Drittel besitzt das Abiturzeugnis, jeder zehnte hatte ein Studium absolviert.

Im „Deutschland-Archiv" schreiben die Autoren: „Mit leichtem Übergewicht besetzt sind die Motive ‚fehlende Meinungsfreiheit' und ‚politischer Druck' in der DDR. Mehr als die Hälfte gab aber auch die ‚beschränkten Reisemöglichkeiten' als Motiv an." Je nach dem formalen Bildungsniveau ließen sich typische Motivmuster feststellen: „Bei niedrigem Bildungsniveau spielten ‚materielle' Ausreisemotive eine relativ größere Rolle, während bei höherem Bildungsniveau die ‚immateriellen' Motive alle anderen eher verdrängten." Als Folgen des Ausreiseantrages führten die Befragten auf: „Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen, Wahlverbot, Post- und Telefonüberwachung, Reiseerschwernisse, schlechte medizinische Versorgung."

Die Untersuchung erhärtete die stark ausgeprägte Arbeitsmotivation der Übersiedler und ihre berufliche „Ich-Stärke". Pessimisten und Optimisten halten sich bei den Feldern Arbeitsplatz und Wohnungssuche die Waage. Zu den stärksten ersten West-Eindrücken zählt beispielsweise auch das saubere Erscheinungsbild vieler Städte und das ausgebaute Verkehrssystem.

Herzog: Gefahren für Verfassung

„Entscheidungen der Karlsruher Richter dürfen nicht konterkariert werden"

AP/DW. Köln

Vor einer Mißachtung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hat dessen Vizepräsident Roman Herzog gewarnt. Auch wenn die Urteile heute noch von der übergroßen Mehrheit der Bürger als endgültig anerkannt würden, so sei doch nach den Erfahrungen der vergangenen Monate nicht auszuschließen, daß sich dies in den nächsten Jahren ändern werde, sagte Herzog am Sonntag in einem Interview des Deutschlandfunks. Dies wäre eine ungemein gefährliche Entwicklung.

Herzog, der 1987 zum Präsidenten des höchsten Gerichts der Bundesrepublik Deutschland aufrücken soll, erläuterte: „Kritik verträgt auch so ein Gericht. Nur das eine verträgt es nicht: Wenn sich eine wirklich große Anzahl von Bürgern, mehrere Prozent, nicht nur von den Sprüchen dieses Gerichts nicht imponieren lassen – das muß keiner –, sondern wenn sie sie auch ausdrücklich konterkarieren. Das würde dieses Gericht und damit unsere Verfassung nicht vertragen."

Herzog begrüßte es, daß sich das Bundesverfassungsgericht in seinen jüngsten Entscheidungen in politischen Fragen eine größere Zurückhaltung auferlegt habe als bei den früheren Urteilen: „Ich halte diese Entwicklung für richtig und muß sagen, wahrscheinlich sind wir hier auf einem guten Wege." Das Bundesverfassungsgericht dürfe nicht selber Politik machen.

Zunächst einmal, so erläuterte Herzog, entschieden die politischen Instanzen, Regierung und Parlament. Das Verfassungsgericht habe allenfalls Korrekturen anzubringen. Es könne nie sagen, welche Politik richtig und welche Politik falsch sei; es könne lediglich sagen, ob die Politik, die gemacht worden ist, mit dem Grundgesetz übereinstimmt: „Wenn etwas das Gütesiegel ‚nicht verfassungswidrig' aus Karlsruhe bekommt, dann muß es noch lange nicht die beste aller denkbaren Politiken sein. Es kann auch einmal unter Umständen etwas ganz Vernünftiges verfassungswidrig sein."

Das Bundesverfassungsgericht könne nur Verletzungen des Grundgesetzes überprüfen. Viele Beschwerden vor diesem Gericht, so sein Vizepräsident, hätten mit der Verfassung nichts zu tun, und die Verfassungsrichter könnten denjenigen, die großes Vertrauen in sie setzten, in solchen Fällen nicht helfen.

Zu den von der Bundesregierung geplanten Gebühren für einen unberechtigten Anruf des Verfassungsgerichts und für den Fall eines Unterliegens in Karlsruhe sagte Herzog, es sei nicht schädlich, wenn jemand seine Verfassungsbeschwerde zunächst unter dem Gesichtspunkt überprüfen müsse, ob sie ihm die gegebenenfalls entstehenden Gebühren wert sei.

Kassen wollen Ärzten die Zähne zeigen

AOK-Chef Heitzer fordert umfassende Strukturreform

PETER JENTSCH, München

Für eine umfassende Strukturreform der Krankenversicherung hat sich der Vorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO), Wilhelm Heitzer, ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT erklärte Heitzer, allein durch die Ärzteschwemme kämen auf die Krankenkassen bis 1990 zusätzliche Kosten von 45 Milliarden Mark zu. Diese Summe könne nicht mehr beitragsneutral finanziert werden. Es stelle sich daher die Frage, ob man aus dem heutigen 16-Prozent-Anteil des Gesundheitswesens am Bruttosozialprodukt 20 Prozent machen wolle oder ob man bereit sei, das System an Haupt und Gliedern zu reformieren. Ein Verzicht auf die Reform erhöhe aber die Soziallast und führe allmählich zur „Enteignung der Lohnempfänger".

Heitzer sprach sich für kurzfristig wirksame Konsolidierungsmaßnahmen im Arzneimittelbereich und für mittel- und langfristig wirksame strukturelle Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung aus (siehe WELT vom 28. Dezember). So könnten etwa im Arzneimittelbereich durch die Einführung einer Preisvergleichsliste kurzfristig vier Milliarden Mark gespart werden.

Entschieden wandte er sich gegen Überlegungen, die Krankenversicherung durch „Kostenverlagerungsmodelle in Form von Selbstbeteiligung" sanieren zu wollen. „So lange Lohn die Grundlage für die sozialen Leistungen ist, führt die Mehrbelastung des einzelnen nicht zu einem Mehr an Lebensqualität oder Gesundheit." Schon die bisherige Selbstbeteiligung etwa in Form der Zuzahlungen beim Krankenhaus- oder Kuraufenthalt und der Zwölftelung der Weihnachtsgratifikation habe kaum kostendämpfend gewirkt, dafür aber die Arbeitgeber erheblich belastet, die ihren Mitarbeitern den Nettolohn-Ausfall durch höhere Gratifikationen ausglichen. Auch eine weitergehende Selbstbeteiligung schaffe keine Kostensteuerung, weil wegen der sozialen Belastung Ausnahmen geschaffen werden müßten, so daß nur noch 20 bis 25 Prozent der Versicherten von der Selbstbeteiligung betroffen wären.

Als „drängendstes Problem" nannte Heitzer die Ärzteschwemme. Bis 1990 ließen sich 30 000 neue Mediziner in freier Praxis nieder. Er forderte den Gesetzgeber auf, entweder den Zugang zum Studium durch eine Änderung der Kapazitätsverordnung zu erschweren, um die Studentenzahlen auf die Hälfte zurückzufahren, oder im Anschluß an das Studium ein Auswahlsystem einzuführen. „Ausgerechnet im Gesundheitswesen soll ein Mediziner nach dem Studium Anspruch auf Arbeitsplatz und Einkommen haben. Dafür ist die soziale Krankenversicherung nicht geschaffen worden." Das sei auch keine verfassungsrechtliche Frage, denn faktisch habe ein Jurist, der nach seinem Studium keine Stelle finde, bezogen auf sein Studium auch „ein Berufsverbot".

Heitzer sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Stärkung der „Allgemeinmedizin" durch eine Änderung der Ausbildungsordnung aus. So sei es notwendig, daß der künftige Arzt lerne, die Krankheiten zu behandeln, die in der Kassenarztpraxis auf ihn zukommen. Im Krankenhaus würden nur zehn Prozent aller Krankheiten behandelt; folglich müsse die Ausbildung auch in der ambulanten Praxis stattfinden. Heitzer: „Die Krankenkassen sind bereit, diese Ausbildungskosten zu übernehmen." Gleichzeitig forderte er ein dreimonatiges Praktikum in der Leistungsabteilung einer Krankenversicherung, „damit die Mediziner lernen, daß alles, was sie *tun*, Geld kostet".

Auf die hohe Zahl der Apotheker in der Bundesrepublik angesprochen, sagte Heitzer: „Wir haben 17 000 Apotheken, von denen ein erheblicher Teil ‚Ein-Mann-Apotheken' sind. Diese Apotheken können keinen Versorgungsauftrag erfüllen. Deshalb sollte der Gesetzgeber unsere Forderung in das Apothekengesetz aufnehmen, daß eine Apotheke siebenmal in der Woche rund um die Uhr mit einem gelernten Apotheker besetzt sein muß. Dann gibt es morgen keine 17 000 Apotheken mehr, sondern höchstens noch 10 000."

Auch den Zahnärzten wollen die Ortskrankenkassen nach Heitzers Worten „die Zähne zeigen". Bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen soll der Punktwert für die Honorarberechnung um 30 bis 40 Prozent gesenkt und für die kommenden zwei Jahre eingefroren werden.

Mit seinem „Modell Hessen" hat Börner die SPD tief verunsichert

Von D. GURATZSCH

Man kann es drehen und wenden wie man will. Das Jahr 1984 hat einen der begabtesten Politiker der Bundesrepublik um seinen Ruf gebracht. Holger Börner, der hessische Ministerpräsident, der viel Geschick bewiesen hat, seine sozialdemokratische Partei in Hessen, einem ihrer Stamm- und Kernländer, durch die Klippen zu steuern, ist dabei zuletzt doch noch mit seinem Regierungsschiff auf Grund gelaufen.

Der Haushaltsplan für 1985 mußte zurückgestellt werden, weil es aussichtslos war, dafür im Hessischen Landtag eine Mehrheit zu finden. Das Bündnis mit den Grünen ist zerbrochen. Wichtige Regierungsvorhaben, mit denen Börner die „Architektur einer neuen Politik" demonstrieren und ein „Gegengewicht zu Bonn" setzen wollte, bewegen sich so sehr am Rande der Gesetzmäßigkeit, daß Börner die Anrufung von Gerichten, das Einschreiten der Bundesregierung, Konflikte mit anderen Bundesländern, mit der Wirtschaft, mit der eigenen Verwaltung, mit den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern, der treuen alten Wählerschaft seiner Partei, befürchten muß. Aber auch die Umweltschützer hat sich der Ministerpräsident zuletzt noch zu Gegnern gemacht. Die Architektur der neuen Politik ist am Jahresende ein Trümmerfeld.

Damit hat Börner das wichtigste Etappenziel seiner Politik für 1984 verfehlt: eine günstige Ausgangsposition für die hessische Kommunalwahl vom 10. März 1985, die zur Testwahl für die neue Politik werden sollte, zu erringen. Die Erarbeitung eines brauchbaren Modells für die vom Parteivorsitzenden Willy Brandt der SPD als Zukunftsvision empfohlenen „Mehrheit jenseits der Union" unter Einschluß der Grünen, der Friedens- und der Frauenbewegung mißlang. Börner muß, wenn es nicht wirklich noch zu einem neuen Parteienpakt vor den Wahlen kommt, mit einer total verunsicherten SPD gegen alle drei anderen Parteien in den Wahlkampf ziehen.

Sein gescheitertes Regierungsmodell wird dabei die schlechteste Wahlreklame für ihn sein. Hinzu kommt, daß Börners Beispiel bundesweit Zweifel sät, denn auch die SPD-Fürsten in anderen Bundesländern müssen seine rot-grüne „Beziehungskiste" zunehmend als Belastung empfinden – besonders in jenen Ländern, in denen ebenfalls Wahlen bevorstehen: Nordrhein-Westfalen, Saarland und Berlin.

In der Rückschau auf das Jahr 1984 erweist sich, wie Börner in der Abhängigkeit von den Grünen seinen Entscheidungsspielraum zunehmend eingebüßt hat und wie er dabei in eine passive Rolle gedrängt worden ist. Das hatte sich bereits in den berühmten „Gesprächen" zwischen Sozialdemokraten und Grünen abgezeichnet, von denen die Grünen die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung abhängig gemacht hatten. Börner hatte sich zur Aufnahme dieser Gespräche am 14. November 1983 entschlossen, weil er bei den Wahlen sieben Wochen zuvor die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Verhandlungsangebote von CDU und FDP schlug er aus.

Aber wie sehr staunten die Grünen, als die mit Aktenordnern und Referenten anrückende SPD-Delegation kaum eigene Programmpunkte in die sechs Monate währenden Verhandlungen einbrachte. Die Grünen entwickelten ihre Ideen und Forderungen, und Börners Leute machten fleißig Notizen. Am Ende wurde an einigen Punkten „Dissens" festgestellt. Auf den großen programmatischen Wurf von Börners Crew warteten die Alternativen vergebens.

Dann hatte die Zitterpartie mit den Landesmitgliederversammlungen der Grünen begonnen – eine völlig neue Erfahrung für die an Parteiräson und Organisation gewöhnten Sozialdemokraten. Bei den Grünen hing die Entscheidung über die Billigung der Verhandlungsergebnisse von zufällig auf den Landesversammlungen anwesenden Parteimitgliedern ab – eine Tatsache, die die SPD-Führung jedesmal zwang, in letzter Minute noch immer ein „Bonbon" draufzugeben, um so das Ansehen der grünen Verhandlungspartner bei der kritisch-mürrischen grünen „Basis" aufzuwerten und die erzielten Verhandlungsergebnisse zu sichern.

Landesbericht Hessen

Im Ringen um Positionen und Argumente hatte es lange Zeit so ausgesehen, als sei der Bruch zwischen SPD und Grünen am Ende doch nichts anderes als eine inzwischen in Hessen wohlvertraute taktische Variante beim Werben um die Gunst der Wähler. Diesmal nun aber scheint die Taktik ihren Meister selbst eingeholt zu haben. Zu eng und traulich umschlungen wandelten SPD und Grüne in den vergangenen Wochen und Monaten durch Hessens politische Landschaft, um aus ihrem Krach nun völlig unbefleckt hervorgehen zu können.

CDU und FDP sind begreiflicherweise entschlossen, gerade diese Wähler in ihren Zweifeln zu bestärken und ihnen die Alternative einer konstruktiven Verbindung der SPD mit den Rechtsparteien vor Augen zu führen. Börners Politik des „Gegengewichts zu Bonn", so ihr Argument, sei auf allen wesentlichen Gebieten gescheitert. Zur Begründung fiel dem CDU-Generalsekretär Manfred Kanther auf der letzten Landtagssitzung aus dem Stegreif gleich eine ganze Liste von Beispielen ein:

- In der *Ausländerpolitik* habe Börner auf Druck der Grünen Hessens Grenzen aufgemacht und werde erleben müssen, „daß binnen kurzem ein Bundesausländergesetz verabschiedet wird, das Ihnen diese Spaziergänge abschneidet".
- Seine „angewandte Arbeitnehmerpolitik" sehe so aus, daß er zum zweitenmal *keinen Haushalt* in Hessen bekommen werde.
- Mit seiner *Müllpolitik* habe er die Länder Bayern und Baden-Württemberg aus der Solidarität in der Abfallentsorgung hinausgetrieben und die Städte Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und den Main-Taunus-Kreis gegen sich aufgebracht.
- Beim Genehmigungsverfahren für die *Hanauer Nuklearbetriebe* Alkem und Nukem habe er sich eine „massive Weisung" des Bundesinnenministers eingehandelt.
- Gegen sein mit den Grünen verabschiedetes *Personalvertretungsgesetz* werde die Bundesregierung Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.

Die eigentliche Raffinesse der Rede Kanthers lag indessen darin, daß sie sich nicht auf diese Vorhaltungen beschränkte, sondern daß sie in dem Angebot gipfelte, das zuvor bereits der CDU-Landesvorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann unterbreitet hatte: Um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, sei die CDU bereit, mit Börner eine Große Koalition zu schließen.

Auf dieses Angebot hat Börner bis heute keine Antwort gefunden. Er verhandelt inzwischen zwar mit allen drei Parteien, wird aber vom linken SPD-Bezirk Hessen-Süd bedrängt, alles „nur Mögliche" zu tun, um die Zusammenarbeit mit den Grünen wiederaufzunehmen. Für den Politiker Börner ist die Bilanz ernüchternd. Aus einem Gestalter der Politik ist ein Geschobener und Gezogener geworden, dessen kraftvollste politische Äußerung 1984 ein Nein war – die Ablehnung des Medien-Staatsvertrages.

Wieder zwei Anschläge auf US-Einrichtungen

Bundesanwalt sieht Zusammenhang mit RAF-Hungerstreik

DW. Bonn

Die Serie der jüngsten Terroranschläge hat in der Nacht zum Sonntag mit zwei Angriffen auf amerikanische Einrichtungen ihre Fortsetzung gefunden. Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine amerikanische Sendeanlage in Mannheim entstand nach Polizeiangaben Sachschaden in Höhe von etwa 300 000 Mark, Menschen kamen nicht zu Schaden.

Auf eine Bürobaracke der US-Army in Düsseldorf wurde am Sonntag morgen ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem ein Sachschaden von etwa 50 000 Mark entstand. Ein bei der Explosion ausgebrochener Brand konnte von der Feuerwehr rasch gelöscht werden, berichtete ein Polizeisprecher. Den bisherigen Ermittlungen zufolge muß sich der Sprengsatz, der vermutlich in einem Feuerlöscher versteckt war, in einem Büro des eingeschossigen Gebäudes befunden haben. Die Baracke der amerikanischen Streitkräfte steht auf einem nicht abgesperrten Gelände der britischen Rhein-Armee inmitten eines Wohngebietes. Es wurde jedoch niemand verletzt. In beiden Fällen liegen bisher keine Motive und Hinweise auf Täter vor.

Mit den Ermittlungen wurden nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Landeskriminalämter in Düsseldorf und Stuttgart beauftragt. Die Karlsruher Behörde selbst habe sich bisher nicht eingeschaltet, weil die Anschläge noch keinem Täterkreis zugeordnet werden können.

Die Ermittlungen wegen des versuchten Brandanschlages, der am Wochenende eine Lagerhalle der US-Luftwaffe in Wiesbaden treffen sollte, hat der Generalbundesanwalt dagegen inzwischen übernommen. Der Brandsatz, dessen Sprengkraft die Polizei nicht bekanntgab, wurde in einer Tasche entdeckt und konnte vor der Explosion entschärft werden. Aus Bekennerbriefen zu diesem Anschlag geht hervor, daß die Attentäter mit den im Hungerstreik befindlichen Häftlingen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) sympathisieren, erklärte die Polizei.

Auch die Ermittlungen wegen des am ersten Weihnachtsfeiertag verübten Sprengstoffanschlags auf das regionale Rechenzentrum in Reutlingen führt die Bundesanwaltschaft. Dazu hatte sich, wie die Behörde mitteilte, beim „Reutlinger General-Anzeiger" eine „Kämpfende Einheit Gudrun Ensslin" bekannt.

Zu dem versuchten Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der AEG in Mülheim/Ruhr ermittelt ebenfalls der Generalbundesanwalt. Dort war in der Nacht zum 23. Dezember eine fünf Kilogramm schwere selbstgebastelte Bombe in einem Feuerlöscher abgestellt worden, auf die in einem Warnanruf hingewiesen wurde. Zu diesem Anschlag hat sich eine „Antiimperialistische Gruppierung" in einem Schreiben an das Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Frankfurt bekannt. Der Bundesanwaltschaft ist nach ihren Aussagen diese Organisation bisher nicht bekannt.

Während der Weihnachtsfeiertage detonierte außerdem ein Sprengsatz vor dem türkischen Generalkonsulat in Münster und Unbekannte verübten einen Brandanschlag auf ein amerikanisches Zivilfahrzeug in Herzogenaurach. Der Generalbundesanwalt sieht einen Zusammenhang zwischen dieser Serie von Sprengstoff- und Brandanschlägen und dem Anfang Dezember begonnenen Hungerstreik von 39 inhaftierten mutmaßlichen Mitgliedern der RAF.

Die „Rote Armee Fraktion" hat sich, wie Oberstaatsanwalt Prechtel von der Bundesanwaltschaft mitteilte, in einem Schreiben an die „Süddeutsche Zeitung" zu dem versuchten Bombenanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau bekannt. In dem Schreiben heißt es, die RAF habe am 18. Dezember das Hauptgebäude der Schule in die Luft sprengen wollen. Die RAF hatte sich bereits kurz nach der Tat telefonisch bei einem der Chefredakteure der „Süddeutsche Zeitung" zu diesem Anschlag bekannt.

In dem jüngsten Brief heißt es, die Zeitzünderbombe sei so eingestellt gewesen, daß sie um 9.30 Uhr explodieren sollte, weil sich um diese Zeit die meisten Menschen dort befänden. Das vor dem Schulgebäude abgestellte Auto, in dessen Kofferraum sich 25 Kilogramm Sprengstoff befanden, war jedoch von der amerikanischen Militärpolizei entdeckt worden. Experten des Bayerischen Landeskriminalamtes konnten die Rohrbombe entschärfen. Nach den Ermittlungen war der Anschlag an einem technischen Defekt gescheitert: Der Elektrowecker, mit dem die Sprengsätze gezündet werden sollten, war bereits um 5.45 Uhr stehengeblieben.

Kirche in der CSSR: Prag bleibt unnachgiebig

Verhaftungen von Priestern sprechen gegen „Tauwetter"

GERNOT FACIUS, Bonn

Der von allen tschechoslowakischen Medien groß herausgestellte Briefwechsel zwischen Staatspräsident Gustav Husak und dem Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek zum Jahreswechsel hat Kommentatoren im Westen zu der Prognose inspiriert, hier bahne sich so etwas wie ein „Tauwetter" im Verhältnis zwischen Staat und Kirche an. Die Verhaftungswelle von Priestern in der CSSR, vor allem unter den Franziskaner-Mönchen, spricht eher gegen diese kühne These. Und auch Husak selber hat in seiner Antwort auf den Weihnachtsbrief seines Nachbarn auf dem Hradschin unter Berufung auf die Verfassung der Tschechoslowakei nur von einer „anhaltenden Garantie der Religionsfreiheit" gesprochen.

Das „Zugeständnis"

Gerade die Verfassung ist es, die die Beziehungen zwischen Staat und Kirche einem Dauerkonflikt überantwortet. „Die gesamte Erziehung und jeglicher Unterricht beruhen auf der wissenschaftlichen Weltanschauung", bestimmt Artikel 24, Absatz 3. Husak selber hat die „wissenschaftlich-atheistische Erziehung" in einem Maße forciert, das die ZK-Monatsschrift „Nová mysl" 1981 formulieren konnte: „Wir wollen nicht, daß die Gläubigen nur Ungläubige werden; das ist nur die negative Seite der Aufgabe. Wir wollen unseren Mitbürgern auf dem Weg zu einem bewußten, auf der marxistisch-leninistischen Weltanschauung beruhenden Bürgersinn behilflich sein." Dieser Sicht der Dinge steht keineswegs entgegen, daß in den Schulen des Landes ein religiöser Unterricht möglich ist. Aber dieses „Zugeständnis" bietet, wie der Ostblock-Kirchenexperte Professor Josef Rabas erst in diesen Tagen darlegte, „ein Instrument mehr, um einerseits über eine wachsende Kontrolle dieses schulischen Religionsunterrichts zu verfügen, andererseits begründet er damit das Recht, jede andere Form einer christlichen Unterweisung außerhalb der Schule durch die Kirchen, etwa in einem Gotteshaus, zu unterbinden".

Ausgangspunkt und Schlüssel für alle antikirchlichen Entscheidungen ist aber das „Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften", es bindet jegliche Betätigung an das vorherige Ja des Staates. Gerichte berufen sich zudem immer mehr auf den Paragraphen 178 des Strafgesetzbuches, wonach jeder bestraft wird, der die „staatliche Aufsicht über die Kirchen und Religionsgemeinschaften verhindert oder erschwert". Es gibt praktisch gegen jede kirchliche Tätigkeit außerhalb des vom Staat eng gezogenen Rahmens eine juristische Handhabe. Es wäre naiv anzunehmen, daß ein Mann wie Husak von diesen Eingriffsmöglichkeiten abrücken würde.

Überhaupt sprechen die Fakten gegen eine mehr als vordergründige Veränderung in der staatlichen Religionspolitik. Am schlimmsten ist die Situation in der böhmischen Kirchenprovinz. In den vier Diözesen amtiert derzeit ein einziger ordnungsgemäß berufener Bischof, der 85jährige Erzbischof von Prag, Tomasek. Nur einmal, so Rabas, war es gelungen, Bischöfe zu ernennen, im Frühjahr 1973. Die inzwischen zu wiederholten Malen vorgeschlagenen Kandidaten fanden nicht das Wohlwollen der Machthaber auf dem Hradschin.

Was das Regime will

Das Regime möchte Mitglieder der parteinahen Priestervereinigung „Pacem in Terris" mit der Bischofswürde betraut sehen. Dagegen sperrt sich der Vatikan. Papst Johannes Paul II. hat 1982 ein Verdikt gegen diese Priestervereinigung erlassen, eine Stützung der Position des greisen Prager Erzbischofs. Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Prag haben seitdem keine Fortschritte gebracht. Das Regime läßt von Fall zu Fall die Idee einer von Rom unabhängigen „Nationalkirche" lancieren. Dieser Gedanke ist freilich nicht neu, denn bereits im „Revolutionsjahr" 1948 wurden von der Parteispitze derartige Überlegungen angestellt. Sie wurden nie weiter verfolgt.

Professor Rabas in seinem jetzt vorgelegten Dokument „Kirche in Fesseln": „Ein solcher Versuch kann heute von vornherein als zum Scheitern verurteilt werden: Die Menschen sind heute in der Tschechoslowakei nicht mehr so eingeschüchtert wie unmittelbar nach dem Februar 1948 und zu Beginn der fünfziger Jahre. Der Versuch, eine romfreie katholische Kirche in der Tschechoslowakei heute zu etablieren, würde mit einem Fiasko enden."

Japan will Handelskrieg mit den USA vermeiden

Nakasone trifft Reagan / Engere militärische Kooperation

FRED DE LA TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone fliegt am Neujahrstag nach Los Angeles. Er wird dort am 2. Januar mit Präsident Ronald Reagan zusammentreffen. Der Besuch steht im Zeichen harmonischer Beziehungen beider Länder im politischen und militärischen Bereich, ist aber auch gleichzeitig von sich verschärfenden wirtschaftlichen Gegensätzen überschattet.

Die Initiative zu der Reise, die zeitlich ungewöhnlich in die Hauptfeiertagszeit Japans fällt, ging von Nakasone aus. Er erklärte, es ginge ihm vor allem darum, einen Handelskonflikt mit Washington zu vermeiden, den die immer höheren Ausfuhrüberschüsse Japans auslösen könnten.

Kampf um Einfluß

Aus Kreisen der liberaldemokratischen Regierungspartei (LDP) ist darüber hinaus zu hören, daß Nakasone das Treffen mit Reagan auch dazu nutzen wolle, seinen Einfluß in der LDP wieder zu stärken, der bei seiner Wiederernennung zum Ministerpräsidenten im vergangenen Monat durch unerwartet große Gegnerschaft geschwächt worden war.

Dem andauernden amerikanischen Wunsch nach größeren japanischen Verteidigungsanstrengungen kann der Premier die gerade von seiner Partei beschlossene siebenprozentige Aufstockung des Militärhaushalts für 1985 entgegenhalten. Damit werden die Rüstungsausgaben im nächsten Jahr voraussichtlich leicht über die bisherige Grenze von einem Prozent des Bruttosozialprodukts steigen. Nakasone will auch Japans „schweigende Unterstützung" der US-Pläne zur Entwicklung von Weltraumwaffen zusichern.

Ein weiterer Pluspunkt für Tokio ist der neue Strategieplan zur gemeinsamen Verteidigung Japans, den der japanische Generalstabschef und der Befehlshaber der amerikanischen Truppen im fernöstlichen Inselstaat gerade unterzeichnet haben.

Dieser Plan ist zwar streng geheim, aus militärischen Kreisen verlautete aber, daß er die Abwehrmaßnahmen beider Länder im Falle eines konventionellen Angriffs der Sowjetunion auf Japan koordinieren solle und auch die Verstärkung der 50 000 im Inselreich stationierten US-Soldaten im Kriegsfall vorsehe.

Angesichts des erdrückenden Ausfuhrüberschusses Japans mit den Vereinigten Staaten, der in diesem Jahr auf 105 Milliarden angeschwollen ist (nahezu ein Drittel des gesamten US-Handelsdefizits), steht aber Reagan unter scharfen Druck der Industrie und seines eigenen Stabs, ein ernstes Wort mit Nakasone zu reden.

Darauf angesprochen, hob der Präsident aber sein gutes persönliches Verhältnis zum japanischen Premier hervor: „Wie kann ich gegen einen sehr guten Freund hart werden? Wir haben in unseren Beziehungen große Fortschritte erzielt, doch bleibt noch ein weiter Weg zu gehen, und das weiß auch er."

Patentlösungen für die wirtschaftlichen Gegensätze, die vor allem strukturell bedingt sind, zeichnen sich nicht ab. Japan könnte allerdings durch größere Bezüge von hochtechnologischen amerikanischen Produkten wie Nachrichtengerät oder Satelliten die Bilanz verbessern.

Nakasone wird größere Konzessionen in Handelsfragen in seinem Reisegepäck nicht mitführen. Es wird bei allgemeinen Zusagen bleiben, daß Japan seinen Markt noch weiter öffnen werde. Eine Geste, die die Wellen etwas glätten könnte, wird in Tokio allerdings für möglich gehalten: die Zusage, daß die freiwilligen Ausfuhrbeschränkungen nach Amerika für Automobile um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Für nukleare Abrüstung

Vor seiner Abreise sagte Nakasone, er werde Reagan ein baldiges Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Staatschef Tschernenko nahelegen. Tokio werde sich bemühen, ein politisches Klima herzustellen, das eine solche Zusammenkunft erleichtern könne. Er wolle mitwirken, 1985 zu einem für den Weltfrieden und die nukleare Abrüstung historischen Jahr zu machen.

Gleichzeitig will der Ministerpräsident aber auch Japans Anspruch geltend machen, daß eine eventuelle Abrüstungsvereinbarung mit Moskau nicht zu Lasten Süd- und Ostasiens geht. Tokio sorgt sich nach wie vor, daß die Sowjets bei einem solchen Abkommen Teile ihrer in Europa stationierten SS-20-Raketen nach Sibirien und in die sowjetische Fernostprovinz verlegen werden. (SAD)

Raketen fünf Nächte lang auf Kabul abgefeuert

DW. Islamabad

Afghanische Freiheitskämpfer haben mindestens fünf Nächte lang hintereinander die Hauptstadt Kabul mit Raketen beschossen. Dies teilten westliche Diplomaten in Islamabad mit. Nach Angaben von Mudschahedin in Peschawar wurden bei den Raketenangriffen mindestens zwölf sowjetische und afghanische Soldaten getötet. Die Angriffe hätten am Montag vor einer Woche begonnen, erklärten die Diplomaten. Trotz verschärfter Sicherheitsvorkehrungen anläßlich des 5. Jahrestages des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember seien die Angriffe bis mindestens Freitag fortgesetzt worden.

In Erwartung dieser Angriffe waren in Kabul an mehreren Stellen Gräben ausgehoben und auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht worden. Die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten lagen in Alarmbereitschaft. Überall an den Stadteingängen wurden die Kontrollen verschärft. Nach Angaben der britischen Nachrichtenagentur Reuter sind die afghanischen Freiheitskämpfer seit kurzem mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen ausgerüstet. Auf welchem Weg diese Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhan-Korridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen afghanischen Landstreifens durch die Sowjetunion unmöglich. Wie in Peschawar verlautete, vertrieben die Russen schon vor zwei Jahren etwa die Hälfte der angestammten Bewohner Wakhans.

888 Millionen Mark Mietschulden

SAD, London

Englands Sozialmieter haben gegenüber dem Staat Mietschulden von nicht weniger als 888 Millionen Mark. Allein in London konnten die Mieter von 350 000 Sozialwohnungen ihre Miete nicht mehr bezahlen; allein der Londoner Mietschuldenberg erreicht 410 Millionen Mark. Die Gesamtzahl der nicht pünktlich zahlenden Sozialmieter liegt jetzt bei einer Million. Einige „rote" Rathäuser, in denen die Labour Party regiert, lassen die Mietrückstände ganz bewußt auflaufen, um der konservativen Regierung die „Katastrophe" ihrer Wirtschaftspolitik vor Augen zu führen.



Das Jahr 1984 im Rückblick: Geduld und kühler Sinn für viele heiße Eisen

FLUCHT IN DIE BOTSCHAFT

Sechs „DDR"-Bürger, die am 20. Januar in die US-Botschaft in Ost-Berlin flüchteten, können am 22. Januar in den Westen ausreisen. Am 24. Januar suchen zwölf „DDR"-Bürger Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Auch ihnen wird die Ausreise in die Bundesrepublik gestattet.

KOHL IN ISRAEL

Bundeskanzler Kohl trifft am 24. Januar zu einem offiziellen Staatsbesuch in Israel ein. In einer abschließenden Pressekonferenz erklärt er, die israelischen Gesprächspartner hätten ihm ihre Sorge über mögliche deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien sehr eindringlich vorgetragen. Er habe bekräftigt, daß seine Regierung alle Entscheidungen auf diesem Gebiet in voller Berücksichtigung der legitimen Interessen der befreundeten Länder dieser Region und im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden treffen wird.

ANDROPOW GESTORBEN

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow stirbt am 9. Februar. Er stand nur für kurze Zeit an der Spitze der sowjetischen Führung. Im November 1982 hatte er die Nachfolge von Leonid Breschnew angetreten.

BERLINS NEUER BÜRGERMEISTER

Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt am 9. Februar Eberhard Diepgen (CDU) zum Regierenden Bürgermeister als Nachfolger von Richard von Weizsäcker, der sein Amt wegen seiner Kandidatur für die Wahl zum Bundespräsidenten niedergelegt hat.

NEUER SOWJETISCHER PARTEICHEF

Am 13. Februar wählt das Zentralkomitee der KPdSU das Mitglied des Politbüros, Konstantin Tschernenko, zum neuen Generalsekretär der Partei. Am 14. Februar wird sein Vorgänger Andropow unter Teilnahme zahlreicher ausländischer Staats- und Regierungschefs an der Kreml-Mauer beigesetzt.

GESAMTDEUTSCHES TREFFEN

Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Andropow kommen Bundeskanzler Kohl und der Staats- und Parteichef der „DDR", Erich Honecker, zu einer ersten Unterredung über die internationale Lage und die weitere Gestaltung der gesamtdeutschen Beziehungen zusammen.

EX-BANKIER HERSTATT VERURTEILT

Die 6. Große Strafkammer des Landgerichts Köln verurteilt am 16. Februar den ehemaligen Kölner Privatbankier Iwan Herstatt zu viereinhalb Jahren Freiheitsentzug. Nach Darstellung des Gerichts sei Herstatt entscheidend für die mit einem Schaden von 1,2 Milliarden Mark größte Bankpleite in der Geschichte der Bundesrepublik verantwortlich.

GOLFKRIEG ESKALIERT

In dem seit 41 Monaten andauernden Krieg zwischen Irak und Iran stoßen am 22. Februar iranische Truppen in einer Großoffensive über die irakische Grenze bis zum Tigris vor.

VERLEGER-FERNSEHEN

165 deutsche Zeitungen gründen am 28. Februar in Frankfurt die Gesellschaft „Aktuell Presse-Fernsehen" (APS). Das „Verleger-Fernsehen" will über den europäischen Kommunikationssatelliten ECS ein bundesweites aktuelles Informationsprogramm ausstrahlen.

KOHL SONDIERT IN DEN USA

Am 4. März trifft Bundeskanzler Kohl zu einem dreitägigen Besuch in Washington ein. Themen der Gespräche mit Präsident Reagan sind die verstärkte europäische Zusammenarbeit innerhalb der NATO, der Kampf gegen den Protektionismus, Konsultationen bei der Rüstungskontrolle und deutsche Waffenlieferungen an arabische Staaten. Reagan erklärt seine Bereitschaft zu einer persönlichen Begegnung mit der sowjetischen Führung, wenn ein solches Treffen konkrete Ergebnisse verspreche.

APEL BEREIT

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, erklärt am 12. März seine Bereitschaft, sich als Spitzenkandidat seiner Partei für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1985 zur Verfügung zu stellen. Der bisherige Kandidat Harry Ristock hatte am 8. März seinen Rücktritt erklärt.

BERICHT ZUR LAGE DER NATION

Bundeskanzler Kohl verliest am 15. März den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland und hebt dabei hervor, daß sich die innerdeutschen Beziehungen seit dem letzten Bericht positiv entwickelt haben.

CDU HÄLT BADEN-WÜRTTEMBERG

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März behauptet die CDU trotz Stimmenverlusten mit 51,9 Prozent die absolute Mehrheit. Die SPD kommt auf 32,4 Prozent, die Grünen erreichen 8,0 Prozent, und die FDP erhält 7,2 Prozent.

GENERAL REHABILITIERT

Mit einer letzten Vernehmung von Verteidigungsminister Manfred Wörner beendet der Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Aufhellung der Affäre Wörner/General Kießling am 29. März seine Arbeit. Der Vier-Sterne-General und stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber, Günter Kießling, ist rehabilitiert und am 26. März von Minister Wörner mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet worden.

KRONAWITTER GEWINNT MÜNCHEN

Bei der Stichwahl in München am 1. April gewinnt der Kandidat der SPD, Georg Kronawitter, 58,3 Prozent der Stimmen und wird neuer Oberbürgermeister. Der bisherige Amtsinhaber Erich Kiesl (CDU) erreicht nur 41,7 Prozent.

TSCHERNENKO AUCH STAATSCHEF

Der Oberste Sowjet wählt am 11. April den Parteichef Tschernenko auch zum Staatsoberhaupt.

REAGAN IN CHINA

US-Präsident Reagan trifft am 26. April zu einem offiziellen Besuch in China ein. Für Reagan, der in Begleitung von Außenminister George Shultz reist, ist dies der erste Besuch in einem kommunistisch regierten Land seit seinem Amtsantritt.

AMNESTIE GESCHEITERT

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP ziehen nach großem Widerstand in den eigenen Reihen und heftiger Kritik in der Öffentlichkeit am 16. Mai den von ihnen eingebrachten Gesetzentwurf über eine Amnestie für Steuerhinterziehung bei Parteispenden zurück.

WEIZSÄCKER WIRD BUNDESPRÄSIDENT

Am 23. Mai wählt die 8. Bundesversammlung den CDU-Politiker Richard von Weizsäcker zum 6. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

STURM AUF DEN GOLDENEN TEMPEL

Nach monatelangen blutigen Auseinandersetzungen zwischen extremistischen Angehörigen der Sikh-Religion, die einen unabhängigen Staat Punjab fordern, und Hindus stürmen am 6. Juni Regierungstruppen das Heiligtum der Sikhs, den Goldenen Tempel von Amritsar. Bei den Kämpfen kommen über eintausend Menschen ums Leben, darunter der Führer der Sikhs, Bhindranwale.

BÖRNER WIEDER MINISTERPRÄSIDENT

Der seit Herbst 1982 geschäftsführend regierende Holger Börner wird am 7. Juni mit den Stimmen der SPD und der Grünen zum hessischen Ministerpräsidenten gewählt. Ein Sonderparteitag der hessischen SPD hatte sich für das Bündnis mit den Grünen ausgesprochen.

WAHL ZUM EUROPA-PARLAMENT

Bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni behalten die konservativen, liberalen und christdemokratischen Parteien trotz leichter Verluste ihre gemeinsame Mehrheit. Die Sozialisten können Mandate hinzugewinnen und sind stärkste Fraktion. Die eigentlichen Sieger werden jedoch die Grünen, die mehrheitlich aus der Bundesrepublik kommen, und die Rechtsextremen, die vor allem in Frankreich deutlich an Boden gewinnen. In Italien überrunden erstmals die Kommunisten die Christdemokraten knapp.

US-TRUPPEN IN EUROPA

Der US-Senat lehnt am 20. Juni mit 55 zu 41 Stimmen einen Antrag ab, einen Teil der in Europa stationierten US-Truppen abzuziehen, falls die europäischen Bündnispartner ihre Verteidigungsverpflichtungen nicht erfüllen. Der Senat beschließt statt dessen, die Truppenstärke auf dem heutigen Stand von 326 000 Mann einzufrieren.

GENSCHER KÜNDIGT RÜCKTRITT AN

Außenminister Hans-Dietrich Genscher erklärt am 21. Juni, daß er den Parteivorsitz auf dem FDP-Bundesparteitag in Saarbrücken im Februar 1985 niederlegen wird.

KAMPF UM PRIVATSCHULEN

Bei einer der bisher größten Massendemonstrationen in Paris protestieren am 24. Juni mehrere hunderttausend Menschen gegen die derzeit im Parlament erörterte Angleichung der Privatschulen an die staatlichen Lehranstalten. Etwa jeder siebte französische Schüler besucht eine der fast ausschließlich katholischen Privatschulen.

NEUER NATO-GENERALSEKRETÄR

Der ehemalige britische Außenminister Lord Carrington tritt am 25. Juni sein Amt als Generalsekretär der NATO an. Er löst Joseph Luns ab, der 12 Jahre an der Spitze der Allianz stand und nun in den Ruhestand tritt.

LAMBSDORFF TRITT ZURÜCK

Der im Zusammenhang mit der Flick-Parteispendenaffäre belastete Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff tritt am 26. Juni wegen der Zulassung einer gegen ihn erhobenen Anklage der Bestechlichkeit zum Hauptverfahren zurück. Am 27. Juni wird Martin Bangemann, bisher FDP-Abgeordneter im Europäischen Parlament, zu seinem Nachfolger ernannt.



Väterchen Frost unter kalifornischer Sonne KLAUS BÖHLE

SCHLIESSUNG DER STÄNDIGEN VERTRETUNG

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin stellt den seit dem 25. Juni bereits stark eingeschränkten Besucherverkehr am 27. Juni ganz ein. Von den 55 „DDR"-Bürgern, die sich seit Wochen im Gebäude aufhalten, um ihre Ausreise zu erzwingen, verlassen am 29. Juni 25 Personen die Vertretung, nach „DDR"-Angaben freiwillig und ohne Nachteile.

IN KANADA NEUER MINISTERPRÄSIDENT

Der frühere Finanzminister John Turner wird am 30. Juni als neuer Ministerpräsident Kanadas vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Pierre Trudeau an, der Kanada seit 1968, mit knapp neun Monaten Unterbrechung, regiert hatte.

FLICK-PARTEISPENDENAFFÄRE

Das Bonner Landgericht bestätigt am 2. Juli, daß am 29. Juni das Hauptverfahren in der Spendenaffäre eröffnet worden ist. Den früheren Ministern Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs, beide FDP, wird Bestechlichkeit bzw. Vorteilsannahme, dem früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch Bestechung bzw. Vorteilsgewährung vorgeworfen.

KRIEG DER STERNE

Der Sprecher der US-Regierung, Larry Speakes, wiederholt am 2. Juli die amerikanische Bereitschaft, an den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Gesprächen über ein Verbot von Weltraumwaffen im Herbst in Wien zu verhandeln.

ENTFÜHRUNG VEREITELT

Die britische Polizei vereitelt am 5. Juli einen Versuch, den in London im Exil lebenden ehemaligen nigerianischen Transportminister Umaru Dikko in einer als Diplomatengepäck deklarierten Kiste nach Nigeria zu entführen.

STREIK-ENDE

Nach mehr als einem Vierteljahr erlebt die Bundesrepublik am 7. Juli wieder ein Wochenende ohne Arbeitskampf. In der Druckindustrie ging der Streik nach 13 Wochen zu Ende, in der Metallindustrie wird die Übernahme des „Leber-Modells" auf die einzelnen Tarifbezirke fortgesetzt.

NEUE REGIERUNG IN FRANKREICH

Premierminister Pierre Mauroy tritt am 17. Juli zurück. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Haushaltsminister Laurent Fabius ernannt. Die kommunistische Partei ist an der neuen Regierung nicht mehr beteiligt, erklärt jedoch, daß sie die neue sozialistische Regierung von Fall zu Fall unterstützen wird.

NEUER PRÄSIDENT DER EG-KOMMISSION

Der bisherige französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors wird am 19. Juli zum Präsidenten der EG-Kommission gewählt.

AMNESTIE IN POLEN

Anläßlich des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Polen erläßt die Regierung am 22. Juli eine Amnestie für 35 000 Inhaftierte, darunter 652 politische Häftlinge. Unter die Amnestie fallen auch mehrere Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" sowie des Komitees für Gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR).

WAHLEN OHNE KLAREN SIEGER

Am 23. Juli finden in Israel vorgezogene Parlamentswahlen statt, bei denen die oppositionelle Arbeiterpartei (44 Mandate) den regierenden Likud-Block (41 Mandate) zwar überrundet, aber kein eindeutiges Mandat zur Regierungsbildung erreicht.

SPIELE ERÖFFNET

Am 29. Juli eröffnet US-Präsident Ronald Reagan in Los Angeles die 23. Olympischen Sommerspiele. Mit der Beteiligung von 140 Nationen wird zwar ein neuer Rekord erzielt, jedoch nimmt mit Rumänien nur ein einziges Ostblock-Land teil. 16 Länder unter der Führung der Sowjetunion boykottieren die Spiele.

BUSCHHAUS GENEHMIGT

In einer Sondersitzung des Bundestages am 31. Juli billigt die Koalitionsmehrheit eine Entschließung, nach der das Kohlekraftwerk Buschhaus zunächst ohne Rauchgasentschwefelungsanlage in Betrieb genommen, aber nur mit schwefelarmer Braunkohle beheizt werden darf.

STAATENUNION

Bei einem Gipfeltreffen am 13. August zwischen dem marokkanischen König Hassan und dem libyschen Staatschef Khadhafi wird die Bildung einer Staatenunion zwischen beiden Ländern bekanntgegeben. Damit soll ein Beitrag zur Schaffung eines einigen arabischen Maghreb geleistet werden. Libyens Parlament stimmt der Union am 31. August einstimmig zu, die marokkanische Bevölkerung spricht sich am gleichen Tag in einem Referendum mit 99 Prozent der abgegebenen Stimmen dafür aus.

WELTBEVÖLKERUNGS-KONFERENZ

Die zweite Weltbevölkerungskonferenz der UNO geht mit der „Erklärung von Mexiko-Stadt über Bevölkerung und Entwicklung" am 14. August zu Ende. Ein Aktionsprogramm mit 88 Empfehlungen wird verabschiedet, darunter die Verankerung des Rechts eines jeden Menschen, die Zahl seiner Kinder selbst zu bestimmen.

DREI-KAMMER-PARLAMENT IN SÜDAFRIKA

Erstmals in der Geschichte der Republik Südafrika wählen am 22. August die Mischlinge und Asiaten Parlamentsabgeordnete. Die neue Verfassung des Landes sieht ein Drei-Kammer-Parlament von 165 Weißen, 80 Mischlingen und 40 Asiaten vor, die im Normalfall getrennt beraten sollen.

BUSCHHAUS GESTOPPT

Nach den heftigen politischen Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt hat das Braunschweiger Verwaltungsgericht die für den 3. September vorgesehene Betriebsaufnahme am 31. August untersagt und die von der niedersächsischen Landesregierung erteilte Betriebsgenehmigung ausgesetzt.

TREFFEN ABGESAGT

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker sagt am 4. September seinen geplanten Besuch in Bonn ab. Die Absage wird damit begründet, daß „Stil und öffentliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem ursprünglich ins Auge gefaßten Besuch äußerst unwürdig und abträglich sowie für den Umgang zwischen souveränen Staaten absolut unüblich seien".

REGIERUNG DER NATIONALEN EINHEIT

Der mit der Bildung der israelischen Regierung beauftragte Vorsitzende der Arbeiterpartei, Shimon Peres, teilt am 13. September nach einem Treffen mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir mit, daß eine Einigung auf eine Koalitionsregierung zustande gekommen sei. Peres übernimmt für zwei Jahre das Amt des Ministerpräsidenten, Shamir ist in dieser Zeit sein Stellvertreter und Außenminister. Zur Halbzeit der vierjährigen Legislaturperiode werden die Politiker einander ablösen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES TREFFEN

Am 22. September besuchen Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand gemeinsam zwei Soldatenfriedhöfe bei Verdun, wo im 1. Weltkrieg von Februar bis Juni 1916 rund 500 000 Soldaten beider Seiten den Tod gefunden hatten.

BOTSCHAFT GESCHLOSSEN

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag wird am 4. Oktober geschlossen, nachdem dort in den zurückliegenden Tagen über 150 ausreiseentschlossene „DDR"-Bürger Zuflucht gesucht hatten. Anders als bei den ersten Botschaftsbesetzungen erteilen die „DDR"-Behörden diesmal keine Ausreisegenehmigung in den Westen.

TERRORANSCHLAG AUF MARGRET THATCHER

Bei einem Bombenanschlag der nordirischen Untergrundorganisation IRA am 12. Oktober auf das Grand-Hotel in Brighton, in dem die Konservative Partei ihren Parteitag abhält, bleibt die Premierministerin Margret Thatcher unverletzt. Vier Menschen werden getötet, dreißig, darunter prominente Politiker, werden verletzt.

FRIEDENSNOBELPREIS FÜR TUTU

Der schwarze Bischof und Apartheidgegner Desmond Tutu, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, wird am 16. Oktober mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Nobel-Komitee würdigt ihn für seine „Rolle als Führer und Einiger der Bewegung zur Lösung der Apartheidprobleme in Südafrika".

KRISE IN POLEN

Die gesellschaftspolitische Lage in Polen gerät erneut unter Druck. Am 19. Oktober wird der oppositionelle polnische Priester Jerzy Popieluszko in der Nähe von Thorn von drei Sicherheitsbeamten entführt. Am 25. Oktober gibt man die Verhaftung der drei Entführer bekannt, die den Mord an Popieluszko gestehen. Am 30. Oktober wird die Leiche des Priesters in einem Stausee gefunden.

BARZEL TRITT ZURÜCK

Rainer Barzel tritt am 25. Oktober als Bundestagspräsident zurück, nachdem ihm vorgeworfen worden war, über eine Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei Honorare vom Flick-Konzern erhalten zu haben.

FRAU GANDHI ERMORDET

Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi wird am 31. Oktober bei einem Mordanschlag von zwei Sikh-Soldaten ihrer Leibwache so schwer verletzt, daß sie kurz danach im Krankenhaus stirbt. Das Attentat gilt als Rache für die Erstürmung des Heiligtums der Sikhs, des Goldenen Tempels von Amritsar, durch Regierungstruppen. Bei den im ganzen Land ausbrechenden Unruhen, die sich gegen Mitglieder der Sikh-Religion richten, werden mehr als eintausend Menschen getötet. Als neuer Ministerpräsident wird Rajiv Gandhi, der Sohn der ermordeten Ministerpräsidentin, vereidigt.

NEUER BUNDESTAGSPRÄSIDENT

Der CDU-Politiker Philipp Jenninger wird am 5. November als Nachfolger von Rainer Barzel zum neuen Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt. Er erhält 340 von 471 abgegebenen Stimmen.

REAGAN SIEGT

US-Präsident Ronald Reagan erringt am 6. November bei der Präsidentschaftswahl einen überragenden Sieg über den Kandidaten der Demokraten, Walter Mondale. In 49 von 50 Bundesstaaten stimmt die Mehrheit der Wahlmänner für Reagan. Mondale siegt nur in seinem Heimatstaat Minnesota und in der Hauptstadt Washington. Bei den gleichzeitigen Senatswahlen büßen die Republikaner zwei Sitze ein, bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus behalten die Demokraten ihre Mehrheit bei einem Verlust von 14 Sitzen.

NEUE NATO-STRATEGIE

Die NATO billigt am 9. November eine vom Oberbefehlshaber Europa, General Bernard Rogers, erarbeitete langfristige Planungsrichtlinie, die für den Fall eines Angriffs aus dem Osten tiefreichende Gegenangriffe mit konventionellen Waffen auf Ziele in Osteuropa vorsieht. Nach dieser Strategie muß nicht nur die erste gegnerische Staffel nach Überschreiten der NATO-Grenzen bekämpft werden, sondern auch die noch auf gegnerischem Gebiet befindliche zweite Staffel.

IN KOREA SCHEINT DAS EIS GEBROCHEN

Erstmals finden am 15. November Gespräche über mögliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord- und Südkorea statt. Nordkorea hatte bisher eine Politik der absoluten Abschottung gegenüber Südkorea verfolgt. Am 20. November nehmen Rot-Kreuz-Delegationen beider Länder ihren seit elf Jahren unterbrochenen Dialog über menschliche Erleichterungen wieder auf, der eine Familienzusammenführung in Nord und Süd ermöglichen soll.

KLEINE REGIERUNGSUMBILDUNG

Der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble wird am 15. November zum Bundesminister im Bundeskanzleramt ernannt. Waldemar Schreckenberger bleibt Staatssekretär im Kanzleramt. Zu Schäubles Nachfolger als erster Parlamentarischer Geschäftsführer wird Rudolf Seiters gewählt.

POLNISCHE FLÜCHTLINGSWELLE

In Lübeck-Travemünde kehren am 16. November 93 polnische Passagiere nicht auf die polnische Fähre „Rogalin" zurück, am 20. bleiben in Hamburg 192 Passagiere des Schiffes „Stefan Batory" zurück, am 23. weitere 126 in Lübeck-Travemünde. Viele von ihnen beantragen in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl. Die Fluchtwelle setzt sich in den nächsten Tagen weiter fort.

HUNGERSNOT IN AFRIKA

Die äthiopische Regierung kündigt am 21. November angesichts der schweren Hungersnot für die folgenden Monate die Umsiedlung von über einer halben Million Menschen aus den am stärksten von der Dürre betroffenen Nordprovinzen in klimatisch günstigere Gebiete an. Von der Hungersnot sind allein in Äthiopien etwa sieben Millionen Menschen bedroht. Auch andere Länder der Sahelregion und Ostafrika sind von der Hungerkatastrophe betroffen.

NEUE ABRÜSTUNGS-KONFERENZ IN GENF

Die USA und die Sowjetunion vereinbaren am 22. November neue Gespräche ihrer Außenminister zur Vorbereitung von Abrüstungsverhandlungen für den 7. und 8. Januar 1985 in Genf. Gegenstand der Verhandlungen werden Rüstungskontrolle und Abrüstung im gesamten Bereich der Atom- und Weltraumwaffen sein.

WAHLEN IN URUGUAY

Bei den ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit 1971 am 25. November geht die sozialdemokratische Colorado-Partei unter Julio M. Sanguinetti als Sieger hervor. Er wird mit seinem Amtsantritt am 1. März 1985 eine fast zwölfjährige Militärherrschaft beenden.

TODESAUTOMATEN ABGEBAUT

Die „DDR" beseitigt am 30. November bei Schwarzenbek in Schleswig-Holstein die letzten Selbstschußanlagen vom Typ SM-70 an der Zonengrenze.

UNRUHEN IN NEUKALEDONIEN

Auf die Ausrufung einer „Republik Kanakien" und schweren Unruhen zwischen kanakischen Ureinwohnern und Franzosen auf der Pazifikinsel Neukaledonien reagiert die französische Regierung am 4. Dezember mit der Entsendung des ehemaligen Mitglieds der EG-Kommission, Edgar Pisani. Er soll mit Hilfe eines Dreistufenplanes, der eine Einigung mit allen politischen Gruppen vorsieht, innerhalb von zwei Monaten einen neuen Status für die Insel finden.

GIFTGAS-KATASTROPHE IN INDIEN

Beim Ausströmen des Giftgases Methylisocyanat aus einem undichten Tank des indischen Zweigwerkes des US-Unternehmens Union Carbide am 4. Dezember in der Stadt Bophal kommen mindestens 3000 Menschen ums Leben. Es ist dies die dritte große Industriekatastrophe, die sich in diesem Jahr in Ländern der Dritten Welt ereignete. Am 25. Februar kamen beim Brand einer undichten Benzinpipeline in der südbrasilianischen Stadt Cubatao 500 Menschen ums Leben. Am 19. November erst explodierten in Mexiko-Stadt Lagertanks mit Flüssiggas; der Feuersturm vernichtete ein dichtbesiedeltes Armenviertel und brachte mindestens 450 Menschen den Tod.

KONVENTION GEGEN FOLTER

Die 39. Vollversammlung der UNO verabschiedet am 11. Dezember die seit sieben Jahren vorbereitete Konvention gegen Folter. In ihr verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, Folter in jeder Form zu unterbinden und unter Strafe zu stellen. Ein „Komitee gegen Folter", dessen zehn Mitglieder von den Unterzeichnerstaaten gewählt werden, soll sicherstellen, daß die Konvention eingehalten wird.

RAKETEN VERFASSUNGSKONFORM

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts verwirft am 18. Dezember die Organklage der Bundestagsfraktion der Grünen gegen die Nachrüstung. In der Entscheidung heißt es, die Bundesregierung habe die Rechte des Bundestages nicht dadurch verletzt, daß sie ohne ein förmliches Gesetz die Zustimmung zur Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik erteilt hat.

Und ewig irren die Propheten . . .

Kaum zu glauben, aber wahr: Die Welt und selbst die Bundesrepublik Deutschland sind 1984 nicht untergegangen. Auch „Big Brother" ist nicht über uns gekommen. Der gute George Orwell müßte sich eigentlich im Grabe umdrehen. Und all die lebenden Untergangspropheten müssen ratlos in die Glaskugel oder das Kartenspiel gucken, die sie nun schon wieder genarrt haben.

Überhaupt merkwürdig: Der Jahresrückblick 1984 würde viel umfangreicher ausfallen, wenn man aufzählen wollte, was alles n i c h t passiert ist. Die prophezeite Eiszeit zwischen Ost und West ist nicht hereingebrochen. Wir arbeiten nicht 35 Stunden. Die Olympischen Spiele sind nicht gescheitert. Der Bundesverteidigungsminister ist nicht zurückgetreten. Der Bundeskanzler ist nicht über die Parteispenden-Affäre gestolpert. Herr Honecker ist nicht in die Bundesrepublik gekommen. Das Lehrstellen-Fiasko hat nicht stattgefunden. Herr Engelmann ist nicht schon wieder VS-Vorsitzender geworden. Selbst Polen scheint trotz allem noch immer nicht verloren.

Bei so vielen Verneinungen könnte man fast auf den Gedanken kommen, 1984 sei ein nihilistisches Jahr gewesen. Oder gar eine Komödie von Shakespeare: „Viel Lärm um nichts"! Aber dabei übersähe man leicht, daß uns auch viel Positives beschert worden ist. Das Bundesverfassungsgericht hat uns die Ergänzungsabgabe erspart. Lady Di sorgte für herrliche Aufregung unter den Müttern. Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat 3:2 gegen Malta gewonnen. Das Wiener Burgtheater will mit Claus Peymann seine Theaterkräche fortsetzen. Im Kreml beweist Tschernenko, daß man auch ohne Vorruhestands-Regelung auskommen kann. Und Joseph Beuys hat verkündet, daß er von dieser Regierung kein Geld nehmen will.

Was uns die Propheten für 1985 vorhersagen? Nun, vielleicht dies: Im Frühjahr droht Franz Josef Strauß damit, Wohnungsbau-Minister zu werden; im Sommer beschließt Nordrhein-Westfalen, die Mengenlehre wieder einzuführen; im Herbt bekommen wir endlich den preisgekrönten Wenders-Film „Paris, Texas" zu sehen; und im Winter ärgern sich die Propheten, daß das Abendland immer noch nicht untergegangen ist. L. S. M.

Verehrte Leserin, verehrter Leser



Dr. Herbert Kremp
Chefredakteur
DIE WELT

Vor einiger Zeit verglichen wir DIE WELT mit einem Jet-Flugzeug. Wir kamen auf diese Idee, weil sich die Veränderungen des Lebens, der Politik, der Weltereignisse, der Informationen auf allen Kontinenten mit einer hohen, fast schwindelerregenden Geschwindigkeit vollziehen. Wir müssen weiter und schneller vorausdenken als früher.

Das Ende der Gemächlichkeit stört viele Menschen. Sie fühlen sich in einen unbekannten Raum geschleudert. Das ändert aber nichts am Tempo der Entwicklung. DIE WELT vermittelt ihren Lesern schnelle und zuverlässige Orientierung. Deshalb der Vergleich mit dem Jet, dessen Piloten gleichsam vor sich herfliegen.

DIE WELT orientiert über alle Bereiche des Lebens. Da ihre Redaktion in Bonn arbeitet, ist sie näher an der deutschen Politik als andere Zeitungen. Sie beachtet besonders die internationalen Beziehungen, in die beide Teile Deutschlands schicksalhaft eingebunden sind. Die Deutschen können sich nicht zurückziehen. Wir leben nicht auf einer Insel, wie manche meinen, und Logenplätze der Geschichte gibt es auch nicht. Ein so großes und erfahrenes Volk wie die Deutschen muß selber Akteur sein und bleiben.

Dazu gehören zwei Voraussetzungen, über die sich DIE WELT immer wieder äußert:

1. Die Zukunft meistert heute nur, wer über ein gesundes wirtschaftliches Fundament verfügt, Anschluß an die moderne Technologie und Technik hält und seine Lebensbedingungen, die Umwelt, pflegt. Dies erinnert wieder an den Jet-Flug: Das Gerät, mit dem wir uns bewegen, muß nicht nur schnell, sondern es muß sinnreich konstruiert und gut gewartet sein. Nur dann gibt es steilen Start und glatte Landung.

2. Die beste Wirtschaft, die fortschrittlichste Technologie und Kommunikation nützt aber nichts, wenn wir in Politik und Kultur den grundlegenden Konsens verfehlen. Die deutsche Nation, geographisch und politisch in einer schwierigen Mittellage und darüber hinaus auch noch geteilt, muß für ihr Überleben und ihren Erfolg ein Mindestmaß an Zusammenhalt entwickeln: Das meine ich mit Konsens, den DIE WELT im freien Teil Deutschlands über Parteigrenzen hinaus immer wieder empfiehlt.

DIE WELT wird im beginnenden Jahr den Versuch machen, durch verstärkte Berichterstattung über Umwelt, Technik, Forschung, Wissenschaft und über neue Medien zusätzlich zu informieren. Sie werden es in der WELT lesen. Das Tempo der Veränderungen wird nicht langsamer. Darauf müssen wir uns einstellen: DIE WELT ist auf der Höhe der Zeit.

H. Herbert Kremp

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Menschen, die 1984 ein Beispiel gaben

Zum zehnten Male zeichnen Korrespondenten und Redakteure der WELT die „Profile der Courage": Frauen und Männer, die mit Mut, Beharrlichkeit und Selbstbehauptungswillen den Zwangsläufigkeiten der Umwelt entgegentraten. Darunter sind Menschen, die in der Öffentlichkeit wirken, aber auch solche, deren Handeln im Alltag kaum über einen kleinen Personenkreis hinaus bekannt wird.

Sport: Liebe und Optimismus

Januar: Der italienische Radprofi Francesco Moser stellt mit 50,809 Kilometer einen neuen Stunden-Weltrekord auf. Das Fahrrad sieht aus wie von einem anderen Stern. Moser verbessert den Weltrekord auf 51,151 Kilometer. Das Fahrrad sieht immer noch so aus. Die Fußball-Nationalmannschaft muß bei der Europameisterschaft gegen Portugal, Rumänien und Spanien spielen. Derwall ist Optimist.

Februar: Peter Angerer wird Biathlon-Olympiasieger und kündigt die Trennung von seiner Freundin Traudel Hächer an, der Ski-Rennläuferin. Thränhardt springt mit 2,37 Meter Hallen-Weltrekord und sagt: „Der perfekte Sprung ist das Höchste im Leben." Die Fußball-Nationalmannschaft gewinnt gegen Belgien mit 1:0, und Derwall ist Optimist.

März: Ulrike Meyfarth wird Hallen-Europameisterin im Hochsprung. Die heftige Liebe zu ihrem norwegischen Freund Carl-Reidar beflügelt sie. Irene Epple wird Weltcup-Zweite in der Abfahrt. Die Trennung von ihrem englischen Freund Sebastian Coe *hat sie wieder schnell gemacht.* Die Fußballer schlagen die Sowjets 2:1. Derwall bleibt Optimist.

April: Der frühere Bank-Buchhalter Karl-Heinz Rummenigge wechselt für zehn Millionen Mark Transfersumme vom FC Bayern München zu Inter Mailand. Frau Rummenigge feiert im kleinen Kreis Erfolge als Amateur-Mannequin. Die Fußballer verlieren gegen Frankreich 0:1. Derwall bleibt Optimist.

Mai: Die Sowjetunion verkündet ihren Olympia-Boykott. Der Sowjetrusse Bubka steigert den Stabhochsprung-Weltrekord auf 5,85 Meter – nach L. A. darf er nicht. Die Fifa vergibt die Fußball-WM 1990 an Italien. Derwall ist sehr optimistisch.

Juni: Jürgen Hingsen stellt mit 8798 Punkten einen neuen Zehnkampf-Weltrekord auf, und Ehefrau Jeannie sagt: „What a wonderful lover." *Die Fußballer spielen* bei der EM gegen Portugal 0:0 und Derwall bleibt Optimist. Die Fußballer verlieren bei der EM gegen Spanien mit 0:1 und müssen nach Hause fahren. Derwall will Optimist bleiben.

Juli: Der Sowjetrusse Bubka verbessert seinen eigenen Stabhochsprung-Weltrekord auf 5,90 Meter – nach L. A. darf er trotzdem nicht. Franz Beckenbauer wird neuer Teamchef des Deutschen Fußball-Bundes. Er ist sehr optimistisch. Derwall geht optimistisch in die Türkei.

August: Bei der Abschlußfeier der Olympischen Spiele zählen die Deutschen 17 goldene, 19 silberne und 23 bronzene Plaketten. Bernd Schuster erklärt seinen „unwiderruflichen Rücktritt" *aus* der Fußball-Nationalmannschaft. Beckenbauer dennoch Optimist.

September: Porsche gewinnt *die Langstrecken-Weltmeisterschaft* für Sportwagen. Im ersten Länderspiel unter Teamchef Bekkenbauer verliert die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gegen Argentinien mit 1:3. Beckenbauer bleibt Optimist.

Oktober: Niki Lauda gewinnt die Formel-1-Weltmeisterschaft, mit einem Porsche-Motor. Die Fußballer schlagen Schweden im WM-Qualifikationsspiel mit 2:0. Beckenbauer ist sehr glücklich *und sehr optimistisch.*

November: Das IOC bestätigt zwölf Dopingfälle von Los Angeles, mehr als je zuvor in der olympischen Geschichte – und der Ostblock war nicht dabei. Das IOC nimmt Brunei als 160. Mitglied der olympischen Familie auf – Brunei gilt als Boykott-Gegner. Beckenbauer rackert optimistisch.

Dezember: Traudel Hächer gewinnt den Riesenslalom von Davos. *Sie sagt, sie fänd' das „narrisch".* Marina Kiehl siegt im Riesenslalom von Madonna di Campiglio. Sie sagt, das sei „pfundig". Die Fußballer gewinnen auf Malta mit 3:2. Beckenbauer versucht, Optimist zu bleiben. K. Bl.



Ronald Reagan

Der Mut zu sich selbst ist das Credo der politischen Führung

Ronald Reagan gleicht einer Münze, die noch im Umlauf ist, aber schon gesammelt wird. Er steht in jenem Augenblick seines politischen Wirkens, wo Zeitgeschichte in Historie übertritt. Die Wiederwahl hat in den USA immer ein Janus-Gesicht: halb Triumph, halb Abgesang; halb Morgen und doch schon Abendschatten. Man weiß, daß es eine zweite Wiederwahl nicht geben kann. Das mindert *sehr rasch den politischen* Tageswert. Um so stärker tritt die eigentliche, die historische Prägung hervor.

Wie ist sie geartet? Der Kalifornier aus dem Illinois-Städtchen Eureka hat dem, was wir politischen Mut nennen, eine neue Dimension des Verständnisses hinzugefügt. Daraus läßt sich ableiten, was politisches „leadership" in der heutigen Zeit noch vermag.

*Wir meinen nicht einmal die einzel*nen Akte der Handlungsstärke, die Reagans Regierungszeit bisher charakterisiert haben. Die Order zur Entlassung der streikenden Fluglotsen, im April 1981. Die Budget-Pakete, die er in den ersten beiden Jahren mit Hilfe einer raffiniert geschnürten Koalition im Kongreß durchbrachte. Das darin enthaltene Gesellschaftsprogramm, welches dem Einzelnen wieder mehr Freiraum gegenüber der alles umschlingenden Regulierungswut der *öffentlichen Hand zurück*gab. Das Bekenntnis zur Raumfahrt, auch in ihrer verteidigungspolitischen Komponente. Die Steigerung der Verteidigung – und das Angebot zum Dialog mit Moskau.

Den vielen Beispielen ist eines gemeinsam: der lange Atem und der Mut zur Unbeirrbarkeit. Der lange Atem kommt uns eher als ein unamerikanischer Zug bei Reagan vor – das Land fühlt und plant gerne in kurzen Sprüngen, ungeduldigen Aufbrüchen, denen ebenso schnell die Abbrüche folgen können. Dieser Präsident aber geht politisch voran, ohne daß gleich morgen nach Verlust und Gewinn aufgerechnet werden kann. Seine ganze erste Amtszeit war darauf angelegt, von einer zweiten gefolgt zu werden: Eine freche Prämis*se der Siegesgewißheit.*

Man geht aber fehl, wenn man Ronald Reagans Mut ohne den Hintergrund betrachtet, vor dem er erst verständlich wird. „Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß der Präsident sein Experiment mit der amerikanischen Wirtschaft machen darf", sagte schon früh in der Amtszeit Reagans einer seiner profiliertesten Gegner, Senator Alan Cranston aus Kalifornien. Welche Gesellschaft konzediert heute noch ihren politischen Führern, Experimente mit dem Instrumentarium privaten und öffentlichen Wohls zu machen? Und welche Führung ergreift heute noch die Initiative, um solche Bereitschaft zu testen?

Das Wagnis, das Reagan einging, war ein Pakt zwischen ihm und der *Gesellschaft, ein Pakt zum Aufbruch* und zum Experiment. Nicht alles ist davon geglückt – siehe das Haushaltsdefizit. Aber das hat auch niemand erwartet. Entscheidend ist, daß beide, Regierung und Regierte, während der großen Testfahrt nicht die Nerven verloren haben, den Kurs einhielten und sich heute, beim Rückblick, beglückwünschen können, das 21. Jahrhundert mit ein bißchen mehr Selbstsicherheit und Selbstvertrauen angehen zu können, als das vor vier Jahren möglich schien.

Reagans Jugendlichkeit spielte dabei eine große Rolle. Sein Optimismus hat die Gesellschaft angesteckt. So wie die Computer-Realität fast schmerzlos verkraftet wurde, so auch die politische Prämisse, daß Verhandeln ohne Stärke keinen Erfolg haben kann.

In ihrem Drang nach Unabhängigkeit, in ihrem *Stolz* auf eigene Leistung und auf selbstergriffene Chancen hat dieser Präsident die Mehrheit seiner Landsleute hinter sich geschart.

Antwortend auf vorgeprägte Empfänglichkeit, hat er den Boden weiter präpariert, auf dem er sein politisches Credo anpflanzen wollte. Auch sein psychologisches Credo; denn den Menschen Mut zu sich selber zu machen ist nicht nur ein Postulat der politischen Vernunft, sondern die Voraussetzung jeder überlebensfähigen Gesellschaft.

THOMAS KIELINGER



Mario Vargas Llosa

Als Gewissen der Nation wider die Rassisten des 20. Jahrhunderts

Sein Domizil ist eine Oase des Friedens. Es steht in Barrancos, dem *vornehmen* Strandbezirk Limas, an der Paul-Harris-Straße. Der Hausherr blickt von seinem Arbeitszimmer auf den Pazifik und kann abends das farbenprächtige Schauspiel der untergehenden Sonne beobachten. „Ich brauche diese Ruhe", sagt er, „sie verschafft mir Entspannung von der Hektik."

Mario Vargas Llosa, (48), einer der prominentesten Schriftsteller Lateinamerikas, schreibt nicht nur. Er betätigt sich auch als Missionar in Sachen Demokratie. *Sein Widerstand gilt der* marxistischen Revolution. Dazu gehört vor allem in Südamerika mehr als nur ein bißchen lautstarkes Engagement.

Der elegante, attraktive Peruaner, der die spanische Sprache gestochen scharf artikuliert, fürchtet um die Zukunft Lateinamerikas. Die Zeit der rechten Militärdiktaturen geht schnell zu Ende. Anfang nächsten Jahres kehrt auch die regionale Großmacht Brasilien zur Demokratie zurück. Er möchte verhindern, daß Marxisten das Machtvakuum füllen wie in Kuba und Nicaragua.

Kollegen, die ähnlich denken, unterstützen ihn bei dieser „Aufklärungsaktion" (Vargas Llosa), unter ihnen der Mexikaner Octavio Paz, der diesjährige Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Vehement verteidigt Vargas Llosa den turbulenten Subkontinent gegen den gängigen Vorwurf, er sei nicht reif für die Demokratie. Die sozialen Strukturen müßten erst verändert werden. Revolutionen statt Reformen. Wenn Europäer solche Gedanken verbreiten, unterstellt ihnen Llosa eine rassistische Gesinnung: „Rassismus des 20. Jahrhunderts."

In diesem Zusammenhang erwähnt der Peruaner gern Günter Grass, *den er für den bedeutendsten* deutschen Schriftsteller hält, ihn aber auch – was Lateinamerika anbelangt – politischer Naivität verdächtigt. *Während* er *das Leben in einer frei*heitlichen Welt genieße, unterstütze er kommunistische Ziele auf einem fernen Kontinent: „Warum wünscht *uns Grass die Diktatur?"*

Mario Vargas Llosa hält 1985 für ein wichtiges Jahr, nicht nur wegen der demokratischen Wende in Brasilien und Uruguay, dem kleinsten Staat Südamerikas, wo die Militärs ebenfalls in den nächsten Monaten ihre Herrschaft beenden. In Chile wankt die Pinochet-Diktatur. Er befürchtet einen wachsenden Einfluß linker Extremisten, wenn sich der rechte General noch lange an die *Macht krallt. In seinem eigenen Land* finden im April des kommenden Jahres Wahlen statt. Llosa sorgt sich auch um Peru.

Peru, von der maoistischen Rebellenbewegung „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) und wirtschaftlichen Schwierigkeiten geschüttelt, drohen die Gefahren der Polarisierung – Nährboden des Extremismus. Vargas Llosa kämpft dagegen an. Er verurteilt den „blinden Terror" der Partisanen auf der einen und den Gegenterror der Sicherheitskräfte auf der anderen Seite.

Er versucht mäßigend auf den jungen Politiker Alan Garcia (35) einzuwirken, einen Sozialdemokraten, der die besten Chancen hat, den Urnengang zu gewinnen. Er schreibt für „Caretas", die einflußreichste Zeitschrift Perus, er hält Reden, er tritt im Fernsehen auf. Ähnliche Aktivitäten entfaltet der Autor auch im Ausland.

Oft kommt dabei die schriftstellerische Arbeit zu kurz. Dennoch konnte er gerade seinen siebten Roman vollenden, der die marxistischen Revolutionsversuche in Brasilien während der fünfziger Jahre schildert.

Mario Vargas Llosa, in der südlichen Stadt Arequipa geboren und im Mittelklasse-Milieu von Miraflores, einem Vorort Limas, aufgewachsen, zum zweiten Mal verheiratet und Vater von drei Kindern, ist der angesehenste Peruaner. Präsident Fernando Belaunde Terry wollte ihn einmal zum Ministerpräsidenten ernennen, um das blasse Prestige seiner Regierung aufzupolieren. Llosa lehnte ab. Die „Washington Post" nannte ihn das „gute Gewissen der Nation". Er hört diese Bezeichnung nicht gern.

„Ich bin ein Schriftsteller", sagt er. „Schriftsteller, die sich überschätzen, machen sich lächerlich."

WERNER THOMAS



Erika Sutter

Eine halbe Million Menschen im Busch vor dem Erblinden bewahrt

Eigentlich hatte sich die Schweizer Augenärztin Erika Sutter schon auf ihr „Altenteil" in Basel zurückgezogen. Nun aber ist sie – zumindest für drei Monate – wieder an den Ort *zurückgekehrt, wo sie 32 Jahre lang* im Missionsdienst tätig war, in die Missionsstation Elim, mitten im Busch des nördlichen Südafrika. Der Grund für diese Unterbrechung des Pensionärsdasein ist eine besondere Ehrung: Die Johannesburger Zeitung „Star" hat die 64jährige Schweizerin zur „Frau des Jahres 1984" gewählt.

Nach Meinung von Experten hat die Ärztin im entlegenen Nordosten Südafrikas, bei den Tsongas in Gazankulu, mindestens eine halbe Million Schwarze vor dem Erblinden bewahrt. Sie leistete nicht nur praktische Hilfe, sondern sie setzte schon lange bevor das zum Leitspruch der Entwicklungshilfe wurde die „Hilfe zur Selbsthilfe" in die Praxis um.

Die Biografie der Erika Sutter gibt ein Beispiel dafür, wie man ohne große Attitüden und Bekenntnisse Menschlichkeit praktizieren kann, die einfach darin besteht, gebotenen Notwendigkeiten zu folgen. Erika Sutter kam 1952 eigentlich als Pflanzenphysiologin für die „Schweizer Südafrikanische Mission" ins Land. Vier Jahre lang arbeitete sie im Labor und in der Röntgenabteilung des *Buschkrankenhauses Elim. Aber die*se Art von Hilfe entsprach nicht dem Charakter der tatkräftigen Frau. Sie sah, worauf es ankam: auf praktische Beratung, *auf Aufklärung, auf Unter*stützung im Alltag.

Die Mission erlaubte ihr, an der Johannesburger Witwatersrand-Universität Medizin zu studieren. Erika Sutter war schon 44 Jahre alt, als sie zum erstenmal als Ärztin praktizierte. Und wieder beugte sie sich den Notwendigkeiten. Da die Mission eine Augenfachärztin benötigte, schloß Erika Sutter in Basel und London eine entsprechende Spezialausbildung an. 1965 kehrte sie an die Missionsstation Elim zurück.

Sie kannte die Verhältnisse hier. Sie wußte, daß Krankheiten in diesen entlegenen Gebieten nicht mit europäischen Mitteln und nach westlichen Maßstäben zu behandeln sind. Da war zum Beispiel jene fürchterliche Augenkrankheit Trachom, eine Infektion der Bindehaut, die bei wiederholter Ansteckung eine Verhornung der Netzhaut hervorruft und zur Erblindung führt. Erika Sutter nennt *diese* Krankheit „*eine der vie*len Folgen von Armut und Wassermangel".

Die Schwarzen, seit Jahrhunderten mit dieser Infektion konfrontiert, nehmen ihr Schicksal fast als eine gottgewollte Notwendigkeit hin. Hier setzte die Arbeit der Erika Sutter an: „Grundsätzlich gilt es, bei diesen Menschen die Apathie der Armut zu überwinden." Mit zwei schwarzen Helfern begann sie zunächst in drei Dörfern, die Menschen über Vorbeu*gung und Verhütung zu unterrichten.*

Der Erfolg überraschte die Ärztin selbst. Geradezu lawinenartig breitete sich die Kunde von der neuen „Wunderheilung" unter den Stämmen der Tsongas und Vendas aus. Da auch im späteren Stadium der Krankheit noch ein relativ *einfacher* Eingriff die Patienten vor dem völligen Erblinden bewahrt, Erika Sutter aber die einzige Augenärztin weit und breit war, bildete sie kurzerhand selbst Krankenschwestern aus, die den rettenden Eingriff vornehmen konnten. Inzwischen arbeiten rund *5000 freiwillige Laienhelfer – unter*stützt von der deutschen „Christoffel-Blindenmission" – im Norden Südafrikas.

Erika Sutter war *sich immer* bewußt, daß die erfolgreiche Bekämpfung solcher Krankheiten nicht auf das Medizinische selbst beschränkt sein konnte. Sie gab Anleitungen zur Änderung der Kinderernährung, führte hygienische Buschtoiletten ein, ließ in den Dörfern Gärten auf Kompostbasis anlegen und kümmerte sich sogar darum, praktikablere Kochherde für die Frauen zu bauen.

Als 1980 die Cholera ausbrach, praktizierte Erika Sutter wiederum angemessene Improvisation. Sie mischte dem Wasser Desinfektionsmittel bei. Ihre unkonventionelle Methode: „Oben hineinschütten, was unten rausgeht" – eine Zucker-Salz-Lösung unter Beifügung von Backpulver gegen das Erbrechen. „Ich habe gegeben, was ich konnte", sagt Erika Sutter schlicht, „jetzt ist es Zeit für neue Ideen."

MONIKA GERMANI



Juan Antonio Samaranch

Wie man die Olympia-Boykotteure ins moralische Abseits befördert

Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) – eigentlich ist das ein Amt für Verlierer: Der Sport als Punchingball zwischen Kommerz und Ideologie, der Sport als Schiene hochfliegender politischer Pläne – was bleibt da? Der Spanier Juan Antonio Samaranch, 64 Jahre alt und seit vier Jahren IOC-Präsident, hat diesem Amt dennoch Profil verliehen, ein couragiertes Profil.

Samaranch hat sich weder vor den Olympischen Spielen in Los Angeles von den boykottierenden Sowjets in *die Knie zwingen lassen noch im Vor*feld der Spiele von 1988 in Seoul. Der fünfsprachige Katalane, von Haus aus Betriebswirt und ehedem Spaniens Botschafter in Moskau, erteilte allen, die erneut einen Boykott Olympias heraufbeschwören wollten, eine klare Absage: „Die Entscheidung für Seoul ist 1981 in Baden-Baden gefallen. Die Spiele werden also 1988 in Seoul stattfinden." Kein Wenn und kein Aber, kein Canossagang nach Moskau und auch keine dieser ehedem unbegreiflich-verständnisvollen Interpretationen aktueller sowjetischer Olympiapolitik, sondern nur dies: Wir – das IOC – haben beschlossen, und dies allein ist das Kernstück olympischer Politik. Nichts anderes.

Zu solcher Entschlossenheit gehört Mut, denn das IOC hat keine Bataillone. Das IOC kann noch nicht einmal den Weltsport regieren, es kann im Grunde kaum zwischen den Fronten vermitteln, kann nicht einmal schlichten, allenfalls raten. Das war zumindest die hilflose Ausgangslage, die Samaranch als allerdings erster „Full-Time-Präsident" des IOC innerhalb von vier Jahren in eine begehrenswerte Startrampe für *erfolg*reiche Sportpolitik umgewandelt hat.

Als die Olympischen Spiele in Los Angeles zu einem rauschenden, weltweiten Fest gerieten und zu einem der lukrativsten Geschäfte – da ging einer der Pläne Samaranchs in Erfüllung. Wie war doch der Grundgedanke dieses ganz und gar pragmatischen Olympiers? Wenn die Ausrichtung Olympischer Spiele künftig kein finanzielles Desaster mehr darstellt, sondern vielmehr das Gegenteil, ja dann wird man künftig unter den verschiedensten Bewerbern auswählen können.

Dann wird das IOC auch nicht mehr dem Druck nur eines Bewerbers nachgeben müssen, um die Spiele überhaupt veranstalten zu können. Auch aus dieser Position einer neuen Stärke heraus läßt sich mit Boykotteuren anders umgehen als dies früher unter seinen Vorängern der Fall war.

Olympische Spiele als Markenzeichen – wer kann dem schließlich widerstehen? Um dies den Freunden in den 150 nationalen olympischen Filialen einzuhämmern, brach Samaranch zu einer Reisetätigkeit auf, die sogar jene des Papstes oder die überaus agiler *Außenminister als* gelegentliche Ausflugspartien erscheinen läßt. Er hat mal in dem schlichten Satz: „Ich glaube, diese Besuche haben sich positiv ausgewirkt" Bilanz gezogen und dabei verschwiegen, daß sein ständiges Werben für Olympia wohl letztlich dies bewirkt hat: Die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles verzeichneten trotz des osteuropäischen Boykotts einen neuen Teilnehmerrekord.

Sicher, einer wie Juan Antonio Samaranch hat auch Niederlagen erlitten. Da war zum Beispiel sein Plan, all' jene, die die Spiele boykottieren, mit einer Strafe zu belegen. Das IOC folgte den Vorstellungen seines Präsidenten nicht, denn Olympia, das muß Kür bleiben, kann nicht zur Pflicht verkommen.

Aber einer wie Samaranch wäre nicht Diplomat aus Berufung und Olympier aus Leidenschaft, würde er nicht auch daraus Nutzen ziehen – zum Nutzen der olympischen Bewegung, versteht sich. So heißt es: Wer Olympia fernbleiben will, mag dies tun. Denn seitdem Samaranch die olympischen Geschicke in die Hand genommen hat, erscheint jede Nichtteilnahme ohnhin als moralischer Makel – was braucht es da zusätzliche Sanktionen?

„Wir stehen vor einer neuen Ära," hat der Präsident vor einem Jahr bemerkt und dabei die olympische gemeint. Sie ist zweifellos die Ära Samaranch.

KLAUS BLUME



Edwin D. Fletcher

Der Tag, an dem die Kälte auch zum streikenden Bergmann kam

Edwin David Fletcher, 47 Jahre alt, ist Bergmann. Seit 18 Jahren arbeitet er für die Nationale Kohlebehörde. Vorher war er Bauarbeiter. Doch in der schweren Rezession am Bau verlor er seinen Arbeitsplatz. Er versuchte daraufhin sein Glück als Kumpel. Und lange meinte er, er habe da einen „phantastischen Beruf" gewählt. Bis der englische Kohlestreik mit seinen häßlichen Begleiterschei*nungen auch für ihn zum Alptraum* wurde.

Fletcher steht stellvertretend für die Kumpel, die seit Beginn des Arbeitskampfes im März entgegen der Weisung ihrer Gewerkschaftsführung zur Arbeit zurückgekehrt sind. Heute stehen den noch streikenden 120 000 Bergleuten knapp 70 000 gegenüber, die in ihre Gruben einfahren.

Vor fünf Wochen entschied sich auch Fletcher, der Gruppe der Streikenden den Rücken zu kehren und sich in seiner Zeche Brookhouse, dreieinhalb Meilen östlich der Edelstahl-Stadt Sheffield, wieder zur Arbeit zu melden. In dieser Zeche im südlichen Yorkshire, einem als militant geltenden Kohle-Revier, arbeiten inzwischen 100 der 600 Bergleute.

Fletcher lebt unweit von Brookhouse, in Kiveton Park – in schöner Landschaft zwar, aber eben in einer Gemeinde, die so atemberaubend häßlich ist wie die meisten der britischen Orte, die sich um Kohlezechen gebildet haben. Auch Fletchers Sohn ist Kumpel – normalerweise jedenfalls, denn er streikt. Staut sich da innerhalb der Familie Haß an? Nein, bestreitet Vater George. Schließlich sei er selbst noch vor sechs Wochen im Streik gewesen. Was hat ihn bewogen, sich der wachsenden Gruppe der *Arbeitswilligen anzuschließen und* sich damit tagtäglichen Anpöbelungen, Drohungen und möglicherweise sogar der Gefahr auszusetzen, von fanatischen Streikposten verprügelt zu werden? War es der angebotene, großzügige Weihnachts-Bonus?

Auch dies wird von Fletcher bestritten. *Zwar mögen sich* andere in ihrer Not für das zusätzliche Geld und gegen die seit Generationen befolgte Gewerkschafts-Disziplin entschieden haben. Doch Fletcher hatte sein eigenes Schlüssel-Erlebnis. Als er vor Wochen einen Baum nach Hause schleppte und ihn zu Brennholz zersägte, glaubte er, damit über den Winter zu kommen. *Doch nach 14* Tagen war alles Holz verheizt. Da dämmerte ihm, welche Folgen dieser Arbeitskampf noch haben würde.

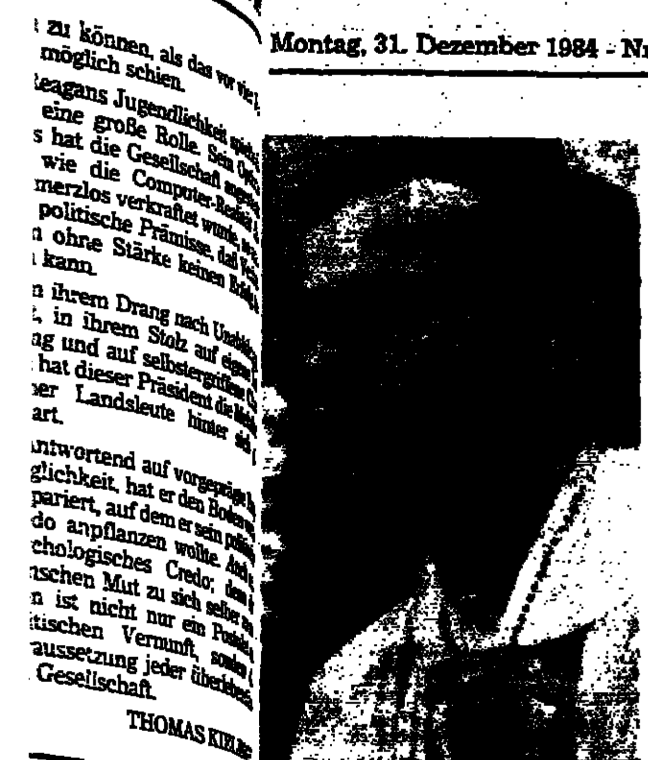
*Seit er wieder in seine Zeche ein*fährt, hat ihm der Arbeitgeber eine Tonne Brennkohle geliefert. Bezahlen mußte er sie damit, daß die meisten Leute in seiner Straße nicht mehr mit ihm sprechen. Selbst im Pub stehen in einer Ecke die arbeitenden Kumpel, in der anderen Ecke die Streikenden, säuberlich wie durch eine Linie voneinander getrennt. Gekommen und nach Hause gegangen wird nur geschlossen in den jeweiligen Gruppen.

Bezahlen mußte Fletcher seine Entscheidung auch mit der Bürde, zu allen unmöglichen Nachtzeiten auf den Kleinbus der Kohlebehörde zu warten, der ihn und die anderen Arbeitswilligen zur Zeche fährt. Mal ist es um ein Uhr früh, mal um halb drei – die Zeiten werden ständig geändert, um die Streikposten zu verwirren. Mindestens zwei Stunden dauert jedesmal die Rundreise, bis alle Kumpel aufgelesen sind.

Fletcher ist sicherlich nicht der couragierteste Kumpel in Kiveton Park. Unweit von ihm wohnt Alan Barisford, der gemeinsam mit seinem Sohn seit drei Wochen wieder in die Zeche des Ortes einfährt. Von Anfang an weigerten sich die beiden, mit dem Bus der Kohlebehörde durch die Streikpostenlinien zur Arbeit gefahren zu werden. Sie bestehen darauf, zu Fuß und unbeschützt zu kommen. Etwas weiter entfernt wohnt Norman Haiward, der sich schon kurz nach Streikbeginn zur Arbeit entschied und monatelang tagtäglich als einziger in der Zeche erschien.

Doch Fletcher war der einzige arbeitende Kumpel von all den vielen angesprochenen, der sich für ein Gespräch zur *Verfügung* stellte: „Ich habe einfach genug von der verfahrenen Situation. Je mehr das wissen, desto besser", meint er und murmelt noch hinterher, daß seine Bergleute-Gewerkschaft bis zu diesem Jahr „die beste der Welt" gewesen sei.

WILHELM FURLER



Jerzy Popieluszko

Aus dem Bauernsohn Jerzy wurde der Märtyrer des freien Polen

Die freie Gewerkschaft Solidarität bedeutet für uns die Hoffnung auf Stillung unseres Hungers nach Liebe, nach Gerechtigkeit und nach Wahrheit. Diese Hoffnung kann niemand zerstören; denn man kann nichts zerstören, was unsterblich ist." Als Jerzy Popieluszko diese Predigt am 26. August 1984 vor 40 000 Menschen aus allen Teilen Polens in der Warschauer Stanislaw-Kostka-Kirche hielt, waren genau vier Jahre vergangen, seit der inzwischen verstorbene Primas Stefan Wyszynski den damals 33jährigen Priester bat, für die streikenden Arbeiter in der Warschauer Stahlhütte eine Messe zu lesen.

„Diesen Tag, als ich von den Arbeitern jubelnd empfangen wurde, werde ich nie vergessen", bekannte seinerzeit der knabenhaft schmale Priester, der sich bis dahin mit der Eindämmung der weitverbreiteten Drogensucht in der polnischen Hauptstadt befaßt hatte. Auf dem Asphalt kniend, nahm er den bewegten Arbeitern die Beichte ab und spürte, wie das Evangelium ihnen Mut gab. „Ich werde bei meinen Arbeitern bleiben, solange es mir nur möglich ist!" Das wurde zum entscheidenden Entschluß des Sohnes einfacher Bauersleute aus einem Dorf bei Bialystok, der es schon auf sich genommen hatte, täglich eine Stunde durch den Wald zur Kirche zu laufen, um dort als Ministrant zu dienen.

Popieluszko ist seinem Entschluß auch nach der Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 treu geblieben. Er saß in der ersten Reihe der Gerichtssäle, als die Prozesse gegen seine Arbeiter begannen, und er sorgte für sie in den Gefängnissen und für ihre Familien. Seine ärmliche Wohnung war bald gespickt mit Heiligenbildern, Fahnen und Dankesbeweisen von Betriebsgruppen und Arbeitern aus ganz Polen.

Und bald zelebrierte er die erste „heilige Messe für das Vaterland und alle, die für das Vaterland leiden". Bis zu 20 000 Menschen kamen jeden Monat zu diesem Gottesdienst nach Warschau. Sie kamen, um zu hören, was sie nicht laut aussprechen durften: Popieluszkos leidenschaftliche, aber wohlüberlegte Plädoyers gegen Lüge, Haß und Unterdrückung. Der Zorn des kommunistischen Regimes traf Popieluszko sofort.

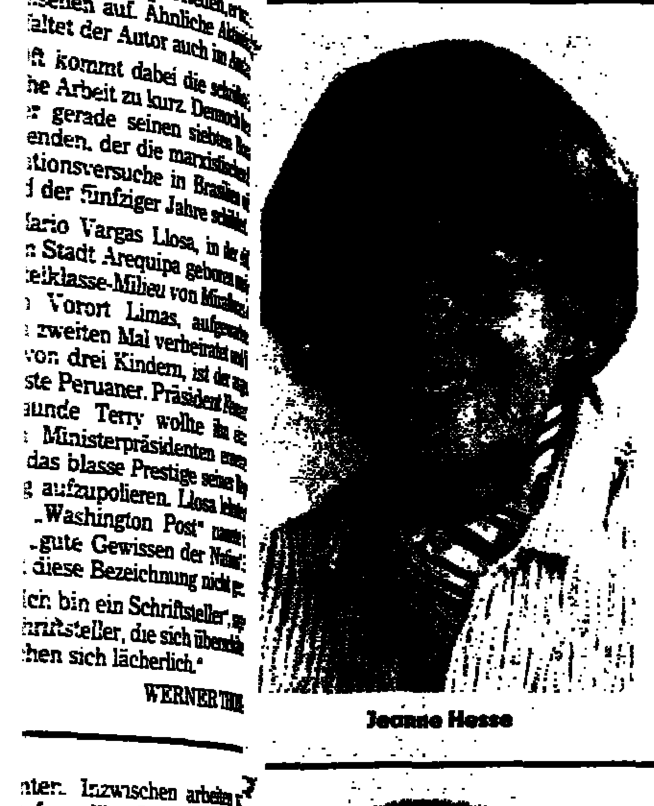
Ständig wurde er beschattet, zweimal verhaftet. Über fünfzehnmal mußte er zu langen Verhören bei der Geheimpolizei erscheinen. Und schließlich wurde er des „Mißbrauchs der Freiheit des Gewissens und der Religionsausübung" angeklagt. Die Kampagne des Regimes steigerte sich. Mit Artikeln aus der Feder des Regierungssprechers Urban, der dem Priester vorwarf, in „schwarzen Messen Fanatismus und Haß gegen das kommunistische Polen zu predigen". Der schwer magenkranke Popieluszko litt sichtlich unter diesem Psychoterror, doch er ließ sich nicht beirren. „Ich bin mir im klaren darüber, daß es nötig ist, für die Wahrheit zu leiden. Wenn Menschen trotz ihrer Verantwortung für ihre Familien im Gefängnis leiden müssen, warum sollte ich als Priester nicht gemeinsam mit ihnen Leid tragen? Ich bin überzeugt, daß das, was ich tue, richtig ist. Und deshalb bin *ich zu allem entschlossen.*"

Am 19. Oktober entführten Offiziere der Geheimpolizei SB Jerzy Popieluszko, als er in einem Auto von einer *Messe in Bromberg zurückkehrte.* Nach elf Tagen wurde der Leichnam Popieluszkos mit Spuren gräßlicher Folterungen in einem Stausee gefunden.

Kein Ereignis hat die polnische Nation in den letzten Jahren mehr erschüttert als dieser Mord an dem „Apostel des Friedens", wie Primas *Glemp ihn genannt hat. Doch ein öf*fentlicher Aufruhr blieb aus. „Mit dem Guten das Böse überwinden", unter diesem Leitspruch Popieluszkos letzter Predigt gaben mehr als 400 000 *Menschen,* die größte Menge, die Warschau seit dem Papstbesuch gesehen hat, ihrem Jerzy das letzte Geleit.

Und heute ist das Grab des „Märtyrers des freien Polen" neben seiner Kirche ein Blumenmeer, das Tag für Tag von Tausenden Menschen besucht wird. Zum Entsetzen des kommunistischen Regimes folgen immer mehr Menschen in Polen dem mutigen Bekenntnis Jerzy Popieluszkos. Denn die Hoffnung, so lehrte es der Warschauer Priester, kann man nicht töten.

RUDOLF CANNE



Jeanne Hesse



Wie eine Dame ihren Freunden seit Jahren auf die Nerven fällt

Im vierten Stock eines der vornehmsten Hamburger Kontorhäuser, des Laeiszhofes an der Trostbrücke über das Nicolaifleet, weisen Firmenschilder einen Wertpapiermakler und das Kompass-Schiffahrts-Kontor aus. Die Geschäftsleute tragen Flanell, doch häufig fahren sie im Paternoster mit ärmlichen Gestalten in Kleidern von der Wohlfahrt. Diese *Leute sind auf dem Weg zu Jeanne* Hesse und ihrer Flüchtlings-Starthilfe; sie steigen vom vierten Stock aus noch eine Treppe höher, denn der Verein sitzt unter dem Dach – das hanseatische Gewinnstreben wie ein gutes Gewissen überwölbend.

Seit mehr als drei Jahrzehnten kümmert sich Frau Hesse mit ihren Mitarbeiterinnen um Deutsche von drüben, seit 1968 auch um andere Ostblockflüchtlinge. Die Frauen des Vereins entstammen der angenehmen Mischung aus Wohlstands- und Bildungsbürgertum.

1984 war ein hartes Stück Arbeit für sie. Im Frühling schwappte eine Welle von tausend Mitteldeutschen in den Verein, im Herbst kamen die Polen hinzu, die zu Hunderten von den Vergnügungsdampfern flüchteten. Der Verein, der ohne einen Pfennig öffentlicher Gelder arbeitet, sorgt für Möbel, Kleidung, Bettwäsche; er verteilt Geld, leistet Berufsberatung und nimmt sich ausgeschütteter Herzen an. Er strömt aus, was Amtsstuben fehlt: menschliche Wärme.

Jeanne Hesse – sie feiert im beginnenden Jahr den 75sten Geburtstag – führt den Verein mit starker Hand, trifft schnell (meist) richtige Entscheidungen und stellt hohe Ansprüche („Ich kann nur Mitarbeiterinnen brauchen, die anpacken"). Sie arbeitet verstandesbetont, wirkt kühl dabei, „doch auf einmal sprüht ein hintergründiger Humor aus ihren wachen Augen", wird erzählt. Sie stammt aus Basel und arbeitete in den dreißiger Jahren als Assistentin bei Le Corbusier. Die Heirat mit einem Hamburger Kaufmann (sie haben einen Sohn und eine Enkelin) brachte sie zunächst nach Buenos Aires, dann an die Elbe.

Dort fällt sie seit Jahrzehnten der Geschäftswelt, auch ihrem Freundeskreis, auf die Nerven: Spenden eintreiben, Arbeitsplätze suchen – immer, immer wieder. Sie nutzt ihre Verbindungen schonungslos und diskret für die aus, die niemanden kennen und dringend Hilfe brauchen.

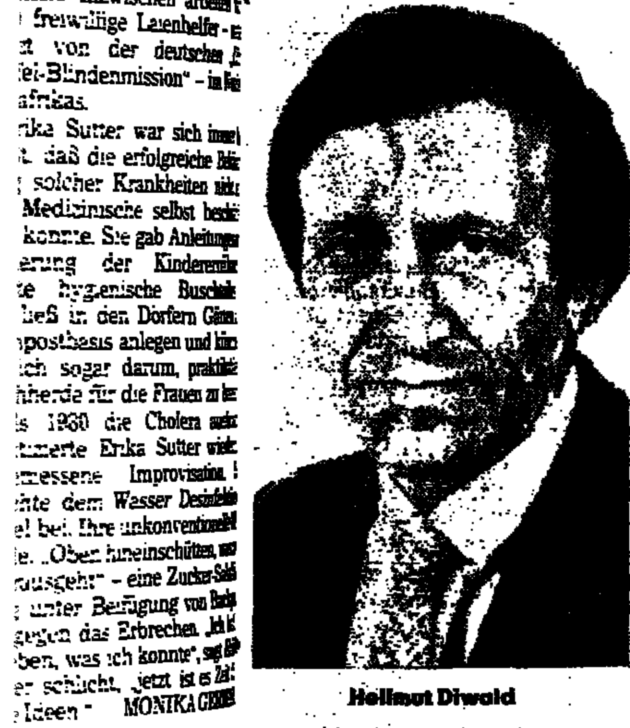
„Die staatliche Fürsorge kann sich nur um den Durchschnitt kümmern", sagt sie. So nimmt sich der Verein derer an, „die aus dem Rahmen fallen": weil sie zu alt oder zu jung sind, weil sie ausgefallene Begabungen haben. „1953 ging ich mit einem Korb voller Äpfel in das Wandsbeker Flüchtlingslager", erzählt sie, so fing es an. Dort fand sie einen 17jährigen Thomaner-Sängerknaben, der herumsaß und pokerte. „Den haben wir in ein Gästehaus gesteckt und gezwungen, das Abitur zu machen." Eine ehemalige Gutsbesitzerin rutschte im Lager auf den Knien herum und schrubbte die Fußböden: Dies sei nun, so meinte sie, ihre Bestimmung bis ans Lebensende. Doch Hesses hatten Beziehungen zu einem Altersheim . . .

Zur Zeit bemüht sie sich um einen Studienplatz für eine Polin, „ein Genie auf der Geige". „Das kann doch nicht wahr sein, daß ein Computer in Dortmund sagt: Wir haben genug Ausländer an der Musikhochschule", wundert sie sich. Für einen Restaura*tor, „einen Meister seines Fachs"*, war kein Platz im öffentlichen Dienst. Die Flüchtlings-Starthilfe besorgte ihm Handwerkszeug: „Jetzt lebt er von öffentlichen Aufträgen." Es wird noch Arbeit für Schauspieler gesucht, für Handwerker, für Seeleute.

„Ich finde nicht, daß der Staat alles machen sollte", sagt Frau Hesse und richtet sich danach. Ärgerlich findet sie allerdings, wie unbeweglich und hoffnungslos überfordert die Behörden sind. Die Flüchtlinge aus dem Sozialismus verirren sich immer wieder im Bürokratismus.

So kam die Sozialbehörde auf die Idee, einen Ratgeber zu schreiben. An zweiter Stelle wollte sie die Flücht*lings-Starthilfe aufführen – sich so* aus der Verantwortung stehlen und den Verein verstopfen. „Sie wissen, wer Sozialsenator ist", seufzt Jeanne Hesse. Sie sucht eine Nachfolgerin: „Ich bin zu alt", meint sie und ihre klaren Augen fallen auf den Berg auf ihrem Schreibtisch, den sie energisch angeht.

DETLEV AHLERS



Hellmut Diwald

Notwendige Stützpfeiler im sandigen Boden der Deutschlandpolitik

Ob mit couragierten Büchern wie zuletzt seinem „Mut zur Geschichte" oder seinen nicht „sine", sondern gerade „cum studio et ira" verfaßten Artikeln, ob mit Vorträgen oder Streitgesprächen – jederzeit tritt *der 55jährige Historiker* und Buchautor Hellmut Diwald für die Sache an, die auch die Sache aller Deutschen ist: die Wiederherstellung ihrer Einheit und ihrer Selbstbestimmung. Teilstaatlicher Separatismus der drei deutschen Republiken, die nach 1945 westlich der Elbe, östlich von ihr und im Alpenland geschaffen worden *sind, ist sein eigentlicher* Widerpart.

Das jüngste Beispiel: Als im Herbst dieses Jahres ein von Bonn geplantes „Haus der Geschichte der Bundesrepublik" in die Diskussion geriet, griff Diwald in dieser Zeitung kritisch ein. Den Teilstaat Bundesrepublik, der bislang der Verwirklichung gesamtdeutschen Einheitswillens kei*nen Schritt näher gekommen ist, als* „Erfolgsgeschichte" darzustellen, war ihm „unentschuldbar" und „nicht zu rechtfertigen". Diwald schrieb: „Wenn das Bonner Projekt an dieser Leitlinie entsteht, wird es zu einem Monument der Billigung und Absegnung der Zerteilung Deutschlands."

Neben dem Geschichtsverständnis richtet sich Diwalds Kritik auch auf die Bonner Deutschlandpolitik, de*ren sandigem Boden er am liebsten* mit politischem Beton größere Festigkeit verleihen möchte. Nicht die Aufrechterhaltung des Status quo, so hält er Bonner Politikern vor, kann das Ziel deutschlandpolitischer Konzeptionen sein, sondern dessen Überwindung. Da sich seine Kritik an die Regierung genauso wendet wie an die *Opposition, die ihm* beide die „gesamtdeutsche Dimension" vermissen lassen, hat er in Bonn nicht gerade viele Freunde.

Spätestens seit seiner großen Wallenstein-Biographie (1969) und seit seiner der damaligen „neuen Deutschlandpolitik" gewidmeten Schrift „Die Anerkennung" (1970) ergibt sich für die Arbeit des Historikers Diwald, daß sein Erforschen und Erzählen deutscher, mitteleuropäischer Geschichte der Kategorie des Nationalen gewidmet ist – gegen die in Ost und West vorherrschenden Tendenzen teilstaatlicher Beschränktheit.

Ob 1975 in seinem „Anspruch auf Mündigkeit" oder drei Jahre später in seiner „Geschichte der Deutschen" oder 1982 in seiner Biographie Martin Luthers, den er als „deutschen Revolutionär" lebendig werden läßt – immer spürt man, daß dieser außergewöhnliche Professor für Mittlere und Neuere Geschichte von seinem Generalthema gepackt und durchdrungen ist: Deutschland und die Deutschen sind es, die das dsiziplinierte Werk dieses mutigen Historikers vorwärtstreiben.

Kritik an seiner Arbeit scheut er nicht. Aber das Ausmaß des Hasses, das ihm von Hofhistorikern und publizistischen Nutznießern der deutschen Teilung schon entgegengeschlagen ist, trifft ihn tief. Daß er sich eines Schwalls von Schlag-tot-Wörtern und Verdächtigungen gerade wegen seines auf ganz Deutschland gerichteten Denkens erwehren muß, erscheint ihm als Ausdruck weit fortgeschrittenen nationalen Verfalls.

Aber gegen alle Anfeindungen hält Diwald daran fest: „Der Tatbestand, daß in unserer Verfassung die Pflicht beschworen wird, Deutschland staatlich zu restituieren – dieses Bekenntnis zum alten Deutschland wiegt schwerer und besitzt mehr Würde als ein unbetroffenes Anpassen an die augenblickliche Lage unter Berufung auf einen Wirklichkeitssinn, der allen möglichen Interessen dient und dienen kann, tatsächlichen und vermeintlichen – aber nur höchst bedingt den Interessen aller Deutschen."

Daß beständiger Mut dazu gehört, dieses nationale Anliegen der Deutschen in Deutschland gegen jede wendige Anpassung zu vertreten, ist für Diwald ebenso richtig wie die Mahnung an die andere Adresse: „Wer denn über unsere tausendjährige Geschichte den Stab brechen und sich auf Dauer in den Teilstaaten wesentlich einrichten will, der muß dann auch den Mut besitzen, alle Begriffe von deutschem Volk und Selbstbestimmungsrecht für gegenstandslos zu erklären."

GÜNTHER DESCHNER



Ursula von Krosigk

Selbst Computer-Sprache lernt man leicht mit Späßen von Karl Valentin

So mögen die Töchter der „Pilgrim Fathers" aus Amerika früher Geschichte gewirkt haben: risikobereit, mutig, nachdenklich. Ursula von Krosigk, eine echte Rheintochter aus der Nähe von Köln, schwimmt auf der Gründerwelle Berlins.

110 Jahre nach dem preußischen Aufbruch der Borsigs und Siemens' steht der Jung-Unternehmerin eine neue Unternehmungslust im Gesicht geschrieben. Auf Frauen wie ihr, emanzipiert ohne Feminismus als Kult, gründet sich Berlins Optimismus. Ein Jugend-Stil eigener Art – oder die Kunst, sich selbst zu wagen . . .

Mit 29 hat man noch Träume. Die junge Sprachwissenschaftlerin, die über ihrem Herzen für die Computer nicht den Verstand verloren hat, besitzt gemeinsam mit einer Freundin eine der jünsten Firmen Berlins: Tech-Writers. „Wir schreiben Handbücher über den Umgang mit Computern und mit ihren Programmen. Mit Pfiff, denke ich, und auf eine Art, daß auch Laien, die den Computer scheuen, ihren Spaß haben." Ulla von Krosigk, altmärkischer Landadel, bringt ihr technisches Know-how ins Geschäft ein, ihre Partnerin Silke Becker, früher bei „Brigitte", die Schreibe.

Die beiden Damen schaffen im BIG. Das Kürzel sagt, auf berlinische Weise, schon alles – „Berliner Innovations- und Gründerzentrum". Ein Technologie-Park hinter dem Backsteingemäuer einer preußischen Fabrik hoch oben im Berliner Norden, am Wedding. „Als wir im BIG anfingen, waren wir 13 Gründer und eine Gründerin." Vor gut einem Jahr startete das Unternehmen in diesem Quartier der geistreichen Wagemutigen, das sich von Flensburg bis Konstanz unterdessen jede Stadt zulegen möchte, die auf sich hält.

Von Codes, Chiffren und ähnlichen Menetekeln der Elektronik hielt die Tochter aus gutbürgerlichem Hause zunächst nichts. Sie begab sich, wie die Nachfahren der Sechzigergeneration, erst einmal in den Elfenbeinturm der Geisteswissenschaft: „So überheblich gegenüber Naturwissenschaften und Technologie, wie die meisten Leute in Europa und Deutschland ja noch heute sind."

Also, nach „Abi" und Freiburg-Studienzeiten up, up and away in die Neue Welt. „Ich war auf der staatlichen Massachussetts-Universität." Die *Studentin aus Europa* bildete sich zur Amerikanistin aus, gab Englisch-Kurse für die unteren Semester.

Ein junger Mann, dessen Herz sie mit dessen Computer-Liebe teilen mußte, geriet zum Schlüsselerlebnis: „Ich bin fast eifersüchtig auf diese Dinger geworden und habe mich dann ernsthaft damit befaßt." Ein „Computerkurs für Geisteswissenschaftler", in Amerika gang und gäbe, öffnete ihr das Tor zur bestimmenden Technik unseres Jahrhunderts. „Dabei habe ich Mathe und Physik auf der Schule gehaßt . . ." Bleiben oder nicht bleiben, lautete bald die Frage: Anfang 1983 kam die spätere „Tech-*Sister" aus privaten Gründen nach* Berlin: „Gerade zu der Zeit, als hier in der Stadt die antiamerikanische Grundströmung mit Anti-Reagan-Demos besonders stark war."

Der Schritt in die unternehmerische Freiheit, die zugleich ihr Risiko ist, gelang mit familiärer Hilfe: „Mein Vater gab 4000 Mark als Darlehen, der Vater meiner Freundin ebenfalls 4000 – unser Startkapital." Alles andere haben die Damen im Köpfchen: Sie bringen Computer-Handbücher „so spannend wie Krimis oder Videospiele" zu Papier. Sie illustrieren ihre Texte mit Karikaturen oder Zitaten von Karl Valentin („Jaaa! Des is!"), Christian Morgenstern („Zwei Trichter wandeln durch die Nacht . . ."), Tucholsky oder Erich Kästner. Das Vergnügen des Verstandes wird zum Gaudium.

Und dann ist da noch die andere Seite der *Urenkelin* der *Berliner* Gründerväter: Sie schreibt Poesie. Sehr persönliche Verse, ruhig und gemessen. Im Selbstverlag, und eine Zeile klingt wie Selbstbiografie: „. . . dem mädchen, das alles immer anders machte, und die nun älter ist und weiter alles anders macht / nämlich genau das, was sie will."

*Und es gibt noch Felix, den Glück*lichen: den Knaben von vier Monaten, mit dem schon Bundespräsident von Weizsäcker großväterlich schäkert, als Mutter Gründerin auf einer Technologie-Messe ausstellte.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

Elisabeth Motschmann

Die eigene Kirchenleitung reizt die Pastorenfrau zum Widerspruch

Ist Elisabeth Motschmann eine mutige Frau? Beim Gespräch in der Pfarrwohnung in Itzehoe zwischen Hamburg und Husum antwortet die 32jährige dreifache Mutter ohne lange Überlegung: „Ich bin nicht besonders mutig. Es ist doch selbstverständlich, sich in der Öffentlichkeit auch mal *kritisch zu* äußern, ohne die große Gleichmacherei. Dort, wo Fehlentwicklungen sichtbar werden, muß man sie im Interesse unserer Gesellschaft ansprechen. Ich gehöre zu jener Generation, die schon kritisch erzogen wurde, und ich sehe es als Verpflichtung, nicht zu allem und jedem zu schweigen."

Dies hat sich die Pfarrersfrau zum Prinzip gemacht. Zwei Bereiche sind es, die Elisabeth Motschmann immer wieder öffentlich Partei ergreifen lassen: Fehlentwicklungen in der Evangelischen Kirche, die sie *durch die* Arbeit ihres Mannes als Pastor an der Stadtkirche von Itzehoe besser als viele andere kennt sowie die Stellung der *Frau in Beruf,* öffentlichem Leben (einschließlich der Parteien) und Familie. Grundsätzlich ist sie trotz vieler Anfeindungen nicht bereit, all *das widerspruchslos* zu akzeptieren, was gemeinhin mit dem nichtssagenden Modewort Zeitgeist umschrieben wird.

Diese Überzeugung, die sie ohne blaustrümpfiges Eifern vertritt, verschaffte ihr bereits vor gut zwei Jahren öffentliches Aufsehen und überwältigende Zustimmung. Elisabeth Motschmann legte in der Fernsehdiskussion „Arena" die hohle Phraseologie zum Thema „Die neuen Nackten" bloß, ließ sich durch ein vulgäres Happening im Fernsehstudio nicht provozieren, sondern behauptete sich tapfer, indem sie Werte wie Menschlichkeit, Anstand, Geschmack gegen grenzenlose Freizügigkeit und schamlose Zurschaustellung setzte.

Mit der gleichen ruhigen, aber bestimmten Art, die ihr damals eine ungeahnte Sympathiewelle aus allen Schichten der Bevölkerung bescherte, geht Elisabeth Motschmann auch heute gegen Entwicklungen an, in denen sie eine Gefahr für die menschliche Gemeinschaft sieht.

Seit sie zum Beispiel ihre Erfahrungen bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg Anfang Oktober zum Thema „Feministische Theologie" immer wieder öffentlich diskutierte, hat sie ein erschreckendes Maß an Intoleranz innerhalb ihrer eigenen Kirche kennengelernt.

Zugleich setzte aber auch eine neue Flut von Briefen aus allen Teilen des Landes ein. Theologen wie Laien stellen sich *auf die Seite von* Elisabeth Motschmann, sehen wie sie große Gefahren für die Evangelische Kirche, wenn die „Feministische Theologie" mit ihren extremen Positionen gegen eine vermeintliche Männerkirche, gegen Gottvater, Sohn und Heiliger Geist weiter an Boden gewinnt.

Öffentlich wie intern haben Pastor Jens Motschmann und seine Frau Elisabeth auf diese Fehlentwicklungen hingewiesen, haben aufgezeigt, wie Schrifttum und Handlungen von militanten Verfechterinnen „Feministischer Theologie" über Okkultismus und heidnisches Brauchtum hin zur Lobpreisung linksextremer politischer Strömungen führen.

Vehement beklagt Elisabeth Motschmann, daß die Kirchenleitung diese ernsten Gefahren offensichtlich verkennt. Im Bestreben, diese radikalen Kräfte doch noch integrieren zu können, habe es die Kirchenleitung bisher in ihren Reaktionen an der notwendigen Klarheit fehlen lassen. „Die Kirche hat die Dinge sicher erkannt, aber sie hat nicht die Kraft, in der Öffentlichkeit deutlich dagegen zu sprechen." So müßte nach Elisabeth und Jens Motschmanns Auffassung bei der Besetzung von Pfarrerstellen darauf geachtet werden, ob die weiblichen Kandidaten dieser feministischen Linie anhaften.

Da aus ihrer Sicht Versäumnisse der Kirchenleitung offenkundig sind, wird Elisabeth Motschmann nicht müde, allen Anfeindungen zum Trotz Widerspruch zu formulieren. Das erfordert neben Mut und Standhaftigkeit auch viele Kraftanstrengungen. Ihr Erfolg im politischen Wirken der schleswig-holsteinischen CDU und die Freude an ihrer Familie geben ihr immer wieder neuen Auftrieb; die breite Zustimmung ist ihr Rechtfertigung und Beweis für den richtigen Weg.

DIETHART GOOS

Die Toten des Jahres

Klaus Mehnert (77), Publizist und Politologe, stirbt am 4. Januar in Freudenstadt.

Wolfgang Staudte (77), Regisseur („Der Untertan", „Rosen für den Staatsanwalt"), am 12. Januar in Jugoslawien.

Manès Sperber (78), Schriftsteller und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1983, am 5. Februar in Paris.

Jurij W. Andropow (69), nach *dem Tod Breschnews Generalse*kretär der KPdSU, ab Juni 1983 sowjetisches Staatsoberhaupt, am 9. Februar in Moskau.

Anna Anderson (82), angeblich jüngste Tochter des Zaren Nikolaus II. (Anastasia), am 12. Februar in Charlottesville.

Michail Scholochow (78), sowjetischer Schriftsteller und Nobelpreisträger 1965 („Der stille Don"), am 20. Februar in Wjoschenskaja am Don.

Helmut Schelsky (71), Soziologe, am 24. Februar in Münster.

Uwe Johnson (49), deutscher Schriftsteller („Jahrestage"), am 24. Februar in Sheerness/England.

Martin Niemöller (92), evangelischer Geistlicher, 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche Hessen und Nassau, am 6. März in Wiesbaden.

Karl Rahner (80), katholischer Theologe und Religionsphilosoph, am 30. März in Innsbruck.

Herbert Fleischmann (59), deutscher Schauspieler, am 5. April in Ascona.

William „Count" Basie (79), amerikanischer Jazzpianist und Bandleader, am 26. April in Hollywood.

Toni Turek (65), Torwart der Fußballweltmeister-Mannschaft von 1954, am 11. Mai in Neuss.

Enrico Berlinguer (62), seit 1972 Generalsekretär der italienischen kommunistischen Partei, am 11. Juni in Padua.

Siegfried Balke (82), 1954–1956 Postminister, 1956–1962 Atomminister, am 11. Juni in München.

Marianne Strauß (54), Ehefrau des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, stirbt am 22. Juni bei einem Autounfall.

James Mason (75), britischer Schauspieler („Lolita"), stirbt am 26. Juli in Lausanne.

Richard Burton (57), britischer Schauspieler („Wer hat Angst vor Virginia Woolfe?", „Der Spion, der aus der Kälte kam"), am 5. August in Genf.

Rudolf Hagelstange (72), deutscher Schriftsteller („Spielball der Götter"), am 5. August in Hanau.

Heinrich Reclam (73), deutscher Verleger, am 11. August in Stuttgart.

Tigran W. Petrosjan (55), 1963–1969 Schachweltmeister, am 14. August in Moskau.

John B. Priestley (89), britischer Schriftsteller („Ein Inspektor kommt") am 14. August in Stratford-on-Avon.

Pierre Gemayel (78), Gründer der libanesischen Kataeb (Falange) Partei, am 29. August in Bikfaiya.

François Truffaut (52), französischer Regisseur und Schauspieler („Jules und Jim", „Eine amerikanische Nacht"), am 23. Oktober in Paris.

Oscar Fritz Schuh (80), Opern- und Theaterregisseur, 1963–1968 Intendant des Deutschen Schauspielhauses Hamburg, stirbt am 23. Oktober in Großgmain/Salzburg.

Oscar Werner (61), Schauspieler („Jules und Jim", „Fahrenheit 451"), am 23. Oktober in Marburg.

Josef Augstein (75), Rechtsanwalt, am 23. Oktober in Hannover.

Jerzey Popieluszko (37), polnischer Priester und Anhänger der *Gewerkschaft „Solidarität", wird* am 30. Oktober in einem Stausee bei Wloclawek ermordet aufgefunden.

Indira Gandhi (66), 1966–1977 und ab 1980 indische Ministerpräsidentin, wird am 31. Oktober von einem ihrer Leibwächter ermordet.

„Baby Fae" stirbt 21 Tage nach der Verpflanzung eines Pavianherzens am 16. November.

Matthias Walden (57), Journalist und Mitherausgeber der WELT, stirbt am 17. November in Berlin.

Paul Dahlke (80), deutscher Schauspieler („Romanze in Moll", „MS Franziska"), am 24. November in Salzburg.

Albert Vietor (62), 1963–1982 Vorstandsvorsitzender des Konzerns „Neue Heimat", am 26. November in Lugano.

Hans Speidel (87), deutscher General, maßgeblich beteiligt am Aufbau der Bundeswehr, am 28. November in Bad Honnef.

Hubertus Prinz zu Löwenstein (78), Historiker und Publizist („Deutsche Geschichte", „Seneca", „Kaiser ohne Purpur"), am 28. November in Bonn.

Rudolf Platte (80), deutscher Schauspieler („Charley's Tante", „Die Zürcher Verlobung"), am 18. Dezember in Berlin.

Dimitrij Ustinow (76), sowjetischer Verteidigungsminister und Marschall, am 21. Dezember in Moskau.

JANUAR



„Die Realitäten richten sich nicht immer nach den Prognosen."

Dr. Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister.

FEBRUAR



„Die Bundesrepublik ist augenblicklich dabei, von einer gesunden Sensibilisierung in Sachen „Umwelt" in eine krankhafte Umwelt-Hysterie abzugleiten oder abgedrängt zu werden. Man muß fragen, ob diese gezielte, semantische Umweltverschmutzung für den Zustand der Gesellschaft nicht längst das weitaus gefährlichere Übel geworden ist."

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der Veba AG, Düsseldorf.

Trotz des langwierigen Streiks für die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie und bei den Druckern – dem stärksten Hemmschuh für ein erfolgreiches Jahr in der deutschen Wirtschaft – setzte sich der Aufschwung 1984 mit einem Wachstum von 2,5 Prozent weiter fort. Starke Antriebskräfte kamen dafür aus den Vereinigten Staaten, wo die Konjunktur regelrecht explodierte. Darüberhinaus begünstigte der starke Dollar die Exportgeschäfte wichtiger deutscher Branchen.

Der Boom in den USA brachte den Aufschwung auch nach Europa

Streikfolgen schnell überwunden – Wachstum erreicht noch 2,5 Prozent

Für die Wirtschaft begann das *Jahr 1984 vielversprechend.* Die Konjunkturindikatoren zeigten steil nach oben. Zehn Prozent mehr Bestellungen im Januar und Februar als 1983 ließen im verarbeitenden Gewerbe kühne Hoffnungen keimen. Doch während sich die Tarifauseinandersetzungen im Frühjahr zuspitzten, begann der Konjunkturmotor zu stottern. Der Optimismus wich schnell einer allgemeinen Unsicherheit. Die langen Streiks in der Metall- und in der Druckindustrie brachten dann den Einbruch: Für die Autohersteller beispielsweise fiel eine Monatsproduktion aus, 360 000 Personenwagen und Nutzfahrzeuge. Neun Mrd. DM fehlten ihnen und ihren Zulieferern in der Kasse.

Einbußen, die im Verlauf des Jahres fast *vollständig* wieder wettgemacht wurden. Die erfolgreiche Aufholjagd spiegelt sich auch in den gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen *wider: Das reale Bruttosozialprodukt* stieg im dritten Quartal gegenüber dem zweiten um 2,5 Prozent und lag damit um knapp drei Prozent über dem Produktionsniveau des Vorjahres. Für das ganze Jahr wurde so doch noch ein Wachstum von 2,5 Prozent möglich – nach bescheidenen 1,3 Prozent 1983.

Günstige Prognosen für den Arbeitsmarkt

Und im kommenden Jahr soll es nach der Prognose des Sachverständigenrates *eine weitere Beschleunigung* auf drei Prozent geben. Etwa 250 000 bis 300 000 Personen könnten so im Jahresverlauf zusätzlich eine *Beschäftigung finden, nachdem 1984* kein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit gelungen ist. Ende November waren 2,189 Millionen Menschen – *8,8 Prozent der abhängigen* Erwerbspersonen – als arbeitslos registriert. Seit dem Sommer hat sich die Arbeitsmarktlage leicht entspannt. Besonders erfreulich ist, daß trotz einer Rekordzahl von Lehrstellenbewerbern weniger Jugendliche als im vorigen Winter ohne Stelle sind.

Nachdem der Streit um die Arbeitszeitverkürzung wie nie zuvor die politische Diskussion bestimmte, bekam der Tarifabschluß von allen Seiten gute Noten. Der Grund ist die Besonderheit des Kompromisses, den der ehemalige Bundesminister Georg Leber (SPD) als Schlichter ausgearbeitet hatte und mit dem schließlich der siebenwöchige Metaller-Streik in Nordwürttemberg/ Nordbaden und Hessen sowie der Konflikt im Druckgewerbe beendet wurden. Danach wird die tarifliche Wochenarbeitszeit zum 1. April 1985 von 40 auf 38,5 Stunden gesenkt.

In den Betrieben können jedoch für einzelne oder Gruppen von Arbeitnehmern zwischen 37 und 40 Stunden pro Woche vereinbart werden, sofern die 38,5 Stunden im Durchschnitt des Betriebes nicht überschritten werden. Eine Regelung, die sowohl die Gewerkschaftsforderung nach einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche als auch dem Ziel der Arbeitgeber entgegenkommt. Sie sind daran interessiert, die Arbeitszeit den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen in ihrem Betrieb flexibel anpassen zu können.

Einer vergleichsweise bescheidenen Tariflohnerhöhung um 3,3 Prozent für 1984 wird am 1. April 1985 eine Anhebung um zwei Prozent folgen. Zusammen mit dem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung ergibt sich eine Kostensteigerung von 5,9 Prozent, die die Unternehmen durch flexible Arbeitszeitregelungen jedoch verringern können.

In anderen Branchen, etwa Textil/Bekleidung oder Bau, wurde die *40-Stunden-Woche auch für die nächsten* Jahre festgeschrieben. Dafür handelten die Gewerkschaften den Arbeitgebern eine günstigere Vorruhestandsregelung *als in der Metallindustrie* ab. Insgesamt haben die Personalaufwendungen bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität 1984 nur wenig zugenommen. Die höhere Auslastung der Kapazitäten ließ die Lohnstückkosten sinken. Verbesserte Erträge und Ertragserwartungen schlugen sich in einer spürbar größeren Investitionsbereitschaft nieder.

Die Hoffnung, daß die Investitionen mehr und mehr die Rolle des Konjunkturmotors übernehmen, stützen noch weitere Daten: Der Kapitalmarktzins – gemessen an der Rendite der öffentlichen Anleihen – ist in diesem Jahr um mehr als einen Prozentpunkt auf sieben Prozent zurückgegangen, auch als Reflex auf die Preisberuhigung. Die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung zeigte im August und September nur noch eine *Eins vor dem Komma und* pendelte sich später bei gut zwei Prozent ein.

Die sinkenden Zinsen haben aber nicht verhindert, daß die Bauwirtschaft zum Sorgenkind der Konjunktur wurde. Im Wohnungsbau gab es einen regelrechten Auftragseinbruch, im öffentlichen und im gewerblichen Bau hellte sich das Bild dagegen auf. Eine langjährige Problembranche, die 1984 von der anziehenden Investitionsgüternachfrage profitierte, sorgte für die Unternehmens-Hochzeit des Jahres: Die Konzerne Krupp und Klöckner wollen ihre Stahlaktivitäten zusammenlegen.

Maschinenbau und elektrotechnische Industrie waren die Hauptnutznießer des Exportbooms. Begünstigt durch den starken Dollar entwickelte sich die Ausfuhr mit einem *Plus von acht Prozent zur wichtigsten* Triebkraft der Konjunktur. Allein von August bis Oktober gingen beim verarbeitenden Gewerbe 15 Prozent *mehr Aufträge ein als im Vorjahr.* Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird mit zwölf Milliarden DM voraussichtlich deutlich höher ausfallen als 1983 (10,3 Milliarden DM).

Freundlich war das Konjunkturklima auch im Fernen Osten. Japan verharrte auf seinem Expansionskurs. Bemerkenswert war die Verschiebung von der exportorientierten zur binnenorientierten Konjunktur. Aber der entscheidende Antriebsmotor für die Bundesrepublik, auch für die Europäische Gemeinschaft, war freilich in diesem Jahr der explosionsartige Aufschwung in den Vereinigten Staaten. Schon im ersten Quartal blickte der Handelspartner auf der anderen Seite des Atlantiks auf eine reale Steigerung des Bruttosozialprodukts von 8,3 Prozent. Weitere Aufschwungsmeldungen in den darauffolgenden Monaten nährten sogar die Befürchtung, daß die Konjunktur sich möglicherweise überhitze. Das war allerdings nicht der Fall. Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung hatten ihren Höhepunkt schon Ende des Sommers überschritten.

Im Zuge des kräftigen Wachstums – bei einer vergleichsweise niedrigen Teuerungsrate von vier Prozent – erhöhten sich die US-Importe erheblich, das Handelsbilanzdefizit nahm einen ungeahnten Umfang an. Ebenso weitete sich die Lücke im Etat stetig aus und sorgte für Schlagzeilen. Zum Ende des Jahres werden die beiden Fehlbeträge auf rund 100 Mrd. und 175 Mrd. Dollar geschätzt.

Dieser auf Defiziten aufgebaute Aufschwung hatte für die exportorientierte Bundesrepublik, wie auch für die anderen Industriestaaten und die Entwicklungsländer vor allem einen großen Vorteil: Sie konnten sich vom Importsog der Amerikaner mitreißen lassen.

Frühe Früchte der Stabilitätspolitik

Auch wenn die Aufwärtsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft während des Londoner Gipfels im Juni noch lahmte, so hatten der amerikanische Aufschwung und die allgemein verfolgte Stabilitätspolitik schon erste Früchte getragen: Im Jahresvergleich hatte sich der Index der Industrieproduktion um mehr als drei Prozent verbessert, die Inflationsrate lag nur noch bei 7,5 Prozent; inzwischen ist sie unter die Sieben-Prozent-Marke gerutscht. Ein gutes Wachstum kündigte sich schon an; voraussichtlich wird es sich bei dreieinhalb Prozent bewegen. Besorgniserregend blieb und bleibt der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbstätigen. Im Augenblick liegt er etwa bei elf Prozent.

Eine Reproduktion des insgesamt dennoch freundlichen Konjunkturbildes im nächsten Jahr würde auch den Entwicklungsländern helfen. Nur so besteht *die Chance, daß mehr* Kapital in diese Regionen *fließt,* daß die Rohstoffnachfrage und der Bedarf nach ihren Produkten steigt. *Denn die Bruttoverschuldung in der* Dritten Welt und Osteuropa hat sich in diesem Jahr auf etwa 900 Mrd. Dollar summiert. Daß im Verlauf dieses Jahres erste Regelungen gefunden wurden – vor allem mit den größten lateinamerikanischen Schuldnern Mexiko, Argentinien und Brasilien – kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die langfristigen Umschuldungen die Probleme nur strecken, aber nicht lösen. Bis die Verschuldung wieder im Einklang mit der Schuldendienstfähigkeit der betroffenen Länder steht, wird noch viel Zeit vergehen.

Den Entwicklungsländern wäre sicherlich *geholfen, wenn der europäische* Markt sich ihren Produkten stärker öffnete. Jedoch wird auch das Zeit brauchen; die Gemeinschaft kämpft selbst nach wie vor mit zu *vielen Problemen. Zwar folgte auch* 1984 ein Ministerrat dem anderen. Aber die Zahl der Schwierigkeiten hat sich kaum vermindert. Sicher, daß der Streit um den britischen EG-Beitrag im Juni auf dem Gipfel in Fontainebleau beigelegt wurde, bedeutete einen großen Fortschritt. Auch die Einführung der Milchquoten bewies Einigkeit, kann angesichts der hohen Agrarüberschüsse allerdings nicht mehr als der Tropfen auf einem heißen Stein sein. Der Einstieg in eine grundlegende Reform der Agrarpolitik gelang bisher noch nicht.

Die Beitrittsanträge Portugals und Spaniens, die schon seit 1977 in Brüssel vorliegen, tragen noch immer nicht den Vermerk „erledigt". Zwar wurde die für die Beitrittsgespräche wichtige Frage um die Weinüberschüsse auf dem Gipfel in Dublin geklärt, Fragen zur Fischerei und zu den Übergangsfristen bei Obst und *Gemüse blieben aber weiter unbeant*wortet. Ob eine Ratifizierung zum angekündigten Termin 1. Januar 1986 möglich ist, wird schon bezweifelt.

Dabei ist ein Verhandlungsende dringend geboten, hatte doch Bonn die Anhebung des Mehrwertsteueranteils davon abhängig gemacht, daß *die Erweiterungsverhandlungen* bis Ende 1984 abgeschlossen sind. Bleibt aber die vorgesehene Geldspritze aus, reißt die Lücke im EG-Haushalt bald auf und entwickelt sich zu einem unüberwindbaren Graben.

EG verhandelt weiter über die neuen Beitritte

Aus den Erfahrungen mit den langwierigen Prozeduren, die eine Entscheidungsfindung in der Zehner-Gemeinschaft erfordert, lernte der deutsche Innenminister Zimmermann. Eisern focht er seine Vorstellung durch, daß in der Bundesrepublik schon bald abgasärmere Autos fahren müssen. Im November war es dann soweit: Die Bundesregierung beschloß – unabhängig von der Gemeinschaft, daß Fahrzeuge mit einem Hubraum über zwei Liter ab 1988 und kleinere Autos ab *1989* umweltfreundlich über deutsche Straßen rollen müssen. Die Vorschriften zur Steuerbefreiung werden ab Januar oder Februar 1985 gelten, wenn das Gesetz verkündet worden ist.

Einen Punkt konnte auch Bundesarbeitsminister Blüm zum Ende des Jahres für sich verbuchen: Im Dezember wurde das Krankenhausfinanzierungsgesetz vom Bundestag in Bonn verabschiedet. Wichtigste Rahmenbedingung ist, daß die Krankenhäuser in der Bundesrepublik künftig ihre Ausgaben und Einnahmen im voraus planen müssen, statt wie bisher den Krankenkassen am Jahresende einfach eine Rechnung vorzulegen. Gleichzeitig zieht sich der Bund aus der bisherigen Mischfinanzierung *der Krankenhäuser zurück. Damit* hofft die Bundesregierung, einen maßgeblichen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten.

Viele andere Probleme der Sozialpolitik bleiben freilich offen. So ist die zukünftige Finanzierung der Rentenversicherung ungelöst. So schlagen die Gemeinden Alarm, weil sie die finanziellen Lasten der Sozialhilfe nicht mehr tragen können. Auf Er*folge kann die Bundesregierung* in der Finanzpolitik blicken. Die Neuverschuldung des Bundes wurde auf knapp 30 Milliarden DM herunterge*drückt. Im kommenden Jahr will* Finanzminister Stoltenberg nur 25 Milliarden neue Kredite in Anspruch nehmen. Die Ausgaben sollen 1985 nur um 0,9 Prozent steigen.

Nach schier endlosem Streit um Stufen und Termine schaffte es die Bundesregierung im Dezember, die Steuerreform *auf* den Weg zu bringen. In einer ersten Stufe sollen zum 1. Januar 1986 vorrangig Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindern um insgesamt 11 Milliarden Mark entlastet werden. Dazu werden der Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag erhöht und der Steuertarif abgeflacht. Der zweite Schritt soll dann 1988 eine weitere Tarifkorrektur bei der Lohn- und Einkommensteuer bringen und die Bürger um 9,2 Milliarden *DM* entlasten.

Mit der Einigung auf diese beiden Stufen wurde der koalitionsinterne Streit um einen Ersatz für die Investitionshilfeabgabe beendet, die am Bundesverfassungsgericht gescheitert war. Die CDU hatte ein anderes Opfer der Besserverdienenden verlangt, konnte sich aber mit ihrer Forderung gegen FDP und CSU nicht durchsetzen.

H. STÜWE/K. SÖHLER

MÄRZ

„Der Staat trägt längst Mitverantwortung dafür, wenn immer mehr und mehr versuchen, sich vom Staat zu holen, was ihnen der Markt nicht gibt."

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bonn.

APRIL



„Strukturkrisen treten bei uns nicht nur in bestimmten Branchen auf, sondern gleichzeitig konzentriert auf ganz bestimmte Regionen. Das Süd-Nord-Gefälle in unserem Land ist das eigentliche Kernproblem unserer regionalen Wirtschaftsstruktur."

Helmut Kohl, Bundeskanzler.

MAI



„In unserem rohstoffarmen Land können wir nur mit Hilfe der Technik die Zukunft sichern. Ohne die Technik würden wir mehr als den Wohlstand verlieren; denn auch das System der sozialen Sicherheit bräche zusammen, und Bildung wäre wieder Privileg für wenige."

Dr. Ulf Merbold, Physiker und Astronaut.

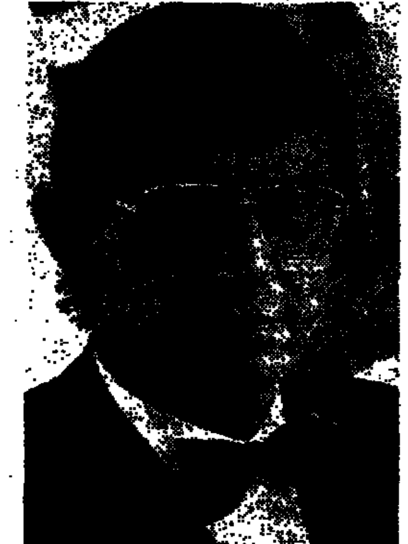
JUNI



„Bei allem Stolz auf das Erreichte bleiben Sorgen um eine vernünftige Perspektive: Der Hüttenvertrag läuft 1988 aus. Hier muß jetzt ernsthaft verhandelt werden. Ein Anschlußvertrag muß her, die Zeit drängt; Gespräche mit den Stahlunternehmern stehen für mich auf der Tagesordnung ganz oben an."

Adolf Schmidt, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.

JULI



„Wir müssen weg von der Mentalität der siebziger Jahre, wonach nur dann etwas erfunden werden darf, wenn der Staat durch einen Scheck seinen Segen *dazu gibt.*"

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie.

AUGUST



„Das Arbeitslosenpr
blem ist eng mit de
der Strukturschwächen d
deutschen Wirtschaft ve
knüpft. Wir haben einfa
noch zu viele Bereiche,
denen Unternehmen oh
staatliche Hilfe nicht l
bensfähig sind und w
Überkapazitäten früh
oder später – und das sp
ter bedeutet ein entspr
chendes Mehr an Subve
tionen – abgebaut werden müssen."

Wilfried Guth, Sprecher des Vorstand
der Deutschen Bank AG.

SEPTEMBER



„Wir können nicht das japanische Modell übernehmen und sollten dies auch gar nicht versuchen. Staat, Wirtschaft und Wissenschaft müssen jedoch im Rahmen unseres marktwirtschaftlichen Systems noch enger zusammenarbeiten – es gibt noch zu viele Berührungsängste."

Dr. Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, München.

OKTOBER

„Kein Land der Welt is
so stark mit der Wel
wirtschaft verflochten wi
die Bundesrepublik. Vor
guten Klang des ‚Made i
Germany' hängen Wachs
tum und Beschäftigung ur
serer gesamten Volkswir
schaft ab. Wir sollten ur
deshalb davor hüten, selbs
das Ende dieses Güteze
chens der deutsche
Industrie herbeizureden."

Prof. Dr. Werner Breitschwerdt, Vo
standsvorsitzender der Daimler-Ber
AG, Stuttgart.

NOVEMBER



„Auf der einen Seite will man wieder Bäche haben mit sauberem Wasser wie im Mittelalter und dazu riesengroße Wälder mit vielen Tieren, auf der anderen Seite aber auch moderne Krankenhäuser und ein lückenloses System der sozialen Absicherung. Der Glaube, beides miteinander vereinbaren zu können, ist ein Irrglaube."

Martin Bangemann (FDP), Bundeswirtschaftsminister.

DEZEMBER



„Die primäre Aufgabe des Unternehmers *in* unserer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es, den permanenten wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel zu bewältigen. Das muß auch künftig die Regel bleiben. Staatliche Hilfe darf allenfalls Hilfe zur Selbsthilfe sein."

Prof. Dr. Rolf Rodenstock, Präsiden
des Bundesverbandes der Deutsche
Industrie (BDI), Köln.

Sharon kann mit Sieg „zweiter Klasse" rechnen

Endet Prozeß gegen das „Time"-Magazin mit Vergleich?

FRITZ WIRTH, Washington

Der Prozeß des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon gegen das US-Nachrichtenmagazin „Time" erreicht sein entscheidendes Stadium. Das Gericht tritt nach zehntägiger Prozeßpause am Mittwoch wieder zusammen.

Es war ein eigenartiger Prozeß. Er begann vor sechs Wochen, und in dieser Zeit gehörte die Bühne ausschließlich Sharon und seinen Anwälten. Als nach 13 Zeugenverhören durch die Ankläger die Reihe an „Time" war, eigene Zeugen vorzuführen, überraschten die Anwälte des Blattes mit der Entscheidung, daß sie darauf verzichten und die Beweisführung als beendet betrachten. „Time"-Anwalt Paul Saunders wollte diesen Verzicht als Ausdruck seiner Siegeszuversicht verstanden wissen. Die verblüfften Anwälte Sharons schossen zurück: „Es zeigt, auf welch schwachen Füßen ihr Fall steht."

Über diesem Gerangel hinweg halten *sich hartnäckig die Gerüchte, daß* ein Vergleich in der Luft liege. Danach wolle sich „Time" bereit erklären, *eine Entschuldigung zu drucken* und Sharons Prozeßkosten zu übernehmen, die auf über eine Million Mark geschätzt werden.

Der New Yorker Prozeß war durch eine Titelgeschichte von „Time" im Februar 1983 ausgelöst worden, in der das Blatt behauptete, Sharon habe unmittelbar nach der Ermordung des neugewählten libanesischen Präsidenten Beshir Gemayel bei einem Beileidsbesuch bei dessen Familie über Vergeltungsmaßnahmen der Falangisten diskutiert. Einen Tag nach dieser angeblichen Diskussion kam es zu einem Massaker in Beiruter Flüchtlingslagern, bei dem über 700 Palästinenser *getötet wurden*.

Sharon bestreitet, daß es einen Zusammenhang zwischen seinem Beileidsbesuch und dem Massaker gegeben habe und daß er mit der Familie Gemayels zu keinem Zeitpunkt über Vergeltungsmaßnahmen gesprochen habe. Der Fall sei durch „Time" noch dadurch verschlimmert worden, daß die Zeitschrift behauptete, daß diese angebliche Vergeltungsdiskussion Sharons im offiziellen Untersuchungsbericht der israelischen Regierung zitiert worden sei. Sharon *verklagte das Blatt wegen Verleumdung zu 50 Millionen Dollar Schadensersatz.*

Tatsächlich sah es für „Time" in den ersten sechs Prozeßwochen nicht gut aus. Das Magazin nahm Schaden an seiner journalistischen Reputation, als ihr *israelischer Korrespondent David Halevy*, von dem die umstrittenen Informationen über Sharon stammen, *im Zeugenverhör zugeben* mußte, daß seine Informationen nicht aus sicheren Quellen stammen. Außerdem *wurde bekannt, daß die Information Halevys* in der „Time"-Redaktion verschärft wurde. Während *Halevy an die Redaktion berichtet* hatte, daß Sharon den Gemayels „das Gefühl" gegeben hatte, daß er die *Notwendigkeit zur Vergeltung* verstehe, machte die „Time"-Redaktion daraus die Version, daß er mit den *Gemayels über Vergeltung „diskutiert"* habe.

Außerdem gelang es den Sharon-Anwälten, Zweifel an der journalistischen Zuverlässigkeit Halevys zu wecken. Der direkte „Time"-Vorgesetzte Halevys, Richard L. Duncan, mußte zugeben, daß er Halevy bereits im Jahre 1978 einmal auffordern mußte, sich aus der aktiven Politik in Israel herauszuhalten. Es wurde bekannt, daß Halevy 1976 im Wahlkampf aktiv an der Kampagne von Shimon Peres beteiligt war, einem politischen Rivalen Sharons. Führende „Time"-Leute gaben sich deshalb alle Mühe, die Reputation ihres Mannes in Israel wiederherzustellen.

„Time" hat sich inzwischen bereit erklärt, den umstrittenen Artikel zu widerrufen oder zu korrigieren, wenn aus dem Untersuchungsbericht der israelischen Regierung hervorgehe, *daß der „Time"-Artikel in bestimmten* Schlüsselpassagen unzutreffend sei. Das aber dürfte kaum geschehen, da die *israelische Regierung* bisher keine Neigung zeigte, diese Geheimdokumente zur Einsicht freizugeben.

Das Beste, was Sharon erwarten kann, ist, daß er als ein Sieger zweiter Klasse aus diesem Prozeß hervorgeht. Ihn an allen Fronten zu gewinnen ist dagegen fast unmöglich. Denn Sharons Anwälte müßten dazu nicht nur beweisen, daß der „Time"-Artikel falsch war, sondern daß „Time" diesen Bericht absichtlich, wider besseres Wissen und ungeachtet des Wahrheitsgehaltes in verleumderischer *Absicht gedruckt habe.*

Neuer Kurs im Golfkrieg: Die Saudis stocken heimlich die Finanzen des Todfeindes Iran auf

Von HARALD VOCKE

Um Saudi-Arabien ist es erstaunlich ruhig geworden. Noch immer aber berichten die Boulevard-Blätter über die Tollheiten des steinreichen Kaufmanns Adnan Kashoggi. Die Extravaganzen dieses Saudi werden mit Zustimmung, ja geradezu auf Wunsch der saudiarabischen Königsfamilie in westliche Zeitungen und Magazine lanciert.

Die Saudiaraber wissen, daß westliche Neugier von einer Ölmonarchie Klatschgeschichten erwartet. So läßt man Kashoggi mit seiner Luxusjacht und seinen Kaviarbanketten gewähren. Aus dem Treiben dieses Geschäftsmanns, der den größten Teil des Jahres im Westen verbringt, läßt sich auf die innere Lage Arabiens nicht der leiseste Rückschluß gewinnen.

Doch im Herbst hat Saudi-Arabien in seiner Außenpolitik eine Kurskorrektur vorgenommen, die sowohl für den Stil des Hauses Saud wie für die Lage am Persischen Golf aufschlußreich ist: Die Saudis haben ihrem bisherigen Todfeind, der Islamischen Republik Iran, in aller Stille eine nicht unbeträchtliche Finanzhilfe zukommen lassen.

Bisher galt Saudi-Arabien im Golfkrieg als Parteigänger der Arabischen Republik Irak. Von der persischen Diktatur der Mullahs, die mit einer „islamischen Revolution" die Pahlewi-Dynastie gestürzt hatte, fühlten sich alle Monarchien der Halbinsel Arabien bedroht. Ein persischer Sieg über Irak hätte für die Ölmonarchien innenpolitisch bedrohliche Folgen gehabt.

Jetzt aber glaubt man im Orient, daß nicht Irak, sondern eher den Persern *in dem zermürbenden Krieg* die Luft ausgehen könnte. Jedenfalls hatte das saudische Königshaus einen *solchen Eindruck gewonnen, als es* sich zu einem stillschweigenden Wechsel der Allianzen und zur Fi*nanzhilfe für die Mullahs entschloß.*

Vermittelte Syrien?

Syrien könnte bei dieser Transaktion der Vermittler gewesen sein. Denn die Beziehungen zwischen Damaskus und Teheran sind eng. Syrien war im vergangenen Sommer das einzige Land, in das persische Staatsbürger zu einem Urlaub reisen konnten, ohne sich peinlicher Kontrollen unterziehen zu müssen

In den kleinen arabischen Scheichtümern am Persischen Golf wurde die unerwartete Hilfe Saudi-Arabiens für den von Ayatollah Khomeini gegründeten Staat mit Verdruß registriert. Denn für die Herrscher arabischer Kleinstaaten am Golf wie Dubai oder Abu Dhabi, in deren Machtbereich eine von Teheran aus leicht beeinflußbare persische Minderheit lebt, ist nach wie vor Iran der gefährlichste Feind.

Vorläufig ist die Annäherung zwischen Riad und Teheran nur eine Angelegenheit der Geheimdiplomatie. Das Haus Saud kann nicht daran interessiert sein, daß es zwischen Saudi-Arabien und Irak zu einem förmlichen Bruch kommt. Aber die Saudi*araber sind* besorgt über *die* rücksichtslose Härte, mit der die Iraker den Golfkrieg auf zivile Öltanker aus*gedehnt haben, die, mit persischem* Rohöl beladen, die Golfregion zu verlassen versuchten.

Der Wechsel der politischen Bundesgenossen mitten im Krieg ist für die saudiarabische Mentalität keine ungewöhnliche Sache. Im Jemen-Krieg war seit 1962 die Dynastie der Sauds durch ein ägyptisches Expeditionskorps bedroht, das in Nordjemen (dem ehemaligen Königreich Jemen) eine von Nasser angezettelte Revolution unterstützte.

Nasser wollte von Jemen aus mit seiner pro-sowjetischen Revolutionsideologie in die Oasenstädte Innerarabiens vordringen und die saudiarabischen Ölfelder dem ägyptischen Einflußbereich einverleiben.

Den Ägypter gebremst

Der kühne Plan des Ägypters wäre beinahe gelungen. Die saudiarabische Monarchie hat 1963 und 1964 Zeiten bedenklicher Schwäche durchlebt. Nur Stammeskrieger der nordjemenitischen Bergstämme, die von den Saudis Geld und Waffen erhielten, brachten den Vorstoß ägyptischer Panzertruppen auf die Oasenstädte Saudi-Arabiens zum Stillstand.

Fünf Jahre lang waren die führenden Prinzen des Hauses Saud Geldgeber und Waffenlieferanten der nordjemenitischen Stammesarmeen. Doch *der ägyptisch-israelische* Sechstagekrieg vom Juni 1967 schwächte die Streitkräfte Ägyptens so sehr, daß *Nasser seine Truppen in Südarabien* aus der nordjemenitischen Landeshauptstadt Sana abziehen ließ. Die von *den Prinzen der jemenitischen* Königsfamilie geführten Stammeskrieger bereiteten sich bereits vor, im *Sturmangriff ihre alte Hauptstadt* zurückzuerobern. In diesem Augenblick stellte das Haus Saud alle Hilfs*zahlungen und Waffenlieferungen* für die jemenitischen Stammesarmeen ein. Die Offensive der Bergstämme brach *daraufhin* kläglich zusammen.

Ein unabhängiger islamischer Staat in Nordjemen unter Führung der jemenitischen Königsfamilie schien König Faisal ein größeres Übel zu sein als eine gedemütigte republikanische Regierung in Jemen, die von ständiger Finanzhilfe Saudi-Arabiens abhängig wäre.

Der gegenwärtige Anschein der Ruhe in Saudi-Arabien sollte nicht zu dem Fehlschluß verleiten, als sei das Königreich ein innerlich gefestigter Staat. Tag für Tag wächst die Erbitterung der inneren islamischen Opposition über den maßlosen Luxus der königlichen Familie. Auch marxistische pro-sowjetische Kräfte warten im Untergrund auf ihre Stunde. Von dem mit Moskau verbündeten Südjemen aus werden sie mit Waffen und Informationen versorgt. Von alledem hört man wenig im Westen.

Vogels Mandat in Prag ist nicht unbegrenzt

dpa, Prag/Hamburg

Jeder einzelne Fall der 58 „DDR"-*Flüchtlinge* in der Prager Botschaft wird jetzt offenbar individuell behandelt. Der Ostberliner Rechtsanwalt *Wolfgang* Vogel führte zum Wochenende erneut ein langes Telefongespräch mit dem Bonner Botschafter in Prag, *Klaus* Meyer, bei dem Möglichkeiten zur Lösung der Probleme der einzelnen Flüchtlinge erörtert wurden.

Vogel gab dabei zu verstehen, daß sein Mandat zur Regelung der Fragen *zeitlich nicht unbegrenzt* sei und daß die Anliegen der Flüchtlinge erst nach deren Rückkehr in die „DDR" geregelt werden könnten. So geht es um Fragen der Nachschulung für die schulpflichtigen Kinder in der Botschaft, *die fast ein halbes* Schuljahr verloren haben, um Wohnungsprobleme jener Flüchtlinge, die vor der *Ausreise nach Prag ihre Wohnungen* aufgegeben haben, und um Arbeitsstellen bei einer Rückkehr. Auch einige Probleme, *die* sich aus dem „DDR"-Strafrecht ergeben, sollen geklärt werden.

Nach Angaben der *ARD*-Tagesschau sagte Anwalt Vogel: „Wer sich maßvoll arrangiert und daheim in die Reihe der Wartenden anstellt, hat keine schlechte Prognose." Er betonte, alle Zusicherungen der „DDR" würden auf Punkt und Komma eingehalten.

Von informierter Stelle in Prag hieß es, die Front der Flüchtlinge bröckele allmählich ab. Am Freitag hatten rund 40 „DDR"-Bewohner ihren am 14. Dezember begonnenen Hungerstreik beendet. Beobachter rechnen aber damit, daß fast alle 58 Flüchtlinge Silvester in der Botschaft verbringen werden. Von der Botschaft wurden Vorkehrungen getroffen, daß es keine Schwierigkeiten mit dem Alkohol gibt.

Die zu Beginn diesen Jahres geflüchtete Nichte von „DDR"-Regierungschef Stoph, Ingrid Berg, hat an die *Flüchtlinge* appelliert, in die „DDR" zurückzukehren. In einem offenen Brief, den „Bild am Sonntag" veröffentlichte, schreibt Frau Berg, auch sie habe nach ihrer Flucht in die Bonner Botschaft in Prag schließlich keinen anderen Weg gesehen. Sie gab den Flüchtlingen den Rat, in ihre Wohnorte zurückzukehren und dort Ausreiseanträge zu stellen. „Unser Weg in die Bundesrepublik kann Ihnen dabei vielleicht Mut machen".

Mehr Freiheit für Chinas Literaten

AP, Peking

Die chinesischen Schriftsteller sollen künftig die Freiheit haben, ihr Material, die Themen und die künstlerischen Methoden frei zu wählen und ihre persönlichen Gefühle und Gedanken auszudrücken, damit sie große Kunstwerke schaffen. Dies erklärte der führende Parteifunktionär Hu Qili vor den 800 Teilnehmern eines Schriftstellerkongresses in Peking. Die Funktionäre, so Hu, hätten sich in der Vergangenheit zu sehr eingemischt, obwohl sie den Beruf des Schriftstellers gar nicht richtig begriffen hätten. Wie in Peking verlautete, inspirierte Parteichef Hu Yaobang diese Lockerung.

Kardinal Sin reist wieder nach China

KNA, Manila

Der Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, hat angekündigt, er werde im Mai zur Teilnahme an den Feiern der Wiedereröffnung der Basilika „Unsere Liebe Frau von Zose" nach Shanghai reisen. Die Basilika war während der Kulturrevolution (1966–1976) völlig zerstört worden, wurde aber mit staatlicher Unterstützung inzwischen wieder restauriert.

Sin folgt einer Einladung der Vereinigung Patriotischer Katholiken Chinas, von der die Autorität des Papstes nicht anerkannt wird. Sin hatte die Volksrepublik China zuletzt im Oktober/November 1984 besucht.

Patentkonvention: Peking tritt bei

rtr, Peking

Die Volksrepublik China will im kommenden März der Internationalen Patentkonvention beitreten. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua hat Botschafter Li Luye bei der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) in Genf die Beitrittserklärung eingereicht. Diese Unterorganisation der UNO überwacht die Einhaltung der Konvention, die Erfindungen, Warenzeichen, Handelsmarken und Firmennamen schützt. Peking hatte bisher Patente nicht beachtet und damit ausländische Investitionen abgeschreckt. Inzwischen verabschiedete China ein eigenes Patentgesetz.

15 000 Jugendliche beteten in Köln

KNA, Köln

Im Kölner Dom haben sich am Wochenende mehr als 15 000 Jugendliche mit führenden Vertretern der evangelischen, der katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland zu einer ökumenischen Gebetsstunde um Versöhnung und Frieden zusammengefunden. Der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner zitierte dabei die in Auschwitz ermordete Kölner Ordensfrau Edith Stein: „Ihr sollt sein wie ein Fenster, durch das Gottes Güte in die Welt hineinleuchten will." Papst Johannes Paul II. rief in einer Grußbotschaft dazu auf, das Vertrauen zwischen den Völkern zu vertiefen.

هكذا من الاصل

Die Anerkennung der Tiere als Mitlebewesen

Serie Tierversuche (III): Die Genehmigungsunterlagen sind häufig lückenhaft / Unzureichende Versuchsplanung?

Die Diskussion um die Tierversuche entbehrt leider häufig der sachlichen Grundlage. Deswegen läßt die WELT in einer mehrteiligen Diskussion Befürworter und Gegner ausführlich zu Wort kommen. Der Autor dieses – dritten – Beitrags ist Rechtsanwalt und Beirat des Deutschen Tierschutzbundes.

Von EISENHART v. LOEPER

Sind die Berichte von dem anhaltenden und oft schweren Leiden der Tiere nicht maßlos übertrieben? Dieser Vorwurf ist zurückzugeben an jene Wissenschaftler und Politiker, die eine ausnahmslose Offenlegung und staatliche Prüfung der Tierversuche verhindern. Immerhin sind es nach Angaben von Tierexperimentatoren 90 Prozent, jedenfalls der weit überwiegende Teil der Tierversuche, die der Behörde nur in grobem Umfang angezeigt werden.

Diese Tierversuche unterliegen keiner vorherigen Prüfung und Genehmigung, gleichgültig wie sehr, wie lange und wozu die Tiere leiden; ob zur Erprobung von Arzneimitteln, Zigaretten oder Kosmetika. Daher kann auch niemand zuverlässig aussagen, ob jährlich 7, 10 oder 15 Millionen leidensfähige Tiere im Experiment „verbraucht" werden.

So vernachlässigbar erscheint die jederzeit züchtbare und im Tierhandel erhältliche Massenware Tier. Hinzu kommt, daß erst in jüngster Zeit Tierhändler überführt wurden, die ihre Geschäfte mit der Erlangung von Haustieren und ihrem Verkauf an Versuchstieranstalten machen.

Aber selbst dort, wo eine gesetzliche Genehmigung der Tierversuche vorgeschrieben ist, herrschen erschütternde Verhältnisse. Die in diesem Jahr publizierte Studie des Bundesgesundheitsamtes von Fiebelkorn und Lagoni erfaßte die Unterlagen von 742 Anträgen zur Genehmigung von Tierversuchen. Die Genehmigungsdauer schwankte von 2 bis 60 Monaten, so daß bei längerfristigen Versuchen der jeweils neueste Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse gar nicht beachtet werden konnte.

In den Vordrucken einzelner Bundesländer wird nicht einmal mehr nach dem Thema des Tierversuchs gefragt, das Forschungsziel vernachlässigt und sogar außer acht gelassen, ob es tierversuchsfreie Alternativen gibt. Die eingereichten Genehmigungsunterlagen waren, wie die Studie sagt, zum großen Teil „sehr lükkenhaft". Die Art der verwendeten Tiere und ihr Verbleib nach Versuchsende waren nicht angegeben; nur etwa jeder zehnte Forscher hielt es überhaupt für notwendig, sich über die Betäubung oder Tötung der Versuchstiere zu erklären.

Dabei ging es um Projekte wie Erstickung von Ratten, Gehirneingriffe bei Katzen, Verbrennen von Kaninchenhaut, Entfernung von Kieferteilen beim Hund, Hodentorsionen bei Schweinen und Hunden oder das Verdurstenlassen eines Pferdes. Vernichtender hätte das Urteil der Autoren über die Praxis der Beantragung und Genehmigung von Tierversuchen kaum ausfallen können, als daß „entweder keine oder eine ungenügende Versuchsplanung stattgefunden haben kann".

Gegen die wachsende Tierschutz- und Tierrechtsbewegung stellen sich Vertreter der Wissenschaft. Sie widersetzen sich massiv einer drastischen Einschränkung der Tierversuche, weil „es um die persönlichen, beruflichen Interessen des einzelnen Forschers und Wissenschaftlers in einer Gesellschaft geht, in der wir den uns bisher tragenden Vertrauensbonus eingebüßt haben".

Befangene Wissenschaft

Damit bekennt sich der experimentierende Wissenschaftler zu seinem persönlichen Interesse mit allem, was an Neugier und Karriere dazugehört. Er erweist sich damit als befangen und ungeeignet, zugleich berufener Vertreter der Allgemeinheit zu sein.

Soll jedoch ein weiterer Vertrauensschwund der Bürger in die Legitimität und Geltungskraft der Rechtsordnung verhindert werden, so ist eine wirkungsvolle Neuordnung dringend geboten. Sie muß wissenschaftliche Bestrebungen mit einer sittlich geprägten Beziehung des Menschen zum Tier in Einklang bringen. Bemerkenswert nennen selbst die Wissenschaftsverbände in ihrem Gesetzesvorschlag als Leitziel „die Idee vom Schutz der Tiere und ihre Anerkennung als Mitlebewesen". Also kommt es darauf an, dem ethischen Tierschutz als Verfassungsgut rechtsstaatliche Wirksamkeit zu geben! Das in der biologischen Nähe zum Menschen stehende Tier ist als Träger von Lebensrechten, als „Rechtskreatur" anzuerkennen, für die der Mensch als Treuhänder einzustehen hat.

Auf dieser Grundlage muß es um die Abschaffung der Tierversuche gehen. Zu beginnen ist mit einem grundsätzlichen Verbot aller Experimente, die dem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen können; davon darf allenfalls in streng begründeten, staatlich genehmigten Notfällen abgewichen werden, wenn Leben oder Gesundheit von Mensch und Tier nachweisbar anders nicht zu retten sind. Obwohl die Wissenschaftsverbände den Tierschutz verbal als maßgebend nennen, widersetzen sie sich der Umkehr der Beweislast zugunsten des Tieres, einer sorgfältigen Erfassung sowie ausnahmslosen Genehmigungspflicht vor einem Tierversuch.

Sie befürchten eine „weitere Bürokratisierung des Genehmigungs- und Kontrollverfahrens mit entsprechender Aufblähung eines entfernten Behördenapparates". Sie wollen weiterhin nur in eigener Kompetenz „darlegen", warum sie die Versuche für notwendig halten. Eine solch untragbare Selbstbedienung der Wissenschaftler hatte der Bundeslandwirtschaftsminister im Entwurf vom 14. Mai 1984 durch die strengere Anforderung ersetzen wollen, die Unerläßlichkeit eines Tierversuchs wenigstens „glaubhaft zu machen". Nun aber hat sich die Bundesregierung in ihrem Gesetzesentwurf dem massiven Einfluß der Wissenschaftslobby gebeugt. Man berief sich darauf, in der Grundlagenforschung könne man die Notwendigkeit des Tierversuchs nicht glaubhaft machen, weil hier Neugierde und Zufallserkenntnisse im Spiel seien.

Mit dem vorliegenden Regierungsentwurf sollen weiter Kommissionen und Tierschutzbeauftragte darüber wachen, daß das heute schon geforderte „unerläßliche Maß" der Tierversuche in wissenschaftlicher und ethischer Hinsicht in die Tat umgesetzt wird. Die fehlenden grundlegenden Entscheidungen für eine klare Verbotsregelung können sie nicht ersetzen. Die neuen Instrumente weisen aber auch schwerwiegende Mängel auf. So soll die Kommission die Behörde zu einem geplanten Tierversuch nur beraten, wenn es die Behörde für erforderlich hält. Außerdem sollen ihr zu zwei Dritteln Naturwissenschaftler und nur zu einem Drittel Vertreter des Tierschutzes angehören.

Die Rolle der Tierschützer

Letztere werden damit in die Rolle der bloßen Beobachter gedrängt. Stattdessen wäre es sinnvoll gewesen, unter Einbeziehung von Vertretern des Geisteslebens keine Blockbildung, sondern einen intensiven Austausch anzustreben, allerdings die wissenschaftiche und ethische Fragestellung der Tierversuche vor einer möglichen Genehmigung gesondert zu beantworten. Nur wenn sich die Behörde von beiden Fragen überzeugen konnte, darf sie eine Genehmigung aussprechen.

Auch bei der Berufung eines Tierschutzbeauftragten käme es entscheidend darauf an, ihm die Stellung eines Treuhänders für die Allgemeinheit und für das hilfebedürftige Tier zu geben. Nur dann läßt sich die vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Obhutspflicht des Menschen gegenüber dem Tier verwirklichen. Die Bundesregierung will aber dem Träger der Versuchseinrichtung gestatten, die Tierschutzbeauftragten selbst zu bestellen, die nur „in ihrem Aufgabenbereich" nicht an Tierexperimenten beteiligt sein dürfen; sie haben zwar Kontroll-, aber keine Klagebefugnisse zum Schutze der Tiere.

So wird nicht verhindert, daß sich zwei von der Verwaltung des Versuchslabors ernannte, in verschiedenen Bereichen experimentierende Beauftragte dementsprechend kollegial „kontrollieren". So erreichen auch manche positiv aussehenden Verbesserungsvorschläge wohl nur die Ebene der Ankündigung, statt der Tat ein Tierschutzalibi, den Vertrauensschwund der Bürger noch vertiefend.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Karlsruhe oder Plebiszit?

„Bundesverfassungsgericht zur Raketenstationierung"; WELT vom 18. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere aber die Machtfülle, die von acht Richtern ausgeht, tritt am „Nachrüstungsurteil" besonders beeindruckend zutage. Folgende Überlegungen erscheinen unausweichlich.

Die Väter des Grundgesetzes schufen diese Basis der Bundesrepublik mit dem dokumentierten Willen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." Die Zuständigkeit des Volkes steht also an erster, die der Rechtsprechung an letzter Stelle. Hierbei wird zu berücksichtigen sein, daß Bundesverfassungsrichter nach dem Parteien-Proporz ernannt werden, die Parteien aber lediglich bei der politischen Willensbildung des Volkes „mitwirken", nicht jedoch allein herrschen dürfen.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Man mag zu der Raketenstationierung in Westdeutschland stehen, wie man will; aber es ist doch unstreitig, daß hierbei eine Entscheidung über elementare Lebens- und Überlebensfragen nicht nur der Bürger, sondern auch ihrer Daseinsbasis, Kulturgüter, schlicht über alles zu treffen war. Ist die Disposition über solche Schicksalsfragen überhaupt delegierbar? Es wäre jedenfalls mit der Volksherrschaft nicht weit her, wenn gleichsam der Außenminister bei einem Arbeitsfrühstück mit seinem Kollegen festlegen könnte, ob das Risiko eines Präventiv-, Erst- oder Rückschlags von der betroffenen Bevölkerung ebenso hinzunehmen ist wie das „Restrisiko" der Atomspaltanlagen.

Die vorrangig vom Volke nicht nur in Wahlen, sondern auch in vom Grundgesetz nicht eingeschränkten Abstimmungen zu verwirklichende „Staatsgewalt" kann weder durch Parlamente noch durch Kabinette noch gar durch wenige Verfassungsrichter ersetzt werden. Keineswegs soll wie in der Schweiz der Volksentscheid die Gesetzgebung weitgehend ausmachen. Aber bei der Entscheidung über Sein oder Nichtsein ist die Befragung des persönlich Betroffenen ein unausweichliches Gebot.

Wer die Fähigkeit des – ausgewogen informierten – Bürgers zur Regelung seiner eigenen Belange leugnet und sie wenigen tatsächlich oder vorgeblich Klugen anheimgibt, muß die Demokratie als Staatsform durch eine andere ersetzen.

Das Bundesverfassungsgericht ist nach wiederholten Aussagen namentlich seines Präsidenten überlastet. Es will die vom Grundgesetz eingeräumten Verfassungsbeschwerden über einen vom Justizminister aufgegriffenen Vorschlag mit dem Kostenknüppel eindämmen. Wer also eine Verfassungsbeschwerde wagt, soll künftig mit einer Gebühr, darüber hinaus auch mit Mutwillenskosten rechnen müssen (auch wenn die Verfassungsbeschwerde von einem Fachmann wie einem Rechtsanwalt unterzeichnet ist?).

Und dies, obwohl in einem eingeflickten Paragraphen schon bestimmt wird, daß Verfassungsbeschwerden von einem Vorprüfungsausschuß gesiebt werden. Anstelle der nicht sehr sozialstaatlichen Gerichtsentlastung mit Hilfe des genannten Prügels und geradezu virtuos erfundener Formalhürden sollte das – inzwischen rund 40 Mal durch das Parlament, unzählige Male durch richterliche Auslegung geänderte Grundgesetz als unmittelbar bindende Verpflichtung für Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz angewendet werden.

Die Konsequenz wäre, daß schicksalhafte Entscheidungen nicht mehr an Kabinettstischen oder in Beratungszimmern erfolgten, sondern durch Volksabstimmungen (Plebiszite). Das hätte zur Folge, daß das Bundesverfassungsgericht weniger Befugnisse und damit weniger Arbeit zugeteilt bekäme und daß das allein maßgebliche Volk nichts anderes als bloße Selbstbestimmung auch dann ausübt, wenn dies kleinen, aber mächtigen Interessentenkreisen nicht behagt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. K. Sojka,
Hamburg 61

Vom Eigentum

Haben denn die Schlesier mit ihrem Motto für das Bundestreffen 1985 wirklich so unrecht? Meines Erachtens muß man zwischen Eigentum und Besitz unterscheiden. Schlesien gehört völkerrechtlich noch zu Deutschland, ist auch nach den Grundsätzen unserer Verfassung und den allgemeinen Menschenrechten sein Eigentum, das Eigentum der von dort vertriebenen, an der Rückkehr gehinderten oder dort zwangspolonisierten deutschen Bewohner.

Wer zur Zeit auf diesem Eigentum sitzt, es „besitzt", ist meines Erachtens bis zu einer anzustrebenden friedlichen Regelung für das Eigentumsverhältnis unrelevant, auch wenn eine solche Regelung mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung erst nach 50 oder gar 100 Jahren erfolgen sollte. Voraussetzung für die auch von uns allen angestrebte friedliche Versöhnung ist allerdings Anerkennung der vollen geschichtlichen Wahrheit und Anwendung der allgemeinen Menschenrechte auch von der polnischen Seite.

W. v. Koerber,
Damp

Ohne Lobby

In den Leserzuschriften der letzten Monate trifft man immer wieder auf – mit Recht – empörte Äußerungen gegen die Rentenpolitik von Herrn Minister Blüm. Da ist einmal die sogenannte „Rentenerhöhung" für 1985 mit sage und schreibe 1,07 Prozent, also unter der Inflationsrate und unter dem Preisindex liegend, und dann ist da die beabsichtigte und dem Bundesrat vorliegende Reduzierung der eigenen, erworbenen Ansprüche nach dem Ableben des Ehepartners. Auch ich habe damals auf Anraten des amtierenden Arbeitsministers Arendt eine fünfstellige Zahl als Nachzahlung entrichtet und fühle mich jetzt durch die Pläne von Herrn Blüm betrogen.

Ich frage mich nur: Warum lassen wir, warum lassen sich rund 13 Millionen Rentner, Hinterbliebene, Behinderte diese einseitigen Machenschaften von Herrn Blüm gefallen? Warum findet sich niemand, der uns zu einer Vereinigung zusammenschließt, die, mit einer starken Lobby in Bonn vertreten, eine ganz andere Durchsetzungskraft haben könnte, als die zagen und kraftlosen Sprüche, die die Gewerkschaftler am Ende flammender Reden für die Rentner übrig haben? Warum wehren wir uns eigentlich nicht?

J. Jacoby,
Hamburg 61

Jugend und Gewerkschaft

„Jugend und DGB"; WELT vom 12. Dezember

Enno v. Loewenstern zeigt in seinem Artikel, wie ungeschickt und erfolglos die Jugendarbeit der Gewerkschaften ist. Er hebt mit Recht hervor, daß die jungen Menschen praktische Hilfen im Berufsleben nicht mit ideologischen Fesselungen verbinden wollen.

Die Gründe für die heutige Abkehr der jungen Menschen von den Gewerkschaften liegen in den 70er Jahren. Die Gewerkschaften erlaubten ihren Funktionären, die Ideen politischer Kämpfe der neuen Linken in die Gewerkschaften zu tragen. Wenn es die Chaoten zu wild trieben, gab es ja immer noch die jungen Kommunisten mit ihrer Leidenschaft für Tagesordnungen, durchtriebene Abstimmungsjunktims und falschen Solidaritäts-Zungenschlag.

Die Ideologisierungen der 70er Jahre haben das Bild der Gewerkschaften beschädigt, nicht nur bei den jungen Leuten. Die gewerkschaftliche Politik liegt in den 80er Jahren einfach nicht im Trend.

In den drei wesentlichen Fragen: Umweltverträglichkeit, neue Technologien, lebendiger Arbeitsmarkt – fehlt es den Gewerkschaften an Mut zur Marktwirtschaft und Innovation, die auf der Eigeninitiative der einzelnen beruht. Im Augenblick üben die Grünen ja immer noch eine Faszination auf politisch interessierte Jugendliche aus. Aber sie sind auf dem besten Weg, diesen Kredit zu verlieren, weil sie immer mehr vom Staatssozialismus und Linksradikalismus der 70er Jahre durchdrungen werden.

Mit dem in Ihrem Artikel empfohlenen Pragmatismus hätten die Gewerkschaften bei den von den Grünen enttäuschten jungen Menschen eine Chance. Besser aber wäre es, die Union könnte die Freiheitsgewinne verdeutlichen, die sich aus dem Mut zum Markt und der gestärkten Eigeninitiative entwickeln.

Hermann Kroll-Schlüter,
MdB, CDU

Wort des Tages

„Es ist eines braven Menschen niemals unwürdig, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Nicht das Rechthaben ist das Höchste und nicht das stolze Bewußtsein eigener Makellosigkeit, sondern die Menschenfreundlichkeit, die begütigt und Brücken schlägt."

Bruno H. Bürgel; deutscher Autor und Astronom (1875–1946)



Personalien

BERUFUNGEN

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat beschlossen, Prälat **Heinz-Georg Binder** zusätzlich zu dem Amt des Bevollmächtigten des Rates der EKD in Bonn zum evangelischen Militärbischof zu berufen. Der derzeit amtierende Militärbischof **Sigo Lehming** wird dieses Amt bis zum Herbst 1985 weiterführen.

*

Dem geschäftsführenden Direktor des Zentrums für Frauenheilkunde und Geburtshilfe der Marburger Philipps-Universität, Professor Dr. **Klaus-Dieter Schulz**, ist die überregionale Leitung eines Großforschungsprojektes auf dem Gebiet der Krebsforschung übertragen worden. Professor Schulz wird das Projekt, an dem sich von insgesamt 26 Universitätsfrauenkliniken in der Bundesrepublik voraussichtlich 22 beteiligen werden, von Marburg aus koordinieren.

BUNDESWEHR

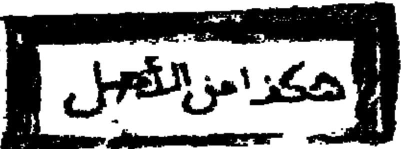
Am 1. April 1985 bekommt die deutsche Marine einen neuen Inspekteur. Für Vizeadmiral **Ansgar Bethge**, der Ende März in den Ruhestand geht, kommt Konteradmiral **Dieter Wellershoff**, bislang Bethges Stellvertreter und Chef des Stabes im Führungsstab Marine im Bundesministerium der Verteidigung. Auf dessen Platz rückt Flottillenadmiral **Hein-Peter Weyher**, bisher Unterabteilungsleiter im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa, SHAPE, im belgischen Mons auf. Ihm folgt Kapitän zur See Dr. **Sigurd Heß**, Referatsleiter im Bonner Führungsstab der Marine. Auch Vizeadmiral **Günter Fromm**, Befehlshaber der Flotte in Glücksburg, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Konteradmiral **Hans Joachim Mann**, Fromms bisheriger Stellvertreter. Auf dessen Posten rückt Flottillenadmiral **Gustav Liebig**, Stellvertretender Kommandeur und Chef des Stabes im Marineunterstützungskommando in Wilhelmshaven, auf. Dessen Nachfolger wird Kapitän zur See **Alfons Teipel**, bisher Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Marine, Bonn. Ihm folgt der Referatsleiter im Führungstab der Marine, Kapitän zur See **Horst Sommermeyer**. Auch Konteradmiral Dr.-Ing. **Horst Geffers**, Amtschef des Marineamtes in Wilhelmshaven, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Flottillenadmiral **Dieter-Franz Braun**, der Kommandeur der Zerstörerflottille in Wilhelmshaven. Für ihn kommt Kapitän zur See **Konrad Ehrensberger**, Stabsabteilungsleiter im Bonner Führungsstab der Marine. Sein Nachfolger wird Kapitän zur See **Joachim Warkocz**, bislang Referatsleiter im Führungsstab der Marine. Am 31. März 1985 tritt weiter Kapitän zur See, **Walter Günther**, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Marine, in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Kapitän zur See **Otto Ciliax**, Referatsleiter in diesem Führungsstab.

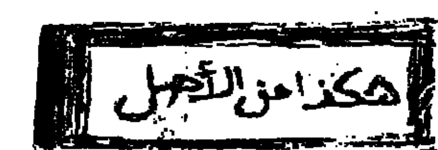
*

Generalarzt Dr. **Hans Sautter**, bisher Unterabteilungsleiter in der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn, wird am 1. April 1985 Amtschef des Sanitätsamtes in Bonn. Der jetzige Amtschef, Generalstabsarzt Dr. **Wolfgang Hammen**, tritt dann in den Ruhestand. Auf Sautters Posten wird Generalarzt Dr. **Gunter Desch**, bisher Stellvertreter von Hammen, versetzt. Ihm folgt Oberstarzt Dr. **Johann-Friedrich Borkowski**, Referatsleiter in der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens. Auch Generalarzt Prof. Dr. Dr. **Franz-Xaver Gärtner**, Kommandeur der Sanitätsakademie in München, tritt am 31. März 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Generalarzt Dr. **Günther Schönfeld**, Unterabteilungsleiter im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE) im belgischen Mons. Generalarzt Dr. **Claus Harald Weber-Höller**, Abteilungsleiter im Heeresamt in Köln, tritt ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberstarzt Dr. **Reinhard Schäfer**, Korpsarzt III. Korps in Koblenz.

WAHL

Professor Dr. med. **Heinz S. Fuchs**, Generalstabsarzt der Luftwaffe a. D., Bonn-Bad Godesberg, früherer Präsident der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtmedizin e. V. (DGLRM), ist für drei Jahre (1985–1988) in den Vorstandsrat der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e. V. (DGLR) wiedergewählt worden.





Die Zukunft gibt keine Garantien, sie gibt Chancen.

Setzen wir sie auch 1985 wieder in Erfolge um – mit Entschlossenheit und Voraussicht. Zum Nutzen von Mensch und Umwelt zugleich.

1984 war für BMW erneut ein sehr erfolgreiches Jahr.

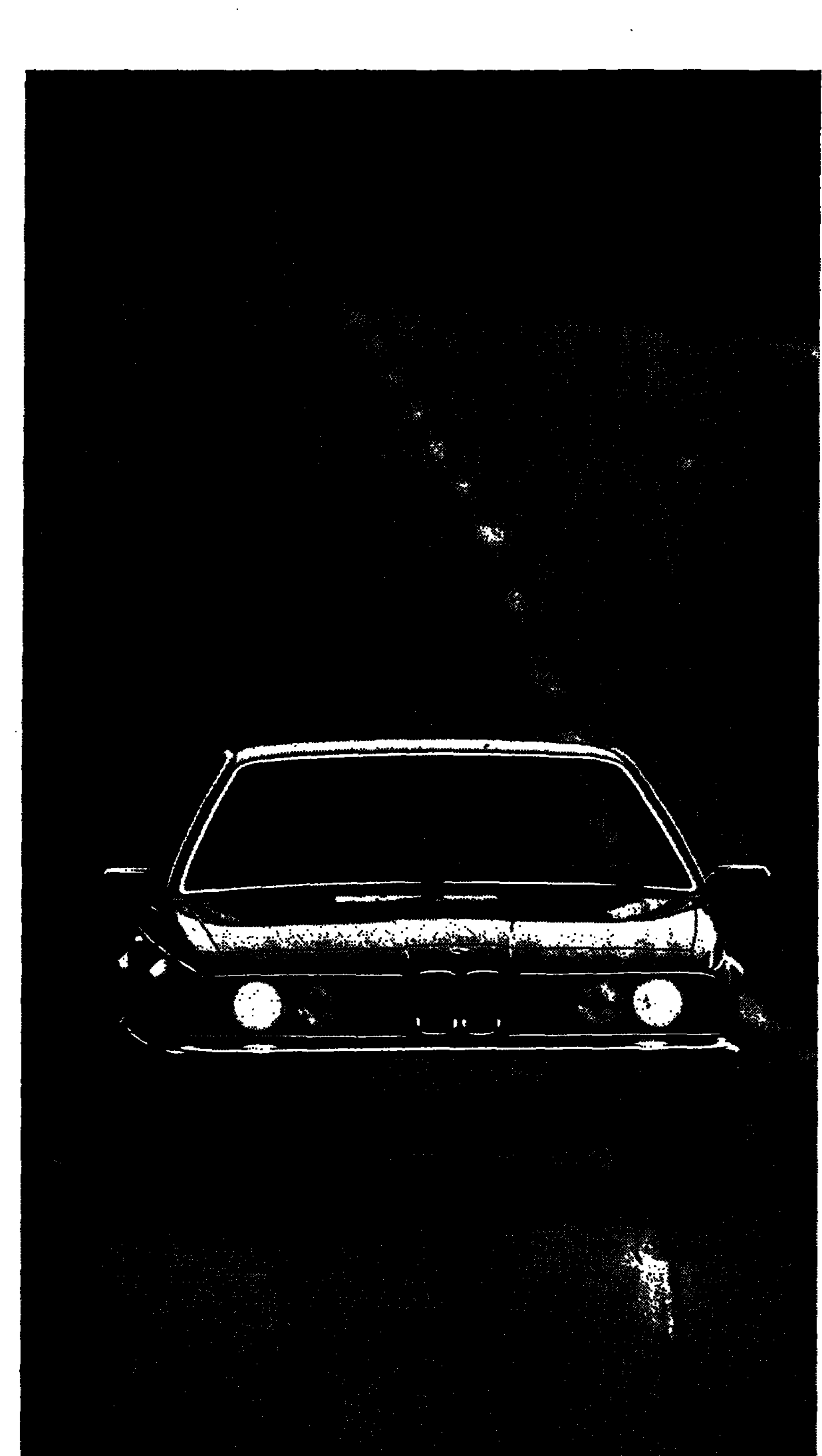
Nach vielen erstklassigen Jahren konnten auch in diesem Jahr wiederum die Vorjahresergebnisse übertroffen werden. Und das, obwohl die widrigen Umstände des wochenlangen Streiks diese positive Entwicklung behinderten. Mit starkem gemeinsamem Bemühen ist es uns gelungen, einen Teil des arbeitskampfbedingten Produktionsausfalls aufzuholen und mit über 430.000 Automobilen mehr zu produzieren und zu verkaufen als im Jahr zuvor. Auch im Export führte die offensive Strategie zu eindrucksvollem Zuwachs.
In so hart umkämpften Märkten wie z.B. USA oder Japan wurden 21% bzw. 40% mehr Zulassungen erreicht – nicht zuletzt ein Erfolg der überragenden Qualitäten von BMW 6-Zylinder-Triebwerken. Und auch beim Motorrad konnten wir – selbst gegen die allgemein negative Marktentwicklung – unsere Position weiter deutlich verbessern.
Der Konzern-Umsatz ist wiederum gestiegen – auf über 16 Mrd. DM.
Die Investitionen lagen – streikbedingt – nicht ganz so hoch wie geplant, aber in Relation zur Größe des Unternehmens immer noch weit über dem Durchschnitt der deutschen Automobilindustrie.
Mit 1.500 neuen Arbeitsplätzen haben wir viel, aber – ebenfalls streikbedingt – nicht das erreicht, was wir uns vorgenommen hatten.

Möglich wurde diese positive Bilanz nicht zuletzt dadurch, daß wir seit Jahren konsequent in Produkte und Produkteigenschaften investiert haben, die schon seit langem sichern, was heute allgemein gefragt ist: Umweltentlastung.

BMW hat als erster die Einführung der Katalysator-Technologie in Europa gefordert.
BMW hat so früh und so konsequent wie kein anderer auf modernste, umweltfreundlichste elektronische Triebwerkssteuerungen gesetzt.
Wir haben – obwohl die gesetzlichen Regelungen nicht oder nur schleppend vorankamen – nicht so sehr über das Katalysator-Auto diskutiert, sondern es perfektioniert und innerhalb kürzester Zeit mit großem finanziellem und technischem Aufwand ein umfassendes Programm von Katalysator-Fahrzeugen der neuesten Europa-Generation geschaffen.

Bei BMW können Sie Ihr Katalysator-Automobil aus einem Programm von 18 Modellvarianten aus 4 Fahrzeug-Baureihen nach ganz individuellen Wünschen wählen.

Diese Automobile können selbstverständlich auch vorbereitet für eine spätere Umrüstung, vorerst ohne Katalysator ausgeliefert werden. Das zukunftweisende BMW Katalysator-Programm basiert auf einer einzigartigen Erfahrung mit Katalysatoren für leistungsfähige Automobile.
Weit über 300.000 BMW sind bereits erfolgreich mit dieser Technologie ausgerüstet worden. Zudem besitzt BMW ein weltweit beispielhaftes Know-how beim Einsatz der für anspruchsvolle Katalysatortechnik notwendigen hochwertigen elektronischen Triebwerkssteuerungen.



BMW Automobile machen unsere Meinung deutlich, daß die deutsche Wirtschaft die Herausforderung des Umweltgedankens aktiv aufnehmen muß.

Wir sehen eine generelle Senkung der Umweltbelastung auf das technisch und wirtschaftlich mögliche Maß als eine selbstverständliche, unabdingbare Aufgabe. Helfen Sie mit wie wir, diesen Durchbruch zu erreichen.
Unsere Umwelt braucht nicht große Worte, sondern entschlossene Taten.
Viele BMW Fahrer haben in den letzten Wochen und Monaten danach gehandelt. Und täglich werden es mehr.

Fortschritt wird von Pionieren gemacht, nicht von Pessimisten. Das gilt für Automobil-Konstrukteure wie für Autofahrer.

BMW Automobile zeigen ein neues, souveränes Verständnis von Leistung.
Wir wollen mit diesen Unternehmens- und Produktionskonzepten zur praktischen Vernunft in Politik und Gesellschaft beitragen.
Wir wollen dazu beitragen, daß freie Fahrt und trotzdem reinere Luft möglich sind.

1984 haben wir uns die Kraft erarbeitet, Vorbild zu sein. Lassen Sie uns dieses Potential 1985 konsequent einsetzen.

Wer von der Automobilindustrie will, daß sie durch ein starkes Engagement zu ökologischer Entlastung beiträgt, muß sich auch in Erinnerung rufen, daß man einer kranken Umwelt nur dann die teure Kur finanzieren kann, wenn man für eine gesunde Wirtschaft sorgt.
BMW wird 1985 seine Bemühungen mit der gewohnten Energie fortsetzen.
Wir danken allen, die geholfen haben, den Fortschritt – auch im Sinne unserer Umwelt – voranzutreiben. Als Kunden, als Zulieferer oder Mitarbeiter.
Und wir wünschen allen Freunden von BMW für 1985 das, was sie uns 1984 erreichen halfen: viel Erfolg.

BMW AG

KOMBINATION

Überragender Sieg der „DDR“ in Oberwiesenthal

dpa, **Oberwiesenthal**

Der Erfolg der „DDR“ beim dritten Weltcup-Wettbewerb der Saison in der Nordischen Kombination in Oberwiesenthal war überragend: Vier „DDR“-Athleten landeten auf den ersten Plätzen. Doch nicht der im Lauf favorisierte Uwe Dotzauer siegte, sondern Heiko Hunger, der seinen Vorsprung nach dem Sieg im Springen auch im dichten Schneetreiben beim 15-Kilometer-Langlauf bis ins Ziel rettete und klar vor Dotzauer, Oliver Warg und Peter Opitz gewann. 2:26,67 Minuten Vorsprung hatte Uwe Dotzauer gegenüber seinem Mannschaftskameraden Heiko Hunger in der Loipe aufzuholen – zuviel für Dotzauer. Aber der in Oberwiesenthal zu vergebende Posamenten-Pokal verblieb dennoch bei der „DDR“-Mannschaft, nachdem Hunger mit Sprüngen von 90,5 m und 92,5 m auf der Fichtelbergschaze bereits die Grundlage für seinen Sieg geschaffen hatte.

Seinen fünften Platz vom Springen verteidigte auch Peter Wucher aus Isny im Allgäu. Der um den vierten Platz im Weltmeisterschafts-Aufgebot des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) kämpfende Dirk Kramer aus Willingen rannte mit der drittbesten Laufzeit von Platz 18 nach dem Springen noch auf Platz acht in der Gesamtwertung vor. Die Entscheidung, wer von den beiden zusätzlich nach Seefeld zu den Titelkämpfen fahren darf, liegt jetzt beim Verband.

Zu seinen ersten Weltcup-Punkten kam Josef Heumann aus Oberaudorf als 14., während Thomas Fleig (Schönmünzach) als 17. die Punkte knapp verpaßte. Bei den Junioren belegte der Schonacher Hans-Peter Pohl, am Samstag überlegener Sprunglaufsieger, hinter Frantisek Repka (CSSR) den zweiten Platz vor dem Schweizer Andreas Schaad.

In Abwesenheit der WM-Mannschaft von Norwegen und der des Deutschen Ski-Verbandes sowie der Kombinierer aus Finnland und der UdSSR behielt der zweimalige Weltcupsieger Geir Andersen (Norwegen) mit 50 Punkten seine führende Position in der Einzelwertung. Ihm folgen jetzt Dotzauer (42) und Hubert Schwarz aus Oberaudorf (40). In der Mannschaftswertung behielt Norwegen (136 Punkte) die Spitze vor der Bundesrepublik Deutschland (113) und der „DDR“ (111).

EISHOCKEY / Schweres Foul von Roy Roedger

Stockstich ins Auge des Kölners Steve McNeil

sid, **Mannheim**

Was bei dem Kölner Eishockeyspieler Steve McNeil zuerst nur wie eine klaffene Wunde aussah, stellte sich später als schwere Verletzung heraus. Sein rechtes Augen droht zu erblinden. Die Netzhaut wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Ärzte in Köln sehen nur geringe Chancen, die Sehkraft zu erhalten.

„Wenn man den Rosenheimer Manfred Ahne zwanzig Spiele sperrt, muß Roedger mindestens dasselbe Strafmaß erhalten“, schimpfte Joschi Golonka, Trainer des Kölner EC, nach dem 7:3-Erfolg im Bundesligaspiel beim Mannheimer ERC. Ahne hatte im September den Landshuter Alois Schloder mit einem Stockstich am Hals verletzt. Und Roy Roedger ist jetzt der Übeltäter, der McNeil mit einem Stockstich die schwere Verletzung am Auge beigebracht hatte.

Als der 22 Jahre alte Deutsch-Kanadier McNeil blutüberströmt aus dem Mannheimer Eisstadion abtransportiert wurde, verließen die Kölner ebenfalls das Eis und provozierten einen Spielabbruch. Doch Trainer Golonka und KEC-Schatzmeister Clemens Vedder konnten ihre Spieler zur Rückkehr bewegen.

Das Foul des Mannheimer Stürmers blieb vorerst ohne Folgen. Schiedsrichter Schimki, der in dem überhart geführten Spiel insgesamt 62 Strafminuten verhängte, hatte den Stockschlag von Roedger nicht gesehen. „Mein Linienrichter hat mir erklärt, daß der Kölner Spieler vom Puck am Auge getroffen worden sei“, erklärte der Berliner nach dem Spiel.

Mannheims Trainer Ladislav Olejnik machte Schimki sogar für das böse Foul seines Spielers verantwortlich. „Daß das Spiel so ausartete, war zum großen Teil ein Verdienst des Schiedsrichters“, erklärte er. Die Kölner sehen das allerdings etwas anders. „Wir beabsichtigen, gegen Roedger Strafanzeige vor einem ordentlichen Gericht und auch beim Kontroll-Ausschuß des Deutschen Eishockey-Bundes zu stellen. Als Beweis werden wir die Fernseh-Aufzeichnung heranziehen“, kündigte Clemens Vedder an. Vor allem die Zeitlupen-Aufnahmen des Fernsehens sollen deutlich machen, wie brutal Roedger auf McNeil einschlug.

Sollten die Eishockeyspieler künftig nicht disziplinierter zu Werke gehen, sagt der Tschechoslowake Golonka der schnellsten Mannschaftssportart in Deutschland sogar den Niedergang voraus: „Kommt so etwas noch häufiger vor, wird das deutsche Eishockey kaputtgehen.“ Seiner Rückberufung in die Heimat zum Ende der Saison sieht er nach solchen Szenen mit Freude entgegen: „Nach diesem Spiel wäre ich sogar froh, wieder in die CSSR zurückkehren zu müssen.“

SKISPRINGEN / Ernst Vettori erster Sieger der Vier-Schanzen-Tournee

Favoriten Nykänen und Felder weit abgeschlagen – schwere Stürze

RAINER VON HOLST, **Oberstdorf**

Mit dem Sieg des 20 Jahre alten österreichischen Handelsschülers Ernst Vettori (116m/115m/235,4 Punkte) vor dem Finnen Matti Nykänen (114,5/114/223,9) und Vettoris Mannschaftskameraden Andreas Felder (113,5/110/220,4) begann auf der Schattenberg-Schanze in Oberstdorf die internationale Vier-Schanzen-Tournee 1984/85. „Endlich ist mir die Revanche über Nykänen gelungen,“ jubelte Vettori, der noch vor zwei Jahren bei der Junioren-Weltmeisterschaft gegen den Finnen verloren hatte. Vettori: „Ich bin so lange hinterhergesprungen, da ist es endlich an der Zeit gewesen, daß ich gewinne.“ Sein Freund Andreas Felder, als großer Favorit angesehen, war mit seinem dritten Rang zufrieden. Felder: „Im Gegensatz zu den Weltcup-Springen wußte ich ja, daß bei der Vier-Schanzen-Tournee die gesamte Weltspitze antritt. Mein dritter Platz belegt also nur, daß meine Siege zuvor in Ordnung waren. Und das steht auch fest: Auf der Bergisel-Schanze in Innsbruck wird es die Revanche geben“.

Es war ein großes Springen mit hochklassigen Resultaten vor 16 000 begeisterten Zuschauern. Vettori hatte gleich im ersten Durchgang, bei Schneetreiben und mit verkürztem Anlauf, den Schanzenrekord auf 116 Meter verbessert. Das war für den „DDR“-Star Jens Weissflog, den Sieger der letzten Tournee, eine kalte Dusche. Als Weissflog ins Tal hinuntersegelte, immerhin auf eine Weite von 114 Meter, entsetzte sich sein Teamchef Ulrich Wehling, der ehemalige Kombinations-Weltmeister: „Mein Gott, der wackelt ja wie Espenlaub.“ Sprach's, legte den Arm um den Olympiasieger und führte ihn vor den staunenden Journalisten auf die Seite, um mit ihm allein zu reden. Im zweiten Durchgang reichte es für Weissflog zu 102,5 m und somit in der Endabrechnung zum vierten Platz.

Die Springer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) kämpften, wobei Thomas Klauser einen hervorragenden elften Platz belegte. Der Mann aus Reit im Winkl flog 110 Meter und 102,5 Meter weit und erhielt dafür 197,5 Punkte. Bevor es in die Tournee hineinging, hatte Klauser vier Kilogramm Gewicht abtrainiert. Nach seiner guten Placierung in Oberstdorf sagte er: „Das hat sich gelohnt, denn nun bin ich endlich einmal die Nummer eins im deutschen Team.“ Enttäuscht war hingegen Andreas Bauer aus Oberstdorf, der sich auf der heimischen Schattenbergschanze viel vorgenommen hatte, deshalb an den Weltcup-Springen in Amerika nicht teilnahm und statt dessen daheim trainiert hatte. „Das hat sich alles nicht gelohnt,“ klagte Bauer, „ich hätte doch nicht zu Hause bleiben sollen, sondern wäre lieber zuvor in Amerika gesprungen.“ Bauers Ergebnis in Oberstdorf: Platz 21. Die übrigen Placierungen der deutschen Springer im Finale von Oberstdorf: 31. Steiert, 32. Hasselberger, 44. Boll.

Bundestrainer Ewald Roscher kann also durchaus zufrieden sein – im Hinblick auf die Weltmeisterschaften, die am 17. Januar in Seefeld (Österreich) beginnen. Denn sein Rezept, Gewicht zu verringern, um leichter zu werden, hat sich ausgezahlt. Im Laufe der nächsten Wochen sollen die deutschen Springer auch noch Muskelpartien am Körper abbauen, ohne dabei an Schnellkraft einzubüßen.

Sorgen gibt es nur um Peter Rohwein aus Isny, der im ersten Durchgang bei einer Weite von 102 Metern schwer stürzte und mit einer Gehirnerschütterung sowie Platzwunden im Gesicht ins Oberstdorfer Krankenhaus gebracht werden mußte. Für ihn ist die Tournee ebenso beendet wie für den Norweger Fidjestöl, dem beim Sturz ein Stück der zerbrochenen Skibrille neben dem Auge am Nasenbein eingedrungen war. Die Ursachen dieser schweren Stürze: Die Springer bekamen bei der Landung urplötzlich noch einmal Wind von unten und hatten obendrein enorme Schwierigkeiten, um auf dem bremsenden Neuschnee aufzusetzen.

HALLENFUSSBALL

Randalierende Zuschauer und heftige Kritik

sid/dpa **Bremen**

Fußball in der Halle geriet beim 2. Bremer Turnier zeitweilig zum Eklat. Ehe Gastgeber Werder Bremen durch ein 3:0 gegen Schalke 04 wie im Vorjahr siegte, hatten Zuschauergruppen schwere Krawalle ausgelöst. Den dabei angerichteten Sachschaden in der Stadthalle kann der Bundesligaklub mit der Siegprämie von 10 000 Mark gerade noch ausgleichen.

Im Verlauf der Zwischenfälle nahm die Polizei vier Personen fest und stellte gegen sechs weitere Stafanzeige wegen schwerer Körperverletzung sowie Verstößen gegen das Waffengesetz.

Während sich die Organisatoren bei einem Hamburger Turnier über ein mit 4000 Besuchern ausverkauftes Haus freuen durften, blieben die Zuschauer in Kiel aus. Nach dreijähriger Pause wurde die Veranstaltung, die Pogon Stettin mit 4:3 über Fortuna Düsseldorf gewann, zur Pleite. Hinzu kam, daß die wenigen Zuschauer mit explodierenden Feuerwerkskörpern, die sie auf die Spielfläche warfen, das Turnier empfindlich störten.

Sechzig Personen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren wurden von der Dortmunder Schutzpolizei in Gewahrsam genommen. Es handelte sich um eine Gruppe Essener Fans, die auf dem Weg zum Fußball-Hallenturnier in der Dortmunder Westfalenhalle waren.

Wie ein Sprecher der Polizei bekanntgab, schleuderten die Fans in der Dortmunder Innenstadt Feuerwerkskörper und Leuchtraketen gezielt gegen Passanten, verletzt wurde niemand. Erheblicher Sachschaden entstand, als die Gruppe das Schaufenster eines Kaufhauses einschlug. Die Randalierer wurden nach Feststellung der Personalien später einzeln wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ein Besucher-Rückgang von etwa 1000 Zuschauern im Vergleich zu 1983 wurde bei der siebenten Ausrichtung in Frankfurt verzeichnet, wo Eintracht Frankfurt siegte. Der Gesamt-Ablauf mit einem zu umfangreichen Rahmenprogramm, bei dem auch DFB-Teamchef Franz Beckenbauer in einer Prominenten-Mannschaft mitwirkte, löste viel Kritik aus. Frankfurts Trainer Dietrich Weise befand kurz und bissig: „Firlefanz“.

Rallye Monte Carlo für 1985 gerettet, der Streit geht weiter

sid, **Paris/Monte Carlo**

Frankreichs Sport-Minister Alain Calmat hat zwar mit einem Machtwort die Austragung der 53. Rallye Monte Carlo vom 26. Januar bis 1. Februar 1985 gerettet, aber der Streit zwischen dem Französischen Automobilsport-Verband (FFSA), der Internationalen Sport-Federation (FISA) und dem Automobilclub von Monaco (ACM) geht weiter.

Am 11. Januar soll die Berufungskommission des Automobil-Weltverbandes (FIA) in oberster Instanz entscheiden, ob die Franzosen zu Recht eine Straßenbenutzungsgebühr von den Monegassen fordern. Es geht um eine Million Franc (rund 350 000 Mark), denn die Kernstücke der Rallye führen fast ausschließlich über französisches Gebiet. Wie auch immer der Richterspruch ausfällt, Gültigkeit besitzt er wegen des Minister-Wortes erst ab 1986. Dem hatte sich der französische Verband am Freitag nachmittag mit der Erklärung gefügt: „Die Rallye Monte Carlo findet 1985 unter den gleichen Bedingungen wie 1984 statt.“

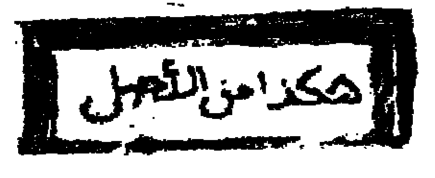
Am 19. Januar wird in Paris eine von 29 Mitgliedsländern beantragte außerordentliche Generalversammlung der FIA abgehalten. Zur Verhandlung steht der „Fall Monaco“. Den Monegassen droht der Ausschluß aus der FIA, weil sie als erstes Mitglied den Weltverband vor einem ordentlichen Gericht verklagt haben.

Personifiziert werden die Auseinandersetzungen durch den Franzosen Jean Marie Balestre und den Monegassen Michel Boeri. Balestre ist Präsident der FFSA und der FISA, Boeri Präsident des ACM. Beide streiten auch um den Großen Preis von Monaco, den Balestre nach Meinungsverschiedenheiten über Fernsehverträge für 1985 aus dem Weltmeisterschaftskalender der Formel 1 strich.

Boeri fühlt sich jetzt im Aufwind, die Rallye-Entscheidung Calmats hat ihm einen moralischen Sieg verschafft. Das wurde am Samstag auch unverhohlen kundgetan: „Der ACM dankt Minister Calmat, daß er seine Autorität eingesetzt hat, um den Präsidenten der Französischen Automobilsport-Federation zur Vernunft zu bringen.“

Calmat, der 1962, 1963 und 1964 Eiskunstlauf-Europameister war, 1965 sogar Weltmeister, beendete einen seit September schwelenden Streit. Monaco hatte damals die französische Gebühren-Forderung als „unmoralischen Straßenzoll mittelalterlicher Prägung“ abgelehnt. Die FISA unter Vorsitz Balestres entzog Monte Carlo daraufhin das Veranstaltungsrecht der Rallye. Zahlreiche Automobilkonzerne, angeführt von Peugeot und Audi, protestieren gegen die eigenmächtige Handhabe.

Ausgezahlt hat sich auch das Pokerspiel zahlreicher Werkteams, die ungeachtet des ständigen Hin und Her ihre Planungen vorantrieben. So erklärte der Sportdirektor der favorisierten Peugeot-Equipe, Jean Todt, vor zwei Wochen: „Wir bereiten uns vielleicht für nichts vor, aber wir rechnen mit der Möglichkeit einer kurzfristigen Wiederaufnahme der Rallye in den Terminkalender. Wenn die Monte doch noch stattfindet, sind wir wenigstens gerüstet.“ Unklar ist wieviele Teams den 4000 km langen Wettbewerb in Angriff nehmen. Bisher haben 53 gemeldet.



SCHACH / WM

Garri Kasparows Opfer war fast erfolgreich

L. P. Bonn

Die 36. Partie der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau endete erneut remis. Titelverteidiger Anatoli Karpow und Herausforderer Garri Kasparow einigten sich auf das Unentschieden, ohne die Hängepartie vom Freitag wiederaufzunehmen. Kasparow spielte diese Partie in seinem besten Spiel. Sein Opfer zwischen dem 16. und 18. Zug war chancenreich. Karpow mußte seine ganze Verteidigungskunst einsetzen, um mit einem Bauer weniger nicht zu verlieren.

Die Notation (Weiß Kasparow, Damengambit): 1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 d5, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lh4 0-0, 7.e3 b6, 8.Le2 Lb7, 9.Tc1 ...

Zum zweitenmal spielt Kasparow dieselbe Variante, die er mit schwarzen Steinen in diesem Wettkampf schon mehrmals bekämpfen mußte. Karpow bleibt bei seiner Verteidigung statt des häufig gespielten Zuges 9. ... Sbd7.

9. ... d5xc4, 10.Lxc4 Sbd7, 11.0-0 c5,

Wahrscheinlich ist hier a6 besser, so hat Karpow vorher oft gespielt.

12.d4xc5 Sxc5, 13.De2 a6, 14.Tfd1 De8,

Die Dame kommt wegen der weißen *offenen Linien in Bedrängnis*, was Kasparow gleich ausnutzt.

15.Se5 b5, 16.Sxb5! ...

Führt zwar nicht forciert zum Gewinn, aber trotzdem ist dieses Opfer sehr chancenreich.

16. ... a6xb5, 17.Lxb5 La6!,

Der einzige in Betracht kommende Rückzug der schwarzen Dame wäre Db8. Danach folgte 18.Txc5! Lxc5, 19.Lxf6 gxf6, 20.Sd7 Dc7. Nun führt der direkte Matt-Angriff 21.Dg4+ Kh8, 22.Dh4 Le7, 23.Dxh6+ Kg8 zum Ausgleich. Weiß hätte jedoch auch eine *chancenreiche Fortsetzung: 21.Tc1!*

18.Txc5! Lxc5, 19.Lxa6 ...

Weiß hat momentan zwei Bauern für die Qualität. Und beide Bauern auf dem Damenflügel sind frei. Schwarz rettet sich jedoch durch eine aktive Verteidigung.

19. ... Da4!,

Es ist fast unglaublich, daß die schwarze *Stellung jetzt* nach der Zerstörung des Königsflügels noch zu retten ist.

20.Lxf6 g7xf6, 21.Lb5 Dxa2, 22.Sd7 Le7, 23.Dg4+ Kh8, 24.Sxf8 ...

Weiß behält jetzt einen Mehrbauern, aber bei ungleichen Läufern ist das Remis schon wahrscheinlich. Kasparow hat vielleicht in der letzten Phase der Partie den *Fehler* begangen, *daß* er den Turmtausch zuließ.

24. ... Lxf8, 25.Df3 Le7, 26.Lc4 Da7, 27.Dh5 Kg7, 28.Dg4+ Kf8, 29.Lf1 Td8, 30.Tc1 Db8, 31.Tc2 f5, 32.De2 Kg7, 33.g3 Tc8, 34.h3 Txc2, 35.Dxc2 Lf6, 36.b3 Db4, 37.Dd1 Dc3, 38.Kg2 Dc6+, 39.Kh2 Dc5, 40.Le2 Le7, 41.Kg2 Remis.

TENNIS / 17 Jahre alter Boris Becker wurde zum deutschen Tennisspieler des Jahres 1984 gewählt

Konsequente Lehrjahre unter Manager Ion Tiriac
Das Unternehmen kostet 150 000 Dollar im Jahr

HANS-J. POHMANN, Bonn

Ist es Masche, Show oder nüchterne Einschätzung. Boris Becker ist zum deutschen Tennisspieler des Jahres gewählt worden. Doch sein Manager Ion Tiriac sagt salopp: „Im Moment ist das alles noch gar nichts." Der 45 Jahre alte Tiriac, seit neun Jahren Manager des ehemaligen Weltklassespielers Guillermo Vilas, schaut eben nicht auf nationale Erfolge. Er hat sich mit dem 17 Jahre alten Becker höhere Ziele gesteckt.

Dabei ist die Entwicklung von Becker für deutsche Verhältnisse fast atemberaubend. Anfang des Jahres 1984 startete der 1,87 m große, rotblonde Junge aus dem badischen Leimen beim deutschen Hallen-Satellite-Cirquit, bei dem es Weltranglistenpunkte zu gewinnen gab, als Nummer 720 der Computer-Rangliste. Ausgestattet mit kümmerlichen zwei Weltranglistenpunkten begann er die Turnierserie und beendete sie mit 24 Punkten. Der Titel eines deutschen Jugend-Hallenmeisters folgte als Beigabe. Danach sammelte er Punkte in Luxemburg, München, Hamburg, Paris, Wimbledon, Wien, Basel, Stockholm, London und nun kürzlich in Sydney und Melbourne. Heute steht Becker auf Rang 55 der Welt-Bestenliste – mit 138 Punkten zuzüglich einem Bonus von 44 Zählern, die bei Siegen über gesetzte Spieler angerechnet werden.

Kein Wunder also, daß der Deutsche Tennis-Bund (DTB), Fachleute und Öffentlichkeit in ihm den *lange ersehnten deutschen Weltklassespieler* vermuten. Da wird über die „Gala- Schau des Boris Becker" geschrieben und das „gewisse Etwas" des Juniors beschworen. Solche Lobeshymnen für die deutschen Spieler waren allzuoft der erste Schritt in die Versenkung. Doch bei Becker, dem vielleicht größten deutschen Talent nach Wilhelm Bungert und Christian Kuhnke, scheint das anders zu sein. Er hat sich im Gegensatz zu seinen Kollegen von allen Zwängen, die das deutsche Herren-Tennis hemmen, befreit. Für ihn gibt es keine Bundesliga über Wochen hinweg, keine Verbands- oder DTB-Verpflichtungen, die ihn auf dem Weg zur Spitze behindern würden. Für Becker zählt nur eins: *Möglichst viele Turniere spielen*, ob auf Sand, Rasen, Zement oder Kunststoffböden.

Der Mann, der ihn auf diesen Weg gebracht hat, gilt in der Branche als einer der ausgebufftesten Manager. Dabei wäre Ion Tiriac, als Doppelspieler einst Weltklasse, bei Becker fast zu spät gekommen. Denn fast ein Jahr lang bestürmten Vertreter der drei größten internationalen Manager-Gruppen den Vater des Talentes. Ob Advantage, Pro Serv oder McCormack – sie alle sahen in dem 80 Kilo schweren Boris den Spieler der Zukunft.

In dieser Situation half Günter Bosch, damals noch in Diensten des DTB. Bosch, gebürtiger Rumäne und



Auf dem Weg in die Weltspitze? Profi-Lehrling Boris Becker, 17 Jahre alt, braucht nur noch Tennis zu spielen. FOTO: SVEN SIMON

einst zusammen mit Tiriac im Davis-Cup eingesetzt, arrangierte zwei Treffen mit dem *Manager. Herausgekommen* ist ein für deutsche Verhältnisse einmaliger Vertrag. Fortan wurde Tiriac, der zuvor schon aus Nastase einen Weltklassespieler geformt hatte, Manager des jungen Deutschen und zuständig für die ökonomische Seite. Tiriac sieht seine Hauptaufgabe zunächst einmal in der Beschaffung von Verträgen, dem Organisieren von Schaukämpfen und der Anfertigung von Trainings- und Turnierplänen. Und damit die Betreuung von Becker auch funktioniert, verpflichtete Tiriac Bundestrainer Bosch gleich mit. Bosch (45) betrachtete diesen Schritt als ein „unglaubliches Risiko, raus aus dem Rentenvertrag, hin zu neuen Aufgaben". 40 Wochen im Jahr hat er sich nun um seinen Schützling zu kümmern. Das einzige, was von Bekker jetzt noch verlangt wird, ist Tennisspielen. Ob Sparringspartner, Trainingsplätze, Bälle oder das eigentliche Schlagtraining – Bosch arbeitet hier mit viel Einsatz.

Und dieser Einsatz ist notwendig. Denn das Unternehmen Becker/Bosch kostet Tiriac im Jahr 150 000 Dollar. Ein Betrag, in dem sämtliche Reisen und Spesen sowie das Honorar für Bosch (etwa 7500 Mark im Monat) enthalten sind.

Wie konsequent Tiriac sein Ziel verfolgt, Becker nach vorne zu bringen (und dann natürlich auch zu kassieren), *zeigt das Beispiel des* Turniers in Südafrika vor sechs Wochen. Becker fehlten Weltranglistenpunkte, um sich direkt für das Hauptfeld zu qualifizieren. Schuld daran war eine Pause nach einem Bänderriß am 30. Juni in Wimbledon. Dennoch setzte Tiriac sein Zwei-Mann-Team 14 Stunden ins Flugzeug. Herausgekommen ist fürs erste nichts, denn Becker unterlag in der letzten Qualifikationsrunde von Johannesburg. Außer Spesen nichts gewesen? Tiriac sieht es nicht so, weil sein Schützling, der im Sommer die Schule mit der mittleren Reife verließ, Erfahrungen sammeln konnte. In Johannesburg zum Beispiel mit der ungewohnten Höhe (1750 m), in der die Bälle wie Kanonenkugeln fliegen, und mit der Sonne. Becker unterschätzte deren Wirkung und zog sich einen deftigen Sonnenbrand zu.

Auf diese Art läßt Tiriac dem deutschen Talent zunächst einmal zwei Jahre Zeit, in denen es den Beruf „Tennis-Profi" von Grund auf lernen soll. In diesen Lehrjahren fließen alle Vertrags- und Preisgelder, die Becker verdient, in eine Kasse, aus der Tiriac die Kosten bestreitet. Noch ist dieses Unternehmen kein Geschäft für den Rumänen. 1984 spielte Becker lediglich 46 055 Dollar ein. Doch neue Verträge mit Puma (Schläger und Schuhe), Ellesse (Bekleidung) und dem LTT Rot-Weiß Berlin, für den er die Bundesliga-Aufstiegsrunde bestreitet, sorgen dafür, daß Becker schon im nächsten Jahr einspielen wird, was er den Manager kostet.

Daß Tiriac aber tatsächlich kein Mann ist, der auf die schnelle Mark zu schauen scheint, kann ein weiteres Beispiel verdeutlichen. Wenn sich die deutschen Elite-Spieler zu ihren Kings-Cup-Spielchen Mitte Januar in Essen treffen, fehlt Becker. Er soll Turniere in London und Portland (USA) bestreiten, anstatt in Essen zwei Wochen (mit Training) zu verlieren. Vielleicht spielen da auch Rivalitäten zwischen Tiriac und DTB-Coach Niki Pilic eine Rolle. Tatsache ist aber, daß Tiriac hier abermals auf mindestens 20 000 Mark Startgeld und Prämien vom DTB verzichtet. Dafür hat er für Becker ein Training mit McEnroe während des Masters-Turniers in New York arrangiert.

Diese Konsequenz im Aufbau ist es, die hoffen läßt. Becker kann es *schaffen, unter die ersten zehn der* Weltrangliste zu kommen. Dem deutschen Tennis kann es nur recht sein. Und zufriedene Gesichter wird es allerorten geben: im badischen Heimatverband, in dem er entdeckt wurde, beim DTB, der ihn gefördert hat und bei Günter Bosch, der insbesondere dem Chef-Ideologen des DTB, Richard Schönborn, beweisen kann, wer der bessere Praktiker ist.

Bleibt noch die innere Überzeugung von Becker. Als er nach dem Erreichen des Viertelfinales in Melbourne nach seinem Ziel gefragt wurde, sagte er: „Natürlich will ich die Nummer eins der Welt werden, darum spiele ich Tennis."

NACHRICHTEN

Volleyball: Damen Fünfte

Apeldoorn (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen belegte beim internationalen Turnier in Apeldoorn nach einem 2:1-Sieg im letzten Spiel gegen die Niederlande den fünften Platz. Das Herren-Team kam auf Rang sieben.

Europa-*Elf mit Deutschen*

Belgrad (sid) – Mit Harald Schumacher (1. FC Köln), Hans-Peter Briegel (Hellas Verona) und Karl-Heinz Rummenigge (Inter Mailand) stehen drei Deutsche in der Fußball-Europa-Auswahl des Jahres 1984, die von der Belgrader Zeitung „Sport" in einer Umfrage in 22 europäischen Redaktionen ermittelt wurde. Europameister Frankreich stellt mit vier Spielern die meisten.

Ringen: Aalen im Finale

Kirrlach (dpa) – Titelverteidiger KSV Aalen und KSV Wiesental stehen im Finale (12. und 19. 1.) der deutschen Mannschaftsmeisterschaft im Ringen. Mit jeweils zwei Siegen schaltete Aalen im Halbfinale den AV Reilingen (23,5:14,5/22,5:14,5) aus, und Wiesental setzte sich gegen den ASV Urloffen (22,5:17,5/24:13) durch.

Slalom in Bad Wiessee

Bad Wiessee (dpa) – Der Weltcup-Slalom der alpinen Skiläufer in Bad Wiessee am 4. Januar 1985, der wegen Schneemangels auszufallen drohte, findet nun doch statt. Heinz Krecek, Beauftragter des Internationalen *Ski-Verbandes (FIS), hat dem Organi*sationskomitee eine offizielle Zusage gegeben.

Bolten erlitt Armbruch

Köln (dpa) – Der Kölner Radprofi Uwe Bolten hat bei einem Sturz während des Kölner Sechstagerennens einen Armbruch erlitten und mußte ausscheiden. Sein Partner Roman Herrmann (Lichtenstein), der ebenfalls gestürzt war, konnte weiterfahren.

Baltes lief Bestzeit

Inzell (sid) – In neuer persönlicher Bestzeit (1:59,30 Minuten) gewann der Münchner Hans-Jörg Baltes beim internationalen Eisschnellauf-Wettbewerb in Inzell am ersten Tag die Konkurrenz über 1500 m. Auf den Plätzen zwei und drei folgten der Finne Pertti Niittylä (2:01,03) und Wolfgang Scharf aus München (2:01,59).

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 22. Spieltag: Chelsea – Manchester United 1:3, Coventry – West Ham 1:2, Ipswich – Everton 0:2, Liverpool – Luton 1:0, Newcastle – Arsenal 1:3, Nottingham – Aston 3:2, Southampton – Sheffield 0:3, Stoke – Queens Park 0:2, Tottenham – Sunderland 2:0, Watford – Leicester 4:1, Bromwich – Norwich 0:1. – Tabellenspitze: 1. Tottenham 45:22 Tore/43 Punkte, 2. Everton 47:28/43, 3. Manchester United 45:27/41.

VOLLEYBALL

Internationales Turnier in Apeldoorn, Herren: Schweden – Deutschland 1:2, Deutschland – Griechenland 1:2; Spiel um Platz sieben: Deutschland – Apeldoorn 2:0. – **Damen:** Deutschland – Ravenna 0:2, Deutschland – Kanada 2:1; Spiel um Platz fünf: Deutschland – Holland 2:1.

HOCKEY

Acht-Nationen-Turnier. Herren in Bad Neuenahr: England – Polen 11:1, Deutschland – Wales 12:2, Dänemark – Frankreich 4:3, Italien – Österreich 3:6, Dänemark – Polen 2:9, Österreich – Wales 6:3, England – Frankreich 12:2, Deutschland – Italien 14:9, Frankreich – Polen 2:11, Deutschland – Österreich 16:7.

EISHOCKEY

Bundesliga, 25. Spieltag: Iserlohn – Kaufbeuren 4:5, Rosenheim – Düsseldorf 5:5, Essen-West – Rießersee 4:3, Mannheim – Köln 3:7. – **Junioren-WM** in Finnland: Deutschland – CSSR 3:7, Schweden – UdSSR 1:5, Finnland – Polen 11:2, USA – Kanada 5:7, Deutschland – USA 1:2, Polen – Schweden 0:11, Finnland – CSSR 1:1, UdSSR – Kanada 0:5.

EISSCHNELLAUF

Internationale Rennen in Inzell: 500 m Damen: 1. Rys-Ferens (Polen) 42,26 *Sek., 2. Holzner (Deutschland)* 42,39, 3. Jezierski (Polen) 42,62, 4. Mäkelä (Finnland) 43,28, 5. Tokarczyk (Polen) 43,29, 6. Mischke (Deutschland) 43,79.

GALOPP

Rennen in Mülheim: 1. R.: 1. Walissa (G. Bocskai), 2. Garanga, 3. Graveur, Toto: 17/12, 12, 13, ZW: 48, DW: 88, 2. R.: 1. Prinsess Katarina (M. Hector), 2. Narrhalla, 3. Remy Martin, Toto: 224/34, 22, 22, ZW: 1232, DW: 4476, 3. R.: 1. Grauthi (M. Hofer), 2. Monet, 3. Hato, Toto: 52/17, 22, 22, ZW: 308, DW: 1552, 4. R.: 1. Voran (Frl. Simmendinger), 2. Ase, 3. Pedant, Toto: 56/17, 13, 18, ZW: 168, DW: 1252, 5. R.: 1. Tanjanka (K. Sperling), 2. Ratsherr, 3. New Yorker, Toto: 76/16, 12, 15, ZW: 192, DW: 876, 6. R.: 1. Queen's Home (St. Wegner), 2. Nuage de Lait, 3. Leones, Toto: 20/13, 16, 12, ZW: 112, DW: 280, 7. R.: 1. Surinam (E. Apter), 2. Silber Boy, 3. Neu Game, Toto: 76/19, 20, 22, ZW: 220, DW: 2320, 8. R.: 1. Astarte (M. Werning), 2. Grazie, 3. Santa Benedicta, Toto: 96/20, 18, 18, ZW: 976, DW: 3388, 9. R.: 1. Thusmenia (M. Werning), 2. Naibo, 3. Appiana, Toto: 52/17, 22, 42, ZW: 268, DW: 7644.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 13, 17, 20, 23, 43, Zusatzzahl: 36. – **Spiel 77:** 7 9 4 2 3 0 6. – **Toto, Elferwette:** 2, 2, 2, 1, 2, 1, 2, 2, 1, 1, 2. – 6 aus 45: 13, 17, 27, 33, 37, 44, Zusatzspiel: 36 (Ohne Gewähr).



Der Bund schaltet sich in die Medienpolitik ein

Schreckenberger: Privater Rundfunk braucht Sicherheit

GERNOT FACIUS, Bonn

Der Bund will in der Diskussion über die zukünftige Medienordnung nicht länger schweigen, sondern schon in Kürze „mit eigenen Vorschlägen kommen, natürlich im Rahmen seiner Zuständigkeiten", wie Staatssekretär Professor Waldemar Schreckenberger vom Bundeskanzleramt in einem WELT-Gespräch ankündigte. Die ursprünglich mit Rücksicht auf die Länderberatungen über ein gemeinsames Rundfunkkonzept zurückgestellte Kabinettsvorlage mit Vorschlägen zur Regelung von Daten-, Jugendschutz- und Werbevorschriften soll nach den Bonner Vorstellungen jetzt Anfang des Jahres behandelt werden. Damit wird in die Tat umgesetzt, was Bundeskanzler Kohl bereits am 28. September 1983 in einer Rede vor dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger versprach: „Die Bundesregierung wird nicht abwartend beiseite stehen, sondern richtungweisend auf ein gemeinsames Konzept drängen."

Daß die Länder eine einheitliche Medienformel noch immer nicht gefunden haben, stellt der föderativen Ordnung „kein glänzendes Zeugnis" (Schreckenberger) aus. Allerdings wird der bisherige Verhandlungsstand eher als „Noch-nicht-Einigung" denn als Scheitern der Gespräche qualifiziert. Da durch die langwierigen Verhandlungen aber auch der Aufbau einer neuen Kommunikationstechnik gebremst wird, fühlt sich der Bund, wie Schreckenberger hervorhob, jetzt zum Handeln verpflichtet. „Der Wirtschaft werden Millionensummen abgenötigt", deshalb sollte das „Reden über die künftige Medienstruktur ein Ende haben". Schreckenberger plädierte für die schnelle Einigung auf Rahmenbedingungen, auch im Interesse von Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaft. „Private Veranstalter müssen eine dauerhafte Existenz erhalten", beschrieb der Staatssekretär das Ziel der Bundesregierung. Er sprach damit ein „Stück des Streites" an, um das es in den derzeit blockierten Länderverhandlungen geht. Gemeint ist: Eine bloße Duldung privater Rundfunkveranstalter als kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den Ländern reicht nach Auffassung der Bundesregierung nicht aus. Die Regierung setzt den Akzent auf „dauerhaft", wendet sich also gegen eine Vergrößerung des Wettbewerbsvorsprungs der öffentlich-rechtlichen Anstalten etwa durch eine Ausdehnung der Werbung.

Auch dem von ihm beeinflußbaren Rundfunkbereich – die Anstalten „nach Bundesrecht" Deutsche Welle und Deutschlandfunk – will der Bund medienpolitische Anstöße geben. Schreckenberger bezeichnete es als „wichtig, daß die Deutsche Welle sich die neuen Medien zunutze macht". Er glaubt nicht, daß der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland „von vornherein auf die Kurzwelle" habe eingeengt werden sollen. Die Bundesregierung ermuntert die „Welle" geradezu, ihre Pläne für eine Satelliten-Nutzung, beispielsweise für ein Amerika-Fernsehprogramm, voranzutreiben. Das Wort vom „Bundesfernsehen", das vor Monaten Eingang in die Debatte fand, ist nach Bonner Einschätzung Teil einer medienpolitischen Gespensterschlacht, mit der berechtigte Interessen der Bundesrepublik bei der Darstellung nach außen diskreditiert werden sollten.

Der Deutschlandfunk, Nachbar der Deutschen Welle am Kölner Raderberggürtel, sollte nach den Worten Schreckenbergers seinen „gesamtdeutschen Auftrag wieder in den Vordergrund rücken". Daß sich der DLF, der sich entsprechend seinem Auftrag in erster Linie an die Menschen in Mitteldeutschland richten soll, in Programmgestaltung und Inhalten heute wie eine x-beliebige Landesrundfunkanstalt verhält, bereitet in der Bonner Regierungszentrale offenbar große Sorgen. Bis tief hinein in die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP wurde der Hörerverlust des DLF mit Unmut registriert. Die Tatsache, daß sich der politisch angeschlagene Intendant Richard Becker (SPD) – er hatte unter anderem seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS verschwiegen – auf seinen Abschied vorbereite, wird als einer der Gründe für den „Zustand der Lähmung" (ein Verwaltungsratsmitglied) des Senders genannt. Die Deutsche Welle kann dadurch, auch bei der angestrebten Neuaufteilung der Fremdsprachenprogramme, von einem Vorteil reden.

Ostpolitik: Genscher wehrt sich gegen das „böse Wort von Verzicht und Verzichtlern"

Bundesaußenminister spricht von Doppeldeutigkeiten in der Debatte um die deutsche Frage / Hupka präzisiert Schlesier-Motto

DW. Bonn

Unter Anspielung auf die Kontroverse über das geplante Schlesier-Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) seine Warnung vor Diskussionen über die Grenzen wiederholt. „Ich kann nur sagen, wehret den Anfängen aus Gründen der inneren Stabilität unseres Staates, wehret den Anfängen aus Gründen der Verläßlichkeit der deutschen Außenpolitik, kein Land ist mehr darauf angewiesen als wir." Im Hessischen Rundfunk sagte Genscher, in der Auseinandersetzung sei „sogar das schlimme und böse Wort von Verzicht und Verzichtlern" gefallen.

Genscher sprach von Doppeldeutigkeiten in der innenpolitischen Debatte um die deutsche Frage und die polnischen Westgrenzen. „Es ist wichtig, daß niemand den Eindruck erweckt bei uns, als wolle er die Grenzfrage wieder aufrollen." Dies müsse man von allen erwarten, die sich zu außenpolitischen Problemen äußern. An die Klarheit, mit der Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Unantastbarkeit der Grenzen unterstrichen habe, sollte sich „jeder halten, in Ost und West, aber auch im eigenen Land".

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hat versichert, vom Bundestag würden kein Gebietsansprüche gegen andere Staaten erhoben. Bonn stehe zu allen geschlossenen Verträgen. „Es gibt in unserem Parlament keinen Gedanken an Revanchismus, aber ich füge hinzu: Auf das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, werden wir auch in Zukunft nicht verzichten", sagte Jenninger in einem Interview („Neue Osnabrücker Zeitung").

Bundeskanzler Helmut Kohl wies in der „Welt am Sonntag" darauf hin: „Wir wissen, daß wir die deutsche Frage nur als ein Werk des Friedens im europäischen Rahmen lösen können." Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, hat das Motto des Schlesiertreffens im Juni verteidigt. Er könne den Wirbel darum nicht ganz verstehen, meinte Hupka im Bayerischen Rundfunk. „Vielleicht klingt die Sprache etwas zu altmodisch altdeutsch, zu lutherisch – es ist ja nichts anderes gemeint, als daß Schlesien unsere Heimat bleibt, als daß Schlesien unser Auftrag ist, daß wir historisch, geistig, kulturell, moralisch und politisch den Anspruch auf Schlesien nicht aufgeben dürfen und sollten."

Hupka bestätigte, daß Kohl wegen des Mottos mit dem Vorstand der Landsmannschaft sprechen möchte. Er ließ allerdings offen, ob die Landsmannschaft zu einer Änderung bereit sei. Hupka: „Ich baue darauf, daß es uns möglich sein wird, die Mißverständnisse zu beseitigen und zu überwinden." Auf die Frage, wem Schlesien gehöre, antwortete der CDU-Politiker: „Rein rechtlich nach wie vor den Deutschen, denn es ist noch kein Friedensvertrag abgeschlossen worden." Polen verfüge lediglich über eine Gebietshoheit.

In Kreisen der Heimatvertriebenen wird seit langem der Verdacht geäußert, daß Genscher den Ostverträgen aus dem Jahre 1972 eine weitergehende Bedeutung beimißt, als sie bei Vertragsabschluß definiert wurde. Es wird befürchtet, daß der Bundesaußenminister diese Abkommen als vorweggenommene Grenzanerkennungsverträge bewertet.

In einer außenpolitischen Bilanz stand für Minister Genscher der Ausblick auf den Beginn der Gespräche der beiden Großmächte Anfang Januar in Genf im Vordergrund. Zur richtigen Einschätzung, sagte er, müsse man erkennen, daß die Europäer wichtige Beiträge zum Ostdialog liefern können, daß aber auch die beiden Großmächte „eine Menge übereinstimmender Interessen haben". Außerdem stehe fest, daß die Sowjetunion bei breiten Rüstungskontrollverhandlungen durchaus als handlungsfähige Macht auftrete und nicht etwa in der Führung gelähmt sei. Ebenso sicher sei die Entschlossenheit des amerikanischen Präsidenten, das Gespräch mit Moskau zu suchen. Für die Bundesrepublik sei „entscheidend", daß kein Bereich ausgeklammert werde.

Vogel wünscht sich „mehr Überzeugungsarbeit"

● Fortsetzung von Seite 1

ginnenden Gesprächen nicht über die Köpfe Europas hinweg einigen". Allerdings wäre die „Chance, daß Europa Gehör findet, sicher sehr viel größer, wenn der Einigungsprozeß nicht so in Schwierigkeiten steckte, wenn die Europäer erst einmal mit ihren eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig würden".

Während Vogel vor wenigen Monaten noch auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik weitgehende Übereinstimmung mit der neuen Regierungspolitik bekundet hatte, hat er jetzt sehr nachdrücklich seine „Sorge" geäußert, daß auf diesen Politik-Feldern im kommenden Jahr „alles verhärtet und verkrustet". Er sehe nicht, daß die Bundesregierung hier „Bewegung einleitet", nachdem das Kredit-Instrument wohl „ausgereizt" sei. Im Gegenteil: Der neue Kanzleramtschef Schäuble scheine ihm hinter dem innerdeutschen Minister Windelen „zurückzubleiben", die „neuen Töne" insbesondere aus dem Mund des deutschlandpolitischen Unions-Fraktionssprechers Lintner „in bezug auf Polen und die DDR erfüllen mich mit Sorge". Es sei wichtig, die Worte des Magdeburger Alt-Bischofs Krusche „ernst zu nehmen". Krusche hatte von einem „Egoismus der Flüchtlinge in der Prager Botschaft" gesprochen und die „Pflichtrhetorik" derjenigen verdammt, die von der Wiedervereinigung sprechen.

In bezug auf die „DDR"-Führung räumte er allerdings ein, daß auch die SPD bei ihren Kontakten „nichts besonders Erhellendes" darüber gehört habe, was denn nun beispielsweise unter „Respektierung einer eigenen Staatsbürgerschaft" verstanden werden solle. Vogel mochte nicht ausschließen, daß sich die SED in dieser Geraer Forderung auch einen Ausweg offenhalte, die deutschlandpolitischen Schleusen zu regulieren.

Ausdrücklich auch „in Nachfolge der Funktion Herbert Wehners" erneuerte der Oppositionsführer die Sorge, „daß es nicht nur Außenseiter, sondern vielleicht fast schon die Mehrheit der Union sein kann, die die Grenzdiskussion gegenüber Polen für akzeptabel hält". Er verwies auf den entsprechenden Beschlüß der Jungen Union und fragte, bei „wieviel weniger bedeutenden Beschlüssen der Jungsozialisten nicht immer wieder die SPD zum Zurechtrücken aufgefordert" worden sei: „Ein Polen, dem gesagt wird, ihr seid nicht im Besitz der Souveränität über die Gebiete östlich von Oder und Neiße, kann man sich nicht vorstellen." Die Möglichkeit, daß der Bundeskanzler im kommenden Jahr auf einer Veranstaltung sprechen werde, die unter dem Motto stehe „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" sei „ein Schlag gegen einen Aussöhnungsprozeß, den viele schon für unumkehrbar gehalten haben".

Aber auch an den Erörterungen über eine Gedenkveranstaltung am 8. Mai zeige sich, daß eben „unser Verhältnis zur Geschichte problematisch" sei. Beim Kanzler kämen neben einem gewissen „ahistorischen" Verhalten, das sich bereits in seinen ständigen Hinweisen auf seinen Geburtsjahrgang während der Israel-Reise gezeigt habe, sowohl „kleinkarierte innenpolitische Taktik" – wie auch bei der Auswahl sozialdemokratischer Politiker für die Versöhnungsfeier in Verdun deutlich geworden sei – als auch die „mangelnde Neigung" hinzu, „über solche Dinge rechtzeitig mit den Beteiligten zu sprechen". Wenn es nach dem „durchaus angebrachten" ökumenischen Gottesdienst nicht zu dem von der SPD angeregten Gedenkakt des Bundestages kommen sollte, wäre dies „ein Offenbarungseid ganz eigener Art". Vogel: „Wenn wir uns als Republik gerade an diesem Tag verschwiegen, wäre dies eine absurde Geschichtslosigkeit. Wir würden uns gegenüber der Welt als ein Volk ohne Geschichte darstellen." Dabei würde eine solche Veranstaltung, auf der der Bundespräsident das sagen würde, „was für das Volk insgesamt und für die Bundesrepublik insgesamt gesagt werden muß, zur Frage der Normalisierung des Nationalgefühls hinzugehören".

Arafat: Syrien hinter Mord an PLO-Funktionär

dpa, Amman

PLO-Chef Yassir Arafat hat von Syrien unterstützte Palästinensergruppen für die Ermordung von Fahd Khawasma verantwortlich gemacht, der Mitglied des Exekutivkomitees der „Palästinensischen Befreiungsorganisation" war. Arafat kehrte gestern von Südjemen nach Amman zurück, um an der Trauerfeier für den am Tag zuvor vor seinem Haus in der jordanischen Hauptstadt erschossenen Politiker teilzunehmen. Khawasma, der zuletzt die PLO-Abteilung für besetzte Gebiete leitete, war früher Bürgermeister der Stadt Hebron im von Israel besetzten Westjordanland. 1980 war er wegen seiner Beziehungen zur PLO ausgewiesen worden. In Rom hatte am Samstag ein anonymer Anrufer gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP erklärt, die Palästinenserorganisation „Schwarzer September" stehe hinter dem Attentat.

Kritik an Verletzung der Menschenrechte

AP, Washington

Vom US-Geheimdienst CIA unterstützte Guerillatruppen, die in Nicaragua gegen das sandinistische Regime kämpfen, sind im Jahresbericht des Council of Hemispheric Affairs (etwa: Rat für amerikanische Angelegenheiten) schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte beschuldigt worden. Diese Guerilleros hätten ihre Gewaltakte „mehr auf eine Terrorisierung der Zivilbevölkerung" gerichtet als „auf ihr vorgebliches Ziel, Waffenlieferungen an die Guerilleros in El Salvador zu verhindern", meinte der Rat. Seit 1981 seien nahezu 5000 Nicaraguaner der Guerillatätigkeit zum Opfer gefallen, mehr als 880 von ihnen seien von den „Contras" nach der Gefangennahme getötet worden.

Die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika lastet der Rat nach wie vor den Führungen in Guatemala und El Salvador an. In Guatemala seien im abgelaufenen Jahr 3000 bis 5000 Zivilisten gewaltsam zu Tode gekommen. In El Salvador hätte zwar die „offizielle Gewalt gegen am Kampf unbeteiligte Zivilisten" in gewissem Maße abgenommen. Jedoch müßten 1984 mindestens 3000 Todesfälle der Regierung und Rechtsextremisten zugeschrieben werden.

Umtausch-Träume

Wb. – Jetzt rollt beim Handel die Umtauschwelle. Den Unternehmern – Angestellten wie Selbständigen – muß beim Anblick des Getümmels in den Innenstädten weh ums Herze werden. Wie gerne würden auch sie den einen oder anderen „Einkauf" des Jahres 1984 umtauschen!

Da ist zum Beispiel jenes Paket, das nur des lieben Friedens willen angenommen wurde. Seine vielen Knoten waren bisher trotz emsiger Kleinarbeit noch immer nicht alle aufzubekommen. „38,5-Stunden-Woche" steht darauf. Oder jenes Glanzpapierpäckchen mit der Steuerminderung, dessen Kauf so leicht fiel, weil man damit auch der „richtigen" Partei helfen konnte. Ein Hinweis auf versteckte Mängel war nicht zu finden.

Selbst auf dem Medizinfläschchen mit der Aufschrift „vorzeitiger Ruhestand", das gegen die Entlassungsschmerzen beim Kapazitätsabbau helfen sollte und mancherorts in gar nicht so kleinen Schlückchen geleert wurde, gab es keinen Hinweis auf die Nebenwirkungen. Hier und da hat sich der Kopfschmerz schon eingestellt – wo plötzlich die Köpfe mit der Erfahrung fehlten.

Und dann noch die Auftragspäckchen, die man schon im vergangenen Jahr hereingenommen hatte, weil darauf in leuchtender Schrift das Wort „Beschäftigung" prangte. Noch sind sie nicht alle ausgepackt, doch von manchem weiß man schon, daß man es besser umgetauscht hätte. Pech, daß man bei all diesen Einkäufen vergessen hatte, die Preisschilder umzudrehen. „2. Wahl – vom Umtausch ausgeschlossen", wäre da zu lesen gewesen, wie immer allerdings in sehr kleinen Lettern.

Lückenlos?

hdt – Schon bei der so simpel klingenden Frage, wer in unserem Lande Knöpfe herstellt, gibt es keine lückenlose Übersichten und Antworten. Zweifellos scheitern viele wünschenswerte Geschäftsverbindungen an solchen Informationsdefiziten,die es für viele Waren gibt. Deshalb haben die Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens beschlossen, in enger Zusammenarbeit mit der Technologieberatungsstelle Ruhr in Bochum einen Informationsbeschaffungsdienst aufzubauen, in dem alle anfallenden Daten aus Handel und Industrie eingespeist und für Interessenten jederzeit abrufbereit sein sollen. Dabei handelt es sich nicht nur um reine Produktinformationen, sondern auch um solche über Entwicklungstrends, Patente, Lizenzen, Kooperationsmöglichkeiten und Marktanalysen. Zudem wird ein Zugang zu mehr als 800 Datenbanken in aller Welt ermöglicht. Der Wert eines Systems, das Informationslücken schließt, liegt sicherlich auf der Hand.

BAUGEWERBE / Leichter Marktzutritt erschwert den Abbau von Überkapazitäten

Zuwachs der öffentlichen Aufträge macht früheren Rückgang nicht wett

HANNA GIESKES, Bonn

„Sicher ist nur eins: Die Lage am Bau wird schlechter." Wolfgang Barke, Hauptgeschäftsführer im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), will keine genauere Prognose geben, „seitdem die Konjunkturforscher ihre Vorhersagen für die Bauwirtschaft mehrfach nach unten korrigiert haben". Er ist zwar überzeugt davon, daß auch in Zukunft Bauleistungen nachgefragt werden, aber er weiß auch, „daß die Branche sich kleiner setzen muß".

Die Überkapazitäten am Bau hätten freilich nichts damit zu tun, daß die Bundesrepublik Deutschland etwa „zubetoniert" sei, wie es gelegentlich behauptet werde. Barke zitiert die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage der Grünen: Ganze sieben Prozent des Landes seien bebaut, Straßen eingeschlossen und „inklusive Hühnerställe".

Der ZDB-Geschäftsführer begründet die Unfähigkeit der Branche zum notwendigen Abbau von Überkapazitäten zum einen mit der Leichtigkeit des Marktzutritts: Ein faillierter Bauunternehmer könne ohne Schwierigkeiten ein neues Baugeschäft unter dem Namen seiner Frau eröffnen. Zum anderen habe hier die Politik versagt, „weil die Ankündigungseffekte von Programmen Unternehmer in Krisenzeiten immer wieder zum Durchhalten bewogen haben".

Das kommende Jahr wird der Bauwirtschaft im Urteil aller Auguren einen Rückgang bringen, nachdem auch Ifo seine ursprüngliche Prognose (plus 0,8 Prozent) in ein zweiprozentiges Minus korrigiert hat. Sorgen macht dem Baugewerbe vor allem der zu erwartende Rückgang im Wohnungsbau – Ifo schätzt ihn auf 4,5 Prozent –, „denn daher kommt fast die Hälfte unserer Aufträge".

Diese drastische Verschlechterung wird im Verband als Folge der „Vorzieheffekte" gedeutet, die das ursprünglich zum Jahresende geplante Auslaufen der Mehrwertsteuer-Option im Bauherrenmodell bewirkt habe. Die inzwischen „und viel zu spät" beschlossene Fristverlängerung um drei Monate ist für Barke vor allem ein Indiz für die Praxisferne mancher Politiker, „denn da waren die Ablieferungstermine ja längst vertraglich festgelegt".

Barke räumt ein, daß die „hohe Zeit des Wohnungsbaus" mangels Nachfrage vorbei ist. In dem Maß, wie das Problem der Unterbringung gelöst werde, wachse seine Abhängigkeit von Konjunktur und Einkommen, „weil viele sich bei steigendem Verdienst eine bessere Wohnung suchen". Darum habe der Wohnungsbau auch in Zukunft Berechtigung. Barke wiederholte seine Forderung nach einem Vorziehen der für 1987 geplanten steuerlichen Neuregelung beim selbstgenutzten Wohneigentum, „denn wer rechnen kann, der wartet, bis das kommt". Eine Familie mit zwei Kindern könne bei einem jährlichen Bruttoeinkommen von 80 000 Mark beim Bau eines Einfamilienhauses eine Steuerersparnis von über 80 000 Mark erreichen gegenüber 60 000 Mark nach geltendem Recht.

Im Wirtschaftsbau hält Barke „die größten Überraschungen" für möglich: Die Prognosen reichen von einem dreiprozentigen Zuwachs (Sachverständigenrat) bis zu einem Rückgang um zwei Prozent (DIW). Das Baugewerbe glaubt allerdings eher an den Rückgang. Dies indiziere die Entwicklung der Auftragseingänge, und im übrigen habe es aufgrund des Auslaufens der Investitionszulage auch hier einen „Vorzieheffekt" gegeben.

Der öffentliche Bau wird sich nach übereinstimmender Ansicht aller Konjunkturforscher wieder erholen. Der Sachverständigenrat sagt ein Plus von 3,5 Prozent voraus, doch nach Ansicht der Branche müßten es „mindestens zehn" sein, um die Einbrüche der vergangenen Jahre auszugleichen.

Öffentlichen Baubedarf sieht Barke vor allem im Umweltschutz und in der Stadtsanierung. Ein „Programm" hält er indes für unangebracht, „denn Umweltschutz ist eine Daueraufgabe". Die einzig saubere Lösung sieht er in einer Aufstockung der ordentlichen Haushalte der Gebietskörperschaften, „denn ohne deren Bauinvestitionen geraten noch mehr Arbeitsplätze am Bau in Gefahr".

US-AKTIENMÄRKTE

Den Investoren fehlt ein klares Konjunkturbild

H.-A. SIEBERT, Washington

Im Morast widersprüchlicher Konjunktur- und Zinssignale ist an den US-Aktienmärkten der traditionelle Spurt zum Jahresende steckengeblieben. Die normalerweise unlustige Silvesterbörse bringt den erhofften Umschwung nicht mehr; die Umsätze sind überdies zu gering, um einen echten Trend erkennen zu lassen. Damit schließt das Jahr, wie es begonnen hat: konfus und ziellos. Einige Wall-Street-Broker glauben, daß sich nach einem nur kurzen Aufflackern die Stimmung in den kommenden Monaten kaum ändern wird.

Blickt man zurück, dann hat die 1983er Hausse vorweggenommen, was in Amerika 1984 konjunkturell geschehen ist. Das reale Wachstumsplus erwies sich immerhin mit 6,7 Prozent als das höchste seit 1955. Die Antriebskräfte erlahmten, als im ersten Halbjahr die Geldmarktzinsen um zwei Prozent in die Höhe schossen und die Verbraucher dem Boom im Sommer ein Ende bereiteten. Was heute fehlt, ist die Überzeugung, daß der jüngste Zinsrutsch angesichts der Rekordhaushaltsdefizite von Dauer ist. Als Investitionsbremse wirken die Steuerpläne.

In einem solchen Klima, das zudem lange die Renten bevorzugte, wundert es nicht, daß sich Wirtschaft und Aktienkurse gegensätzlich entwickelten. Seit Jahresbeginn hat der Dow-Jones-Industrie-Index, der 30 hochkarätige Wachstumswerte umfaßt, 54,5 Punkte oder 4,3 Prozent eingebüßt. Das Jahrestief erreichte er am 24. Juli mit 1086,57 Punkten. Nur etwas besser schnitt der breitere Nyse-Index ab, der 0,71 Punkte oder 0,8 Prozent zulegte. Im Wochenverlauf stieg der „Dow" um bescheidene 5,19 (Freitag: 1,65) auf 1204,17, der Nyse-Index um 0,33 (0,25) auf 95,89 Punkte.

Hier zeigt sich, daß auch die starke Zunahme der führenden Konjunkturindikatoren im November um 1,3 Prozent auf die Investoren keinen Eindruck gemacht hat. Sie bestätigt zwar das Ende der konjunkturellen Abschwächung im dritten Quartal, wirft aber gleichzeitig die Frage auf, ob die US-Notenbank unter diesen Umständen an ihrer großzügigeren Geldpolitik festhält.

Schon in der vergangenen Woche zeigte der Zinstrend wieder nach oben. Verauktionierte drei- und sechsmonatige Treasury Bills verteuerten sich von 7,75 auf 7,86 sowie von 8,04 auf 8,19, 30jährige Treasury Bonds von 11,37 auf 11,48 Prozent. Notenbanktagegeld stieg von 7,53 auf 8,72 Prozent. In diesem Umfeld gaben die Rentennotierungen nach. Das unterstreicht die wieder wachsende Zinsunsicherheit.

Was die Wall Street nicht besitzt, ist ein klares Konjunkturbild. Als eine immer größere Last wird das riesige US-Handelsdefizit empfunden. Laut Standard & Poor's bieten die Unternehmensgewinne ebenfalls keine Kaufanreize: Nach plus 25 Prozent 1984 soll die Kurve 1985 flach verlaufen.

Dollar-Hausse bremst Preise

Von LEO FISCHER

Der Baissetrend an den Rohstoffmärkten, der nach dreijähriger Dauer 1983 unterbrochen wurde, setzte sich – entgegen den meisten Prognosen – im zu Ende gehenden Jahr wieder fort: Der Moody's-Index (Dollarpreise) sank übers Jahr um 8,8 Prozent, der Reuters-Index (auf Pfundbasis) um 3,1 Prozent. Der Preisrückgang mußte vor allem im Hinblick auf den kräftigen Konjunkturaufschwung in den USA überraschen. Aber die hohen Zinsen verhinderten den sonst dabei üblichen Lageraufbau bei Verarbeitern und Händlern und ließen es nicht zu der erwarteten Nachfragebelebung kommen.

Erheblich gedämpft wurde die Rohstoffnachfrage auch durch die Kursentwicklung an den Devisenbörsen, besonders durch die starke Dollar-Hausse: Da sich der US-Dollar gegenüber den anderen Währungen zum Teil erheblich verteuerte (gegenüber der DM um mehr als 13 Prozent), wurde die Nachfrage nach Dollar-notierten Rohstoffen zusätzlich gebremst. Deutsche Importeure müssen für die im Moody's-Index enthaltenen Rohstoffe heute 4,2 Prozent mehr zahlen als vor Jahresfrist. Der Preisrückgang der Rohstoffe wurde also für Händler, die in DM rechnen, durch den Kursanstieg der amerikanischen Währung überkompensiert.

Der Einfluß der Devisenkursschwankungen zeigt sich auch darin, daß sich unter den wenigen Rohstoffen, die gegenüber dem Vorjahr im Preis gestiegen sind, nur ein einziger befindet, der *nicht in Pfund Sterling* notiert wird (Schweißwolle). Die Pfundschwäche (Kursverlust gegenüber dem Dollar rund 11 Prozent) hat wesentlich dazu beigetragen, daß Kupfer, Zink, Zinn, Blei und Kaffee zum Schluß des Vorjahrespreis übertrafen. Auch der im Vergleich zum Moody's-Index geringe Rückgang des Reuters-Index um 3,1 Prozent erklärt sich aus dem nachgebenden Kurs der britischen Währung.

Als dritter Baisse-Faktor hat die weltweite Eindämmung der Inflationsraten eine Rolle gespielt. Die geringer gewordenen Preisüberwälzungsspielräume haben – wenn überhaupt – nur bei nachgebenden Notizen Nachfrage aufkommen lassen.

Am Jahresende Bilanz zu ziehen ist zwar üblich, an den Aktien- und Rohstoffbörsen bedeutet der Jahresschluß aber einen willkürlichen Einschnitt. Daher ist es auch fragwürdig, von einem Baisse-Jahr zu sprechen, nur weil die meisten Rohstoffe und die Indices zum Jahresende unter dem Vorjahresniveau notieren. Immerhin befand sich der Reuters-Index in den ersten Monaten 1984 noch im Aufschwung und erreichte am 29. Mai mit 2020,4 ein historisches Höchstniveau und der Moody's-Index erkletterte im April mit 1087,5 seinen Jahreshöchststand (Rekordhoch 1525,5 am 21.1.1980), fiel anschließend aber auf ein Zwei-Jahres-Tief von 951,9.

Entgegen dem allgemeinen Trend entwickelten sich die Preise der NE-Metalle, die allerdings allesamt in Pfund notiert werden. Kupfer, Zink, Zinn und Blei wurden Ende des Jahres höher bewertet als Anfang 1984. Zinn erreichte zwischenzeitlich mit 9955 Pfund pro Tonne einen historischen Höchstpreis, Zink erkletterte mit 797,5 ein Zehn-Jahres-Hoch und Blei stieg zwischenzeitlich auf das höchste Niveau seit November 1981.

Aber nur Zinn konnte bis zum Jahresende in etwa das Höchstniveau behaupten. Die Zinn-Hausse ist auf Exportbeschränkungen und Interventionskäufe der Bufferstock-Manager des internationalen Zinn-Abkommens zurückzuführen sowie auf Streiks in bolivianischen Minen. Welche Bedeutung aber auch der Pfundschwäche zukommt, zeigt die Tatsache, daß die Notiz in malaysischer Währung, die an den Dollar gebunden ist, in Penang nur an der unteren, nach dem Zinn-Abkommen zu verteidigenden Preisschwelle gehalten werden konnte.

Ausgesprochen schwach lagen die Edelmetalle, allen voran Gold. Die sich verschärfende Verschuldungskrise und eine zwischenzeitliche Dollar-Schwäche hatten die Goldnotiz bis auf den Jahreshöchststand von 406,85 Dollar je Feinunze steigen lassen. Aber unter dem Eindruck sinkender Preissteigerungsraten und aufgrund der verhaltenen industriellen Nachfrage näherte sich der Goldpreis zum Jahresende bis auf 3,25 Dollar der psychologisch und charttechnisch als bedeutsam angesehenen Marke von 300 Dollar. Sollte diese Schwelle unterschritten werden, könnte es einen weiteren Preisrückgang für das gelbe Metall geben.

Sehr differenziert und unter starken Schwankungen vollzog sich die Preisentwicklung bei den soft commodities. Wenn man dabei bedenkt, daß Kaffee zwischenzeitlich die höchste Notiz seit dem Rekordpreis von 1977 erreichte und Kakao die Spitze seit 5 1/2 Jahren – die gleichfalls nicht behauptet werden konnten – dann läßt sich kaum behaupten, daß 1984 ein ereignisarmes langweiliges Jahr an den Rohstoffbörsen war. Für Spekulanten boten die starken Preisschwankungen darüber hinaus die Chance zu erfolgreichen Engagements, vor allem wenn sie in der zweiten Jahreshälfte auf Baisse setzten.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende 1984	Ende 1983	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	1127,75	979,75	1138,25	941,75
Zink	L	£/t	686	603,50	797,50	593
Zinn	L	£/t	9939	8382,50	9955	8337,50
Blei	L	£/t	367	279,75	385,50	273,75
Gold	L	$/Unze	310,25	380,13	406,85	303,25
Silber	L	p/Unze	536,75	617,85	679,70	529,10
Platin	L	£/Unze	250,85	270,80	284,90	247,40
Weizen	C	Cts/bu	347,50	363,62	356,50	321,62
Mais	C	Cts/bu	286,25	337,25	365,75	253,12
Kakao[1]	L	£/t	1873,50	1953	2103,60	1638
Kaffee[1]	L	£/t	2244	1899,50	2317,50	1942,50
Zucker	L	£/t	92,50	126,50	194	92
Sojaöl	C	Cts/lb	26,11	29,07	41,08	24,76
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	72,00	89,05	90,10	71,50
Schweißwolle	S	Cts/kg	581,75	566	607	546
Kautschuk	L	p/kg	64,50	83	94,75	58,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			972,4	1065,90	1087,5	951,9
Reuter's (31. 9.31=100) London			1913,5	1972,5	2020,4	1840,5

[1]) Zweite Abladung
[2]) A-Index-Preis
L = London   C = Chicago   S = Sydney   Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT



„Unser freiheitliches Gesundheitswesen ist auf Dauer nur finanzierbar, wenn es neben einer wirksamen Kostendämpfung auch gelingt, die Neuzulassung von Kassenärzten sinnvoll zu begrenzen. Selbst das gesündeste Gesundheitssystem kann drastisch überhöhte Arztzahlen bei hohem Einkommen nicht verkraften."

Helmut Rang, Hauptgeschäftsführer der Kaufmännischen Krankenkasse – KKH, Hannover.
FOTO: MANFRED ZIMMERMANN

Zuversicht über Konjunkturlage

dpa/VWD, Frankfurt

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik im kommenden Jahr wird vom größten deutschen Bankinstitut, der Deutschen Bank, „alles in allem" zuversichtlich eingeschätzt. Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Aufschwungtendenzen in diesem Jahr erwartet die Bank für 1985 „weitere Verbesserungen". Wesentliche Kennzeichen der künftigen Entwicklung seien ein „etwas abgeschwächtes Exportwachstum, eine deutliche Beschleunigung der Ausrüstungsinvestitionen, eine durch Beschäftigungszuwachs gestärkte Verbrauchsnachfrage, aber auch Probleme in der Bauwirtschaft".

OPEC-KONFERENZ

Kontrollorgan soll Preispolitik der Mitglieder überwachen

IRENE ZÜCKER, Genf

Die 72. Ministerkonferenz der 13 erdölexportierenden Staaten (Opec), die Samstagnacht nach sechs Tagen zu Ende ging, brachte auf zwei Gebieten Entscheidungen. Beschlossen wurde, interimsweise die Preiszu- und -abschläge (Differentials) für Schwer- und Leichtölwie anzupassen: „Arabian Heavy" wird preislich um 50 Cent je Faß angehoben, die Qualität „Medium" um 25 Cent, während „Extra Ligth" um 25 Cent gesenkt wird. Der gegenwärtige Richtpreis für „Arabian Light" von 29 Dollar soll weiter verteidigt werden.

Nicht einverstanden mit dem Beschluß sind Algerien und Nigeria, das sich mehr Flexibilität bewahren will. Eine ministerielle Opec-Sonderkonferenz wird sich bis spätestens Februar einmal mehr den Preisunterschieden widmen. Die nächste ordentliche Konferenz ist erst für den 22. Juli geplant ist.

Weiter wird das ministerielle Komitee für Preisunterschiede von den ursprünglich drei Mitgliedern Saudi-Arabien, Libyen und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf sieben Teilnehmer erhöht, womit als kluger Opec-Schachzug auch das abtrünnige Nigeria eingebunden wird.

Die zweite Entscheidung betrifft den den Aufbau eines Überwachungssystems mit internationalen Kontrollen von Produktion, Export und Preisen für alle Transaktionen von Rohöl und raffinierten Produkten der Kartellmitglieder, um so die Quoten- und Preisbetrügereien in den eigenen Reihen zu unterbinden. Zu diesem Zweck wurde in Genf ein neuer ministerieller Exekutivrat geschaffen, der vom saudiarabischen Scheich Yamani präsidiert wird.

BERLIN

Pieroth: Entspannung am Arbeitsmarkt bis 1986

tb, Berlin

Mit einer weiteren Entspannung auf dem Berliner Arbeitsmarkt rechnet Wirtschaftssenator Elmar Pieroth in den nächsten beiden Jahren. In einem Jahresrückblick gründet der Senator seine Zuversicht auf die Investitionen in Berlin in den letzten zwei Jahren, die zu weiteren neuen Arbeitsplätzen in der Stadt führen werden. Für 1985 erwartet er eine Zunahme der Erwerbstätigen um 0,5 Prozent.

Mit etwa 836 000 Personen sind 1984 in Berlin über 3000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt gewesen als 1983. Und zum erstenmal seit 15 Jahren ist die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Industrie zum Jahresende höher als zu Beginn des Jahres. 1984 habe es in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen einen Beschäftigungszuwachs gegeben, und in der Industrie sei endlich der Durchbruch bei den Arbeitsplätzen gelungen, schreibt Pieroth. Nachdem sich die Zahl der Industriebeschäftigten zwischen Januar und Oktober um fast 3500 erhöht hat, geht Pieroth davon aus, daß zum Jahresende über 1000 Personen mehr beschäftigt sind als Anfang 1984.

Beim Wirtschaftswachstum in Berlin erwartet der Senator 1985 zumindest wieder einen vollen Wachstumsgleichschritt mit dem übrigen Bundesgebiet. Bei weiter aufwärts gerichteter Wirtschaftsaktivität dürfte die reale Expansion bei 2,5 Prozent liegen. 1984 hat Berlin mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von rund 3 Prozent etwas besser abgeschnitten als das Bundesgebiet (2,5 Prozent). Besondere Schubkraft ging vor allem von der Nachfrage nach Investitionsgütern aus. Spitzenreiter waren die Büro- und Datentechnik sowie die spürbare Belebung in der Elektronik.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Einigung über Röhrenstreit in Sicht

Brüssel (AP) – Die Europäische Gemeinschaft rechnet damit, daß ihr Vorschlag zur Begrenzung des Exports von Stahlröhren in die USA amerikanische Billigung findet, wie ein EG-Sprecher in Brüssel erklärte. Möglicherweise werde die amerikanische Zustimmung schon heute in einem Telefongespräch zwischen dem Industriekommissar der EG-Behörde, Etienne Graf Davignon, und dem amerikanischen Handelsbeauftragten William Brock erteilt, sagte der Sprecher. Die zehn EG-Länder hatten sich nach Mitteilung eines Sprechers der Brüsseler Kommission am Freitag darauf geeinigt, den USA eine Begrenzung des Anteils der Europäer am amerikanischen Stahlmarkt auf 7,6 Prozent vorzuschlagen.

Beihilfe genehmigt

Brüssel (VWD) – Die in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten steckende Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, hat wenige Tage vor Toresschluß, von der EG-Kommission das grüne Licht für den Erhalt einer Subventionstranche in Höhe von 80 Mill. DM erhalten. Nach Angaben eines Kommissionssprechers handelt es sich dabei um Mittel des Saarlandes, die ausschließlich zur Schuldentilgung vorgesehen seien. Solche Betriebs- oder Überlebensbeihilfen können nach den Bestimmungen des EG-Beihilfekodex ab 1. Januar 1985 nicht mehr gewährt werden.

Inflation auf Rekordhöhe

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Die brasilianische Geldentwertung hat 1984 alle in diesem Land bisher gekannten Rekorde geschlagen. Wie das staatliche Wirtschaftsinstitut Getulio Vargas mitteilte, betrug die Jahresinfaltionsrate 223 Prozent. Wie weiter bekannt wurde, wird Brasilien auch 1985 – zumindest während der ersten beiden Monate – keine Zahlungen zur Tilgung seiner Auslandsschuld von rund 100 Mrd. Dollar leisten.

Index gestiegen

Washington (Sbt.) – In den USA ist der Index der führenden Konjunkturindikatoren im November um 1,3 Prozent gestiegen, verglichen mit minus 0,5 Prozent im Oktober und plus 0,9 Prozent im September. Die Zunahme im November reichte jedoch nicht aus, um die vorausgegangenen Rückgänge auszugleichen. Etwas verzerrt wird das Bild außerdem durch die relativ stark ausgeweitete Geldversorgung, gemessen am Aggregat M2.

Keine Steuerermäßigung

München (dpa) – Für sogenannte Ringdarlehen, bei denen sich Bauherren oft unter Einschaltung ihrer Ehegatten reihum zu denselben Bedingungen gleich hohe Darlehen gewähren, gibt es künftig keine Steuerermäßigung nach dem Berlinförderungsgesetz mehr. Diese Entscheidung zur Finanzierung von Baumaßnahmen in West-Berlin hat der Bundesfinanzhof bekanntgegeben. Das oberste Finanzgericht sah in den Ringdarlehen einen „Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts". (Aktenzeichen: BFH IX R 3779).

Gutes Börsenjahr

Hamburg (dpa/VWD) – Das Börsenjahr 1984 hat letzten Endes die Erwartungen vom Jahresbeginn mehr als erfüllt. Ihm sei sowohl für Aktien wie auch für Renten die Note „voll befriedigend" zu erteilen. Wie der Vorsitzende des Vorstandes der Hanseatischen Wertpapierbörse in Hamburg, H. D. Sandweg, auf der Jahresschlußbörse erklärte, stiegen die Umsätze an allen deutschen Börsenplätzen in inlänischen Aktien (per Ende November 1984) um 11,4 Prozent, in ausländischen Aktien um 27,8 Prozent. Die Umsätze in inländischen Renten erhöhten sich um 29,7 Prozent. Nur die Umsätze in ausländischen Renten gingen um 1,7 Prozent zurück.

Weg der Kurse

	28.12.84	21.12.84
Boeing	56,25	55,50
Chrysler	31,375	30,75
Citicorp	38,75	38,625
Coca-Cola	62,375	62,25
Exxon	44,75	43,875
Ford Motors	45,625	44,625
IBM	123,75	123
PanAm	4,50	4,50
US Steel	25,875	25,125
Woolworth	36,625	36,625

ARGENTINIEN / Gemeinschaftsaktion des Währungsfonds und der Banken

Neues Kreditpaket ist endlich perfekt

H.-A. SIEBERT, Washington

Argentinien, dessen Auslandsschulden 45 Mrd. Dollar ausmachen, hat es geschafft. Dem südamerikanischen Land werden in den kommenden 15 Monaten 5,87 Mrd. Dollar (rund 18,37 Mrd. Mark) an neuen Krediten zur Verfügung stehen, nachdem die 320 betroffenen Geschäftsbanken in letzter Stunde ihr Jawort gegeben und die Exekutivdirektoren des Internationalen Währungsfonds (IWF) daraufhin die schon im September avisierten Bereitschaftsgelder genehmigt haben. Zunächst einmal, so scheint es, ist die demokratische Alfonsin-Regierung aus dem Schneider.

Am Freitag morgen wartete der IWF noch auf die bindende Zusage der privaten Institute, denen Argentinien 25 Mrd. Dollar schuldet, mindestens 90 Prozent von 4,2 Mrd. Dollar zu übernehmen. Übermittelt wurde sie von der New Yorker Citibank. Die Banken standen unter starkem Druck, da Buenos Aires noch heute von 1,2 Mrd. Dollar ausstehenden Zinsen 850 Mill. Dollar zahlen wird. Dadurch verschönern sich die Jahresbilanzen. Auf bis zu zwölf Jahre umgeschuldet haben die Banken schon vor einiger Zeit 13,4 Mrd. Dollar, die nach 1982 fällig waren oder es bis Ende 1985 sind.

Der IWF ist an dem Finanzpaket mit mehr als 1,69 Mrd. Sonderziehungsrechten („Papiergold", SZR) beteiligt. Das sind umgerechnet 1,67 Mrd. Dollar. Davon können 1,42 Mrd. SZR bis Ende März 1986 gezogen werden; wegen der Exportausfälle hauptsächlich im Regionalhandel erhält Argentinien aus der kompensatorischen Fazilität 275 Mill. SZR. In Anspruch nimmt Buenos Aires 127,5 Prozent seiner Quote; die alten Forderungen des Fonds übersteigen 1,12 Mrd. SZR oder 1,1 Mrd. Dollar.

Mit der Annahme des Beistandskredits hat Argentinien auch die wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF akzeptiert. Sie sind Teil des Regierungsprogramms, das auf ein stärkeres Wachstum der Ausfuhren und Investitionen sowie auf die Reduzierung der Inflationsrate von 700 auf etwa 150 Prozent bis Ende dieses Jahres zielt. Mittelfristig wird ein dauerhaftes Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz, eine Korrektur der Preisverhältnisse und eine Wiederherstellung der Marktmechanismen angestrebt.

Folgt man dem IWF, dann ist Buenos Aires gezwungen, drastische Anpassungen bei den öffentlichen Ausgaben sowie in der Geld- und Lohnpolitik vorzunehmen. Verringert werden muß die Abhängigkeit von Preis- und Importkontrollen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, soll das Defizit des öffentlichen Sektors 1985 auf fünf (1983: 12,5) Prozent sinken.

BÖRSE 1984 / Bundesrepublik im internationalen Vergleich zwar nur auf einem hinteren Platz, aber dennoch Lob von allen Seiten

Nach dem Jahr guter Aktien bleiben die Ampeln auf Grün

Von CLAUS DERTINGER

Nach dem „Jahr guter Aktien", das dem „Jahr der Aktie" folgte, stehen die Börsenampeln immer noch auf Grün. Das ist der Eindruck, der sich aus Gesprächen mit Börsianern ebenso wie aus den bislang veröffentlichten Börsenprognosen der Banken ergibt. Wohin man auch blickt: Überall wird Zuversicht „verkauft" für den Aktienmarkt 1985. So richtig „bullish" gibt sich die Commerzbank, und sie wird dabei ganz konkret. Sie rechnet für die ersten Monate des neuen Jahres mit einem weiteren Kurssteigerungspotential von rund zehn Prozent, und zwar für den Marktdurchschnitt, wie er sich im Aktienindex widerspiegelt, was bedeutet, daß Spitzenreiter noch besser abschneiden und lahme Enten schlechter.

Auch zahlreiche andere Banken schwimmen auf der Prognoselinie der Commerzbank. Selbst Institute, die auf mögliche Klippen hinweisen, machen den Freunden der Aktie Mut. So zum Beispiel die Helaba, die überdurchschnittliche Kurschancen sieht, wobei es nur mehr als in manchen anderen Jahren darauf ankomme, das „richtige" Papier zu kaufen.

Am letzten Tag neuer Index-Höchststand

Die richtige Auswahl war auch schon in diesem Jahr die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiches Operieren an der Börse. Denn anders als in der ersten Aufschwungphase vom Herbst 1982 bis Ende 1983 ist der Aktienmarkt 1984 nicht mehr in seiner ganzen Breite von der Aufwärtsbewegung erfaßt worden. Der WELT-Aktienindex stieg, übers ganze Jahr gesehen, nur noch um 6,7 Prozent von 152,6 Punkten auf einen neuen absoluten Höchststand von 162,8 Punkten am letzten Börsentag dieses Jahres. Das war mehr als bescheiden im Vergleich zu dem 1983er Index-Plus von 37,4 Prozent.

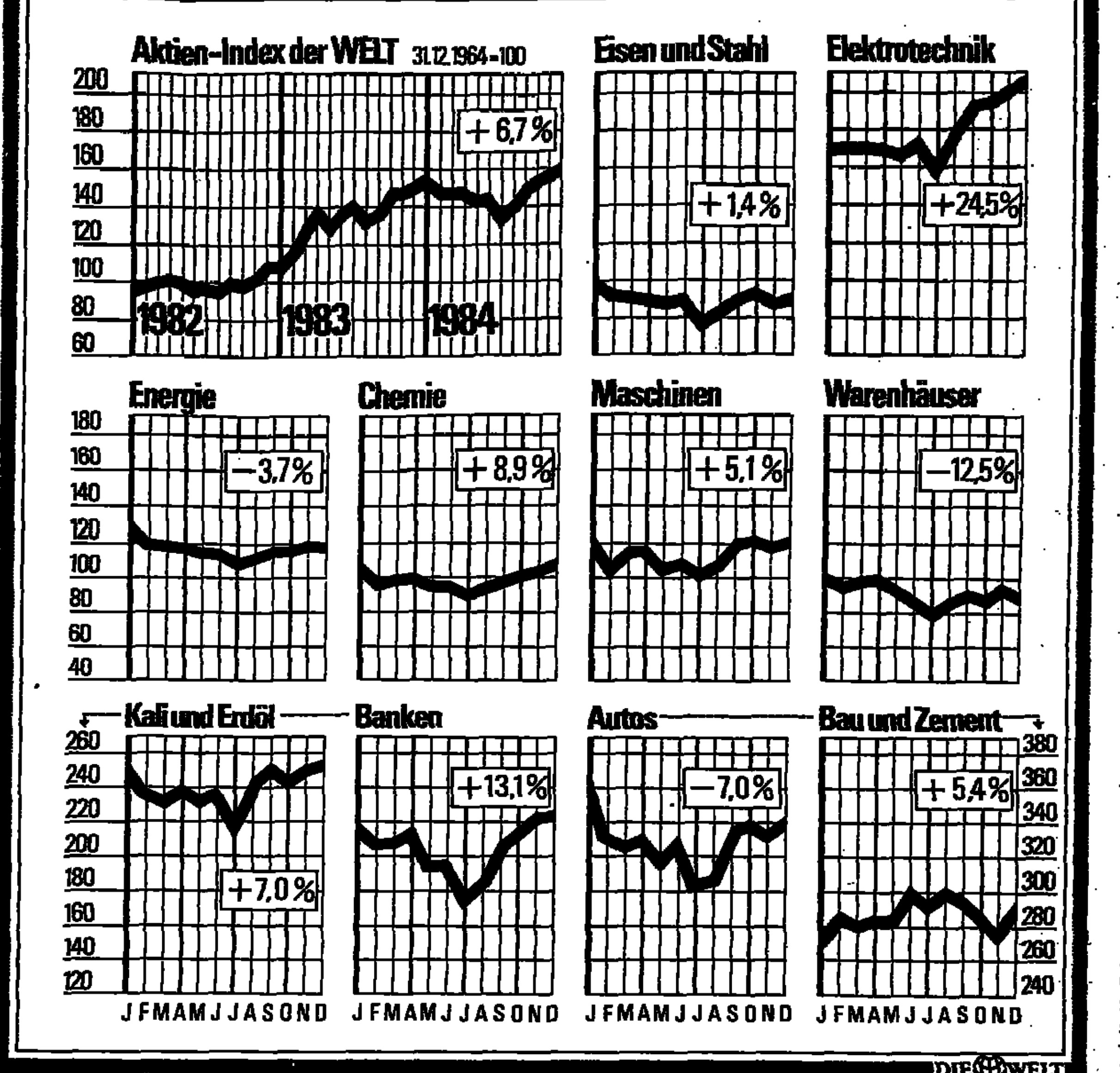
Dennoch bekommt das Aktienjahr 1984 von fast allen Seiten gute Noten. Und das auch noch, obwohl der deutsche Aktienmarkt im internationalen Börsenkonzert, in dem Tokio, Mailand, Paris und London mit Indexgewinnen von gut 16 bis gut 21 Prozent den Ton angaben, nur einen der hinteren Plätze einnimmt, wenngleich er noch besser abschneidet als die Wall Street, die mit gut vier Prozent (beim Dow-Jones-Index) ins Minus gerutscht ist. Verständlich wird das positive Urteil über das Börsenjahr 1984, wenn man einen Blick auf die Kurssteigerungen einiger Branchen und einiger Einzeltitel wirft.

Gewiß waren Versicherungsaktien, die den Marktdurchschnitt etwa zehnmal schlugen, die großen Ausreißer, die wegen ihrer relativ geringen Gewichtung im Index den Gesamtmarkt allerdings nicht nennenswert beeinflußten und die auch, von den Allianz-Papieren einmal abgesehen, nicht unbedingt zu den sehr breit gestreuten Publikumsaktien gehören. Anders war das schon bei den Elektrowerten, die unter den Industrieaktien an der Börse nach einem vorjährigen gut 44prozentigen Plus 1984 das Rennen machten.

Innerhalb dieser Branche brachte es die Siemens-Aktie, ein Titel, der praktisch in jedem Aktienportefeuille zu finden ist, immerhin auf einen stolzen Gewinn von gut 24 Prozent. In der gleichen Größenordnung bewegte sich die Kurssteigerung der AEG-Aktie; aber beide Papiere rangieren auf der Hitliste noch weit abgeschlagen hinter PKI (plus 97 Prozent) und dem Börsenneuling Nixdorf (plus 37 Prozent). Es war also schon Geld zu verdienen an der 84er Börse, auch mit Chemieaktien wie Schering (plus 21 Prozent) und Bayer (plus 14 Prozent) oder dem Star unter den Großbankaktien, der Deutschen Bank, die 28 Prozent zulegte, ganz zu schweigen von der Stahlaktie Klöckner-Werke (plus 45 Prozent).

Geld zu verdienen war 1984 an der Aktienbörse aber auch, wenn man die Schwankungen im Jahresverlauf geschickt nutzte. Denn nach dem flotten Aufgalopp, der bis Anfang Februar ein Indexplus von fast fünf Prozent bescherte, ging es mit dem Index bis in die vierte Juliwoche um 16 Prozent bergab, und seitdem hat sich der Index um gut 21 Prozent erholt.

Aber man mußte schon auf die richtigen Aktien aus den richtigen Branchen setzen, auf Papiere von Unternehmen, die ein gutes Gewinnwachstum erwarten ließen, deren Ertragsbewertung moderat erschien, und vor allem auf Industriezweige, die als zukunftsträchtig galten. Wo diese Voraussetzungen nicht als erfüllt angesehen wurden, sah es zum Teil recht trübe aus an der Börse. Als Beispiel seien hier nur die Autoaktien genannt, die unter dem Arbeitskampf und der Katalysatordiskussion litten, die Aktien der Maschinenbauindustrie, die ebenfalls vom Streik tangiert wurden, sowie die Warenhausaktien, die sich wegen nur mäßiger Zunahme des Konsums und sinkender Erträge keiner Beliebtheit erfreuten.



Nicht nur das schlechte Abschneiden der Aktien einiger Branchen, sondern auch die Wechselbäder, denen der Aktienmarkt 1984 ausgesetzt war, haben zahlreichen Aktionären auch Enttäuschungen gebracht: denn die Börsenentwicklung entsprach in der ersten Jahreshälfte nicht dem, was die Konjunktur vorzuzeichnen schien. Unprogrammgemäß war der Arbeitskampf, der das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal deutlich bremste. Einen Strich durch die Rechnung machte auch New York.

Der unerwartete Wiederanstieg der US-Zinsen – ein Reflex der steigenden Defizite im Budget und in der Leistungsbilanz – drückte auf die Kurse an der Wall Street und verbreitete auch hier gedämpfte Stimmung. Hinzu kam, daß die attraktiven amerikanischen Zinsen, die in der ersten Jahreshälfte zeitweilig um etwa sechs Prozent höher waren als die deutschen, Kapital in die USA lockten, was mit einem Aderlaß für die deutschen Wertpapiermärkte gleichzusetzen war. Außerdem gab es noch eine andere böse Überraschung. Der steigende D-Mark-Kurs im Frühjahr war nicht etwa, wie erhofft, für Ausländer ein Signal, sich nun verstärkt in deutschen Papieren zu engagieren, sondern er bewirkte genau das Gegenteil.

Erst mit dem Einsetzen eines Zinsrückgangs in den USA, der mit dem Ende der längsten Streiks in der Bundesrepublik zusammenfiel, hellte sich der deutsche Börsenhorizont wieder auf. Das Börsenvolk faßte wieder Mut, als nach und nach immer deutlicher sichtbar wurde, daß die Wirtschaft Anschluß an das Wachstumstempo vom Jahresbeginn gewinnen würde. Ausgesprochen kräftige Impulse kamen außerdem von der monetären Seite. Die in Aussicht genommene Aufhebung der Kuponsteuer bewirkte eine schlagartige Zunahme des Auslandsinteresses für deutsche festverzinsliche Papiere, das die Kapitalmarktzinsen seit Anfang August um mehr als einen vollen Prozentpunkt leicht unter die Sieben-Prozent-Marke drückte. Daß auch der Zinsrückgang in den USA zu dieser Entwicklung beitrug, sei nicht nur am Rande erwähnt.

Bemerkenswert ist allerdings, daß sich dieser Zinssenkungsprozeß trotz einer zuvor kaum für möglich gehaltenen Dollarhausse vollziehen konnte; immerhin kletterte der Dollarkurs seit seinem Tiefststand Anfang März um rund 25 Prozent auf über 3,15 DM im September, und auch am Freitag überschritt der Greenback zeitweilig diese Marke. Doch die Einstellung der Börsianer zum Dollarkurs ist heute eine ganz andere als noch vor einem Jahr. Je höher der Dollarkurs, um so billiger ist für Ausländer der Einstieg in D-Mark-Papiere, die zusätzliche Wechselkurschancen versprechen; und so hofft man denn auf entsprechende Auslandsengagements, die allerdings an der Aktienbörse in letzter Zeit mehr sporadischen Charakter hatten.

Der hohe Dollarkurs ist aber auch noch aus einem anderen Grunde ein Stimulans für die Börse, auch im Hinblick auf 1985. Er stärkt den deutschen Export, der ebenso wie im abgelaufenen Jahr ein Zugpferd der deutschen Konjunktur sein wird, und zwar wohl auch dann noch, wenn er sich zwischen 2,70 und 3,00 Mark bewegen sollte, wie viele Experten für 1985 erwarten.

Das zweite und vermutlich noch wichtigere Bein für das Wirtschaftswachstum soll im neuen Jahr die Investitionstätigkeit sein, die 1985 nach den Erwartungen des Sachverständigenrats von einer realen Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um rund zehn Prozent geprägt sein soll. Wenn die fünf Weisen mit ihrer Prognose eines gut dreiprozentigen Wirtschaftswachstums, das sich im Jahresverlauf eher verstärkt, recht bekommen, müßten von der konjunkturellen Seite her günstige Voraussetzungen für eine gute Börsenentwicklung gegeben sein.

Da von der Kostenseite her aus heutiger Sicht keine übermäßigen Belastungen ins Haus stehen, müßte in den von der Konjunktur begünstigten Branchen auch der positive Gewinntrend anhalten, wenngleich die Zuwachsraten allein schon wegen des inzwischen erreichten hohen Niveaus geringer ausfallen dürften. Wieweit sich die Börsianer von dem zu erwartenden prozentualen Rückgang der Gewinnzuwächse ins Bockshorn jagen lassen, steht freilich auf einem anderen Blatt.

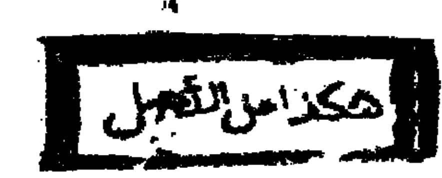
Als börsenfreundlich ist auch die für 1985 erwartete ruhige Preisentwicklung einzuschätzen; sie bewirkt einmal eine weitere Verbesserung der Qualität der Unternehmensgewinne, die nicht mehr wie in manchem früheren guten Ertragsjahr durch inflationäre Scheingewinne aufgebläht sind.

Weitere Zinssenkung am Rentenmarkt

Zudem läßt das ruhige Preisklima einen Fortgang des Zinssenkungsprozesses am Rentenmarkt erwarten; Optimisten schließen nicht aus, daß die Rendite für zehnjährige Bundespapiere von jetzt knapp sieben Prozent auf sechseinhalb Prozent oder sogar noch weiter sinkt. Eine weitere Zinsermäßigung, für die auch das nach wie vor hohe Realzinsniveau von knapp fünf Prozent spricht, rechtfertigt nach Ansicht vieler Analysten eine höhere Gewinnbewertung am Aktienmarkt, die Spielraum für Kurssteigerungen schafft.

Die größten Chancen werden an der Börse derzeit den Aktien von Unternehmen eingeräumt, die 1985 vom Investitionsschub profitieren. Dazu zählen wie schon 1984 in erster Linie die Elektronikwerte. Nachholbedarf müßten eigentlich die Aktien des Maschinen- und Anlagebaus haben. Ebenfalls werden die Aktien der Chemie- und Kunststoffindustrie als aussichtsreich eingestuft; die hohen Dividendenrenditen werden bei den Farbnachfolgern, die sich einschließlich Steuerguthaben besser rentieren als Bundesanleihen, als zusätzliches Stimulans angesehen. Auch Bankaktien stehen auf den Empfehlungslisten vieler Anlageberater.

Alle Prognosen stehen freilich unter zwei Vorbehalten. Einmal dem, daß es in den USA weder einen Konjunkturzusammenbruch noch eine neue Zinsexplosion gibt. Zum anderen, daß die Landtags- und Kommunalwahlen im Frühjahr nicht die Gefahr eines 1987er Machtwechsels in Bonn signalisieren.



AM-VERSICHERUNGEN / Höhere Holding-Erträge

Vorjahresdividenden sicher

HARALD POSNY, München

Die Holding der AM-Versicherungs-Gruppe, Aachen, die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, erwartet für 1984 ein Ergebnis auf Vorjahreshöhe (21,7 Mill. DM). Wie aus dem Aktionärsbrief hervorgeht, erreichen die Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften nicht die des Vorjahres (44,2 Mill. DM). Sie liegen aber unter Berücksichtigung von Sondererträgen aus dem Verkauf der US-Beteiligung First Colony Life nicht zuletzt wegen gesteigerter Erträge aus Kapitalerhöhungen um 4,65 Mill. DM über den um Sondereinflüsse bereinigten Werten. Zwar gibt der AMB-Vorstand keinen Hinweis auf die Ausschüttung, doch scheint die Vorjahresdividende 9 DM je 50-DM-Aktie sicher, nicht jedoch der 1984 gezahlte Bonus von 2,50 DM.

Das Geschäft der Tochtergesellschaften zeigt in den ersten drei Quartalen 1984 ein „zufriedenstellendes Wachstum" bei unterschiedlichen Schadenverläufen. Die AM-Versicherungs-AG hatte in den ersten 11 Monaten ein Prämienplus von knapp 6 Prozent. Sanierungserfolge in der Hausrat- und Transportversicherung lassen eine verbesserte Schadenquote und bei unverändertem Kostensatz ein höheres technisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung (1983: 3,3 Mill. DM) erwarten. Gemeinsam mit höheren Erträgen aus Kapitalanlagen und angemessener Rücklagendotierung ist Ausschüttung wie (7 DM je 50-DM-Aktie) möglich. Gleiches gilt für die Thuringia Versicherungs-AG, München, die in den ersten drei Quartalen bei einem Prämienplus von 4,5 Prozent als Folge des Hagelunwetters jedoch 8,6 Prozent mehr an Schadenleistungen ausweist.

Die AM-Lebensversicherung wird mit einem Neugeschäft von 4,5 Mrd. DM (plus 15 Prozent) abschließen. Der Bestand lag Ende September bei 28,2 Mrd. DM. Die Kapitalanlagen nahmen bei zufriedenstellender Ertragsentwicklung um 9,3 Prozent auf 6,3 Mrd. DM zu. Der Direktversicherer Cosmos erwartet 1984 ein Neugeschäft von 130 Mill. DM. Hier wird eine gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhte Dividende erwirtschaftet. Die Central Krankenversicherung hatte in den ersten drei Quartalen ein Aufwendungsplus von 5,7 Prozent bei nur um 1,4 Prozent höheren Beiträgen. Damit stieg die Schadenquote von 68 auf 70,9 Prozent. Das Gesamtergebnis liegt in Vorjahreshöhe.

HAMBURG / WELT-Gespräch mit Alfons Pawelczyk, Bevollmächtigter der Hansestadt beim Bund

„Immer noch ein attraktiver Wirtschaftsstandort"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Aus der Abwartehaltung heraus in die Offensive – so begreift Alfons Pawelczyk, seit einem halben Jahr Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund, nicht nur seine Aufgabe in Bonn, sondern so sollte sich auch die Hansestadt präsentieren. Sie sei immer noch ein attraktiver Wirtschaftsstandort, für den auch sehr viel getan werde, mit einem ebenso attraktiven Kultur- und Freizeitangebot. Kurz: „Eine Stadt, in der es sich lohnt zu leben", so Alfons Pawelczyk in einem Gespräch mit der WELT, in dem er die Probleme Hamburgs keineswegs herunterspielt. Aber der Zweite Bürgermeister gibt sich auch selbstbewußt.

Pawelczyk ist sich, wie er selber betont, nicht zu schade, für Hamburg zu werben. Es geht ihm in starkem Maße darum, daß dann, wenn in Bonn Entscheidungen fallen, das für Hamburg Spezifische auch auf den Tisch kommt. Daher hat er in den vergangenen Monaten nicht nur den Kontakt zum Kanzler gesucht, sondern auch zu den Ministern, die Einfluß auf Wirtschaft, Strukturpolitik, Forschung und Umweltschutz haben.

So hat er mit Forschungsminister Riesenhuber nicht nur über die TU Harburg und das Fraunhofer-Institut für Umwelttechnik, Altlastensanierung und Recycling gesprochen, sondern auch über die Mülldeponie Georgswerder. Er hat eine Zusage von zunächst 13 Millionen DM für das Pilotprojekt „Abfallbeseitigung" erhalten. In den Kontakten mit dem Bundesverkehrsminister ging es unter anderem um den Seehafen-Hinterlandverkehr. Mit Wirtschaftsminister Bangemann hat er sich über die Regionalpolitik unterhalten. Beziehungen gibt es auch zum Verteidigungsministerium.

Seine Referenten hat Pawelczyk angewiesen, nicht zu warten, bis etwas auf sie zukommt, sondern den Kontakt zum Beispiel zu jedem Hamburger Abgeordneten zu suchen, gleich welcher Partei. Die Wirtschaft erwarte Informationen und auch Hilfestellung, die sie auch erhalten solle. Das Problem sieht er darin, daß die Firmen sich häufig erst an die Landesvertretung wenden, wenn „das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist". Rechtzeitige Kontaktaufnahme würde manches erleichtern.

Die wichtigste Aufgabe des Bevollmächtigten sei natürlich der Einfluß auf die Politik. Dabei müssen die regionalen Aspekte eingebracht werden. Die Zusammenarbeit der Küstenländer sei in der letzten Zeit besser geworden. Die Region müsse sich so präsentieren, daß ein realistisches Bild von ihr entsteht.

Natürlich kommt auch Pawelczyk nicht um das Nord-Süd-Gefälle herum. Den Umschwung begründet er nicht nur mit der Krise etablierter Branchen wie der Werftindustrie und der Randlage durch die politische Teilung Europas, sondern auch mit der stärkeren staatlichen Förderung von Forschung und Innovation im Süden. Diesen Pendelschlag müsse die Küstenregion wieder ausgleichen.

Die Aussichten für Hamburg seien recht gut. Denn Hamburg sei immer noch eine reiche Stadt. Sie zahle in den Finanzausgleich, während die Nachbarländer aus diesem Topf etwas bekommen. Im Gegensatz zu vielen Nachbargemeinden erhalte Hamburg keine Fördermittel aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung" oder der „Zonenrandförderung". Und die Kumulation der Fördermittel habe zur Abwanderung von Betrieben ins Umland geführt. Hamburg müsse seine Metropolfunktion für den Norden ausschließlich aus eigenen Mitteln bezahlen, und das trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation. Pawelczyk benutzt zur Illustration folgenden Vergleich: In Hamburg gebe es 80 000 Arbeitslose, denen stünden aber 160 000 Einpendler aus dem Umland gegenüber.

Die Arbeitslosigkeit mindere die Steuerkraft. Daher sei der Senat zu Einsparungen selbst im Personalbereich gezwungen gewesen. Die eingesparten Mittel würden zur Attraktivitätsverbesserung Hamburgs eingesetzt. Für Pawelczyk eine Investition in die Zukunft.

An erster Stelle nennt er die TU Harburg, eine Forschungsuniversität, deren Ergebnisse unmittelbar der norddeutschen Wirtschaft zugute kommen. Sie soll intensiv den Kontakt zur Wirtschaft suchen.

Investiert werde in die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens, des größten in der Bundesrepublik. Hier sei aber auch der Bund gefordert. Er habe für einen Ausgleich der geographischen Randlage zu sorgen. Die Tarife im Seehafen-Hinterlandverkehr müßten denen im grenzüberschreitenden Verkehr angepaßt werden.

Es gehe aber auch um die Erhaltung des Medienzentrums Hamburg. Pawelczyk weist darauf hin, daß innerhalb der SPD die Hamburger den Vorreiter gespielt haben.

KARTELLAMT

Fusionsverfahren in der Schwebe

dpa/VWD, AP, Berlin

Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts gegen die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS) und der Technische Werke der Stadt Stuttgart AG (TWS), beide Stuttgart, aufgehoben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Dem Kartellamt bleibt der Weg der Rechtsbeschwerde. Ob das Bundeskartellamt in die Rechtsbeschwerde gehen wird, werde erst nach Vorlage der schriftlichen Begründung entschieden, teilte der Sprecher des Amtes mit.

EVS und TWS hatten beim Berliner Amt die Gründung der EVS-Gasversorgung Nord GmbH, Stuttgart, für den Aufbau und Betrieb von regionalen Gasversorgungen im Raum Hohenlohe angemeldet. Das Bundeskartellamt hatte dieses Vorhaben im März 1984 aus Wettbewerbsgründen untersagt und die Auffassung vertreten, beide Unternehmen könnten in Hohenlohe als Anbieter auftreten.

Auch die geplante Beteiligung des US-Nahrungsmittelkonzerns The Pillsbury Co., Minneapolis, an der Sonnen-Bassermann-Werke Sieburg u. Pförtner GmbH u. Co. KG, Seesen/Harz, bleibt weiter in der Schwebe. Das Bundeskartellamt hat sich für die Beurteilung des Fusionsvorhabens überraschend eine Fristverlängerung ausbedungen, nachdem den beteiligten Unternehmen bereits in einer sogenannten Abmahnung eine Untersagungsverfügung angekündigt worden war. Wie der Sprecher des Kartellamts auf Anfrage bestätigte, wurde die Entscheidungsfrist bis Ende März 1985 verlängert. Hintergrund der Fristverlängerung sind neue Überlegungen zur Abgrenzung des relevanten Marktes, der bei dieser Fusion zugrunde zu legen wäre. Die Wettbewerbshüter hatten in ihren früheren Überlegungen Naßfertiggerichte und Trockenfertiggerichte getrennten Märkten zugeordnet, jetzt wird das Fusionsvorhaben noch einmal unter dem Gesichtspunkt geprüft, daß beide Märkte zusammengehören.

US-HANDELSBILANZ / Minus bei 125 Milliarden Dollar

Baldrige: Defizit steigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine neue Rekordhöhe hat das US-Handelsbilanzdefizit in den ersten elf Monaten dieses Jahres erreicht. Gegenüber der gleichen Zeitspanne 1983 stieg es von 62,6 auf mehr als 115,4 Mrd. Dollar. Das sind umgerechnet etwa 358 Mrd. Mark. Während die Ausfuhren um 8,4 Prozent auf 198,8 Mrd. Dollar zunahmen, erhöhten sich die Importe um 27,8 Prozent auf 314,2 Mrd. Dollar. Diese Explosion ist das Ergebnis des überbewerteten Dollar und des Konjunkturbooms im ersten Halbjahr. Auf der Exportseite ist jedoch eine Wende eingetreten: Hier machte das Minus 1983 noch 6,4 Prozent aus.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige rechnet jetzt für das Gesamtjahr 1984 mit einem Defizit in Höhe von 125 (1983: 69,4) Mrd. Dollar. Das sind plus 78,5 Prozent. Da der Dollar stark bleibe, werde sich der Passivsaldo in den ersten Monaten des kommenden Jahres noch vergrößern, erklärte er. Nach seiner Ansicht gibt es für die USA nur einen Weg, um aus den roten Zahlen herauszukommen: Das riesige Haushaltsdefizit, das die Zinsen und damit den Dollar hochhält, muß gekappt werden. Baldrige sieht aber schon erste Anzeichen, die auf ein geringeres Importwachstum hindeuten.

Gegenüber dem Vormonat hat sich das US-Handelsdefizit im November von 9,2 auf 9,9 Mrd. Dollar erhöht. Die Ausfuhren erreichten 18,4 (minus 0,1), die Einfuhren 28,3 Mrd. Dollar (plus 2,7 Prozent). Im Agrarhandel erzielten die USA einen Überschuß von 1,5 Mrd. Dollar, während der Passivsaldo bei verarbeiteten Gütern und Rohöl 7,0 und 3,5 Mrd. Dollar erreichte. Im Handel mit Japan betrug das US-Defizit 2,7, mit Westeuropa 1,9, mit Kanada 1,8 und mit der Opec 1,1 Mrd. Dollar.

Hohes Auftragsplus im Ausland

dpa/VWD, Ingolstadt

Für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) erwartet die Schubert + Salzer Maschinenfabrik AG (Schubsa), Ingolstadt, auf ihren Absatzmärkten mit Ausnahme der USA keine wesentliche Änderung des Konjunkturklimas. In den USA müsse mit einem stärkeren Rückgang der Investitionsneigung gerechnet werden, heißt es in einem Zwischenbericht. Unter diesen Prämissen erwarte der Schubsa-Vorstand für 1984/85 einen Umsatz in Vorjahreshöhe.

Im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) konnte das Unternehmen den Umsatz um 20 Mill. auf 274 Mill. DM steigern. Der Anteil des Auslandsgeschäfts erhöhte sich auf 64 (57) Prozent. Beim Auftragseingang, der 285 Mill. DM erreichte, wurde der Vorjahreswert um 20 Prozent übertroffen. Der Jahresüberschuß soll mit dem noch bestehenden Verlustvortrag verrechnet werden.

NAMEN

Franz Link, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG, München, und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, vollendet am 3. Januar sein 65. Lebensjahr.

Günter Malkowsky, stellvertretender Hauptgeschäftsführer im Bundesverband Spedition und Lagerei (BSL), Bonn, und Geschäftsführer der Huckepackgesellschaft Kombiverkehr KG, Frankfurt, wird am 2. Januar 60 Jahre alt.

Hans Westphal, Vorsitzender der Geschäftsführung der SKF GmbH, Schweinfurt, wurde mit Wirkung vom 1. Januar für drei Jahre zum Vorstandsvorsitzenden der Fachgemeinschaft Antriebstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) gewählt.

Karl-J. Kraus wurde zum Mitgleid der Geschäftsführung der Roland Berger & Partner, International Management Consultants GmbH, München, berufen. Neuer Partner der Roland Berger & Partner Gesellschaft für strategische Planung mbH, München, wurde **Peter Bernhardt**.

Dr. **Carl Ernst Hofstadt** (66) beendet am 31. Dezember seine Tätigkeit im Vorstand der Süd-Chemie AG, München. Er bleibt dem Unternehmen beratend und in verschiedenen Aufsichtsrats- und Beiratsfunktionen von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften verbunden.

Gerhard Krieg, Vorstandsmitglied der Hamburger Sparkasse (HASPA), Hamburg, scheidet zum Jahresende aus dem Vorstand aus und tritt in den Ruhestand. Krieg gehörte dem HASPA-Vorstand 17 Jahre an. Zum stellvertretenden Vorstandsmitglied wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 Dr. **Karl-Joachim Dreyer** aus dem Hause der HASPA bestellt.

Werner Flath, geschäftsführender Vorstand der GDB Großeinkaufsvereinigung deutscher Bürobedarfsgeschäfte e. G., Bergisch Gladbach, ist zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen worden. Zusätzlich in den Vorstand berufen wurde Dr. **Karl Friedrich Küching**, bislang Mitglied des Vorstandes der Vedes, Nürnberg.

DEUTSCH–IRANISCHE HANDELSBANK

Die Altlasten sind getilgt

J. BRECH, Hamburg

Die Deutsch-Iranische Handelsbank AG, Hamburg, hat ihre Altlasten aus der Zeit nach der Revolution in Iran getilgt. Die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 1983/84 (30. Juni) zeige, daß die Hilfestellungen zum Erhalt der Bank sinnvoll gewesen seien, schreibt der Vorstand in dem jetzt vorgelegten Bericht. Das Institut hatte vor der Revolution erhebliche Ausleihungen an iranische Unternehmen getätigt, deren Beurteilung über eine Rückzahlung nahezu unmöglich geworden war. Die Wirtschaftsprüfer hatten damals erhebliche Wertberichtigungen gefordert, die über das vorhandene Eigenkapital weit hinausgingen.

Aus einer gemeinsamen Stützungsaktion des größten iranischen Anteilseigners, der Industrial and Minung Devolepment Bank of Iran (heute Bank of Industry and Mining) sowie anderer am Geschäft beteiligten Banken waren Besserungsscheinverpflichtungen in Höhe von 103 Mill. DM entstanden. Diese Verbindlichkeiten sind durch die Abführung des Gewinns aus dem Berichtsjahr vollständig getilgt worden. Die Bank weist für 1983/84 einen Überschuß von 53,1 Mill. DM aus, in den 44 Mill. DM Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Wertberichtigungen auf Forderungen eingeflossen sind.

Die Wiederbelebung des Außenhandels zwischen Iran und der Bundesrepublik hat im Berichtsjahr zu einer kräftigen Ausweitung des Geschäftsvolumens von 565 auf 880 Mill. DM geführt. Es zeige sich, so heißt es, daß länderspezialisierte Außenhandelsbanken gesuchte Partner der exportierenden Wirtschaft seien. Im Handel mit Iran gebe es allerdings den Trend, aufgrund des Ungleichgewichts in der deutsch-iranischen Handelsbilanz Importe aus anderen Ländern zu bevorzugen. Auf diese Entwicklung habe sich die Bank eingestellt und die Geschäfte mit anderen europäischen Ländern intensiviert.

Erfolgreiche Bilanz der Börse Hannover

dos. Hannover

Überaus erfreulich verlief für die Niedersächsische Börse zu Hannover das Jahr 1984. Nach den Worten des Vorsitzenden des Börsenvorstands, Hermann Wohlgefahrt, sind die Ergebnisse des bisherigen Rekordjahres 1983 sowohl umsatz- als auch ertragsmäßig erneut „deutlich übertroffen" worden. Auf der Jahresschlußveranstaltung nannte Wohlgefahrt als Gründe dieser Entwicklung das noch gestiegene Interesse an Aktien und die Zinssenkungen am Rentenmarkt.

Erfolgreich war die Börse Hannover bei der Einführung neuer Werte. Neu emittiert wurden Aktien der Nixdorf AG, der Schmalbach-Lubeca AG, die aus dem geregelten Freiverkehr aufgestiegene Hannover Papier AG und zuletzt die Nino AG. Im geregelten Freiverkehr werden seit 1984 neu gehandelt: die Berliner Elektro-Beteiligungen AG, die Holsten AG, die ADV-Orga AG und die Degussa. Um diese Tendenz fortzuschreiben, wird die Börse im Mai 1985 ein Unternehmensseminar veranstalten.

SÜDKOREA / Importliberalisierung führt zu einem höheren Leistungsbilanzdefizit

Die Konjunktur ist spürbar abgeflaut

FRED de la TROBE, Tokio

Die Konjunktur in Südkorea, die bis Mitte dieses Jahres im Zeichen des Booms stand, ist seit dem Spätsommer spürbar abgeflaut. Im Quartal Juli–September ging das Zuwachstempo bei allen wichtigen Indikatoren deutlich zurück. So betrug die reale Wachstumsrate – auf Jahresbasis umgerechnet – in den ersten neun Monaten 1984 nur 7,1 Prozent statt 7,5 Prozent, wie das Ziel des laufenden Fünfjahres-Plans vorsieht.

Die leichte Konjunkturabkühlung in den letzten Monaten ging auf die staatlichen Kreditrestriktionen, die infolge der ruhigeren Wirtschaftsentwicklung in den USA nur noch langsam steigenden Exporte, die Überschwemmungskatastrophe im September und die flaue Bautätigkeit zurück. Das Defizit der Leistungsbilanz droht in diesem Jahr um fast die Hälfte höher auszufallen, als es die im Fünfjahres-Plan vorgesehenen Rahmenzahlen annehmen.

Die Prioritäten der Regierung sind noch auf Preisstabilität und den Abbau der Zahlungsbilanzdefizite festgelegt, nicht mehr auf ein höchstmögliches Wirtschaftswachstum. Das erste Ziel dürfte auch in diesem Jahr noch recht befriedigend eingehalten werden. Das Defizit der Handelsbilanz erreichte aber schon in den ersten elf Monaten dieses Jahres einen Wert von 5,4 Mrd. DM, 13 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Im Quartal Juli–September 1984 stiegen *die Exporte nur noch um* 2,5 Prozent gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr. Die Importe nahmen dagegen um 15,2 Prozent zu.

Beim Anstieg der Einfuhren spielte die zunehmende Importliberalisierung eine Rolle. Der Anteil der liberalisierten Einfuhren soll von jetzt 80 Prozent auf 90 Prozent 1986 erhöht werden. Schärfere Abwehrmaßnahmen gegen koreanische Lieferungen beeinträchtigten andererseits die Ausfuhren. Auch die relative Stärke der südkoreanischen Währung verteuerte die Exporte. Der Wechselkurs des Won zum Dollar sank in den ersten zehn Monaten um 3,15 Prozent, während die europäischen Währungen in dieser Zeit gegenüber dem Dollar um zehn bis 20 Prozent verloren.

Die Verbraucherpreise werden nach den bisher vorliegenden Zahlen in diesem Jahr um etwa drei Prozent steigen, etwas mehr als im Fünfjahresplan vorgesehen ist. Die relativ geringe Teuerungsrate ist vor allem auf die stabilen Importpreise für Öl und Rohstoffe, geringe Lohnerhöhungen und Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft zurückzuführen. Die restriktive Politik der Regierung führte dazu, daß die Geldversorgung Ende Juni nur um 8,5 Prozent höher als im Vorjahr lag. Der Umfang der Anlageinvestitionen übertraf im September das Vorjahresvolumen um 10,5 Prozent. Die Industrieproduktion, die im 1. Quartal 1984 noch um 18,2 Prozent über dem Vorjahresstand gelegen hatte, war im 3. Quartal nur noch um 12 Prozent höher als in der Vergleichszeit 1983.

Sollte die wirtschaftliche Wachstumsrate zu sehr sinken, bleiben der Regierung als Gegenmaßnahmen die Lockerung der Kreditschrauben und eine Abwertung des Won. Bis 1995 wird die südkoreanische Arbeitsbevölkerung noch jährlich um etwa drei Prozent wachsen, so daß nur bei einer entsprechenden Expansion der Wirtschaft eine hohe Arbeitslosigkeit vermieden werden kann. Die gegenwärtige Erwerbslosenrate liegt bei 4,3 Prozent.

Das Parlament hat kürzlich den Staatshaushalt für 1985 mit Ausgaben in Höhe von 41,6 Milliarden Mark, 9,7 Prozent mehr als 1984, verabschiedet. Davon entfallen ein Drittel auf Verteidigungskosten, 16 Prozent auf die wirtschaftliche Entwicklung und knapp zwei Prozent auf den Schuldendienst. Mit Auslandsschulden von 127 Mrd. Mark Ende August wird die Republik 1985 ungefähr 22 Mrd. Mark zurückzahlen müssen. Seoul will im kommenden Jahr neue Anleihen in Höhe von 20,4 Mrd. Mark aufnehmen.

(SAD)

1984: Größte Gewinner und Verlierer

Gewinner:	%	Verlierer:	%
ASKO	280	Ekatit-Ried	-88
V. Rumpus	137	Adt AG	-54
Aseag	136	Agrob VZ	-45
Concordia-Chemie	106	Huta Hegerfeld	-44
VGT AG	100	Grünzw. H.	-32
Allianz-Leben NA	97	Dyckerhoff Zem. ST	-31
Hermes Kred. 50% E.	96	Dyckerhoff Zem. VZ	-30
Philips	95	Agrob ST	-30
Hartmann u. Braun ST	93	IG Farben LIQ	-28
Hermes Kredit	88	Strabag	-28
Bremer Vulkan	84	Dahlbusch ST	-27
Hartmann u. Braun VZ	76	Energie-Oberfr.	-27
Victoria Leben	67	Thüringer Gas AG	-27
Edelstahl Witten	66	Vögele	-27
Victoria Leben E.	65	Dyckerhoff u. Widmann	-25
Wickrath	65	Brau AG Nürnberg	-25
Velth Pirelli	65	Orenstein u. Koppel	-23
Mü. Rück. 50% E.	64	Energie Ost. ST	-22
Klöckner-Werke	63	Deutsche Texaco AG	-22
Kochs-Adler	62	Porzellan Waldsassen	-21

Quelle: WestLB

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York, Toronto, London, Amsterdam, Tokio, Zürich, Madrid, Paris, Mailand, Wien, Brüssel, Kopenhagen, Hongkong, Singapur, Sydney: [illegible]

Optionshandel

[illegible] … 7-200/20, 7-210/15, 7-220/9,5, 7-230/7, Alcan 4-80/4, 7-80/7,1, Chrysler 1-80/16,5, 4-95/7,5, Norsk Hydro 4-35/3,2, 7-35/5,7, Philips 4-50/2,4, 7-50/4,55, Verkaufsoptionen: AEG 4-95/1, 4-100/2,8, 7-95/1,8, 7-100/3,5, BASF 7-180/3,5, Bayer 4-180/1,1, 7-180/2, BMW 4-370/7, Commerzbk. 4-170/3, Conti 7-110/2,2, Dresdner Bk. 1-190/1,7, 4-190/3,45, Hoesch 4-100/4,4, Karstadt 7-240/11, Klöckner 4-70/3, 4-75/7, Mannesmann 4-150/4,4, Siemens 4-450/7, 7-420/2,4, VW 4-190/1,4, 7-180/3, 7-190/5, 7-200/7,8, Chrysler 4-95/5,85, IBM 4-360/3,6, 4-370/10,4, Royal Dutch 4-150/8,5, Sperry 4-120/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅜– 8½	5⅜–5⅝	4¼–4⅜
3 Monate	8⅝– 8¾	5⅜–5½	4⅜–4½
6 Monate	9⅛– 9¼	5½–5⅝	4⅝–4¾
12 Monate	9⅞–10⅛	5½–5¾	4⅞–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1515,00	1875,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1220,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	223,00	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	219,00	272,46
20 belgische Franken	171,00	222,30
10 Rubel Tscherwonez	232,00	291,84
2 südafrikanische Rand	217,00	270,18
Krüger Rand, neu	991,00	1169,64
Maple Leaf	991,00	1169,64
Platin Noble Man	942,00	1113,78

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	226,86
20 franz. Franken „Napoléon"	179,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	914,00	1105,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,00	230,28
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	519,84
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,1360	3,1440	3,1281	3,08	3,17
London1)	3,649	3,663	3,618	3,59	3,74
Dublin1)	3,111	3,125	3,051	2,19	2,29
Montreal3)	2,3745	2,3825	2,3596	2,31	2,41
Amsterd.	88,460	88,680	88,465	87,50	89,50
Zürich	121,330	121,530	121,310	120,00	122,75
Brüssel	4,979	4,999	4,928	4,86	5,06
Paris	32,600	32,780	32,255	31,75	33,50
Kopenh.	27,890	28,010	27,565	28,75	28,50
Oslo	34,610	34,730	33,010	33,50	35,25
Stockh.**)	34,900	35,060	34,550	34,00	35,75
Mailand2) **)	1,624	1,634	1,589	1,58	1,68
Wien	14,218	14,258	14,173	14,14	14,38
Madrid**)	1,808	1,818	1,782	1,74	1,88
Lissabon**)	1,850	1,870	1,746	1,43	2,25
Tokio	1,2530	1,2560	-	1,21	1,27
Helsinki	48,070	48,270	47,155	47,00	48,75
Buen. Air.	-	-	-	-	4,00
Rio	-	-	-	0,03	0,18
Athen*) **)	2,4220	2,4760	-	1,80	2,60
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*)	2,5935	2,6125	-	2,34	2,64
Johannesbg.*)	1,5805	1,5985	-	1,45	1,70

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die stetige Aufwärtsentwicklung des US-Dollars am 28. 12. schien sich zu Beginn fortzusetzen, als man Kurse zwischen 3,15 und 3,1550 taxierte. Später kam es zu einem plötzlichen Rückgang auf 3,1250, der im Markt auf Verkäufe seitens der Bundesbank zurückgeführt wurde. Die amtliche Notiz von 3,1400 wurde ohne ihre Mitwirkung festgestellt. Positiv für den US-Dollar wirkten sich die günstiger als erwarteten Zahlen für die führenden Wirtschaftsindikatoren in den USA (plus 1,3 Prozent) und das nicht so hoch wie erwartet ausgefallene Handelsbilanzdefizit (9,94 Mrd. Dollar) aus. Darauf ergaben sich am Nachmittag Kurse von 3,1420. US-Dollar in: Amsterdam 3,5390; Brüssel 62,90; Paris 9,5920; Mailand 1923,00; Wien 22,0050; Zürich 2,5850; ir. Pfund/DM 3,118; Pfund/Dollar 1,1643; Pfund/DM 3,656.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 28. Dezember: In D-Mark 2,23139 (Parität 2,24184); in Dollar 0,711066 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 28. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Veränderungen am Devisenmarkt hatten am 28. Dezember mehr zufälligen Charakter. Die Umsätze bleiben gering.

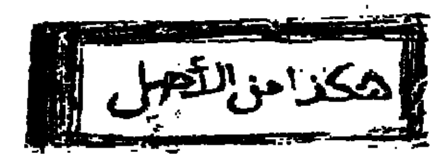
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85/0,75	2,45/2,35	5,60/5,40
Pfund/Dollar	0,12/0,10	0,32/0,28	0,40/0,35
Pfund/DM	1,9/0,5	4,4/3,0	8,1/6,7
FF/DM	23/07	49/33	94/78

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 12.: Tagesgeld 5,50–5,80 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 28. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,56) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.



Ein hervorragender Jahrgang

Am Rentenmarkt war 1984 trotz zeitweiliger Enttäuschung ein hervorragender Jahrgang. Die Kapitalmarktzinsen sanken seit Jahresbeginn um rund 1¼ Prozentpunkte auf knapp sieben Prozent, womit den Rentenpapierbesitzern reizvolle Kursgewinne beschert wurden. So brachte zum Beispiel die vor einem Jahr emittierte Neujahrsanleihe des Bundes ein Plus von gut sieben Prozent, das sich zusammen mit 8¼ Prozent Zinsen zu einer Performance von mehr als 15¼ Prozent summiert, rund das Doppelte der Aktienindex-Performance.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Bundesbahn

		28.12.84	29.12.83
F 6½ Bdbahn 79	2/85	100,16	99,65
8½ dgl. 73	2/85	100,25	101,6
7 dgl. 77	2/87	101,85	97,7
6 dgl. 77	9/87	99,65	94,15
6 dgl. 78 II	7/88	99	92,5

Warenpreise – Termine

Leicht befestigt schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Zulegen konnten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 12.	27. 12.
März	348,75	344,75
Mai	340,00	338,50
Juli	333,00	332,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	28. 12.	27. 12.
St. Lawrence 1 CW	250,71	geschl.
Amber Durum	254,31	geschl.

Roggen Winnipeg (can. $/t)	28. 12.	27. 12.
Dez.	138,00	142,80

Kakao New York ($/t)	28. 12.
Terminkontr. März	2051
Mai	2081
Juli	2077
Umsatz	1163

Zucker New York (c/lb)	
Kontrakt Nr. 11 Jan.	3,18
März	4,19
Mai	4,53
Juli	4,80
Sept.	5,00

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse



Montag



10.00 Tagesschau
10.05 Programmvorschau
10.10 Auf dem Kaiserkanal
Leben an einer Wasserstraße in China
11.10 Gastspiel im Paradies
Deutscher Spielfilm (1938)
12.40 Brigittes Tier-Bar (4)
Tiere im Showgeschäft
13.50 Lieber Gott, laß sie platzen
Porträt eines Mannes aus dem Guinnesbuch
14.20 Herrscher der Zeit
Zeichentrickfilm
16.20 ARD-Sport-Extra – aus New York
Stars auf dem Eis
15.35 Die Straße der Eisberge
„Weiße Riesen" auf Kollisionskurs
Seit einigen Jahren sucht man auch in arktischen Gewässern nach Rohöl. Doch die dortigen Bohrungen sind ständig mit großen Gefahren verbunden, denn besonders in den Sommermonaten bedrohen riesige Eisberge die Bohrschiffe. Die Dokumentation von Peter d'Entremont schildert, wie die Bohrleute diesen Gefahren begegnen.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.05 Neujahrsansprache des Bundeskanzlers
20.15 Die verflixte 7
Thema heute: Wintersport
In der Silvesterausgabe seines Pärchen-Quiz' begibt sich Rudi Carrell diesmal aufs Glatteis. Denn, ob er neben den Revuestars Marika Kilius (mit Partner), Norbert Schramm und seiner Assistentin Tina Riegel auf dem Eis eine gute Figur macht, muß er erst beweisen ...
21.45 Schreib, wenn Du kannst
Boulevard-Komödie
von Peter Lambda und Betty Paul
23.30 Weißblaue Silvesterparty
Konzert mit Humor und bayerischer Lebensphilosophie
0.35 Shampoo
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Warren Beatty, Julie Christie, Goldie Hawn u. a.
Regie: Hal Ashby

10.00 heute
10.05 Programmvorschau
10.10 Thommys Pop-Show extra
13.00 heute
13.05 Atempause für Wein und Wyhl
Über den Kaiserstuhl berichtet Christine Seeger
13.35 Kleine Welt auf Rädern
Letzter Teil: Der Fahrzeugpark
14.00 Die unteren Zehntausend
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Mit Glenn Ford, Bette Davis u. a.
Regie: Frank Capra
16.10 David
Ein Clown spielt mit seinem Publikum
16.40 heute
16.45 Album '84
Bilder eines Jahres
Mit Anmerkungen von Karl Heinz Rudolph
Dieser 60minütige Rückblick auf das Jahr 1984 läßt noch einmal die wichtigsten Ereignisse der vergangenen 365 Tage Revue passieren.
17.45 Aus der Berliner Philharmonie:
Silvesterkonzert
Musik von Johann Sebastian Bach
Musikalische Leitung und Regie: Herbert von Karajan
19.00 heute
19.10 Neujahrsansprache des Bundeskanzlers
19.20 Der große Karpfen Ferdinand
Eine unterhaltende Geschichte von Franz Geiger
Martin Held, Louise Martini und Elmar Wepper haben es in dieser Geschichte mit einem Karpfen zu tun, der am Weihnachtsabend verspeist werden soll. Doch das ist mit Schwierigkeiten verbunden, schließlich hat man das Tier bereits sehr liebgewonnen ...
19.45 Dieter Hallervorden:
Der Schnüffler
Deutscher Spielfilm (1983)
Regie: Ottokar Runze
21.15 Arena der Sensationen
Präsentiert von Marlène Charell, Pit Krüger und Wolfgang Völz
23.59 Glockenläuten zum Jahreswechsel
0.00 Mit Stimmung, Stars und guter Laune ins Neue Jahr

3SAT

18.00 Panoptikum
Tele-Kuriositäten aus drei Sendern
19.00 heute
19.15 Die Fledermaus
Musik von Johann Strauß
21.40 cinema international
Mord mit kleinen Fehlern
Englischer Spielfilm (1972)
Mit Laurence Olivier u. a.
Der englische Krimiautor Andrew Wyke lädt in Abwesenheit seiner Frau, deren Geliebten Milo Tindle zum Dinner in sein schönes Landhaus ...

III.

WEST / NORD

Gemeinschaftsprogramm:
16.00 Ali Baba und die vierzig Räuber
Amerikanischer Spielfilm (1943)
17.30 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (1)
Vierteiliger Fernsehfilm
18.30 Dinner for one
oder Der 90. Geburtstag
Ein Sketch von und mit Freddie Frinton
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Olympia-Show
Ausschnitte aus der Eröffnungs- und Schlußfeier in Los Angeles 1984

Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.05 Neujahrsansprache des Bundeskanzlers
20.15 Ludwig van Beethoven
Sinfonie Nr. 9 d-Moll op. 125 mit Schlußchor über Schillers „Ode an die Freude"
Leonard Bernstein dirigiert die Wiener Philharmoniker
21.30 Gentleman in Moskau
Englisches Fernsehspiel mit Alan Bates, Coral Browne u. a.
Regie: John Schlesinger
22.45 Silvester-Konzert
Live aus dem Lübecker Dom
0.00 Glocken aus Ost und West
0.05 Supernight of Rock'n'Roll

HESSEN

17.30 Hessen Drei unterwegs
Trachten, Tänze, Zöpfe
18.15 Ein Berliner Leben: Robert Biberti
19.00 Haus-gemachtes
Mit Freddy Quinn
20.00 Dinner for one
20.20 Burlesken am Meer
Englischer Fernsehfilm
21.15 Drei aktuell

21.20 Sport kurios
21.35 Dave Allen (1)
22.20 Casablanca
Amerikanischer Spielfilm (1943)
23.58 Übergang ins Neue Jahr
0.03 Dinner for one

SÜDWEST

18.00 Olympia-Show
Ausschnitte aus der Eröffnungs- und Schlußfeier in Los Angeles 1984
19.00 Formel Eins – Super 90
Stars, Hits und Video 1984
20.40 Dinner for one
oder Der 90. Geburtstag
Ein Sketch von und mit Freddie Frinton
21.00 Lady L
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit Sophia Loren, Paul Newman, Peter Ustinov, David Niven u. a.
Regie: Peter Ustinov
22.45 Silvesterkonzert
Live aus dem Lübecker Dom
0.00 Auf ein Neues
0.05 Supernight of Rock'n'Roll

BAYERN

18.50 Neujahrsansprache des Bundeskanzlers
19.00 Heimatabend
19.45 A gut's neu's Jahr und nix für ungut!
20.15 Das gab's nur einmal
Operettengala
22.00 Dinner for one
22.20 „... machen Sie Ihr Spiel"
Schweizer Fernsehfilm
23.58 Zum Jahreswechsel
0.03 Ich kämpfe um dich
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Ingrid Bergman, Gregory Peck u. a.
Regie: Alfred Hitchcock

Gemalt wie von eines Flamen Hand: Zeffirellis Opernverfilmungen im ZDF

Tod zwischen gepfändeten Möbeln

Franco Zeffirelli ist ein Virtuose der schwelgerischen Bilderfindungen, der raffiniert gefilterten Farben. Selten sind alle Vorzüge seines Inszenierungsstils so glanzvoll zusammengetroffen wie in seinem ersten genuinen Opernfilm „La Traviata", den das ZDF jetzt ein Jahr nach seiner Leinwand-Premiere ausstrahlt. Zeffirellis Verdi-Adaption ist – wie wir bereits beim Start in den Kinos ausführlich dargelegt haben – ein Glücksfall in der Geschichte der Opernverfilmungen, das seltene Gelingen eines von der Guckkasten-Opernbühne vollständig abgehobenen Spiels.

Das zeigt sich am bemerkenswertesten und verblüffendsten im ersten Akt und zur Ouvertüre, in die man nach einem kurzen Paris-Sightseeing kühn von Violettas Ende her hineingezogen wird. Während die Sterbende zwischen ihren bereits gepfändeten Möbeln umherirrt, die unter den Augen des Gerichtsvollziehers davongeschleppt werden, verwandelt sich die Szene unversehens in jenes tolle Festgetaumel, mit dem Verdi das Seelendrama um Liebesleidenschaft, Krankheit, Opfergang und Tod beginnen läßt. Ein hinreißender, die Oper vorwegdeutender Kunstgriff, dem der italienische Regisseur eine Fülle der exquisitesten Farb-Töne, der geschmeidigsten, immer dem Duktus der Musik folgenden Kameraführungen und der brillanten Spiegel-Effekte folgen läßt.

Wen stört's, daß das alles mit Millionenaufwand künstlich mit viel Pappe und Plexiglas in Roms Cinecittà erbaut worden ist, bewegt sich doch Teresa Stratas als Violetta in diesem prunkvollen Stadtpalais so anrührend echt, daß ihr Mitgefühl und Bewunderung der Zuschauer sicher sind. Auch Placido Domingo als

La Traviata – Di., ZDF, 21.00 Uhr

Alfredo macht gute Figur, wenngleich sein Mienenspiel nicht gleiche Ausdruckskraft besitzt. Selbst für einen so glänzenden Sänger-Schauspieler wie ihn können Nah-Aufnahmen gefährlich werden. Doch fällt das letzten Endes ebenso wenig ins Gewicht wie Zeffirellis gelegentliche Irrfahrten in einen David Hamilton nahen Kitsch. Entscheidend ist die konsequente Abkehr von jener steifen Abfotografiererei des Bühnengeschehens, die Opernverfilmungen jahrzehntelang prägten.



Protagonisten des Seelendramas: T. Stratas (Violetta) und P. Domingo (Alfred) FOTO: KINDERMANN

Diesem Prinzip hat sich der Regisseur auch bei seinen beiden neuen Opernfilmen, der „Cavalleria rusticana" Mascagnis und dem „Bajazzo" Leoncavallos verpflichtet gefühlt, die das ZDF zu Ostern zeigen will. Beide Produktionen basieren allerdings – anders als die „Traviata" – auf Zeffirelli-Inszenierungen an der Mailänder Scala und sind nun als Filme eine Mixtur aus Live-Aufnahmen aus der Scala, aus Studio-Sequenzen und Freiluft-Spiel.

So hat Zeffirelli für die „Cavalleria" eine sizilianische Osterprozession an Ort und Stelle gefilmt, mit den kostbaren geschnitzten Holzfiguren als Blickfang. Star der „Cavalleria" ist neben Elena Obraztsova als Santuzza wiederum Placido Domingo als Turiddu, der sich beim Abschied von der Mutter in einem so delikat ausgeleuchteten bäuerlichen Interieur zu bewegen hat, daß nichts mehr gefilmt, sondern alles gemalt wirkt wie von eines Flamen Hand. Hier scheint eine glückliche Lösung gefunden zu sein für den Wechsel von Innen- und Außen-Aktion.

Beim „Bajazzo" dagegen, dem Domingo Stimme und Gestalt verleiht (mit Teresa Stratas als Nedda), waren doch gewisse Brüche zu erkennen zwischen Bühnen-, Natur- und Studio-Elementen. Doch wird man die Qualität dieser beiden Verismo-Einakter-Verfilmungen erst nach der Gesamtausstrahlung bewerten können. KLÄRE WARNECKE

Neue Tapeten für die fünfte Wand

no – In der Mitte der fünfziger Jahre war's: Da saßen wir abends in irgendeiner guten Stube (der Schreiber dieses durfte trotz seiner Jugendlichkeit des epochemachenden Ereignisses wegen sehr viel länger aufbleiben, als es die damalige Pädagogik eigentlich erlaubte) und starrten alle wie gebannt auf einen kleinen Kasten, auf dessen fast eirundem Fenster Unerhörtes geschah. Bilder, fast wie im Kino auf der Leinwand, nur viel kleiner natürlich, waren auf einmal ins Wohnzimmer gekommen, zum Greifen nah und doch weltenentfernt.

Von dem, was an jenem Abend gesendet wurde – es war nicht großartig wie die Fußballweltmeisterschaft, nicht pompös wie die Krönung der englischen Königin –, sind nur schemenhafte, schwarz-weiße Eindrücke haftengeblieben; es war, glaube ich, ein Naturkundefilm, mit dem sich das neue Medium (ein Wort, das seinerzeit kaum gebraucht wurde) uns präsentierte, ein Förster oder Jäger pirschte mit seinem Hund durch den Kasten. Von der „fünften Wand" sprach man damals, vom „Fenster zur Welt", und beim Sprecher bebte Ehrfurcht in den Stimmbändern.

Morgen nun bekommt die „fünfte Wand" eine neue, vielgestaltigere Tapete, wird das „Fenster zur Welt" ein Stückchen weiter aufgestoßen. Eine „Medienvielfalt" stürzt, zumindest auf einen Teil der Bundesbürger, herein, wie sie bislang hierzulande nicht existierte. Das wurde lange vorher bejubelt und verdammt wie sonst selten etwas. Man handelte munter mit Fellen von Bären, die noch nicht einmal geboren waren. Schöne Kaufleute, das! Man hatte immer wieder den Eindruck, hier sollten sämtliche Brunnen bereits zugemauert und verrammelt werden, noch ehe das Kind auch nur die Chance gehabt hat, bloß in ihre Nähe zu kommen. Die Öffentlich-Rechtlichen gerieten in Panik (so wenig Selbstbewußtsein, meine Damen und Herren?), und sogar der Bundespräsident fragte in seiner ersten Amtsrede besorgt: „Werden uns die Gründerjahre der Neuen Medien das neue Heil bringen? Werden sie uns die eigenen Erlebnisse rauben und sie durch vorgefertigte, standardisierte Erfahrungen ersetzen?"

Nun, sie werden uns weder das Heil bringen noch die eigenen Erlebnisse ersetzen. Das haben sie sich schließlich auch nicht auf die Programmfahnen geschrieben. Sie bieten nichts weniger als die Möglichkeit, statt dreimal vier-, fünf- oder sechsmal umschalten zu können, ohne daß der Bildschirm dunkel wird. Und die Ausschalttaste bleibt funktionsfähig wie eh und je.

Jetzt ist es soweit. Morgen werden in vielen guten Stuben die Leute sitzen und schauen, was „die Neuen" zu bieten haben. Aber so fasziniert wie seinerzeit, als der Förster mit dem Hund über die Mattscheibe lief, so fasziniert wird wohl keiner mehr sein.

Schade? Wie sagt man neuerdings: irgendwie schon ...

SAT 1

10.30 Begrüßung
anschl. Dvorak
Aus der neuen Welt
Karl Böhm dirigiert die Wiener Philharmoniker
11.20 Der Griff ins All
Dokumentarfilm
12.35 Scheibe Scheibe
Zeichentrickfilm
13.00 Blick
13.10 Rückspiel
Zeichentrick
13.50 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Das Findelkind
15.00 Das alte Dampfroß
Das große Rennen
15.30 Musicbox
Aktuelle Videoclips mit Informationen, Klatsch und Tratsch aus der Popszene
16.30 Perrine
Der Aufbruch
Zeichentrickfilm
17.00 Eröffnungsshow
Vorschau aufs neue Bauer-TV
18.00 Hoppla Lucy
Fünfzig lumpige Dollar
18.30 Blick
Aktuelles vom Tage
18.45 Der Unverbesserliche
Französischer Spielfilm (1975)
Mit Jean-Paul Belmondo, Geneviève Bujold u. a.
Regie: Philippe de Broca
20.30 M – Ein Männermagazin
Zum Auftakt werden die prominenten Moderatoren dieser Sendung vorgestellt: Paul Breitner, Christian Neureuther, Rosi Mittermaier, Reinhold Messner und Walter Röhrl führen durch die Sendung, in der es um M wie Motoren, Muskeln, Mut und Mädchen geht.
21.30 Blick – Eine Aktualitätenschau
22.15 Vier für ein Ave Maria
Italienischer Spielfilm (1968)
Mit Terence Hill, Bud Spencer, Eli Wallach, Brock Peters u. a.
0.00 Blick
0.10 Verdi
Die Macht des Schicksals (Ouvertüre)
Herbert von Karajan dirigiert die Berliner Philharmoniker



Dienstag

10.00 Tagesschau
10.03 Zukerman spielt Mozart
Rondo C-Dur / Violinkonzert D-Dur
10.35 Bild für Bild
Bericht über die Dreharbeiten zu dem Zeichentrickfilm „Herrscher der Zeit"
11.00 Die kleinen großen Hockeyspieler
Tschechoslowakischer Kinderspielfilm
12.30 Der schönste Mann von der Reeperbahn
Musical von Heinz Wunderlich und Walter Rothenburg
Musik: Charlie Niessen
Mit Heidi Kabel, Heidi Mahler u. a.
14.20 Im Dschungel ist der Teufel los
Abenteuerfilm (1982)
Regie: Harald Reinl
15.55 Ihre Melodie
Marcel Prawy erfüllt Ihre Wünsche
16.55 Mit D 954 zur West-Weihnacht
Eine deutsch-deutsche Eisenbahnreise
Beobachtet von Roman Brodmann
17.40 Was bin ich?
Beruferaten
18.22 Tagesschau
18.25 Die Montagsmaler
Unterhaltungsspiel
19.10 Das Wort zum Jahresbeginn
Weihbischof Paul Wehrle, Freiburg
19.15 Belle Epoque
Der zweite und letzte Teil der Dokumentation „Über eine schöne Zeit" berichtet über die literarischen Verdienste der Belle Epoque, beleuchtet die damalige Politik und schildert das Ende dieser Zeit.
19.58 Heute im Ersten
20.00 Tagesschau
20.15 Das Film-Festival
Victor / Victoria
Englischer Spielfilm (1982)
Mit Julie Andrews, James Garner, Robert Preston u. a.
Regie: Blake Edwards
22.22 Demnächst im Ersten
22.25 Zeit zu zweit
Désirée Nosbusch und Hans Joachim Kulenkampff
23.10 Classical
Ein Abend mit Michael Heltau
0.40 Tagesschau

9.40 Singet dem Herrn ein neues Lied
Zu den Bach-Sendungen des ZDF im Rahmen des Europäischen Musikjahres 1985
10.00 heute
10.03 Programmvorschau
10.10 Winter in den Marschen
Wo der Goldregenpfeifer mit dem Kiebitz wetteifert
Naturfilm über den Nordosten Englands
10.45 Peanuts
11.10 Album '84
Bilder eines Jahres
12.15 Aus Wien:
Neujahrskonzert 1985
Lorin Maazel dirigiert die Wiener Philharmoniker
13.30 Internationale Vierschanzentournee
2. Springen
Von der Olympia-Schanze, Garmisch-Partenkirchen
15.30 Wer darf auf dem Esel reiten?
Chinesischer Zeichentrickfilm
15.45 Vier treue Pfoten
Amerikanischer Spielfilm für Kinder (1978)
17.15 heute
17.20 Ich denke oft an Piroschka
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit Liselotte Pulver, Gunnar Möller u. a.
Regie: Kurt Hoffmann
18.55 Programm-Service
19.00 heute
19.15 Ansprache des Intendanten
Professor Dieter Stolte
19.20 Alte Sünden rosten nicht
Boulevard-Komödie von Maurus Pacher
Mit Gert Fröbe u. a.
Regie: Axel von Ambesser
21.00 La Traviata
Franco Zeffirellis Film-Oper
Musik von Giuseppe Verdi
22.50 18 Stunden bis zur Ewigkeit
Englischer Spielfilm (1974)
Mit Richard Harris, Omar Sharif u. a.
Regie: Richard Lester
0.35 heute
Anschl. Gute Nacht-Musik
Ludwig van Beethoven: „Für Elise"
Konstanze Eickhorst, Klavier

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 Neujahrskonzert
der Wiener Philharmoniker
Dirigent: Lorin Maazel
20.10 Komtesse Mizzi
von Arthur Schnitzler
Mit Karl Schönböck u. a.
21.15 Literatur
Ein Einakter von Arthur Schnitzler
Mit Helmut Lohner u. a.
Regie: Wolfgang Glück
22.00 Flic-Flac
Ein poetisches Varieté von André Heller
23.35 3SAT-Nachrichten

III.

WEST / NORD

Gemeinschaftsprogramm:
16.00 Rübezahl und die Skiläufer
Spielfilm über die Erfindung des Skifahrens
17.15 Der Sternenhimmel im Januar
17.30 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (2)
18.30 Regenbogenprinz
4. Folge: Zirkus, Zirkus
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Gott via Satellit
Film von Jean-Louis Roy
19.45 Autos, die Geschichte machten (4)
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Die private Tagesschau
Ein Protokoll
21.15 Astrud Gilberto und ihre Combo
21.45 Oh, du Edelstein im Lotus (1)
Die Rolle des Buddhismus in unserer Zeit
22.30 Wassilij Kandinsky: Bilder einer Ausstellung
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

19.10 Delta – Papa – Charlie über Kairouan
Internationale Flugrallye in Tunesien
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Schatz der Sierra Madre
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit Humphrey Bogart u. a.
Regie: John Huston
22.00 Pofta Buna
Bauernmärkte und Wallfahrten in Rumänien
22.45 Jacques Brel
Porträt des Chansonsängers und Schauspielers

SÜDWEST

16.05 Robbi, Tobbi und das Fliewatüüt
16.50 Der Schulfreund
Von J. Mario Simmel
18.45 Von Hamburg nach Hollywood
Der Regisseur W. Petersen
19.30 Der Schut
Deutsch-franz.-ital. Spielfilm (1964)
Mit Lex Barker u. a.
Regie: Robert Siodmak
21.20 Unterhaltung '84
Ein Jahresrückblick auf die Entertainment-Szene
22.05 Femmes ... Femmes ... Femmes
Revue im Pariser „Moulin Rouge"
23.05 Nachrichten

BAYERN

15.00 Leonard Bernstein dirigiert
Joseph Haydn: Missa in tempore belli C-Dur, „Paukenmesse"
16.00 Napoleon (1)
Französischer Spielfilm (1955)
Regie: Sacha Guitry
17.35 Abenteuer heute
Der längste Hals der Welt
18.20 Der kleine Kranich
Finnischer Dokumentarfilm
18.45 Rundschau
19.00 Neujahrsansprache des bayerischen Ministerpräsidenten
19.10 Z. E. N.
19.15 Ludwig II
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit O. W. Fischer, Ruth Leuwerik, Marianne Koch u. a.
Regie: Helmut Käutner
21.05 „Eigentlich ist alles so so ..."
Theodor Fontane in seinen Briefen
22.15 St. Marienthal – Ein Kloster in der DDR
22.45 Komm, ich zeig' dir meine Welt
Liederabend mit Peter Horton
23.45 Rundschau

Von ihrem langen Leiden erlöst und doch unfaßbar für uns alle entschlief meine liebe Frau und unsere Mutter

Marianne Kaiser
geb. Christen
* 29. März 1930 † 20. Dezember 1984

In stiller Trauer
Eberhard Kaiser
Sven-Hendrik Kaiser
Yvonne Kaiser
Jennifer Kaiser

Roter Hahn 47
2 Hamburg 72

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 9. Januar 1985, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf im Krematorium Halle A im engsten Familienkreise statt. Es ist der Wunsch meiner Frau, von Kranzspenden abzusehen und dafür der Deutschen Care-Hilfe Äthiopien eine Spende zu überweisen. Konto 333333 beim Postscheckamt Köln.

Am 21. 12. 1984 verstarb unser früherer Mitarbeiter Herr

Edmund Koethke
geboren am 12. 12. 1897

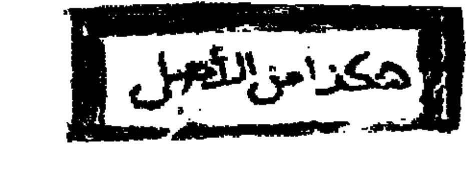
Herr Koethke war 31 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1962 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 2. 1. 1985, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Halle A, statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.) ...
... Weertz, Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: ...



Pankraz, E. Jünger und der Tod im Milchsee

Jedermann kennt wohl aus der englischen Schulfibel die Geschichte von den beiden Fröschen, die in einen Milchtopf fielen. „Der eine sagte ‚ade, du schöne Welt' und versank. Der andere strampelte, paddelte, schlug so die Milch allmählich zu Butter und stieg trockenen Fußes an Land. Der eine war ein Pessimist, der andere ein Optimist."

Weder im englischen Original noch in der deutschen Übersetzung wird ganz klar, welcher Frosch nun eigentlich der Pessimist war und welcher der Optimist. Zwar wird man spontan dem Strampler die Palme des Optimismus zusprechen wollen, aber aus welchem Grund? Ein Optimist glaubt, daß sich die Dinge schon irgendwie zum Guten wenden werden. Daraus folgt nicht unbedingt eine tätige, aktive Lebensauffassung, denn man kann dem Guten auch allzusehr vertrauen. Vielleicht hat der untergehende Frosch angenommen, der große Manitu aller Frösche, Kröten und Salamander werde ihn ohnehin retten. Dann wäre er der Optimist gewesen.

Was andererseits den Strampler betrifft, so hätte er kein optimistisches Weltbild nötig gehabt, um sich zappelnd und paddelnd seiner Haut zu wehren. Er kann durchaus davon überzeugt gewesen sein, daß die Welt nichts als ein großes Jammertal sei, in dem man sich dauernd abrackern muß, um wenigstens die Nase über der Milch zu halten. Das Zappeln und Paddeln entsprang einfach seiner tapferen, pessimistisch gestimmten Natur; die Rettung auf der Butter war lediglich ein unerwartetes Nebenprodukt.

Herbert Eisenreich, der österreichische Schriftsteller, vertritt denn auch mit großer Emphase die Meinung, daß alle wichtigen Taten in der Geschichte der Menschheit einer zutiefst pessimistischen Grundeinstellung entsprungen seien. Sie seien bewußt dem Chaos abgetrotzt worden. Ohne Hoffnung auf bleibenden Lohn seien die Täter gewesen, ohne Illusion darüber, daß letzten Endes doch das Chaos zurückkehren werde. Der Pessimismus sei der eigentliche Motor eines tätigen Lebens.

Pankraz kann sich der These in dieser Pauschalität nicht anschließen. Er hält es lieber mit Ernst Jünger, der in dem Band „An der Zeitmauer" das Für und Wider von Pessimismus und Optimismus im Hinblick auf tätiges Sein genau abgewogen hat, um schließlich zu konstatieren: „Der Optimismus ist ein unmittelbares Zeichen der Gesundheit und ist um so verdienstvoller, je schärfer er die Gefahr ins Auge faßt. Auf alle Fälle führt die Hoffnung weiter als die Furcht."

In dem gleichen Band preist Jünger – und zwar in ganz unpfäffischer, gleichsam homerischer Manier – den hoffenden Glauben als Kennzeichen einer „unmittelbaren Beziehung zum Sein". Damit ist genau die Grenze zu jenem heroischen Pessimismus à la Eisenreich (oder auch à la Camus) bezeichnet, dem Jünger an sich durchaus mit Sympathie gegenübersteht: Dem heroischen Pessimismus fehlt das Urvertrauen in die Schöpfung, so daß trotz der großen Taten, die er zu verrichten vermag, eine verzweifelte Kälte von ihm ausgeht, die abstößt und immer vom Zynismus bedroht ist. Heroischer Pessimismus ist etwas für die Grenzsituation, für den Endkampf in aussichtsloser Position. Als Stimulans eines mit Anstand zu bestehenden Alltags taugt er nicht.

Natürlich taugt auch ein ungesalzener, naiv auf Blau setzender Optimismus nicht dazu. Deshalb spricht ja Jünger, sobald er auf den Optimismus zu sprechen kommt, stets gleichzeitig von der Gefahr, die es ins Auge zu fassen gelte. Ein Optimismus, der nicht um diese Gefahr des Scheiterns weiß, der fröhlich unbekümmert in den Tag hineinlebt, degeneriert leicht zu purer Narretei. Er wird betriebsblind, läßt die Dinge schleifen, hofft unentwegt auf irgendwelche „Selbstheilungskräfte", verhält sich also exakt so wie der untergehende Frosch im Milchsee.

Ein Sonderfall ist jener Optimismus, den vor allem Politiker und Wirtschaftskommentatoren planvoll und künstlich verbreiten, um damit eine „Initialzündung" zu bewirken – Optimismus als Gesundbeterei. Ein solcher krampfhaft zur Schau getragener Optimismus hat oft verzweifelte Ähnlichkeit mit dem heroischen Pessimismus, ist aber immer noch besser als jener totale Pessimismus des Sich-hängen-Lassens, des Angsthabens und Panikverbreitens, gegen den er ins Feld geführt zu werden pflegt.

Für den Pessimismus der Panikmacher und professionellen Schwarzseher hat Jünger in seiner Analyse nur Verachtung übrig, und in der Tat: Er ist auch wirklich verächtlich. Pessimismus ohne heroisches Element, der die Mauern schon schleift, bevor überhaupt der erste Schuß gefallen ist, gleicht nur noch dem Aas. Keine noch so schöne Philosophie, weder Kierkegaard noch Heidegger können ihn aufhelfen, entfalten doch die zentralen Begriffe selbst dieser Denker, die Angst und die Sorge, ein reiches Widerstandsleben gegen den Anprall des Nichts. Totaler Pessimismus kann eben niemals eine intellektuelle Angelegenheit werden; wer ihn predigt, schürt lediglich unreine Affekte.

Daß die gegenwärtige Szene dennoch von Angst- und Panikmachern wimmelt, ist ein sicheres Indiz für die geistige Verkommenheit dieser Szene. Vielleicht sollte man sie nur noch mit asiatischen Augen betrachten, mit den Augen eines buddhistisch oder schintoistisch geprägten Durchschnittsbürgers in Hongkong, Bangkok oder Seoul, für den Schwarzmaler von vornherein ins Reich der niedrigsten Dämonen gehören, das man in der Neujahrsnacht mit Knallkörpern und Lichtschlangen austreibt. Mit Knallfröschen gegen die niederen Dämonen – das wäre auch für deutsche Silvesterfeiern ein naheliegendes Rezept. Man sollte aber darauf achten, daß die Frösche aus der optimistischen Observanz stammen, damit sie nicht in der Milch unfrommer Denkungsart untergehen.

Pankraz

François Bondy wird 70

Der Mann, der nie zu wenig wußte



Von Geburt und Geist ein Kosmopolit: Der Essayist François Bondy FOTO: PETER PEITSCH

Geboren wurde der Essayist François Bondy am 1. Januar vor 70 Jahren in Berlin, wo sein aus der Donaumonarchie stammender Vater damals als Regieassistent Max Reinhardts am Deutschen Theater tätig war. Doch dann veranlaßte die Lungenkrankheit der Mutter die Familie zur Umsiedlung nach Davos, und von da zog man dann weiter ins Tessin. Schwyzerdütsch und Italienisch waren die beiden ersten Fremdsprachen des Gymnasiasten, der im späteren Leben seinen Schriftstellerberuf mühelos in vier Sprachen ausübte, ein Schweizer Staatsbürger und Kosmopolit dazu. Seinen ersten größeren Redakteursposten hatte er an der in Weltkriegszeiten zunehmend Bedeutung gewinnenden „Weltwoche" in Zürich inne. Von 1948 an konnte man ihn mit seinem Freund Herbert Lüthy im Berliner „Monat" lesen. 1950 übernahm er die Chefredaktion der nach dem Muster des „Monat" in Paris vom Kongreß für die Freiheit der Kultur geschaffenen Zeitschrift „Preuves".

Von Anfang an hatte François Bondy sein journalistisches Interesse in gleichem Maße der Politik wie der Literatur zugewandt. Er hatte viele Freunde in den Reihen der Europaunion, auch seine Zeitschrift diente dazu, den Franzosen die Wichtigkeit des kontinentalen Zusammenhalts und darüber hinaus der transatlantischen Bindung klarzumachen. In ihr kamen neben Albert Camus Männer wie Raymond Aron und Manès Sperber zu Wort und schufen ein Gegengewicht gegen Sartre und Mounier, wenn auch die französische Leserschaft nicht so leicht ihre Vorbehalte gegen eine von den Amerikanern subventionierte Publikation aufgab.

In der Bundesrepublik begegnete man einem Geist wie Bondy, der Ende der 60er Jahre nach Zürich zurückgekehrt war, noch herzlicher. Man wußte einen Mann zu schätzen, der über so vieles Auskunft zu geben verstand und über so vieles nachgedacht hatte, und man machte ihn zum Teilnehmer von Rundtischgesprächen, Nachtprogrammen und Zusammenkünften wie den Bergedorfer Gesprächen. Zu seinem Jubelfest am Jahreswechsel werden sicherlich so viele Glückwünsche auf ihn herniederflattern, daß entgegen anfänglichen Befürchtungen nicht damit zu rechnen ist, daß der Ruhm seines hochbegabten Sohnes, des Regisseurs Luc Bondy, den seinigen ein für allemal überstrahlt.

HELLMUT JAESRICH

Auf der Suche nach dem gelebten Augenblick: Brüssel zeigt „Zeit: die vierte Dimension in der Kunst"

Die Beharrlichkeit der Erinnerung

Die Zeit, die ist ein sonderbar Ding. / Wenn man so hinlebt, ist sie rein gar nichts. / Aber auf einmal, / da spürt man nichts als sie: / sie ist um uns herum, sie ist auch in uns drinnen". So weiß es die Marschallin im „Rosenkavalier". Die von ihr beschworene Allgegenwart der Zeit, wenngleich ohne den melancholischen Nebenton von Hofmannsthal / Strauss, hat jetzt, rechtzeitig zum Jahreswechsel, eine Ausstellung im Brüsseler Palais der Schönen Künste zum Thema gemacht. „Zeit: die vierte Dimension in der Kunst" heißt sie, denn auch die Künste sollen an dem teilhaben, was seit Einstein für Wissenschaft und Philosophie selbstverständlich geworden ist: daß nämlich neben den uns vertrauten drei Dimensionen die Zeit als vierte zu berücksichtigen ist.

Das wirkt als ein sehr gewagtes Unterfangen, weil doch die Bildenden Künste der gefrorenen Zeit huldigen, mag es, nach Lessing, auch jener „fruchtbare Augenblick" sein, den später Henri Cartier-Bresson für die Photographie als den „entscheidenden Augenblick" adaptiert hat und in dem die Vergangenheit zwar noch präsent, die Zukunft aber ebenfalls schon zu spüren ist. Wer erkennt denn diesen „transitorischen Moment" etwa im „Laokoon", wenn ihm die antiken Mythen nicht vertraut sind? Außerdem hat Lessing selbst in seinem „Laokoon" apodiktisch festgestellt: „Es bleibt dabei: die Zeitfolge ist das Gebiet des Dichters, so wie der Raum das Gebiet des Malers."

Das will nun die Ausstellung korrigieren. Sie sieht die Zeit vor allem durch Bewegung und durch Fleiß ausgedrückt. Das wird ausgiebig mit den neuen Medien, die zu Lessings Zeiten noch nicht denkbar waren, mit Film und Video, demonstriert. Nicht zufällig sieht der Betrachter gleich am Anfang eine hölzerne Treppe mit vier Monitoren, auf denen synchron Shiseko Kubotas Videoversion von Marcel Duchamps berühmtem futuristischem Gemälde „Ein Akt, die Treppe herabsteigend" zu sehen ist. Aber seltsam, die sich ständig wiederholenden Abwärtsbewegungen der nackten Frau wirken trotz unterschiedlicher technischer Modulationen ganz und gar zeitlos. Sie haben keinen Anfang und kein Ende, sie sind nur da.

Dasselbe gilt für die ersten abstrakten Filme, die hier gezeigt werden – Viking Eggelings „Diagonalsymphonie", Hans Richters „Rhythmus I + II" sowie László Moholy-Nagys „Licht-Raum-Modulator", sämtlich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre gedreht. Und auch bei der Video-Installation von Ina Schneider, „Zeitzonen" (24 Monitore, die gleichzeitig zeigen, was angeblich gleichzeitig in einem bestimmten Moment in den 24 Zeitzonen rund um den Erdball geschieht), vermitteln kein Gefühl für Zeit, sondern nur die Erfahrung, daß die Erde rund ist und darum auf der einen Hälfte Nacht sein muß, wenn auf der anderen Tag herrscht.



Die Zeit in der Beständigkeit des Raumes: Bronzeplastik von Umberto Boccioni (1913), aus der Brüsseler Ausstellung FOTO: KATALOG

Dem Thema wird, was die Videoinstallationen betrifft, allenfalls das Arrangement von Dan Graham, „Zwei Monitoren und zwei Spiegel gegenüber im Raum", gerecht, weil es dem populären Vexierspiel, das sich aus der vielfachen Widerspiegelung des Spiegelbildes in gegenüberliegenden Spiegeln ergibt, einen besonderen Gag abgewinnt. Die Monitoren zeigen aufgrund einer besonderen Schaltung das Spiegelbild mit einer Verzögerung von acht Sekunden, so daß sich zugleich Gegenwart und ein kleines Stück Vergangenheit spiegeln. Da weht einen zumindest eine Ahnung von der Vertracktheit aller Zeitverhältnisse an.

Die Frage, ob „Zeit" durch Fleiß auszudrücken sei, beantwortet die Ausstellung vor allem mit Arbeiten von Hanne Darboven, Roman Opalka, Filip Francis. Von Hanne Darboven bergen 401 Aktenordner in einem Regal, was in einigen Beispielen auch an der Wand hängt: die mit monotonem Eifer geschriebenen Zahlenkolonnen von „Ein Jahrhundert".

Roman Opalka hat auf drei 196 x 135 cm großen Leinwänden in verschiedenen Grautönen die Zahlen von 1378724 bis 1441898 zu einem gleichmäßigen Muster arrangiert, und Filip Francis malte das Wortpaar „Ruimte-tijd" auf sieben 1,65 Meter im Quadrat großen Tafeln, zuerst ganz groß, so daß es nur zweimal zu lesen ist, dann immer um die Hälfte kleiner. Das sind wahrlich rechte Fleißarbeiten. Aber sie vermitteln weniger ein Gefühl für die „vierte Dimension: Zeit" als für vergeudete Zeit, ohne in die Sphäre der Kunst vorzudringen.

Auch mit der Photographie ist es so eine Sache. Die Bewegungsabläufe, die Eadweard Muybridge festhält, oder Etienne Mareys Aufnahmen vom Vogelflug haben über den wissenschaftlichen Zweck hinaus, dem sie ursprünglich dienten, einen hohen ästhetischen Eigenwert entwickelt. Aber es ist stets die Schönheit der Formvariationen, bei Marey besonders das Ineinander der Flügelschläge, die fasziniert, nicht die Tatsache irgendeines neuartigen „Zeitgefühls". Bei den Photoserien von Colette Duck schließlich, die den Sonnenlauf über einem Berggipfel im Laufe einer halben Stunde notieren, und bei Christian Boltanski, der anderthalb hundert Familienfotos, über die Jahre aufgenommen, ausbreitet, ist zwar ein Zeitablauf festgeschrieben, aber mit Kunst hat all dies nichts zu tun.

Wie wirklich „zeithaft" sind dagegen die mittelalterlichen Tafelmaler in ihren Simultanbildern – z. B. Memling mit der „Passion Christi" (um 1470) oder mit den „Sieben Freuden Mariae" (1480)! Und die Mahnbilder der Vergänglichkeit, die Totentänze, Vanitas-Stilleben, Lebensalterdarstellungen! Sie faßten die Zeit allerdings nicht als eine abstrakte wissenschaftliche Kategorie auf, sondern als eine Dimension des Glaubens.

Von den Modernen hat wohl allein Dali mit seiner „Beharrlichkeit der Erinnerung" und seinen „Weichen Uhren" (die hier in einer recht komischen plastischen Nachbildung präsent sind) eine echte künstlerische Metapher für die Zeit gefunden. Während Magritte, obwohl hier auch mit eigenen Werken zugegen, sich zu Recht eine Travestie durch Philippe Degobert gefallen lassen muß: Der hat unter einem Glassturz drei Gemälde Magrittes auf einer kleinen Drehbühne ins Plastische übersetzt und läßt sie von einer Miniatureisenbahn, die im Original bedrohlich aus dem Spiegel ragt, stetig und niedlich umkreisen.

Aber auch solche Bewegung ist noch nicht Zeit – jedenfalls nicht als „vierte Dimension der Kunst". Das macht nicht zuletzt eines von Calders Mobiles bewußt. Neben Dali sind es allenfalls noch die Werke der „Spurensicherer" mit ihren künstlichen Antiquitäten, den Miniaturen fiktiver antiker Plätze von Charles Simonds und Anne und Patrick Poirier oder den Pseudofundstücken aus der Vorzeit von Claudio Costa, die überhaupt ein Gefühl von Zeit erwecken. Sie erinnern uns daran, daß jeder Augenblick, in dem er uns bewußt wird, schon Teil der Vergangenheit ist. Die Zeit, das ist eben „ein sonderbar Ding." PETER DITTMAR

Bis 20. Januar. Genf: 17. Febr. bis 14. April, Humlebaek: 26. April bis 23. Juni, Mannheim: 11. Juli bis 1. Sept., Wien: 19. Sept. bis 17. Nov., Villeurbanne: Dez. bis Jan. 1986, London: Febr./März 1986; Katalog 975 Franken.

Trommelfeuer des Blödsinns: Der Film „Top secret"

Trojanische Rindviecher

Wer nur schmunzeln möchte, ist bei ihnen an der falschen Adresse. Denn schon als Drehbuchautoren der krausen Komödien „Kentucky Fried Movie" bewiesen Jim Abrahams sowie die Brüder Jerry und David Zucker ihre Vorliebe für schrillen Slapstick. Respektlos stellten sie das Alltagsleben auf die schiefe Ebene und ließen es lustvoll ins Chaos abrutschen. In ihrem Regiedebüt „Airplane! – Die unglaubliche Reise in einem verrückten Flugzeug" trieben die drei dann gar mit dem Entsetzen Scherz, indem sie Klischees des Katastrophenkinos gekonnt durch den Kakao zogen.

Angesichts ihres jüngsten Werks, „Top secret", verblassen diese Vorgänger freilich zu harmlosen Schülerstreichen. Denn diesmal wird's politisch. Just wenn die ganze NATO-Flotte in der Straße von Gibraltar steckt, will die „DDR" eine obskure Wunderwaffe zünden, die ein gekidnappter amerikanischer Wissenschaftler im Gefängnis konstruieren soll. Um von diesem kühnen Plan abzulenken, plant man kurz vor dem Tag X ein Kulturfestival in Ost-Berlin. Dort tritt auch der Schnulzen-Rocker Nick Rivers (Val Kilmer) aus Kalifornien auf. Und gerät prompt ins Räderwerk der Verschwörung.

Rasch eskaliert die wirre Intrige zur großen Groteske, in der sich finstere Agenten, vernarbte Widerstandskämpfer und sture Militärs scheinbar bekämpfen, in Wirklichkeit jedoch zur Attacke aufs Zwerchfell des Publikums verbünden. Schließlich haben die Regisseure (hier auch Drehbuchautoren) den abwegigen Polit-Thriller nur ersonnen, um ihn sogleich einem turbulenten Ulk auf pathetische Kriegsfilme, naive Elvis-Presley-Abenteuer und unterkühlte Spionagestreifen zu opfern.

Wenn Omar Sharif als täppischer Geheimagent in die Schrottpresse gerät, wenn eine Westernszene zum Wasserballett wird und ein trojanisches Rindvieh in Gummistiefeln marschiert, kann man dieser Offensive des Blödsinns kaum widerstehen. Zumal Jim Abrahams und die Zukker-Brüder ihre Gags in einem irrwitzigen Tempo servieren, das an die Verfolgungsjagden aus einschlägigen Zeichentrickfilmen erinnert. Genüßlich düpieren sie liebgewordene Sehgewohnheiten des Kinogängers und führen heilige Kühe der Filmgeschichte scherzhaft zur Schlachtbank. Dabei zünden meist jene komischen Knallbonbons am besten, die sie ganz beiläufig an Nebenschauplätzen verstecken.

Freilich gehen im Eifer des lustigen Gefechts manche Schläge unter die Gürtellinie. Aber: Sollen doch die anderen die ausbalancierten Komödien machen. Abrahams und seine Mitstreiter verstehen sich eben nur aufs witzige Trommelfeuer. Das aber halten sie vom skurrilen Vorspann – eine köstliche Kombination von Wellenreiten und Tontaubenschießen – bis zum augenzwinkernden Finale durch. Solcher Einfallsreichtum sucht selbst in Hollywood seinesgleichen. HARTMUT WILMES

THEATERKALENDER

3. **München,** Kammerspiele; Tabori: M (nach Euripides: Medea) (R: Tabori)
12. **Bochum,** Schauspielhaus; Brecht: Herr Puntila und sein Knecht Matti (R: Kirchner)
Düsseldorf, Schauspielhaus; Pound: Die Frauen von Trachis (nach Sophokles) (R: König)
17. **Bonn,** Bühnen der Stadt; Greiffenhagen: Das kunstseidene Mädchen (U) (nach Keun) R: Kremer)
18. **Berlin,** Schloßpark-Theater; Williams: Die Glasmenagerie (R: Fröhling)
Frankfurt, Goethe-Theater; Drewitz: Gestern war heute (U) (R: Göke)
19. **Düsseldorf,** Schauspielhaus; Hanoch Levine: Jakobi und Leidental (DE) (R: David Levine)
Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Waechter: Der Mann aus dem Meer (U) (R: Waechter)
20. **Saarbrücken,** Staatstheater; Mrevlishvili: Der Leinwandmesser (DE) (nach Tolstoi) (R: Mrevlishvili)
26. **Darmstadt,** Staatstheater: Enquist: Verdunklung (DE) (R: Haag)
Hamburg, Thalia Theater; Shakespeare: Was ihr wollt (R: Chundela)
27. **Essen,** Theater; Szajna: Dante (DE) (R: Szajna)
Mannheim, Nationaltheater; Ibsen: Peer Gynt (R: Bosse)
30. **Berlin,** Schaubühne; Pinter: Geburtstagsfeier (R: Kruse)
31. **München,** Kammerspiele; Schiller: Don Karlos (R: Lang)

Von Offenbach bis Lehár: Operetten auf der Platte

Streicheln, kitzeln, ätzen

Statt „J'aime le militaire" tönt es nun wieder: „Ach, wie liebe ich die Soldaten"; also ist aus Jacques Offenbachs „Grande-Duchesse de Gerolstein" (mit kräftig betontem „-stein" selbstredend) eine „Großherzogin von Gerolstein" geworden. Seit einigen Tagen steht wieder eine Gesamtaufnahme dieser Operette in den Läden, und die sogar noch in deutscher Sprache, zustandegekommen in einer Koproduktion von Plattenindustrie und Westdeutschem Rundfunk (EMI 27 0073 3, 2 LPs).

Eigentlich hatte Lucia Popp die Titelpartie singen wollen und sollen, aber sie fiel kurz vor Produktionsbeginn aus. Guter Rat war teuer, wo schnell eine deutsch singende Großherzogin herzunehmen sei. Man landete einen vorzüglichen Treffer: die Spanierin Enriqueta Tarrés, die lange genug in Deutschland gesungen hat, um eine solche Partie ohne störenden Akzent vorzutragen. Freilich nur die Gesangsnummern. In den Dialogen wird sie von Marianne Rogée gedoubelt, während ihre Mitsänger allesamt selbst sprechen. Aber dieser Stilbruch ist nur ein Schönheitsfehler einer ansonsten, zumindest musikalisch, glänzend gelungenen Aufnahme.

Sie bleibt im deutschen Text ein bißchen zu zahm: Kleinstaaterei, Operettenadel und Paradedrill beim Militär wirken heute nicht mehr als jenes musikdramatische Kabarett, das Offenbachs Stücke zu ihrer Zeit wohl einmal waren. Wenn der Biß also weg ist, hält man sich am besten an die Musik. Und die findet in dem Dirigenten Pinchas Steinberg wie dem Kölner Rundfunkchor und -orchester vorzügliche Anwälte, die Offenbachs Esprit kitzeln wie auch sein Sentiment streicheln.

Flankiert wird die Großherzogin von zwei Tenören, Adolf Dallapozza als Fritz und Josef Protschka als Prinz Paul, beide so gut und jung bei Stimme, daß die Wahl wohl doch nicht ganz so leicht fällt wie die Handlung glauben macht. Saskia Gerritsen bringt als Wanda die lieblicheren Soprantöne ein.

Originalen, französisch gesungenen Offenbach bieten zwei Sammelkassetten mit jenen Einaktern, die so typisch sind für des Meisters „Bouffes". Die eine koppelt „Ba-Ta-Clan" mit „Les Bavards" und bietet Aufnahmen des französischen Fernsehens unter Marcel Couraud (RCA ZL 30805); die andere stützt sich auf das Orchestre Philharmonique de Monte-Carlo und bietet „Pomme d' Api", „Monsieur Choufleuri" (alias „Salon Pitzelberger") und „Mesdames de la Halle" (EMI 1731742, 3 LPs). Vor allem letztere Kassette bietet ein Ensemble wirklich ausgebuffter Offenbach-Spezialisten inklusive des Dirigenten Manuel Rosenthal, die den gespitzten Couplet-Ton dieser Stücke trefflich beherrschen.

Vielleicht muß man bei einer Übertragung Offenbachs ins Deutsche tatsächlich so weit gehen, wie das Züricher Schauspielhaus kürzlich mit Gilbert & Sullivan und deren „Mikado" – im Original ja so etwas wie das zahmere britisch-viktorianische Pendant zu Offenbach, dem musikalischen Spötter des Second Empire. Den Zürichern jedenfalls hat Dieter Bachmann einen völlig neuen deutschen Text geschrieben, der mit dem Original nur noch die Handlungskurve gemeinsam hat, Armin Brunner die etwas lahme und durchhängende Instrumentation der Savoy Oper abgemagert und aufgepeppt – und heraus kommt eine ätzende Satire auf nicht nur schweizerische heutige Zustände. Daß der Erfolg dieser Theaterproduktion, nicht zuletzt Schauspielern wie Eva Rieck, Christoph Bantzer und Annemarie Kuster zuzuschreiben, gleichsam zu einer Spontan-Produktion auf Schallplatte (Jecklin 1010) geführt hat, ist im ansonsten etwas reaktionslahmen Plattengeschäft fast ein kleines Wunder.

Auch eine andere Operettenrarität kommt aus der Schweiz: eine historische Aufnahme von Franz Lehárs „Zarewitsch" aus dem Jahre 1946, die bisher nie auf Platte zu haben war und nun als Nr. 826 auf dem Label Relief erschienen ist, in Deutschland über Helikon zu erreichen. Die Aufnahme entstand wie so manche andere Operetten-Trouvaille in jener Zeit, als in Deutschland der Musikbetrieb noch nicht wieder begonnen hatte. Ihr besonderer Reiz: Sie vereinigt mit Helge Rosvaenge, nächst Tauber sicher dem gerühmtesten Operettentenor jener Jahre, und Lisa della Casa zwei Singstars von edelstem Stimmkaliber – und genau das brauchen die vokal so anspruchsvollen Lehár-Arien ja auch. REINHARD BEUTH

JOURN/

Deutsches Festiv
Japan ein voller E

Das Interesse der Japa... „Deutschen Festival 1984", d... nach zwölf Monaten zu Ende g... gen ist, hat in vielen Fällen „kühnsten Erwartungen" der V... anstalter übertroffen. Wie der L... rektor des federführenden Goethe-Instituts in Tokio, Klaus Roos, erklärte, wird sich ein solches kulturelles Mammutprogramm der Bundesrepublik bis zum Ende dieses Jahrhunderts in Japan nicht wiederholen lassen, aber wegen der großen Nachfrage werde die Reihe einzelner Großveranstaltungen fortgesetzt. Rund 30 Millionen Mark hatte die Präsentation (Film, Oper, Ballett, Konzert und Ausstellungen) gekostet. Davon finanzierten die Japaner allein 25 Millionen. Die gewaltige Summe wurde fast voll wieder eingespielt.

Mehr Freiheit für die chinesische Literatur

AFP, Peking

Für eine gewisse Liberalisierung in der Literatur ist ein hoher chinesischer Politiker eingetreten. Bei der Eröffnung des 4. Kongresses der chinesischen Schriftsteller erklärte Hu Qili, eines der neun Mitglieder des ZK-Sekretariats, die KP werde die Freiheit der chinesischen Schriftsteller gewährleisten und dafür sorgen, daß sie ihre Themen und Ausdrucksformen frei wählen können. Daß er eine „begrenzte" Liberalisierung meinte, machte Hu mit der Aufforderung an die Anwesenden deutlich, diese sollten „in Übereinstimmung mit der von Partei und Staat geschaffenen Atmosphäre der Freiheit schreiben".

Operationsmikroskop mit der Stimme gesteuert

dpa, Paris

Französische Mediziner haben in Paris bei zwei Augenoperationen ein Mikroskop getestet, das mit der menschlichen Stimme gesteuert wird. Dafür wird ein Computer benutzt, den die Elsässerin Martine Kempf ursprünglich als Hilfsmittel für Behinderte entwickelt hat. Das Zusatzgerät steuert die Einstellung des Mikroskops, damit sich der Arzt besser auf die eigentliche Operation konzentrieren kann. Vor einer Operation speichert das Gerät, das so groß ist wie ein Videorecorder, die Stimme des operierenden Arztes, damit es seine Kommandos „versteht". Gegenüber früher ist nur noch ein einziges Steuerpedal nötig.

Nathan Milstein 80

Es heißt, es habe langer geduldiger Überredung durch Zukerman und Perlman gebraucht, um Nathan Milstein zur künstlerischen Rückkehr nach Deutschland zu bewegen. Als er sich dann aber in der Berliner Philharmonie erstmals wieder dem deutschen Publikum stellte, wurde es ein Konzert von bewegender Schönheit und Eindringlichkeit. Dabei war Milstein, der heute 80 Jahre alt wird, der Ruf vorausgelärmt, er sei nichts als ein Teufelsgeiger (als wenn das wenig gewesen wäre), ein Virtuose pur sang, ein Mann der interpretatorisch unangekränkelten schieren Bravour. Alles falsch! Wohl zeigte sich Milstein auch in vorgeschrittenem Alter noch als ein bestechender Techniker, vor allem aber wies er sich als ein Musiker aus, der alle Register der Geigenkunst zu ziehen verstand, die brillanten wie die ergreifenden. Das mochte in jüngeren Jahren, als Milstein, der aus Odessa gebürtige Russe, noch mit seinem Landsmann Vladimir Horowitz auf Tournee ging, sich Westeuropa und Amerika unterwarf, anders gewesen sein. Aus der Kunst des Verblüffens hatte sich Milstein indessen emporgespielt zur herzbewegenden Kunst des Verklärens. gtl.

Sam Peckinpah †

Schon sein erster Spielfilm, „Gefährten des Todes" (1961), machte den damals 36jährigen Sam Peckinpah bekannt. Und dieses Debüt verschaffte ihm ein Image, das er nie wieder loswerden sollte. Seine Kritiker warfen ihm immer wieder vor, er verherrliche die Gewalt. Western wie „Bringt mir den Kopf von Alfredo Garcia" und der 1969 entstandene Film „Sie kannten kein Gesetz" schienen diesen Ruf zu rechtfertigen. Doch Peckinpah, der das blutrünstige Drama „Sie kannten kein Gesetz" als Allegorie auf die schrecklichen Ereignisse von My-Lai in Vietnam sah, widersprach heftig: „Ich will mit meinen Filmen zeigen, wie scheußlich Gewalt ist." 1976 versuchte er, sich auch einmal ironisch mit der Gewalt und ihren „Machern" auseinanderzusetzen. „Convoy" mit Kris Kristoffersen gilt heute als ein Klassiker des Genres der Trucker-Filme. Auch sein nächstes Werk, „Das Ostermann-Weekend" (1983), war ein grimmiger Versuch, das Böse und Gewalttätige in der Welt zu entlarven. Sam Peckinpah, der jetzt mit 59 Jahren an einem Herzleiden gestorben ist, stand kurz vor Ende der Dreharbeiten zu seinem letzten Film, „On the Rocks", einem Polit-Thriller, der in San Francisco spielt. MvS

4 – sicherstes Jahr er Zivilluftfahrt

10.00 Tagessc 10.03 Progra 10.10 Auf d Lebe Chi 11.10 Ge 12.40 13.5

tgründe: Zufall und verbesserte Wartung

SAD, London

auch der Silvestertag unfall- D‧ibt, wird das Jahr 1984 als das ste in die Geschichte der Luft- eingehen. Während es bei Li- n- und Charterflügen im Kalender- ahr 1983 noch 992 Tote gab, waren im zu Ende gehenden Jahr nur zwei Tote zu beklagen. Das hat der Londoner „Aviation Information Service" bekanntgegeben.

Die veröffentlichten Zahlen beziehen sich aber nur auf Düsenmaschinen und nur auf die Linien- und Charterdienste der westlichen Welt. Flugzeugkatastrophen im Ostblock werden nie bekanntgegeben. Meist sikkern solche Nachrichten nur gerüchteweise durch.

Im statistischen Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre waren in der westlichen Welt pro Jahr bisher 737 Tote zu beklagen. Für den erfreulichen Rückgang dieses Jahres gibt es keine spezielle Erklärung. Natürlich verweisen die Fluggesellschaften mit Stolz auf diesen Erfolg ihrer Sicherheitsvorkehrungen. Gleichzeitig warnen Flugexperten: Es hätte auch ganz einfach purer Zufall sein können, daß die Wahrscheinlichkeitsgesetze dieses Jahr, was Katastrophen betrifft, schlicht „ausgelassen" haben.

Nur sieben Düsenmaschinen mußten im Jahr 1984 bei Unfällen als Totalschäden abgeschrieben werden. 1983 hatte es 28 und im Jahr davor 27 Totalschäden gegeben. Zu den Toten des Jahres 1983 gehörten zum Beispiel die 269 des zivilen koreanischen „Jumbo", der von sowjetischen Militärflugzeugen abgeschossen wurde.

Die größten Totalschäden '84:

- Eine Boeing 737 der angolanischen TAAG, die am 9. Februar durch eine Bombe in Angola zerstört wurde. Die 128 Insassen entkamen vor der Explosion.
- Eine DC8 wurde am 10. März in Tschad ebenfalls durch eine Bombe zerstört, es gab jedoch keine Verletzten.
- Eine Boeing 737 von Pacific Western stürzte am 22. März in Western Calgary (Kanada) beim Start ab. Keine Toten.
- Eine BAC 1-11 der Philippinischen Luftfahrtgesellschaft schoß am 4. August auf den Philippinen über eine Landebahn hinaus und stürzte in die See. Keine Toten.
- Eine Boeing 737 stürzte am 30. August in Kamerun (West-Afrika) ab, nachdem eine Düse ausfiel. Von den 118 Passagieren starben zwei.

Dagegen gab es am 18. September in Ecuador 64 Tote bei einer Bruchlandung einer DC8-Frachtmaschine. Die 64 Toten befanden sich nicht an Bord des Flugzeugs. Die Insassen in der Pilotkanzel kamen mit dem Leben davon.

Ein ganz anderes Bild ergibt freilich die Privatfliegerei. Eine Statistik existiert nicht. Aber weltweit darf man von einigen Hundert Todesopfern ausgehen. Häufigste Unfallursache: mangelndes fliegerisches Können, damit verbundene Überschätzung und Wartungsfehler. (SAD)

*

dpa, Jakarta

Eine Verkehrsmaschine der indonesischen Fluggesellschaft Garuda hat gestern auf dem Zentralflughafen der Insel Bali eine Bruchlandung gemacht. Alle 60 Insassen konnten das Flugzeug vom Typ DC-9 verlassen, bevor es in Flammen aufging. Die Maschine kam aus Jogjakarta in Zentraljava. Die Passagiere verließen das Flugzeug durch die Notausgänge. Kurz darauf explodierte es. 14 Personen wurden in Krankenhäuser gebracht, jedoch ist niemand ernsthaft verletzt. Unter den Passagieren befanden sich auch ausländische Urlauber.



Feuerwerk – die friedliche Variante der altchinesischen Pyrotechnik

Den Chinesen verdanken wir die Möglichkeit, das neue Jahr mit einem glanzvollen Feuerwerk zu begrüßen, das Manfred Grohe künstlerisch verfremdet hat. Waren sie doch im 12. oder 13. Jahrhundert darauf gekommen, daß sich aus Kohle, Schwefel und Salpeter Schießpulver fabrizieren läßt. Zuerst diente ihre Entdeckung dem Kriege. Bald erkannten sie aber auch die herrlichen friedlichen Möglichkeiten der Pyrotechnik und fügten dem brennenden das „steigende Feuer" hinzu, das später über die Handelswege Europa „eroberte". Hier soll das erste Feuerwerk am Pfingsttag des Jahres 1379 zu Vincenza in Oberitalien zu sehen gewesen sein: Ein funkensprühender Feuerwerkskörper trieb eine Riesentaube eine Schnur entlang zischend zur Schaubühne eines Mysterienspiels hernieder. Heute nacht sollen allein in Deutschland 95 Millionen Mark in den Himmel verpulvert werden. kli.

LEUTE HEUTE

Der Lottofee gram

Wenn sich alle 13 Ratsherren und Bürgermeister **Walter Schmidt** (46) genau an die selbst erlassene Satzung gehalten haben, dann hat es in der kleinen Gemeinde Amtzell im südlichen Baden-Württemberg jede Woche ein feierliches Glücks-Zeremoniell gegeben. Unter „Anrufung des Orakels von Delphi und mit Blick zu den Sternen" mußte jeder Gemeindevater Woche für Woche auf eigene Kosten für zwei Mark im Lotto tippen. Mögliche Gewinne allerdings sollten „zum Nutzen und Frommen" der Allgemeinheit sein und die maroden Gemeindefinanzen sanieren. Vier Jahre lang haben diese Lotto-Träume gedauert, die wirklich Träume geblieben sind. „Weil wir ständig draufgezahlt haben" – so Bürgermeister Schmidt und seine Ratsmannschaft –, haben Amtzells Volksvertreter kapituliert – im neuen Jahr wird nicht mehr „satzungsgemäß" getippt. Aus welcher Laune auch immer geboren, Amtzells „lex lotto" ward am 22. September 1980 schwarz auf weiß in Paragraphen festgehalten. Wenn schon jede Woche gut 30 Millionen Deutsche auf freiwilliger Basis vergebens um Fortunas Lotto-Glück buhlen, müsse die Glücksgöttin doch wohl mit behördlicher Absegnung, per einstimmigen Ratsbeschluß, eher zu bezwingen sein, meinten die Ratsherren. Wer nicht im Jahr mindestens einmal vier „Richtige" erreiche, zahle am folgenden Fastensonntag fünf Mark zusätzlich in die Kasse. Weil die 2760-Seelen-Gemeinde an der Peripherie des Bodensees auf Jahre finanziell blockiert sei, könnten Freizeitwerte wie ein Hallenbad nur mit Lotto-Millionen geschaffen werden. Doch wie so oft im Leben, ging auch in Amtzell fast alles daneben. Der höchste Lottogewinn in all den Jahren bezifferte sich auf ganze 81,80 Mark. Das war dem neu gewählten Gemeinderat doch zuviel des Guten. In der ersten Sitzung ging „lex lotto" den Weg aller erledigten Akten.

Für 5000 Mark Wetterbilder vom Satelliten

dpa, Frankfurt

Mit Elektronik-Baukästen zum Kostenpunkt von rund 5000 Mark kann jedermann in Deutschland seinen Fernseher umrüsten, um Wetterbilder vom Satelliten selbst auf sein Fernsehgerät zu holen. Die vom Wettersatelliten „Meteosat" gesendeten Wetterbilder sind nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) nämlich „bis auf weiteres urheberechtlich nicht geschützt". Der private Empfang von Satellitenbildern sei auch gebührenfrei, heißt es in der Mitteilung. Wer sich jedoch das Wetter „vom Himmel hole", müsse dies der Bundespost mitteilen. Zum Empfang der Wettersatelliten-Bilder benötigt der Hobby-Meteorologe eine Parabolantenne, einen Empfänger mit dem bereits bei Elektronikhändlern angebotenen elektronischem Zubhör sowie ein Fernsehgerät. Die bei der Europäischen Weltraumorganisation ESOC in Darmstadt aus den vom „Meteosat" zur Erde gefunkten Meßergebnissen zu Bilder umgewandelten und wieder zum Satelliten zurückgestrahlten Bilder können von Amateuren nur in schwarzweiß empfangen werden. Nur die rund 200 000 Mark kostenden Empfangsgeräte der Berufsmeteorologen seien in der Lage die Bilder in Farbe umsetzen.

Glücklicher Ausgang

dpa, Köln

Die 39jährige Türkin Seynep Kayoz wollte gestern in der Kölner Universitätsklinik ihr Baby am liebsten nicht mehr loslassen: Das am Tag vor Heiligabend aus der Entbindungsstation enführte Mädchen Selma, ihr erstes Kind, ist wieder bei ihr. Ein deutsches Ehepaar aus Leverkusen, das den inzwsichen zwei Wochen alten Säugling seit Heiligabend im Auftrag von drei Landfahrerinnen gepflegt hatte, gab das Baby wieder ab. Die drei Zigeunerinnen sind als mußmaßliche Täter hinter Gittern. Gegen zwei von ihnen ist bereits Haftbefehl erlassen worden. Ein Motiv der Entführung sei noch nicht erkennbar, hieß es bei der Polizei.

Kälterekord

dpa, Hamburg

Kurz vor dem Jahreswechsel hat der Winter in ganz Deutschland Einzug gehalten. Von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen sanken die Temperaturen unter den Gefrierpunkt, auf den Straßen wurde es glatt, und in einigen Skigebieten keimte Hoffnung auf, daß vielleicht doch noch zur Jahreswende „Ski und Rodel gut" gemeldet werden könnte. Einen Kälterekord meldeten die sibirischen Städte Jakutsk und Oimjakon, wo minus 60 Celsius gemessen wurden.

Kunstraub

AFP, Valletta

Ein Gemälde von Michelangelo da Caravaggio (1573–1610) ist aus der Kathedrale der Hauptstadt Maltas, Valletta, gestohlen worden. Die Täter haben das Bild, daß den Heiligen Hieronymus darstellt, aus dem Rahmen geschnitten. Das 1605 geschaffene Gemälde zählt zu den größten Kunstschätzen, über die Malta verfügt.

Noch beherrscht das Elend in Äthiopien die Schlagzeilen, aber schon greift die Not auch nach Sudan und Tschad / Hunger als politisches Druckmittel?

Bald ganz Schwarzafrika im Sog der Apokalypse?

ACHIM REMDE, Addis Abeba

Immer mehr Dürreopfer flüchten aus dem Norden Äthiopiens in das Nachbarland Sudan. Sie wollen damit der verhaßten Zwangsumsiedlung entgehen, mit der sie sich einverstanden erklären müssen, wenn sie in den Genuß von Lebensmitteln kommen wollen. Dies berichten Vertreter internationaler Hilfsorganisationen, die vor Ort mit der Verteilung der Hilfsgüter beauftragt sind. Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen hat inzwischen vier neue Lager auf sudanesischem Gebiet kurz hinter der äthiopischen Grenze einrichten müssen, in denen bereits jeweils dreißig- bis vierzigtausend Flüchtlinge registriert sind.

Unterdessen eskaliert der Haß im Lande. Nach Angaben der in den äthiopischen Provinzen Eritrea und Tigre operierenden Rebellen, die den Menschen auf ihrer Flucht helfen, hat die äthiopische Luftwaffe vor kurzem auf etwa 1000 Flüchtlinge das Feuer eröffnet. Die Regierung bestreitet dies. Doch der französische Arzt Alain Moren hat bestätigt, daß er zur fraglichen Zeit in dem sudanesischen Lager Tekalubab etliche Patienten wegen ihrer Splitterverletzungen behandelt hat. Bei dem Überfall sollen 18 Menschen getötet und mindestens 50 verletzt worden sein.

Die Regierung Mengistu Haile Mariams begründet ihre Umsiedlungspolitik damit, daß die Dürregebiete ihren Bewohnern nicht mehr als Lebensgrundlage dienen könnten. Vorgesehen ist in Zusammenarbeit mit den Sowjets (s. WELT v. 29. 12.), daß die Hochlandbewohner, die dem Regime in Addis Abeba überwiegend kritisch gegenüberstehen, in die fruchtbaren Niederungen des Landes überführt werden. Dagegen wehren sich die Menschen; eine Umsiedlung bedeutete die völlige Abkehr von ihrer traditionellen Lebensweise. Die Umsiedler sprechen nicht einmal die Sprache der dortigen Bewohner. Westliche Beobachter haben den Eindruck, daß das Mengistu-Regime auf diese Weise vor allem den Widerstand brechen will, der sich hier schon immer gegen die Zentralregierung gebildet hatte. Von daher bleibt aus dem westlichen Lager jegliche Unterstützung für diese Pläne der Regierung aus. Fachleute sind im übrigen der Auffassung, daß es durchaus möglich sei, die Dürreregion zu rehabilitieren.

Unterdessen nimmt nahezu von der Umwelt unbeachtet auch der Hunger in Sudan äthiopische Ausmaße an. Reisende, die aus den westlichen Provinzen Darfur und Kordofan kommen, berichten, daß die Bewohner die Region in Massen verlassen und nach Osten Richtung Khartum strömen. Im Gegensatz zum Nachbarland erwähnen offizielle Stellen in Sudan die Notlage mit keinem Wort und machen keinerlei Anstalten zu Hilfsappellen an die internationale Gemeinschaft. Vermutlich will Präsident Numeiri peinliche Fragen nach den Ursachen vermeiden. Hilfslieferungen größeren Ausmaßes würden seine Regierung überdies vor unlösbare logistische Probleme stellen. Einflußreiche Großgrundbesitzer wenden sich zudem gegen die kostenlose Verteilung von Nahrungsmittelhilfe; sie würde die Preise für landwirtschaftliche Produkte ruinieren, die in Sudan astronomische Höhen erreicht haben. Der Preis der als Grundnahrungsmittel dienenden Hirseart „Doura" ist seit 1982 um das Zwanzigfache gestiegen und hat sich allein in den letzten sechs Monaten verfünffacht.

Während die äthiopischen Flüchtlinge im Süden Sudans und die 100 000 Flüchtlinge aus dem ebenfalls notleidenden Tschad von Hilfsorganisationen versorgt werden, kümmert sich die sudanesische Regierung um das neue Elendslager in unmittelbarer Nähe Khartums, in dem auch schon an die 100 000 Landsleute hausen, überhaupt nicht. Und der Strom der Halbverhungerten schwillt weiter an . . .

Die Gesamtzahl der sudanesischen Flüchtlinge wird auf eine halbe Million geschätzt. Nur die hohe Todesrate verhindert, daß die Zahl der Lagerinsassen sprunghaft steigt. Entwicklungshelfer sind überzeugt, daß die von der Hungersnot betroffenen Regierungen die Bekämpfung dieses Problems aus politischen Gründen nicht absolut vorrangig behandeln.



Ein Bild von heute wie aus dem Alten Testament: Afrikaner auf der Flucht vor dem Hunger. Doch ist diese Not nicht nur die Folge ausbleibenden Regens – der Hunger wird auch bewußt als politisches Druckmittel eingesetzt. FOTO: ACHIM REMDE

Was braucht der Mensch fürs nackte Überleben?

Die Ansprüche des Menschen an Menge und Zusammensetzung seiner Ernährung sind naturgemäß sehr differenziert. Sie hängen nicht nur von der Art seiner Tätigkeit ab, sondern auch von seiner rassischen Zugehörigkeit und selbstverständlich von den klimatischen Bedingungen, unter denen er lebt. Die individuellen Erfordernisse richten sich ferner nach Alter, Geschlecht und Körpergröße, um nur die wichtigsten Daten aufzuführen.

Den täglichen Nahrungsenergiebedarf des durchschnittlichen, männlichen, mitteleuropäischen Büromenschen im Alter von 25 Jahren gibt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) mit 2600 Kalorien (cal) an. Eine gleichaltrige Frau mit vergleichbarer Tätigkeit benötigt 400 Kalorien weniger. Je schwerer die berufliche Belastung, desto höher der Bedarf; der Schwerarbeiter-„Zuschlag" beträgt bis zu 1600 Kalorien.

Ein durchschnittlich belasteter, im kalten Norden lebender Schwede benötigt täglich durchschnittlich 2840 cal, wie die Welternährungsbehörde der Vereinten Nationen (FAO) angibt. Der Ägypter braucht dagegen nur knapp 2400 cal und der Ceylonese gar nur 2270 cal. Diese Menschen sind kleiner als die Nordeuropäer – und leben in einer wärmeren Umgebung. Folglich ist ihr Grundumsatz geringer.

Tatsächlich liegt aber die Nahrungsmittelversorgung in vielen Ländern der Erde weit unter diesen Werten. In Indien stehen jedem Bewohner durchschnittlich nur 2000 cal zur Verfügung, in Bangladesch 1900 cal und in Äthiopien sogar nur 1700 cal. Durch die zunehmende Trockenheit und die verschlechterte wirtschaftliche Situation ist die Versorgungslage hier inzwischen katastrophal geworden. Und bei diesen Angaben handelt es sich um Durchschnittswerte – insofern hungern die Armen noch viel mehr.

Doch das Versorgungsproblem der Menschen beruht nicht nur auf Unterernährung – meist ist die nicht ausreichende Nahrung auch zu einseitig. Der Mensch benötigt nun einmal eine Mischkost aus Kohlenhydraten, Fett, Eiweiß, Mineralstoffen, Spurenelementen, Vitaminen etc. Gerade Eiweißmangel ist aber eine der tpyischen Erscheinungsformen der Unterernährung in der Dritten Welt. Und bei akuter kalorischer Unterversorgung wird Nahrungseiweiß sogar zur Energiegewinnung im Körper verbrannt.

In diesem Zustand liegt das Körpergewicht des Menschen weit unter dem Normalmaß, und seine physischen Aktivitäten sind erheblich eingeschränkt. Lethargie als Folge wurde früher als typisch für die Menschen in den Tropen und Subtropen erachtet. Heute weiß man, daß dies eine Folge der unzureichenden Nahrungsmittelversorgung ist. Die Anfälligkeit gegen andere Krankheiten, vor allem gegen infektiöse, nimmt zu, weil der geschwächte Körper nicht mehr genügend Abwehrkräfte hat. Darüber hinaus gibt es typische Mangelkrankheiten – etwa Beriberi bei Vitaminmangel oder Kwashiorkor bei Eiweißmangel – hieran erkranken unglücklicherweise vor allem Kinder. HANS OTZEN

WETTER: Hochdruckeinfluß

Wetterlage: Eine Hochdruckzone über Mitteleuropa bleibt nahezu ortsfest und bestimmt das Wetter über die Jahreswende in Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, Wind Stärke 5, 10°C. ● bedeckt. ≡ Nebel. ● Sprühregen. ● Regen. ✱ Schneefall. ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel. Frostgrenze.

Vorhersage für Montag:

In Franken und Ostbayern anfangs noch leichter Schneefall. Später hier wie im übrigen Bundesgebiet teils aufgelockerte, teils stärkere Bewölkung und niederschlagsfrei. Im Westen Höchsttemperaturen bei plus 1 Grad und nächtliche Tiefstwerte bei minus 2 Grad. Im übrigen Bundesgebiet Dauerfrost zwischen minus 3 Grad am Tage und minus 7 Grad in der Nacht.

Weitere Aussichten:

Am Neujahrstag von Nordwesten aufkommender Schneefall.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	-2°	Kairo	21°
Bonn	1°	Kopenh.	-2°
Dresden	-3°	Las Palmas	18°
Essen	1°	London	6°
Frankfurt	1°	Madrid	2°
Hamburg	-2°	Mailand	2°
List/Sylt	0°	Mallorca	10°
München	-3°	Moskau	-15°
Stuttgart	-2°	Nizza	7°
Algier	15°	Oslo	-5°
Amsterdam	3°	Paris	0°
Athen	11°	Prag	-4°
Barcelona	6°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	-4°
Budapest	-2°	Tel Aviv	21°
Bukarest	-3°	Tunis	16°
Helsinki	-5°	Wien	-3°
Istanbul	9°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 8.38 Uhr, Untergang: 16.34 Uhr; Mondaufgang: 13.04 Uhr, Untergang: 3.34 Uhr *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seit 200 Jahren unerschrocken und unabhängig

AFP, London

Am 1. Januar 1985 wird die älteste Zeitung Großbritanniens, „The Times", 200 Jahre alt. Das am 1. Januar 1785 zum erstenmal unter dem Titel „Universal Daily Register" gedruckte Traditionsblatt ist in den zwei Jahrhunderten seiner bewegten Geschichte zu einer Institution neben dem Königshaus und der Anglikanischen Kirche geworden. Die Übernahme des Verlages durch den australischen Presse-Magnaten Rupert Murdoch 1981 und dessen Kampf um höhere Verkaufsziffern schreckten viele Stammleser auf, die um die Qualität ihrer Zeitung fürchteten.

Ein Leitartikel, in dem im Jahr 1831 das britische Volk aufgefordert wurde, „mit donnernder Stimme" Reformen zu verlangen, verlieh der „Times" im 19. Jahrhundert den Beinamen „The Thunderer" (Der Donnerer). Daß sie als einzige der damaligen Blätter überlebte, ist auf ihr ständiges Bemühen zurückzuführen, unabhängig von allen Parteien und Interessengruppen zu bleiben. Die „Times" sei „weder gegenüber den Ministern noch den Lords, sondern allein gegenüber dem englischen Volk verantwortlich", hieß es in einem Leitartikel aus dem Jahr 1954.

Nachdem die „Times" während der Napoleonischen Kriege Schmuggler als Nachrichtenkuriere eingesetzt und so die Konkurrenz geschlagen hatte, entsandte sie 1857 als ersten Kriegskorrespondenten der Pressegeschichte William Howard Russell



200 Jahre liegen zwischen diesen beiden Faksimiles: Oben die Erstlingsausgabe vom 1.1.1785, unten das heutige Bild des Weltblattes.

auf die Krim. Seine harte Kritik an den Führungsschwächen des britischen Oberbefehls löste damals in der britischen Öffentlichkeit eine ähnliche Bestürzung aus wie gut hundert Jahre später die Reportagen des US-Fernsehens über den Vietnamkrieg. William Howard Russell machte sich durch seine ungeschminkten Berichte zahlreiche Feinde. Königin Victoria bezeichnete die „Times" als „abscheuliches Druckwerk" und Premierminister Lord John Russell meinte, das Heil Englands hinge von der Beseitigung der „Tyrannei" dieser Zeitung ab. Der amerikanische Präsident Abraham Lincoln würdigte dagegen 1861 „The Times" als „eine der stärksten Kräfte der Welt. Ich kenne nichts, was mehr Kraft hätte – außer vielleicht der Mississippi."

„The Times" hatte immer den Ehrgeiz, für die Elite zu schreiben. Noch in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts hieß es in der Eigenwerbung: „Top people take The Times." Dann kam die schwere Finanzkrise des Traditionsblattes und 1981 die Übernahme durch den australischen Verleger. Unter den sogenannten „seriösen" Zeitungen nimmt „The Times" hinter „The Daily Telegraph" (1,4 Millionen Exemplare) den zweiten Platz ein, vor „The Guardian" und dem Wirtschaftsmagazin „Financial Times". Murdoch scheute sich nicht, einen Teil der Stammleser durch Modernisierungsmaßnahmen und Werbekampagnen wie das „Bingo-Spiel" zu schockieren. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Während die tägliche Auflage im ersten Halbjahr 1983 noch bei 336 000 Exemplaren lag, erreichte sie im September dieses Jahres bereits 130 000 Exemplare mehr. „‚The Times' ist wahrscheinlich die bekannteste Zeitung der Welt", meint ihr neuer Chefredakteur Charles Douglas-Home. An dem Blatt wird zur Zeit von der Konkurrenz in der Fleet Street vor allem kritisiert, die neue Leitung der „Times" sei nicht kritisch genug gegenüber dem Kurs der Regierung Thatcher. Douglas-Home, der Neffe des früheren britischen Premierministers Alec Douglas-Home, weist diese Vorwürfe zurück. „Niemand kann sich unserer Unterstützung von vornherein sicher sein." FRANCIS CUKTA

ZU GUTER LETZT

Letzter Schrei: Verrückte Quartzuhr läuft „verkehrt" rum und ist in New York bei O. K. Harris, 383 West Broadway, zu haben. Ein Versuch, zum Ende des Jahres die Zeit zurückzudrehen?